WESTBERLIN

EIN HANDBUCH ZUR WESTBERLIN-FRAGE

*Erarbeitet von einem Kollektiv von Mitarbeitern
wissenschaftlicher Institute sowie staatlicher und
gesellschaftlicher Institutionen,
unter Leitung von*

Prof. Dr. P. A. Steiniger

1 9 5 9

K O N G R E S S - V E R L A G B E R L I N

Wesentlich unterstützt aus verschiedenen Bereichen der Praxis, entstand dieses Buch in Gemeinschaftsarbeit von

Kuno Brocke	*Diplomwirtschaftler; Wissenschaftlicher Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*
Günter Garsky	*Wissenschaftl. Oberassistent am Institut für systematische Pädagogik der Humboldt-Universität zu Berlin*
Heinz Grünberg	*Mitarbeiter der Bezirksleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*
Günter Jäger	*Wissenschaftl. Aspirant am Institut für Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin*
Dieter Klein	*Wissenschaft. Assistent am Institut für politische Ökonomie der Humboldt-Universität zu Berlin*
Fritz Kumpf	*Wissenschaftl. Assistent am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin*
Peter Lux	*Redakteur*
Achim Noak	*Wissenschaftl. Assistent am Institut für Strafrecht der Humboldt-Universität zu Berlin*
Edith Oeser	*Wissenschaftl. Assistentin am Institut für Staats- und Rechtstheorie der Humboldt-Universität zu Berlin*
Werner Rossade	*Wissenschaftl. Assistent am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin*
Siegfried Schneider	*Wissenschaftl. Assistent am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin*
Dr. Peter A. Steiniger	*Direktor des Instituts für Staats- und Rechtstheorie und Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin*
Dr. Percy Stulz	*Wissenschaftl. Oberassistent am Institut für Deutsche Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin*
Martin Weckwerth	*Mitarbeiter am Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin*
Dr. Hans Wemmer	*Beauftragter Dozent am Institut für Finanzwesen der Humboldt-Universität zu Berlin.*

Vorwort

Die größte Sorge aller nachdenklichen und um den Frieden bangenden Menschen ist gegenwärtig die Frage: Tickt im Westen Berlins die mit Atomsprengstoff geladene Zeitbombe eines dritten Weltkrieges, und wenn, wie kann man sie entschärfen? Aus dieser Sorge und aus dem Wunsch, zu ihrer Bannung durch eine möglichst vielseitige Untersuchung des Problems und der wichtigsten Lösungsvorschläge beizutragen, entstand dieses Buch.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Leben Westberlins – eines von vielen, aber ein charakteristisches:

Berlin, Anfang August 1958. Ein von den Polizeibehörden der DDR verfolgter Scheckfälscher aus Leipzig flieht nach Steinstücken, einem kleinen Ort bei Potsdam. Warum gerade dorthin? Der Grund läßt sich leicht erraten. Die Amerikaner behaupten nämlich, daß Steinstücken trotz seiner geographischen Lage außerhalb Berlins zu ihrem „Sektor" gehöre. Die „Westsektoren" Berlins aber werden von Verbrechern, die ihrer Bestrafung in der DDR entgehen möchten, nicht ohne Grund als ihr Schlupfloch angesehen. Dort verwandeln sie sich in politische Flüchtlinge und somit in Helden der „Freien Welt". Das trieb wohl auch jenen Scheckfälscher nach Steinstücken; aber er hatte Pech. In Steinstücken wollte ihn niemand haben, und so wurde er von der Volkspolizei verhaftet und wie jeder andere Verbrecher den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden übergeben.

Ein normaler Vorgang also. Doch für den Chef des Stabes der Landstreitkräfte der USA, General Taylor, war der „Fall" interessant genug, unverzüglich nach Westberlin zu kommen. Dort forderte ihn der Westberliner Verwaltungschef Brandt auf, in solchen Fällen künftig amerikanische Panzer einzusetzen. Um was es dem amerikanischen General und seinem Westberliner Adjunkten bei diesem Versuchsalarm ging, das erklärte der „Kurier", das Blatt des Bonner Ministers Lemmer, am 13. August 1958 sehr deutlich, als er schrieb: „Einen Knalleffekt zu produzieren, wäre hier sicherlich relativ leicht."

Was zeigt dieser Fall? Er zeigt: die Verhältnisse in Westberlin sind heute so, daß irgendein Besatzungsgeneral – vielleicht inspiriert durch einen Westberliner Provokateur – nur auf den Knopf zu drücken braucht, um die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu stürzen, um das Leben von Millionen in wenigen Tagen oder Stunden auszulöschen.

Hinzu kommt, daß die tatsächliche Lage in Westberlin der Rechtslage in keiner Weise entspricht. Manche, die nur nach dem Augenschein gehen, fragen: gehört denn Westberlin nicht zum Westen, so wie Ostberlin zum Osten Deutschlands, und haben die Westmächte dort nicht Besatzungsrechte ähnlich wie in Westdeutschland? Wir sagen und beweisen mit den exakten Argumenten des Völkerrechts: Ganz Berlin gehört rechtlich zum Gebietsbestand der DDR, und es gibt in Westberlin von Rechts wegen keinerlei Befugnisse fremder Mächte.

Andere fragen: Wie kommt aber dann Brandt, der Bürgermeister eines Teils der Hauptstadt der DDR, dazu, einen amerikanischen General nach Westberlin zu rufen, um ihm nahezulegen, wegen eines flüchtigen Scheckfälschers den internationalen „Knalleffekt" herbeizuführen? Wir antworten und begründen: weil es in Westberlin ein illegales Besatzungsregime gibt und weil Westberlin der Vorposten der internationalen Kriegstreiber, nicht zuletzt der westdeutschen Militaristen ist, die im Bonner Staat heute das Heft in der Hand haben.

Viele fragen sich besorgt: Was ist aus Westberlin unter diesen Umständen geworden? Wer schöpft den Rahm ab, und wem bleibt die Molke? Für die meisten liegt die Antwort zutage, aber manche, die sich durch die mit vielen hundert Millionen Dollars bezahlte Dekoration des „Schaufensters Westberlin" blenden lassen, wollen wissen, was hinter Feststellungen wie Agentendschungel, Spionagenest, Abbau der Demokratie, Entwicklung zum Faschismus, wirtschaftliche Unsicherheit, Verelendung der Arbeiter, Abstieg des Mittelstandes, moralische Verlumpung, Weltrekord an Kriminalität, kultureller Verfall, Frontstadtideologie, Militarismus, Antikommunismus, unechtes Freiheitsgeschrei, Klassenverrat sowie Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen eigentlich steht. In diesem Buch antworten ihnen Politiker, Staatsrechtler, Völkerrechtler, Ökonomen, Kriminalisten, Pädagogen, Historiker, Publizisten, Staatstheoretiker, Kenner des kirchlichen Lebens und Philosophen aus leidenschaftlichem Herzen, aber in der nüchternen Sprache der Tatsachen mit wissenschaftlich begründeten Argumenten. Dabei stellen wir an den Leser den Anspruch mitzudenken, auch wo es in der einen oder

anderen Frage einmal schwieriger wird, hoffen aber, ihm das Mitdenken nicht schwerer gemacht zu haben, als es der Gegenstand jeweils verlangt. Wir bitten jedoch gerade auch in dieser Hinsicht um Kritik.

Noch eine Bemerkung zur Form unserer Arbeit!

Ein Buch mit Beiträgen so vieler und so verschiedener Mitarbeiter kann keinen völlig einheitlichen Stil haben, es sei denn, der Herausgeber versuchte, der Argumentations- und Ausdrucksweise der übrigen Autoren Gewalt anzutun. Uns schien das nicht richtig. Die Meinung der Leser aber wird auch für die künftige Form unserer publizistischen Zusammenarbeit maßgebend sein.

Die wichtigste aller Fragen lautet natürlich: Was soll aus Westberlin werden? Wie soll es weitergehen? Ist eine Entspannung in Westberlin möglich, und wie hängt sie zusammen mit einer friedlichen und demokratischen Überwindung der Spaltung Deutschlands? Wir sagen: Die in Übereinstimmung mit der DDR unterbreiteten sowjetischen Vorschläge der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin und alle Zwischenlösungen, die damit vereinbar sind, zeigen den für alle gangbaren Weg zur Beendigung des kalten Krieges in Westberlin, und zwar ohne Änderung der dort bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch das wird im einzelnen in diesem Buch bewiesen.

Ebenso wird die damit zusammenhängende Frage beantwortet: Wer garantiert eine solche Entwicklung? Wir meinen nicht nur die speziellen völkerrechtlichen Garantien, so wichtig sie sind, sondern vor allem die Frage: Wer bürgt dafür, daß jene Garantien nicht auf dem Papier stehenbleiben? Unsere Antwort ist: Die ständig wachsende Kraft des deutschen Friedensstaates, der Deutschen Demokratischen Republik, das sich ständig zugunsten des sozialistischen Lagers verändernde internationale Kräfteverhältnis, die organisierte Macht der Kämpfer für den Frieden in der ganzen Welt und die große nationale Bewegung aller patriotischen Deutschen – das sind die Garantien. Hinter den sowjetischen Vorschlägen steht das Entwicklungsgesetz der Geschichte.

Aber wir antworten auch auf die Frage: Kann Westberlin ohne Hilfe von Bonn überhaupt leben? Wir weisen ökonomisch nach: Westberlin hat als entmilitarisierte Freie Stadt die genau errechenbare Chance, selbst unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur aus der Unsicherheit und dem Parasitendasein herauszukommen, sondern auch eine echte wirtschaftliche Blüte zu erleben.

Und die innere politische Ordnung der Freien Stadt nach Beseitigung des Besatzungsregimes unter der Voraussetzung der Entmilitarisierung,

der garantierten Unabhängigkeit von Ost und West – wird sie tatsächlich parlamentarisch – demokratisch sein?

Wir sagen ja und zeigen konkret, wie diese Ordnung aussehen wird, was sich dabei an den jetzigen Verhältnissen in Westberlin ändern muß und was nicht.

Noch eins! Wir sind der Ansicht, daß man die Perspektive Westberlins nur erkennen und sich für ihre Verwirklichung einsetzen kann, wenn man weiß, wie alles anfing, wie es zur Spaltung kam, wer Westberlin auf die abschüssige Straße der Frontstadtpolitik gedrängt hat, kurz: wo die Wurzeln der heutigen Zustände liegen. Das ist der Ausgangspunkt. Deswegen fangen wir damit an und geben als erstem dem Historiker das Wort.

Die Sowjetunion - Befreier und Lebensretter Berlins

Im Mai 1945 schwiegen in Berlin die Waffen. In einer letzten gewaltigen Offensive in der zweiten Aprilhälfte hatten die Truppen der Roten Armee das faschistische Raubtier in seiner Höhle ausgeräuchert und damit den Krieg in Europa dort beendet, von wo er ausgegangen war.

Die „Verteidigung" der deutschen Hauptstadt war das letzte große Verbrechen der Faschisten, das Zehntausenden von Berlinern das Leben kostete und unabschätzbaren Schaden an materiellen und kulturellen Gütern anrichtete. Das sowjetische Volk, das durch die faschistische Okkupation unvorstellbare Leiden erduldet hatte und den Hauptanteil an der Befreiung der Welt vom Hitlerfaschismus trug, brachte im Kampf gegen die verbrecherische „Verteidigung" Berlins mehr als 15000 Opfer an Toten und Verwundeten.

Es schien, als wäre es den Faschisten tatsächlich gelungen, im Augenblick ihres Abtretens auch die deutsche Hauptstadt „auszuradieren". Berlin war eine tote Stadt. Jahre hindurch geführte anglo-amerikanische Bombenangriffe und vor allem der sinnlose Widerstand der faschistischen Truppenverbände bis „fünf Minuten nach zwölf" hatten die Stadt Schinkels und Knobelsdorffs in ein chaotisches Trümmerfeld verwandelt.

In den letzten Apriltagen war der Verkehr restlos zum Erliegen gekommen; U-Bahnschächte, zerbombt und überflutet, waren für Tausende von Berlinern zu grauenvollen Massengräbern geworden. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke funktionierten nicht mehr, kein Betrieb arbeitete, die Lebensmittelversorgung war völlig zusammengebrochen. In den Trümmern aber vegetierten zweieinhalb Millionen Menschen, die in der Mehrzahl apathisch den drohenden Hunger- oder Seuchentod erwarteten. „Die russische Besatzungsmacht hätte Berlin nur wenige Tage seinem Schicksal zu überlassen brauchen", schrieb später einer der „Aktivisten der ersten Stunde", Josef Orlopp, „und die Bevölkerung wäre vor Hunger umgekommen."

An den Häuserwänden klebten damals Plakate mit dem Ausspruch Stalins „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleibt." Und in der Tat, der Befreier vom faschistischen Joch war zugleich der Lebensretter Berlins. Noch wurde in einzelnen Stadtteilen gekämpft, da bahnten sich bereits sowjetische Lastwagenkolonnen mit Lebensmitteln für die Berliner Bevölkerung den Weg durch die zerstörten Straßen. Nach Wochen größter Not und Entbehrungen empfingen die Berliner ihr erstes Brot aus den Händen sowjetischer Soldaten. Noch während der Kampfhandlungen, am 28. April, hatte der sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, den die Berliner als ihren Lebensretter nie vergessen werden, in seinem Befehl Nr. 1, der die Übernahme der gesamten administrativen und politischen Macht in ganz Berlin durch den sowjetischen Stadtkommandanten verkündete, angeordnet, sämtliche kommunalen Betriebe sowie alle sonstigen lebenswichtigen Einrichtungen sofort wieder in Betrieb zu setzen. Alle Arbeiter und Angestellten hatten sich unverzüglich an ihren Arbeitsstätten einzufinden und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am 6. Mai begann die Lebensmittelversorgung der Stadt wieder zu funktionieren. Anfang Mai weilte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, A. J. Mikojan, in Berlin, um sich über die Lebenslage der Bevölkerung zu informieren und die erforderlichen Hilfsmaßnahmen zu veranlassen.

„Die Bevölkerung", so schrieb damals ein sowjetischer Kriegskorrespondent in der „Prawda", „ist dem Tode durch Hunger, Durst und Seuchen geweiht, falls wir nicht sofort drastisch eingreifen und die Berliner nicht selbst den notwendigen Lebenswillen und die notwendige Energie beweisen."

Aktivisten der ersten Stunde

Noch hing der Pulverdampf über der Stadt, noch rauchten die Trümmer, da begannen Männer und Frauen aus dem Volk – allen voran Arbeiter, Mitglieder der Kommunistischen Partei, Sozialdemokraten, die z. T. direkt aus den Konzentrationslagern und den Zuchthäusern gekommen waren, gemeinsam mit Antifaschisten aus dem Bürgertum, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, Wirtschaft und Verwaltung wieder in Gang zu bringen.

Am 13. Mai fuhr bereits wieder der erste Autobus, einen Tag später die erste U-Bahn, am 20. Mai die erste Straßenbahn. Schon im Juli arbeiteten bereits wieder 600 Industriebetriebe, Ende des Jahres waren es 5000. Im Juni wurde unter notdürftigen Verhältnissen auch der Schulbetrieb wieder aufgenommen, und bald wurden über 120000 Schüler unterrichtet. Lebten in Berlin im Mai 1945 rund zweieinhalb Millionen Menschen, so stieg die Zahl im ersten Nachkriegsjahr um mehr als 600000. Über 210000 Wohnungen wurden bis Ende März 1946 wieder bewohnbar gemacht bzw. neu erbaut.

Am 27. Mai hob sich erstmals nach Kriegsende wieder der Vorhang vor der Bühne des Renaissance-Theaters; am 23. August drängten sich die Menschen zur ersten Nachkriegspremiere der Staatsoper, knapp zwei Wochen später spielte auch das Deutsche Theater. Im Januar 1946 öffnete die Berliner Humboldt-Universität wieder ihre Tore.

Unbestreitbar waren es vor allem die Kommunisten – in Berlin unter der Führung von Walter Ulbricht –, die aktiv an der Überwindung des allgemeinen Chaos arbeiteten, alle politisch bewußten, zuverlässigen Kräfte aktivierten und sie darauf konzentrierten, neue Verwaltungsorgane zu schaffen. Sie appellierten mit Erfolg an alle ehrlichen Antifaschisten, vor allem aber an das Verantwortungsbewußtsein und den praktischen Sinn der Berliner Arbeiter.

Immer und überall waren es sowjetische Arbeiter und Bauern, Ingenieure und Wissenschaftler im Soldatenrock, die mit Rat und Tat den Berlinern zur Seite standen und ihnen halfen, die ersten Schritte aus dem Chaos zu tun.

Der Neuaufbau hatte eine gesunde Grundlage. Es war der Zusammenschluß aller aufbaubereiten Kräfte im antifaschistisch-demokratischen Block der Parteien, die durch den Befehl Nr. 2 des Oberbefehlshabers der sowjetischen Streitkräfte vom 10. Juni 1945 zugelassen worden waren. Kraftquell dieses Blocks war die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien, die, in den faschistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern geschmiedet, jetzt in Berlin in der gemeinsamen Aufbauarbeit und im Kampf um die Ausrottung des Nazismus in Wirtschaft, Politik und Geistesleben erhärtet wurde. Schon in den letzten Kampftagen hatten Vertreter der beiden Arbeiterparteien Verhandlungen geführt, und am 19. Juni ein Aktionsausschuß aus den Spitzenfunktionären beider Parteien gebildet. Auch die jahrzehntelange Spaltung der Gewerkschaften wurde durch die Gründung eines einheitlichen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes überwunden.

Richtschnur aller demokratischen aufbauwilligen Kräfte war der historische Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. In diesem Aktionsprogramm wird eine wissenschaftliche Analyse der Lage gegeben, werden die an der Katastrophe Schuldigen genannt und wird dem ganzen deutschen Volk der Weg aus dem Chaos gewiesen:

> „Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Ausbeuter und Verbrecher, die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus ... Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgens und Siemens."

Indem die KPD die Lehren aus der deutschen Geschichte zog, stellte sie fest:

> „Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten ... Wir sind ... der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland ... den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk (vorschreiben). An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!"

Mit diesem Aufruf vom 11. Juni stellte sich die KPD an die Spitze des demokratischen Aufbaus. Konsequent setzte sie jene Politik fort, die sie im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und für die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront bereits auf ihren bedeutsamen Konferenzen in Brüssel und Bern 1935 und 1938 entwickelt hatte. Befreit vom faschistischen Joch, erkannten jetzt die Volksmassen immer mehr die Richtigkeit dieser Politik, zogen die Lehren aus der Vergangenheit und begannen, gerade auch in Berlin, ein neues, besseres Deutschland aufzubauen.

Wenige Tage nach der Kapitulation nahm der erste Berliner Magistrat seine Arbeit auf. Unter der Losung: „Die antifaschistische Einheit – Unterpfand der Neugeburt des deutschen Volkes" hatten sich Vertreter aller Parteien und Weltanschauungen zu gemeinsamer Tätigkeit im obersten Verwaltungsorgan der Stadt zusammengefunden. Hier arbeiteten unter der Leitung des parteilosen Oberbürgermeisters Dr. Werner so bewährte Funktionäre der KPD und Kämpfer gegen den Faschismus wie Karl Maron, Otto Winzer, Ottomar Geschke und Arthur Pieck, verdienstvolle Arbeiterfunktionäre der SPD wie Josef Orlopp zusammen mit bürgerlichen Fachleuten wie Prof. Sauerbruch, Dr. Landwehr und anderen, die sich in jenen Tagen zur Politik der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront bekannten. Die sowjetische Besatzungsmacht übertrug dieser ersten demokratischen Selbstverwaltung Berlins weitgehende Vollmachten und Rechte.

Es gelang nur deshalb, das Leben in Berlin so schnell wieder zu normalisieren, weil der Neuaufbau im entschiedenen Kampf gegen alle Überreste des Militarismus und Faschismus erfolgte und weil sich die neuen Verwaltungsorgane nicht mit administrativen Maßnahmen begnügten, des Chaos' Herr zu werden, sondern sich auf die Initiative der Bevölkerung stützten.

Bereits in der ersten Sitzung des Magistrats am 20. Mai wurde beschlossen, für alle Betriebe, deren Direktoren bzw. Inhaber aktive Nazis waren oder die geflohen waren, antifaschistische Treuhänder einzusetzen. Sämtliche nazistischen Elemente wurden aus der neu gegründeten Verwaltung, dem Schuldienst und anderen Institutionen entfernt. Eine antifaschistische Polizei wurde aufgebaut. In den Betrieben, auch in solchen Konzernen wie den Thyssen- oder Daimler-Benz-Werken und bei Siemens, führten die Gewerkschaften und die Betriebsräte einen entschiedenen Kampf zur Säuberung von faschistischen Elementen und brachten die Produktion aus eigener Kraft wieder in Gang. Am 5. Juni mußten sämtliche Privatbanken, d. h. mehr als 150 Institute, ihre Tätigkeit einstellen. Eine Woche darauf wurde den Unternehmerverbänden jegliche Tätigkeit untersagt. Bereits Ende Mai waren 73 faschistische Wirtschaftsorganisationen aufgelöst worden. Damit war der politische Einfluß der Konzern- und Bankherren weitgehend ausgeschaltet. Am 2. Juli wurde eine Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens aller aktiven Nazis in Kraft gesetzt.

So drängte in der ersten Periode nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus die Entwicklung in ganz Berlin dahin, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schaffen.

Das Potsdamer Abkommen

Alle diese Maßnahmen, die von den „Aktivisten der ersten Stunde" mit tatkräftiger Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht durchgeführt wurden, stellten den Beginn der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 dar. In diesem Dokument waren von den drei Hauptmächten (Sowjetunion, Großbritannien, USA), denen sich später Frankreich anschloß, die Erfahrungen niedergelegt, die die Völker in den vorangegangenen Jahrzehnten im Kampf gegen den aggressiven deutschen Militarismus gesammelt hatten.

Aus der Tatsache, daß die deutschen Militaristen in einem Zeitraum von nur 25 Jahren zwei verheerende Weltkriege entfacht und damit skrupellos nicht nur das Leben zahlloser deutscher Menschen und die von ihnen erarbeiteten Werte, sondern auch Gut und Blut fast aller europäischen Völker – und nicht nur dieser – aufs Spiel gesetzt hatten, zogen die vier Großmächte folgende notwendige Schlußfolgerungen für ihre Besatzungspolitik in Deutschland:

> „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann." (Abschnitt III der Präambel des Potsdamer Abkommens.)

Zur Verwirklichung dieses Zieles – Verhinderung eines neuen Krieges von deutschem Boden aus – wurde im einzelnen festgelegt:

> „Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:
> (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann ..." (Abschnitt III-A-3 (I) des Potsdamer Abkommens.)

Gleichzeitig wurde die Ausrottung der faschistischen Ideologie und der ihr dienenden Organisationen beschlossen; denn mit ihrer Hilfe wurde seinerzeit der II. Weltkrieg propagiert und zu verherrlichen gesucht.

„(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen." (Abschnitt III-A-3 P. A.)

Doch die Verwirklichung dieser und ähnlicher Maßnahmen allein konnte noch keinen wirksamen Schutz gegen eine neue deutsche Aggression bieten. Vielmehr mußten auch in der Wirtschaft die Kräfte ausgeschaltet werden, die die Hauptverantwortung für die verbrecherische deutsche Kriegsführung trugen und zweifellos auf einen neuen Krieg hinarbeiten würden, wie IG Farben u. a. Deshalb stellten sich die Großmächte im Potsdamer Abkommen ferner als Ziel ihrer Besatzungspolitik:

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen." (Abschnitt III-B-12)

Diese Maßnahmen zur Verhinderung eines neuen deutschen Aggressionskrieges verbanden die Alliierten mit der weiteren, aufs engste damit zusammenhängenden Aufgabe: die demokratischen Kräfte im deutschen Volk zu fördern, damit an Stelle des antidemokratischen und aggressiven deutschen Staates ein neuer, friedliebender Staat entstehen konnte, der die Gewähr dafür bot, daß seine Beziehungen zu anderen Staaten von der Achtung vor den Rechten aller Nationen getragen sind:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzunehmen." (Abschnitt III, Präambel des Potsdamer Abkommens.)

Als unmittelbare Aufgabe für die Besatzungsbehörden wurde deshalb formuliert:

„Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage... (ist) vorzubereiten." (Abschnitt III-A-(IV)

Weil das entscheidende Dokument der Antihitler-Koalition, das Potsdamer Abkommen, in dieser prägnanten Form völkerrechtlich verbindlich solche antimilitaristischen, demokratischen und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes achtenden Bestimmungen enthält, wurde es zur Grundlage der demokratischen Erneuerung Deutschlands.

In ihrem Kampf um die Fixierung derart demokratischer Prinzipien konnte sich die Sowjetunion auf die Kraft und das Rechtsbewußtsein aller Völker – darunter auch der Massen in den imperialistischen Staaten – stützen, die ihre Regierungen zwangen, antifaschistische und antimilitaristische Prinzipien für ihre Besatzungspolitik in Deutschland festzulegen. Der Druck der Volksmassen auch ihrer eigenen Länder und der konsequente Kampf der Sowjetunion für eine demokratische Besatzungspolitik in Deutschland sind die Hauptursachen dafür, daß auch die Regierungen der Westmächte ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen setzten. Überdies standen die Alliierten noch im Kampf gegen den japanischen Bundesgenossen Hitlers, und auch dieser Umstand nötigte sie zu demokratischen Konzessionen an die verbündete Sowjetunion. Anderseits sollte freilich nicht übersehen werden, daß die Regierungen der Westmächte ihre Zustimmung zu dem Potsdamer Abkommen auch zu dem Zweck gaben, die Konkurrenz des deutschen Kapitalismus zunächst einmal auszuschalten, ihn auszuplündern, sich seine Märkte anzueignen und ihn zu einem späteren Zeitpunkt zu einem gefügigen, nicht allzuteuren und ihnen selbst, wie sie hofften, nicht allzu gefährlichen Werkzeug ihrer Politik zu machen.

Es ist jedoch in unserem Zusammenhang relativ gleichgültig, welche Motive die Westmächte im einzelnen veranlaßt haben, an der Ausarbeitung der demokratischen Prinzipien des Potsdamer Abkommens teilzunehmen. Wichtig ist – insbesondere für das deutsche Volk –, daß sie es getan und damit die Verpflichtung übernommen haben, in Deutschland eine antimilitaristische, antifaschistische und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes achtende Besatzungspolitik zu treiben.

Genau die Verwirklichung dieser Aufgaben nahm, wie bereits gesagt, die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit den demokratischen deutschen Kräften, wie in der übrigen Sowjetischen Besatzungszone, so auch in ganz Berlin in Angriff.

Ihre Besatzungsziele deckten sich völlig mit den Aufgaben, die sich die demokratischen deutschen Kräfte zur Überwindung des deutschen Faschismus und Militarismus und zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung gestellt hatten. Das beweisen der historische Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. 6. 1945 und die gemeinsame Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. 7. 1945.

Die Tatsache, daß die Völker der Antihitler-Koalition und die demokratischen deutschen Kräfte im wesentlichen genau das gleiche Programm besaßen: Vernichtung des undemokratischen und friedensfeindlichen Militarismus und Faschismus, ist einer der überzeugendsten Beweise dafür, daß es in Deutschland um die Durchsetzung einer historischen Notwendigkeit im Interesse des deutschen Volkes wie aller seiner Nachbarn ging. Das Interesse aller Völker war und ist die Sicherung des Friedens vor den ständigen Aggressionen der deutschen Militaristen.

Die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Besatzungsziele stellten nicht etwa ein Sonderrecht für Deutschland und schon gar nicht ein zweites Versailles dar, sondern die direkte Anwendung von Grundsätzen des gegenwärtigen demokratischen Völkerrechts auf Deutschland. Denn als die deutschen Faschisten ihren verbrecherischen Überfall auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion begannen, nachdem sie Österreich und die Tschechoslowakei annektiert hatten, war der Angriffskrieg bereits völkerrechtlich verboten, international zum Verbrechen erklärt.

Die Sowjetunion, die vom ersten Tage ihrer Existenz an, entsprechend ihrer Gesellschaftsordnung, das Prinzip des Friedens zum beherrschenden Grundsatz ihrer Außenpolitik erhoben und beharrlich dafür gekämpft hatte, daß auch alle anderen Staaten – dem Willen ihrer Völker folgend – den Frieden als grundlegendes Rechtsprinzip in den internationalen Beziehungen anerkannten, hatte das bereits Ende der zwanziger Jahre grundsätzlich erreicht (vgl. Briand-Kellogg-Pakt vom 27. 8. 1928). Vor allem der Sowjetunion ist es zu verdanken, daß sich die Westmächte unter dem Eindruck der weltweiten antifaschistischen Volksbewegung des II. Weltkrieges auch zu einem weiteren Grundsatz der proletarischen Außenpolitik und seiner Fixierung als Rechtsprinzip der internationalen Beziehungen bekennen mußten: zum Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen (vgl. Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. 1. 1942).

Auf diesen beiden völkerrechtlichen Grundsätzen, die das Potsdamer Abkommen beherrschen und auch in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt wurden (vgl. Art. 2 (4) und 1 (2) der Charta), beruhen das Recht und die Pflicht des deutschen Volkes, sein staatliches Leben auf einer friedlichen, demokratischen, also antimilitaristischen Grundlage zu erneuern.

Mit dieser – durch das Potsdamer Abkommen bestätigten und konkretisierten Aufgabe – marschierten im Juli 1945 auch Truppen der Westmächte in Berlin ein.

Es war ihre Pflicht, in der alten deutschen Hauptstadt, die auch die Metropole des neuen demokratischen Deutschlands werden sollte, gemeinsam mit dem sowjetischen Stadtkommandanten das fortzuführen, was dieser im Sinne der Beschlüsse der Alliierten bis dahin begonnen hatte, d., die alliierten Streitkräfte durften nur dann und so lange Deutschland einschließlich Berlins mitbesetzen und mitverwalten, wie sie die im Potsdamer Abkommen enthaltenen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllten.

Die Rechtsanmaßungen der Westmächte in Berlin

In diesem Zusammenhang muß auf einen Umstand hingewiesen werden, der durch die in der Folgezeit durchgeführte völkerrechtswidrige Politik der Westmächte in Deutschland und in Berlin höchst politische Aktualität erlangte: auf die Tatsache nämlich, daß sich die Rechtspositionen der Westmächte in Berlin erheblich von denen unterschieden, die sie in ihren Zonen einnehmen durften. Während sie in den Westzonen die „Oberste Gewalt" ausübten (vgl. die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Regierungen der Großmächte" vom 5. 6. 1945), konnten sie das in Berlin nicht, denn Berlin war und blieb Bestandteil der Sowjetischen Besatzungszone und unterstand wie bisher, so auch weiterhin der sowjetischen obersten Gewalt. In der „Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland" vom 5. 6. 1945, Punkt 1 heißt es:

> „Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die Oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern ... auf Weisung ihrer Regierungen ausgeübt, von

jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten." (Gleichlautend: Potsdamer Abkommen: III-A1)

In Punkt 1 der Feststellung über die vier Besatzungszonen vom 5. 6. 1945 heißt es dazu ergänzend:

„Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt ..."

Das bestätigt, daß Berlin nicht aus der Sowjetischen Besatzungszone herausgelöst wurde, sondern Bestandteil dieser Zone blieb und daß daher auch die Oberste Gewalt – wie in der übrigen Sowjetischen Besatzungszone, so auch in ganz Berlin – bei der Sowjetunion verblieb. Demgemäß standen auch die Reichsbahn in ganz Berlin und das gesamte Berliner Wasserstraßennetz weiterhin unter sowjetischer Verwaltung. Die Westmächte erhielten lediglich ein Recht auf Beteiligung an der Besetzung Berlins und auf Mitwirkung an der gemeinsamen Verwaltung Berlins in Form der dem Alliierten Kontrollrat unterstellten Alliierten Kommandantur.

In Punkt 2 der Feststellung über die vier Besatzungszonen (entsprechend Punkt 7 der Feststellung über das Kontrollverfahren, inhaltlich Bestandteil des Abschnitts III A-1 des Potsdamer Abkommens) wird dazu ausgeführt:

„Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung wird eine interalliierte Behörde errichtet ..."

Die Vereinbarung über die gemeinsame Verwaltung Berlins – das weiterhin unter sowjetischer oberster Gewalt stand – ergibt sich aus der Tatsache, daß die vier Großmächte unter maßgeblichem Einfluß der Sowjetunion die Verpflichtung übernommen hatten, die Einheit Deutschands zu erhalten.

Zu diesem Zweck beschlossen sie, den Sitz des Obersten Kontrollorgans – des Kontrollrats – nach der deutschen Hauptstadt zu legen, damit dieser von hier aus „für eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens der einzelnen Oberbefehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen" (vgl. Erklärung vom 5. 6. 1945) bei der Durchführung der vereinbarten Besatzungsziele sorge.

Nach den einleitenden Maßnahmen, die der sowjetische Stadtkommandant bis zum Juli 1945 gemeinsam mit den demokratischen deutschen Kräften getroffen hatte, und von den Bedingungen her

gesehen, die das Potsdamer Abkommen vorsah, waren also die besten Voraussetzungen für eine demokratische, antifaschistische Entwicklung in Deutschland und in Berlin gegeben.

Die Politik der Westmächte verlief jedoch bekanntlich in entgegengesetzter Richtung. Sie benutzten ihre Besatzungsgewalt in Westdeutschland und in Westberlin zur Restaurierung der militaristischen deutschen Kräfte, um mit ihnen gemeinsam einen Aggressionskrieg gegen die sozialistischen Staaten vorzubereiten. In diesem Zusammenhang versuchten sie auch, diese dem Potsdamer Abkommen widersprechende – weil antinationale und aggressive – Politik zu rechtfertigen, um so mit dem Schein des Rechts ihr Besatzungsregime in Westberlin aufrechtzuerhalten.

Angesichts der klaren tatsächlichen und rechtlichen Situation konnten und können sie jedoch kein einziges Argument vorbringen, das geeignet wäre, die von ihnen praktizierte interventionistische Besetzung Westberlins zu rechtfertigen. Vielmehr stellt jedes ihrer Argumente seinem Wesen nach nur immer wieder den Versuch dar, den kalten Krieg als Vorbereitung für das von aggressiven Kräften geplante Völkermorden zu rechtfertigen.

So erklärt es sich auch, daß die Westmächte bei diesem aussichtslosen Bemühen nicht mehr das von ihnen gebrochene Potsdamer Abkommen von 1945 als Rechtsgrundlage für die Besetzung Deutschlands und Berlins heranziehen, sondern gewisse mehr oder weniger technische Abkommen von 1944, die sie aus ihrem untrennbaren Zusammenhang mit dem späteren Potsdamer Abkommen zu lösen versuchen (vergleiche das Memorandum des USA-Außenministeriums vom 20. 12. 1958 sowie Grewe im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 10. 11. 1954).

Mit dieser Argumentation wollen die Westmächte zum Ausdruck bringen, daß die Okkupation Deutschlands und Berlins nicht an bestimmte Voraussetzungen gebunden worden sei wie Entmilitarisierung, Entfaschisierung und Demokratisierung, sondern sich aus einem an keine Bedingungen gebundenen Recht des Siegers über den Besiegten ergebe. Folgerichtig könne dieses Recht nicht dadurch verlorengehen, daß es statt zur Friedenssicherung in Deutschland zur Vorbereitung einer neuen Aggression von deutschem Boden aus mißbraucht wird. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige Völkerrecht kein Recht zum Kriege kennt, sondern den Krieg als internationales Verbrechen verurteilt. Folglich kennt es auch kein „Recht des

Siegers", kein Recht zur Okkupation oder gar Annexion fremder Territorien, sondern nur das Recht und die Pflicht zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten.

Zur Zeit der Alleinherrschaft des Imperialismus gab es allerdings im Völkerrecht die sogenannte Debellations- oder Eroberungstheorie. Sie erklärte, der Eroberer habe gegenüber dem Volk, dessen Staatsmacht zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen wurde, nicht nur die absolute Gewalt, sondern auch unbegrenzte Rechte, dieses Volk sei ihm von Rechts wegen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Diese Theorie ist mit dem demokratischen Völkerrecht der Gegenwart unvereinbar. Sie widerspricht vor allem dem Recht jedes Volkes auf nationale Selbstbestimmung und auf Sicherung des Friedens durch kollektiven Schutz vor Akten der Intervention und der Aggression, wie sie zur Praxis des deutschen Militarismus gehören. Die Anerkennung dieser Prinzipien als internationale Rechtsnormen ist das Ergebnis des Kampfes der Sowjetunion, der internationalen Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Volksmassen besonders in den Ländern, die von den Faschisten überfallen wurden, die die Hauptlast des Krieges trugen und in vielen Fällen nicht zum ersten Mal Opfer des räuberischen deutschen Militarismus geworden sind.

Ein Okkupationsrecht gibt es nach heutigem Völkerrecht nur in einem einzigen Fall, nämlich dann, wenn es zur Wiederherstellung des Friedens notwendig ist, das Gebiet eines permanenten Aggressors – wie Deutschland – zeitweilig zu besetzen, um dort solche Bedingungen schaffen zu helfen, die eine Wiederholung des verbrecherischen Krieges ausschließen. Genau das war auch – wie gezeigt – im Potsdamer Abkommen als Besatzungsziel formuliert worden. Es existiert also im gegenwärtigen Völkerrecht kein Recht der „bedingungslosen" oder „voraussetzungslosen" Okkupation. Im übrigen beweist auch der Wortlaut der von den Westmächten zitierten Dokumente von 1944 selbst ihre tatsächliche und rechtliche Zugehörigkeit zum Potsdamer Abkommen, d. h. ihre Bindung an dessen Prinzipien. Wenn es z. B. in Art. 1 des „Protokolls über die Bildung der Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins" vom 12. 9. 1944 heißt:

> „Deutschland wird ... für die Ziele der Besetzung in Zonen eingeteilt"

und andererseits unbestreitbar feststeht, daß das Potsdamer Abkommen am umfassendsten die Besatzungsziele enthält, so liegt die Überein-

stimmung des genannten Dokuments mit dem Potsdamer Abkommen und damit die Haltlosigkeit der Argumentation der Westmächte klar zutage.

Sich hinsichtlich Berlins auf das angebliche Recht des Siegers zu stützen, ist aber obendrein geradezu lächerlich, weil bekanntlich nicht die Westmächte Berlin „erobert" haben, sondern es von den Streitkräften der Roten Armee befreit wurde.

Ebenso naiv – deswegen aber nicht weniger gefährlich, weil ebenfalls zur Verschleierung der Kriegsvorbereitung von Westberlin aus bestimmt – ist die Behauptung der Westmächte, sie hätten ihr Recht auf Mitbesetzung Berlins durch Kompensation erworben (so argumentiert z. B. das bereits zitierte Memorandum der USA-Regierung vom 20. 12. 1958).

Sie erklären damit, sie hätten bestimmte Teile Thüringens, Sachsens und Mecklenburgs nachträglich gegen die Westsektoren Berlins eingetauscht.

Diese Behauptung ist von Grund auf unwahr. Zwar hatten die Westmächte im Zuge der militärischen Operationen zur Niederschlagung des faschistischen deutschen Aggressors bestimmte Teile Thüringens, Sachsens und Mecklenburgs eingenommen. Aber bereits in Art. 2 des erwähnten Protokolls vom 12. 9. 1944 waren die Grenzen der einzelnen Besatzungszonen zwischen den Großmächten verbindlich so festgelegt worden, daß die genannten Territorien zur Sowjetischen Besatzungszone gehörten.

Die Westmächte waren somit rechtlich verpflichtet, nach Beendigung der Kampfhandlungen ihre Truppen in ihre Zonen zurückzuführen. Für einen Tausch, für eine Kompensation fehlte es also am Objekt. Das heute aus durchsichtigen Gründen wieder aufgewärmte Märchen vom angeblichen Austausch Westberlins gegen Westsachsen und Westthüringen ist somit nichts anderes als eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Diese und ähnliche von den Westmächten vorgebrachten Scheinargumente vermögen nichts daran zu ändern, daß sie ihr Recht auf Teilnahme an der Besetzung und Verwaltung Groß-Berlins von dem Augenblick an verloren haben, in dem sie die Besatzungsziele des Potsdamer Abkommens fundamental verletzten.

Dazu muß hier noch auf folgendes hingewiesen werden: Nach dem Potsdamer Abkommen, und übrigens auch bereits nach einem weiteren Abkommen aus dem Jahre 1944, dem „Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland" vom 14. 11. 1944, ist die Besetzung Deutschlands auch zeitlich begrenzt, und zwar auf die Zeit, die nötig sein würde, damit Deutschland die Grundforderungen dieses Abkommens erfüllen konnte. Wie die Entwicklung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zeigte, genügten dafür etwa 3 bis 4Jahre. Inzwischen sind jedoch 14 Jahre seit Kriegsende vergangen. Auch aus diesem Grunde ist der Versuch der Westmächte völlig haltlos, die Verewigung der Okkupation Westberlins zu rechtfertigen.

Wir haben festgestellt: Das Recht der Westmächte auf Mitbesetzung und Mitverwaltung der nach wie vor unter der Hoheitsgewalt der sowjetischen Besatzungsmacht stehenden, weil nach wie vor zur Sowjetischen Besatzungszone gehörenden Stadt Groß-Berlin war bedingt durch die Einhaltung der antimilitaristischen, antifaschistischen, demokratischen Ziele des Potsdamer Abkommens und angesichts des anerkannten Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes befristet durch die Zeit, die zur Verwirklichung dieser Ziele durch die demokratischen Kräfte Berlins erforderlich war. Die gemeinsame Besetzung und Verwaltung Groß-Berlins trotz der Oberhoheit der Sowjetunion hatte ihren Grund in der Erhaltung Berlins als Hauptstadt Deutschlands und daher als Sitz des Kontrollrats, dem die Interalliierte Kommandantur als dessen Berliner Vollzugsorgan unterstand. Der politische Sinn der zeitweiligen gemeinsamen Besetzung und Verwaltung Berlins durch die zu einheitlichem Handeln verpflichteten Verbündeten der Antihitler-Koalition war im übrigen der gleiche wie der ihres Aufenthalts in ganz Deutschland: die endgültige Ausschaltung der Kräfte des Krieges in Deutschland, die Erleichterung seiner friedlichen demokratischen Erneuerung und seiner Wiedervereinigung in einem friedliebenden demokratischen Staat.

Die Westmächte taten wie in ihren Zonen, so erst recht in Berlin das Gegenteil von alledem. Unmittelbar nach ihrem Einzug in Berlin begannen sie, in „ihren" Sektoren die Spaltung der Stadt vorzubereiten, um sie mit Hilfe der deutschen Militaristen in den Vorposten eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion und, je mehr sich das Lager der sozialistischen Staaten herausbildete, gegen das gesamte sozialistische

Lager zu verwandeln. Dabei störte sie die Erfahrung nicht, daß der deutsche Militarismus, als Sturmbock gegen den Osten eingesetzt, jederzeit bereit ist, sobald er sich dazu in der Lage glaubt, auch gegen die westlichen Staaten loszuschlagen. Statt dabei mitzuhelfen, ganz Berlin so rasch wie möglich zu einem Zentrum des Friedens und der Demokratie werden zu lassen, machten die Westmächte aus „ihren" Sektoren von vornherein und systematisch ein Zentrum des kalten Krieges, eine Domäne der restaurativen Kräfte und wiesen Westberlin die Funktion zu, die dem Potsdamer Abkommen entsprechende friedliche und demokratische Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone, zu der die Stadt gehörte, und speziell in deren demokratischem Sektor mit allen Mitteln zu hemmen, zu stören und, wie sie lange Zeit hofften, zu verhindern.

Natürlich mußten die Westmächte eine Zeitlang nach außen noch das Gesicht wahren. So begrüßte die Interalliierte Kommandantur, die nur bei Einstimmigkeit ihrer vier Vertreter beschlußfähig war, bei ihrem ersten Zusammentritt am 11. Juli 1945 ausdrücklich alle bisher vom sowjetischen Stadtkommandanten ergriffenen Maßnahmen und erließ als ihren Befehl Nummer 1 folgende Bekanntmachung:

> „Die Interalliierte Militärkommandantur hat die Kontrolle über die Verwaltung der Stadt Berlin am 11. Juli 1945 übernommen. Alle früher vom Chef der Garnison und Militärkommandanten der Roten Armee der Stadt Berlin und von den unter alliierter Kontrolle stehenden deutschen Behörden ausgegebenen Befehle und Anordnungen, die die Ordnung und Haltung der Stadt Berlin regulieren, bleiben bis auf besondere Verfügung in Kraft."

Ebenso wie der Alliierte Kontrollrat leistete auch die Interalliierte Kommandantur in der Anfangszeit eine fruchtbare Arbeit. So wurden im Februar 1946 eine Entnazifizierungsverordnung erlassen, im August 1946 Richtlinien für eine vorläufige Verfassung beschlossen und sogar das fortschrittliche Schulgesetz von 1947 bestätigt. Doch gleichzeitig ordnete der amerikanische Kommandant in „seinem" Sektor Sonderregelungen verschiedenster Art an, der britische Kommandant ging bereits 1945 zur Bildung einer besonderen „deutschen Verwaltungsgruppe" über, die praktisch den Anweisungen des Magistrats entzogen war und entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens die Wiederherstellung der Macht der deutschen Konzerne unterstützte. Vor allem aber zerstörten die Westmächte die Einheit der Berliner Polizei und entfernten dort, aber auch in andern Bereichen der Ver-

waltung, die vom Magistrat eingesetzten Antifaschisten zugunsten im Dienste der deutschen Militaristen erprobter Berufsoffiziere.

Mochten die ersten Anzeichen einer derartigen Politik damals mehr oder weniger zufällig erscheinen, heute wissen wir, daß sie Bestandteil einer zielstrebigen, auf lange Sicht bestimmten politischen Konzeption vornehmlich des USA-Monopolkapitals waren. Heute wissen wir, daß bereits am Tage nach der Beisetzung Roosevelts, am 15. April 1949, im Weißen Haus eine einflußreiche Gruppe von Politikern und Industriellen unter maßgeblicher Beteiligung des kürzlich verstorbenen späteren US-Außenministers John Foster Dulles tagte, die beschloß, „Roosevelts Politik in ihr Gegenteil zu verkehren", und zwar mit der Absicht, „nach dem Krieg aus Deutschland ein Bollwerk gegen Rußland zu machen". (Prof. Matthias in: „Neuer Vorwärts", Köln, 3. 12. 1954)

So war es kein Zufall, daß sich bald nach dem Einzug der Westmächte in Berlin die Reaktion in der Stadt wieder zu rühren begann. Geflohene leitende Konzernangestellte kehrten zurück und versuchten, in den Betrieben wieder den Ton anzugeben, was allerdings zunächst teilweise an der entschlossenen Haltung der Belegschaften scheiterte, die in den Streik traten. Als z. B. in den Westberliner Thyssenwerken der ehemalige Nazidirektor Junge wieder eingesetzt werden sollte, antworteten die Thyssenarbeiter mit einem 24stündigen Proteststreik, und die Werktätigen anderer Großbetriebe verließen aus Protest ihre Arbeitsplätze. Aufrechte Demokraten wurden als Treuhänder von Konzernen abgesetzt und diese Konzerne selbst von den Westmächten beschlagnahmt, aber nur, um sie vor dem Zugriff der Volksmassen, die eine Enteignung der Kriegsverbrecherbetriebe forderten, zu sichern. Charakteristisch war der Fall des Kriegsverbrecherkonzerns Lorenz AG. Wenige Tage nach dem Einzug der amerikanischen Besatzungstruppen in Tempelhof, am 18. Juli, nahm die amerikanische Militärregierung das Werk unter ihre Kontrolle, da deren Aktionäre angeblich einer amerikanischen Gesellschaft angehört hätten. Der antifaschistische Werkleiter wurde abgesetzt, und an seine Stelle trat der frühere faschistische Betriebsleiter, der als fanatischer Nazi beim Anrücken der Roten Armee nach Westen geflohen war. Sämtliche Arbeiter – sie hatten in den ersten Nachkriegswochen das Werk aus eigener Kraft wieder in Betrieb gesetzt – wurden entlassen. Neueinstellungen sollten nur nach „fachlichen" Gesichtspunkten erfolgen. „In Zukunft werden", so erklärte der neue Betriebsleiter, „gewerkschaftliche oder

politische Bestrebungen nicht geduldet werden." „Die deutschen Selbstverwaltungsorgane", schrieb der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf Anfang Dezember 1945 an den Magistrat, „haben nicht mehr den geringsten Einfluß auf sämtliche Großbetriebe."

In Berlin begann, ähnlich wie in den Westzonen, das Zusammenspiel der deutschen Reaktion und der imperialistischen Besatzungsmächte mit dem Ziel, den deutschen Imperialismus zu retten. Bezeichnend für diese Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem anglo-amerikanischen Monopolkapital war allein schon die Tatsache, daß der Generalbevollmächtigte für die Treuhandbetriebe des USA-Sektors kein anderer als ein leitender Direktor des amerikanischen Mammutkonzerns Steel-Corporation war. Bald wurden in den Westsektoren sogenannte unabhängige Tageszeitungen lizenziert, wie „Der Tagesspiegel", der „Telegraf", der „Abend" usw., die sich allem zum Hohn als „freie Presse" bezeichneten und die, an die bei der Bevölkerung noch vorhandenen Überreste der faschistischen Ideologie anknüpfend, eine ungezügelte Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die fortschrittlichen Kräfte entfachten. Kein halbes Jahr nach dem Einmarsch westlicher Besatzungstruppen schrieb der Deutschlandkorrespondent der bürgerlich-liberalen New-Yorker Tageszeitung „Post Meridian" aus Berlin: „Im Augenblick besteht die größte Industrie in Berlin in der Erzeugung von antisowjetischen Geschichten ... Das Tragische besteht in der Gier, mit der so viele Amerikaner dieses Zeug unkritisch und eifrig aufnehmen. Es ist eine ... transatlantische hitlerische Abweichung. Werden wir niemals lernen?"

Eine besonders üble Rolle spielte der sogenannte Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS), der, wie sich bald herausstellte, mit Agenten- und Spionageorganisationen eng zusammenarbeitete.

Terror gegen Arbeitereinheit

Das wahre Gesicht der westlichen Besatzungsmächte in Berlin zeigte sich besonders deutlich, als im Frühjahr 1946, wie überall in Deutschland und vor allem in der Sowjetischen Besatzungszone, auch in Berlin die Arbeiter zur organisatorischen Vereinigung ihrer Parteien drängten. Nachdem Bestechungen, Drohungen und eine Fülle von Schikanen nicht gefruchtet hatten, griffen die westlichen Besatzungsmächte zum offenen Terror. Anfang April lief vor dem amerikanischen

Militärgericht in Tempelhof ein Prozeß gegen zwei Funktionäre der KPD. Man hielt sie, ebenso wie ihre Zeugen, nämlich acht weitere Kommunisten, über fünf Wochen in einem Luftschutzbunker eingekerkert. Unter dem Vorwand, gegen Anordnungen der US-Militärregierung verstoßen zu haben, in Wirklichkeit aber, weil sie aktive Vorkämpfer für die Vereinigung waren, wurden die beiden „Angeklagten" zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt (einer von ihnen hatte bereits zehn Jahre in faschistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern zubringen müssen). Kurz vor diesem Prozeß war auch der Leiter des Ausschusses der OdF im Bezirk Schöneberg verhaftet worden, weil er sich ebenfalls für den Zusammenschluß der KPD mit der SPD einsetzte.

Die Vertreter der Westmächte waren sich darüber klar, daß eine geeinte Arbeiterbewegung ihre friedensfeindlichen Pläne in Berlin vereiteln konnte. Darum versuchten sie unter allen Umständen, diese Bewegung zu unterbinden, vor allem dadurch, daß sie Einfluß auf die rechten, arbeiterfeindlichen Kräfte in der SPD-Führung nahmen und diese für ihre Pläne benutzten. „Die erste und wichtigste Entscheidung, die der britischen Verwaltung offensteht", schrieb z. B. ganz unverhüllt der „Economist" im April 1946, als der Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung in Berlin auf dem Höhepunkt stand, „ist, der sozialistischen Partei offene und eindeutige Unterstützung zu geben . . . Die Aufgabe ist, die Sozialdemokratie zu einer Mehrheit zu machen. Mit der richtigen Politik und der Hilfe der Besatzungsmächte kann eine sozialdemokratische Mehrheit um sie gesammelt werden."

Und in der Tat gelang es den Westmächten, über den rechten opportunistischen Flügel der SPD entscheidenden Einfluß auf diese Partei zu bekommen und deren rechte Führer zum Instrument ihrer reaktionären Deutschlandpolitik zu machen.

In Berlin inszenierten einige dieser rechten SPD-Führer vom Schlage der Swolinsky, Klingelhöfer usw., gestützt auf die westlichen Besatzungsmächte, eine sogenannte Urabstimmung über die Vereinigung. Doch die Spalter erhielten eine deutliche Antwort, indem keine 9 % der Sozialdemokraten in ganz Berlin sich grundsätzlich gegen eine Vereinigung bzw. Zusammenarbeit mit der KPD wandten. Jetzt schritten sie zur offenen Spaltung der Berliner SPD-Organisation und gründeten am 7. April 1946 eine neue Partei unter Mißbrauch des Namens der SPD, ohne allerdings verhindern zu können, daß sich ein beträchtlicher Teil der SPD-Mitglieder mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenschloß.

Das Fortbestehen der Spaltung der Arbeiterbewegung in einem Teil Berlins hatte für die weitere Entwicklung der Stadt, insbesondere ihrer Westsektoren, verhängnisvolle Folgen, und das um so mehr, als die rechte SPD-Führung eine gewissenlose Hetze gegen die SED, die sozialistische Besatzungsmacht und gegen die fortschrittlichen Errungenschaften im Osten Deutschlands betrieb und der Reaktion unmittelbar in die Hände arbeitete. Sie war der alleinige Nutznießer. „Seit dem 7. April 1946", schrieb damals Klingelhöfer provokatorisch im „Tagesspiegel", „ist Berlin Brückenkopf geworden."

In einer derartigen Atmosphäre, in der Gegner aller Schattierungen ihr Feuer auf die vereinigte Arbeiterpartei konzentrierten und übelste Wahldemagogie betrieben, fanden die ersten Nachkriegswahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung statt; sie brachten für die SPD die meisten Stimmen. Ihren Wahlerfolg verdankte sie nicht einer entschlossenen Politik der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus, auf die der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter seine Hoffnung setzte. Der Erfolg beruhte vielmehr darauf, daß die rechten SPD-Führer, die sich selbst von jeder positiven Aufbauarbeit ferngehalten hatten, die sozialistischen Kräfte, die nach dem Zusammenbruch die Verantwortung für den Aufbau Berlins übernommen hatten, mit all dem belasteten, was als Auswirkung des Hitlerkrieges an Not und Entbehrung über Berlin gekommen war. Zugleich knüpfte die alte SPD-Führung an die in breiten Bevölkerungskreisen noch vorhandene faschistische Ideologie an und trieb eine wilde Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Oder-Neiße-Grenze. Vor allem war es die direkte und indirekte Hilfe der westlichen Besatzungsmächte, die zu diesem Wahlergebnis führte: „Man kann kaum daran zweifeln", schrieb der „Manchester Guardian" am 22. Oktober 1946, „daß auch die Berliner Wahlen einen anderen Ausgang genommen hätten, wenn nicht die britischen, amerikanischen und französischen Behörden zur Zeit der Vereinigung eingegriffen und dafür gesorgt hätten, daß in Berlin die Fusion nicht durchgeführt wurde."

Das Potsdamer Abkommen wird gebrochen

In der neugewählten Stadtverordnetenversammlung, die Ende November 1946 zusammentrat, besaßen die beiden Arbeiterparteien die Zweidrittelmehrheit, so daß im Falle einer Zusammenarbeit alle Vor-

aussetzungen bestanden, eine Politik im Interesse des Fortschritts zu betreiben. Und in der Tat: Überall dort, wo die beiden Parteien im Stadtparlament zusammengingen, wurden Beschlüsse gefaßt, die für die Werktätigen Berlins von größter Bedeutung waren, wie z. B. das mit 118 von 130 Stimmen beschlossene Konzernenteignungsgesetz, dem Gesetzentwürfe der SED und der SPD zugrunde lagen, sowie das Gesetz zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten vom 27. März desselben Jahres und das demokratische Schulgesetz.

Die weitere Entwicklung zeigte mit unerbittlicher Konsequenz, daß nur dort, wo die feste Einheit der Arbeiterklasse besteht, die Reaktion geschlagen und eine Politik im Interesse der Werktätigen getrieben werden kann. Nur im demokratischen Berlin wurden alle diese, damals von der Stadtverordnetenversammlung für ganz Berlin beschlossenen Gesetze verwirklicht.

Bereits im Jahre 1947 befand sich die Reaktion in Berlin in sichtlichem Vormarsch. Hinter ihr aber standen, das wurde immer deutlicher, die westlichen Besatzungsmächte, die sich immer mehr als Interessenvertreter des anglo-amerikanischen Monopolkapitals erwiesen. Daß sie sich schützend vor das deutsche Monopolkapital stellten und offen für seine Rettung eintraten, wurde vor aller Welt sichtbar, als sie die Bestätigung des in Verwirklichung des Potsdamer Abkommens von der überwiegenden Mehrheit der Stadtverordneten beschlossenen Konzernenteignungsgesetzes in der Interalliierten Kommandantur verweigerten und damit seine Inkraftsetzung verhinderten. Das war ein flagranter Bruch der Potsdamer Beschlüsse. Ganz offen erklärte der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, am 14. August 1947 auf einer Pressekonferenz, daß Experimente wie die Sozialisierung nicht vorgenommen werden sollten. Aus Washington waren ihm Instruktionen zugegangen, die jede Enteignung von Konzernen strikt ablehnten und dagegen forderten, den Deutschen die „Vorteile des freien Unternehmertums" klarzumachen.

Während die Vertreter der Westmächte in der Interalliierten Kommandantur gegen das Konzernenteignungsgesetz ihr Veto einlegten, ließen sie zur gleichen Zeit, in offener Verletzung des Potsdamer Abkommens, in „ihren" Sektoren Unternehmerverbände zu und übergaben ihnen die Vermögenswerte der aufgelösten faschistischen Wirtschaftsgruppen und Reichsstellen. Bis zum Jahresende 1947 waren bereits über 200 derartige Verbände lizenziert. In den Westsektoren

wurden neue Bankleitungen gebildet, die heimlich die Arbeit der geschlossenen privaten Geldinstitute fortsetzten und mit Unterstützung der Anglo-Amerikaner aus den im Osten Berlins gelegenen Institutionen Unterlagen, Vermögenswerte und andere Materialien verschleppten.

Die deutschen Konzernherren witterten Morgenluft. So setzte die Siemens-Konzernleitung den Kriegsverbrecher und Wehrwirtschaftsführer von Witzleben wieder in leitender Stellung ein, nachdem er von einer Spandauer Entnazifizierungskommission als „Mitläufer" eingestuft worden war. Ein Alarmsignal war auch der Versuch des Monopolkapitals, ihren Interessenvertreter, den ehemaligen hitlerschen Reichskommissar Dr. Ernst, als Stadtrat für Banken und Verkehr in den Magistrat zu lancieren.

Die Situation in Berlin im Jahre 1947 zeigte eindeutig, daß ohne eine Ausschaltung des von den westlichen Besatzungsmächten geschätzten dominierenden Einflusses der in zwei Weltkriegen immer reicher gewordenen Monopole an eine erfolgreiche Fortsetzung des friedlichen demokratischen Aufbaus nicht zu denken war. Die Produktion der großen Berliner Konzerne, wie z. B. Siemens, AEG, Lorenz usw., die hochwertige, besonders für den Export geeignete Industrieerzeugnisse herstellten, stand nicht als Austauschobjekt für dringend benötigte Rohstoffe und Lebensmittel zur Verfügung, sondern versickerte unkontrolliert auf dem Schwarzen Markt oder wurde als „Kompensationsobjekt" entsprechend den Profitinteressen der Konzernherren verwandt.

Gleichzeitig betrieb das Monopolkapital einen ins riesenhafte gehenden Ausverkauf Berlins, indem es massenweise Rohstoffe, Fertigwaren und ganze Betriebe nach den Westzonen „verlagerte", in der Hoffnung, dort ein „günstigeres Betätigungsfeld" zu finden und höheren Profit zu realisieren.

Vergeblich protestierten die Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen der Berliner Werktätigen. Die Betriebs- und Materialverlagerungen erfolgten unter dem Schutz der Westmächte, ja die Transporte gingen zum Teil als Militärgut. Im März 1948 erschien sogar ein amerikanischer Offizier im Magistrat und beschlagnahmte sämtliche schriftlichen Unterlagen über die Industrieobjekte des amerikanischen Sektors mit der Begründung, es sei nicht erforderlich, den Russen Einblick in die Industrievorgänge im amerikanischen Sektor zu geben.

Ganz offensichtlich fürchtete man die berechtigten Einsprüche der sowjetischen Besatzungsmacht, da die von den Westmächten gebilligten und zum Teil selbst durchgeführten Betriebsverlagerungen im krassen Gegensatz zu den Potsdamer Beschlüssen standen.

Die Hintergründe der Politik der Westmächte und der unter ihrem Einfluß stehenden führenden Funktionäre der SPD, der CDU und der LPD in Berlin werden nur voll verständlich, wenn sie in Zusammenhang mit dem gewaltigen Kampf gebracht werden, der zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen den Kriegsinteressenten und den friedliebenden Kräften in ganz Deutschland um die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens entbrannt war. Die Entwicklung in den Westzonen und in Westberlin in den Jahren 1945 bis 1948 zeigt eindeutig, daß die Westmächte den Boden des Potsdamer Abkommens verlassen hatten. Angesichts der konsequenten Verwirklichung des Potsdamer Abkommens im Osten Deutschlands mußten sie ebenso wie die Kräfte des deutschen Monopolkapitals bald erkennen, daß ihre ursprüngliche Konzeption, in ganz Deutschland wieder das imperialistische Herrschaftssystem aufzurichten, zum Scheitern verurteilt war. Im Gegenteil: die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Ostdeutschland blieb nicht ohne Auswirkung auf die Westzonen und konnte auch dort einer demokratischen Entwicklung zum Siege verhelfen.

Die Westmächte, verbündet mit der deutschen Reaktion, bereiteten daher ohne Umschweife die Spaltung Deutschlands vor, um zumindest in ihrem Besatzungsbereich die alten Verhältnisse zu restaurieren und so den westdeutschen Separatstaat als ihren Hauptstützpunkt in Europa gegen die Sowjetunion und das sich bildende sozialistische Lager zu stabilisieren.

Die Schaffung der Bizone um die Jahreswende 1946/47 und die Bildung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates im Sommer 1947 waren die ersten Stadien dieses Planes. Nach dem vom damaligen US-Außenminister Marshall provozierten Abbruch der Londoner Konferenz im Dezember 1947 wurde die Spaltung beschleunigt fortgesetzt. „Wir sind am Ende der Straße angelangt: das Zeitalter Jaltas ist vorbei", schrieb wenige Tage danach die „New York Herald Tribune". „Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen."

Die Westmächte rückten endgültig von dem Viermächtestatus in Deutschland ab, als sie nach dem von ihnen selbst provozierten Scheitern der Londoner Konferenz am 23. Februar 1948 in London eine

Separatkonferenz begannen, zu der sie auch Vertreter der Beneluxstaaten hinzuzogen. Die auf der Tagung erörterten Deutschland betreffenden Fragen gehörten ausschließlich zum Kompetenzbereich des Alliierten Kontrollrats. Dabei legten die Vertreter der Westmächte den Kontrollrat mit Absicht lahm, um so den Weg zur Spaltung Deutschlands freizubekommen. Sie lehnten jeden Aufschluß über ihre Separatverhandlungen ab und betrieben im Kontrollrat eine demonstrative Obstruktionspolitik, weigerten sich, sowjetische Vorschläge zu beraten, so daß die Arbeit im Kontrollrat im März 1948 zum Erliegen kam. Drei Monate darauf veröffentlichten die Westmächte die sogenannten Londoner Empfehlungen, deren Hauptinhalt der Beschluß über die Bildung eines westdeutschen Separatstaates war. Welche Funktion die anglo-amerikanischen Imperialisten dem abgespalteten, zum reaktionären Separatstaat ausgebauten Westdeutschland zudiktierten, gestand der kürzlich verstorbene amerikanische Außenminister John Foster Dulles damals selbst unverblümt ein:

„Es kann", so schrieb er, „ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Nachdem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen, militärischen und politischen Positionen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert." (J. F. Dulles, „War or Peace", New York 1950. Zitiert nach der deutschen Ausgabe „Krieg oder Frieden", Wien–Stuttgart 1950, S. 163)

Berlin spielte in diesen Plänen eine entscheidende Rolle. Es sollte politisch und wirtschaftlich an den geplanten Weststaat angeschlossen werden und als „Brückenkopf" inmitten der Sowjetischen Besatzungszone den weiteren Aufbau stören. Von dieser Frontstadt aus wollte man im gegebenen Falle den Osten Deutschlands „aufrollen".

Daher rührten die Anstrengungen der Westmächte in Berlin, die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern und Einfluß auf die bürgerlichen Parteien und die SPD zu gewinnen; daher die Politik zum Schutze der Konzernherren, daher die systematische Sabotage der Berliner Wirtschaft und die Ablehnung, Handelsverträge mit Ostdeutschland und den Volksdemokratien abzuschließen. Der in Westdeutschland anlaufende Marshall-Plan sollte auch nach Berlin „exportiert" werden; je größer die wirtschaftliche Katastrophe dort, so meinte man, desto

eher mußte der Marshall-Plan als „Hilfe" erscheinen. Statt die Zweidrittelmehrheit im Stadtparlament auszunutzen und zusammen mit der SED die Pläne der Reaktion zu vereiteln und die Spaltung der Stadt zu verhindern, verbündete sich die rechte SPD-Führung mit den reaktionären Kräften der CDU und der LDP in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. So fand die Konzeption der Westmächte bei den reaktionären Kräften in der Berliner Stadtverwaltung willfährige Unterstützung. Auch dort war man bereit, Berlin als Hauptstadt eines neuen einheitlichen demokratischen Deutschland aufzugeben und es statt dessen zum Anhängsel eines reaktionären Spalterstaates mit der Hauptstadt Bonn zu degradieren. Nach der provokatorischen Sprengung der Londoner Konferenz bemühten sich die reaktionären Kräfte in Berlin, alles aus dem Wege zu räumen, was ihren Plänen hinderlich war. Ihre Angriffe richteten sich vor allem gegen die stärkste demokratische Organisation, den Landesverband Berlin des FDGB, der mit 725 000 Mitgliedern den überwiegenden Teil der Berliner Arbeiter in sich vereinigte und in der Lage war, durch mächtige Kampfaktionen alle reaktionären Machenschaften zu vereiteln. Nachdem es den Scharnowski und Swolinsky nicht gelungen war, die Gewerkschaften in ihre Hände zu bekommen – „es wäre nicht schwer, bei den Engländern und Amerikanern Verständnis für eine neue Gewerkschaftsorganisation zu finden", hatte Scharnowski bereits im Februar 1947 erklärt –, wurden die Gewerkschaften im Mai 1948 gespalten und die sogenannte UGO gegründet, deren Führung völlig unter dem Einfluß der Westmächte stand. Anfang Juni ordneten die Vertreter der Westmächte an, die Büros des FDGB in den Westsektoren zu schließen. Gegen die antifaschistische Polizei, die sich nicht für die reaktionären Pläne mißbrauchen ließ, wurde in der westlichen Presse eine üble Hetze inszeniert und schließlich der Polizeipräsident Markgraf widerrechtlich abgesetzt. Das gleiche drohte Landsberg vom reaktionären Flügel der CDU im Namen seiner Gesinnungsfreunde allen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern an, die sich der Politik der Koalition widersetzten. Während reaktionäre Magistratsvertreter in Frankfurt am Main über den wirtschaftlichen Anschluß an den geplanten Separatstaat und über die Übernahme des Marshall-Plans auch in Berlin verhandelten, verfolgten die Westmächte in ihren Sektoren die „Volkskongreßbewegung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag" und ließen Anhänger der Bewegung verhaften. Der Kulturbund wurde verboten, die Büros der SED durchsucht und Zeitungen beschlagnahmt.

Die Drahtzieher in Berlin planten, die in Westdeutschland heimlich vorbereitete separate Währungsreform auch in Berlin durchzuführen und auf diese Weise ganz Berlin an den in Bildung begriffenen Bonner Separatstaat anzuschließen. Authentischen Aufschluß darüber gibt u. a. ein Geheimmemorandum des damaligen SPD-Stadtrats Klingelhöfer vom 9. Juni 1948 „Über den Einbau Berlins in die Währungsreform" an den damaligen Stellvertretenden Oberbürgermeister Friedensburg. Der Verfasser forderte schriftlich den „Anschluß aller Sektoren Berlins an die Reform der westlichen Zonen und damit an die anlaufende wirtschaftliche Belebung im Rahmen der ERP-Hilfe", obgleich er selbst zugeben mußte, daß der Anschluß an die Währungsreform der Sowjetischen Besatzungszone als des natürlichen Hinterlandes von Berlin vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die einzig zweckmäßige Lösung war. Vom Standpunkt des „politischen Prestige" jedoch müsse dieser Weg abgelehnt werden. Am 23. Juni brachen die Vertreter der Westmächte das fünf Tage vorher schriftlich gegebene Versprechen und führten die westliche Separatwährung widerrechtlich auch in der deutschen Hauptstadt ein. Nur durch das Eingreifen des sowjetischen Kommandanten wurde ihre Ausdehnung auf den demokratischen Sektor Berlins verhindert.

Zwei verschiedene Währungen, die Trennung eines Teiles der Stadt von ihrem natürlichen wirtschaftlichen Hinterland, sollten die Wirtschaft Berlins an den Rand des Ruins bringen. Helle Empörung herrschte namentlich in den Betrieben des demokratischen Sektors, nach denen die Vertreter der Konzerne bereits wieder ihre Hände ausstreckten. Die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien wurden buchstäblich mit Protestresolutionen überschüttet.

Tausende von Berlinern, vor allem Abordnungen aus den Betrieben, versammelten sich während der Stadtverordnetensitzung am 23. Juni vor dem Stadthaus; am 26. August waren es über 50 000, die ihren Forderungen und ihrem Protest Ausdruck verliehen. Die einzige Antwort der Koalitionsmehrheit war die provokatorische Forderung nach einer „Bannmeile" um das Stadthaus. Die separate Währungsreform in Westdeutschland und in Westberlin zwang die sowjetische Besatzungsmacht, die bis zum letzten Moment bemüht gewesen war, die Westmächte zu einer gemeinsamen, einheitlichen Währungsreform in ganz Deutschland zu bewegen, eine Reihe Gegenmaßnahmen und Verkehrsbeschränkungen zu treffen, um zu verhindern, daß das ganze, jetzt in Westdeutschland ungültig gewordene alte Geld nach Berlin und in

die übrige Sowjetische Besatzungszone einströmte und dort die Wirtschaft völlig zerrüttete.

Selbst die Finanzsachverständigen der Westmächte mußten am 22. Juni 1948 eingestehen, daß sie

> „volles Verständnis besitzen für die Argumentation der sowjetischen Besatzungsbehörden, wonach es unmöglich ist, in Berlin anderes Geld als in der Sowjetischen Besatzungszone in Umlauf zu bringen, da Berlin im Zentrum dieser Zone liegt und mit ihr durch wirtschaftliche Beziehungen aller Art verbunden ist".

Es war also klar, daß eine einheitliche Währung in Berlin für die Sicherheit des Geld- und Warenumlaufs der Sowjetischen Besatzungszone unerläßlich war und daß nur dann seitens der sowjetischen Behörden die getroffenen Einschränkungen an den Verbindungslinien für den Güter- und Personenverkehr der westlichen Besatzungstruppen zwischen Westdeutschland und Berlin aufgehoben werden konnten, wenn gleichzeitig die Währung der Sowjetischen Besatzungszone als einziges Berliner Zahlungsmittel eingeführt wurde.

Die sowjetischen Behörden erklärten sich bereit, auf dieser Grundlage Vereinbarungen zu treffen, und legten den westlichen Besatzungsbehörden eine Reihe von Vorschlägen vor. Schließlich mußten sich auch die Westmächte auf dieser Basis zu Verhandlungen bereit finden. In Moskau vereinbarten sie am 30. August 1948 mit der Sowjetunion folgende Direktive an die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen:

> „die Regierungen ... haben beschlossen, daß folgende Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden:
>
> a) die in letzter Zeit eingeführten Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen ... sind aufzuheben.
>
> b) Die Deutsche Mark der Sowjetzone ist als die einzige Berliner Währung einzuführen, und die westliche „B"-Mark ist in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen.
>
> c) ...
>
> d) ... Die Regelung des Geldumlaufs in Berlin hat durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone ... zu erfolgen. Zur Kontrolle über die praktische Verwirklichung der oben erwähnten Finanzmaßnahmen, die mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin zusammenhängen, wird eine Finanzkommission aus Vertretern der Vier Oberbefehlshaber gebildet."

Hieran wird zweierlei deutlich, was im Hinblick auf die spätere völkerrechtswidrige Politik der Westmächte und ihre Argumentation zur Verdrehung der tatsächlichen und rechtlichen Lage von Bedeutung ist:

1. Mit der Anerkennung der Tatsache, daß die Währung der Sowjetischen Besatzungszone das einzig legitime Zahlungsmittel Berlins ist, wurde anerkannt und bestätigt, daß ganz Berlin Bestandteil der Sowjetischen Besatzungszone war, daß es also weder – wie später von ihnen willkürlich behauptet wurde – eine selbständige 5. Zone und somit aus der Sowjetischen Besatzungszone herausgelöst war, noch daß die Westsektoren jemals Bestandteil der Westzonen waren.
2. Gleichzeitig wurde damit von ihnen anerkannt, daß sie mit der Einführung der Westmark die sogenannte Berlin-Krise ausgelöst hatten, daß die einschränkenden Maßnahmen der sowjetischen Behörden also die notwendige Reaktion auf ihre Separathandlungen darstellten.

Wie der spätere Verlauf zeigt, wäre es falsch, anzunehmen, die Westmächte hätten mit der Unterzeichnung dieser Direktive ihre Absicht aufgegeben, ganz Berlin unter ihre Kontrolle zu bringen und sich in die Angelegenheiten der Sowjetischen Besatzungszone einzumischen.

In den Memoiren des damaligen Oberbefehlshabers der amerikanischen Besatzungszone, Generals Clay, „Entscheidung in Deutschland", kann man nachlesen, welche Rolle er selbst gespielt hat, um die Verwirklichung des Übereinkommens zu sabotieren. Statt die Direktive durchzuführen, schlug er vor, mit bewaffneten Konvois nach Westberlin durchzubrechen.

Damals erklärte John Foster Dulles in einer internen Rede in Paris am 24. Januar 1949 mit größter Offenheit:

> „Die gegenwärtige Lage ist für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Berliner Bevölkerung vor dem Hungertod bewahrt zu haben. Die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält."[1]

[1] G. S. Wheeler, ehem. leitender Mitarbeiter bei der US-Militärregierung in Deutschland in seinem Buch: „Die amerikanische Politik in Deutschland 1945—1950", Berlin 1958, S. 223

Darüber hinaus suchten die Westmächte nach Mitteln und Wegen, um den Sinn der genannten Vereinbarungen ihren aggressiven Zielen dienstbar zu machen, d. h. sie in ihr Gegenteil zu verfälschen. Das geschah auf folgende durchsichtige Weise: die britische Besatzungsbehörde brachte den Vorschlag ein, daß die in der Direktive vorgesehene Finanzkommission die „höchste Finanzbehörde" Berlins sein solle. Das bedeutete, da in Berlin die DM der Sowjetischen Besatzungszone in Umlauf kommen sollte, daß die Westmächte über den gesamten Geldumlauf der Sowjetischen Besatzungszone die Kontrolle ausüben wollten. Außerdem hatten sie vor, die Sowjetunion aus der Regelung der Handelsbeziehungen Berlins mit den Westzonen auszuschalten. Es war klar, daß sich die sowjetischen Behörden darauf nicht einlassen konnten und daß dieses Verhalten der Westmächte den vereinbarten Richtlinien diametral entgegengesetzt war.

An der entschlossenen Haltung breiter Schichten der Werktätigen und den Maßnahmen des sowjetischen Stadtkommandanten scheiterten die Pläne der Westmächte und ihrer deutschen Helfer, ganz Berlin zu einem Brückenkopf gegen den Fortschritt zu machen. Um wenigstens ihre Positionen in Westberlin zu retten, vollzogen sie jetzt auch in Berlin im Verlauf weniger Wochen die schon von langer Hand vorbereitete Spaltung bis zur untersten Magistratsdienststelle. Schließlich verlegte auch die reaktionäre Koalitionsmehrheit der Stadtverordneten ihre Versammlung nach Westberlin und dokumentierte damit, wo ihre Auftraggeber saßen.

Entsprechend den Forderungen des Demokratischen Blocks von Berlin beschloß eine vom stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke einberufene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung am 30. 11. 1948 die Absetzung des pflichtvergessenen Magistrats und die Bildung eines provisorischen demokratischen Magistrats unter Friedrich Ebert, der von 500 000 Berliner Werktätigen in einer öffentlichen Kundgebung begrüßt und vom sowjetischen Militärkommandanten am 2. 12. 1949 als das einzige rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan anerkannt wurde.

Im Zusammenhang mit der Einführung der separaten Währungsreform und der Spaltung Berlins provozierten die Westmächte die sogenannte Berliner Krise: Es gibt nur wenige Vorgänge der jüngsten Zeit, die in einem derartigen Maße von westlicher Seite verfälscht worden sind wie dieses Ereignis. Die „Berliner Krise" wurde von den Westmächten ausgelöst, um von ihrer verbrecherischen Politik der

Spaltung Deutschlands und Berlins sowie der Bildung eines westdeutschen Separatstaates abzulenken, diese Maßnahmen zu tarnen und zu rechtfertigen. Dabei bedienten sie sich einer außerordentlich raffinierten Propaganda, die den Zweck verfolgte, die Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren und der Öffentlichkeit vorzutäuschen, daß nicht sie für eine derartige Entwicklung verantwortlich seien, sondern die Sowjetunion. Zugleich aber benutzten sie die „Berliner Krise", um eine Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien hervorzurufen und so den aggressiven Nordatlantikpakt, der sich im April 1949 unter amerikanischem Druck bildete, vorzubereiten und ihn als „Verteidigungsbündnis" deklarieren zu können. Schließlich diente die „Berliner Krise" dazu, in Westberlin jene „Frontstadtstimmung" zu erzeugen, die die Westmächte und die deutsche Reaktion für ihre Brückenkopfpolitik brauchten. Die Westmächte versuchten nämlich, die von der sowjetischen Verwaltung angeordneten Verkehrsbeschränkungen als „Blockade" Westberlins hinzustellen.

Das ist eine bis heute aufrechterhaltene Lüge, von der sich das Märchen von der „Standhaftigkeit der Westberliner" und den „Aushungerungsversuchen der Russen" nährt. Wie stand es damit wirklich? Erstens gab es nicht nur defensive sowjetische, sondern auch aggressive westliche Verkehrsbeschränkungen. Dazu gehörte insbesondere die von den Westmächten verordnete Sperre der Ausfuhr von Steinkohle, Koks und Walzgut in die Sowjetische Besatzungszone, die deren friedliche Wirtschaft im Interesse der aggressiven Kräfte zerstören sollte. Der Versuch scheiterte an der Umsicht der demokratischen Organe in der Sowjetischen Besatzungszone und an der Solidarität der sozialistischen Staaten. Zweitens lieferte die Sowjetunion während der sogenannten Blockade täglich 900 Tonnen Lebensmittel nach Berlin und hielt in großen Vorratslagern gewaltige Mengen von Getreide und Fetten aus der UdSSR für ganz Berlin zur Verfügung. Der amerikanische Sektorenkommandant Howley aber drohte, „mit Panzern nach Berlin durchzubrechen", und Zeitungen wie der Westberliner „Telegraf" wagten die Äußerung: „Berlin ist einen Krieg wert." „Den Lärm wegen dieser Frage (der sowjetischen Schutzmaßnahmen – d. Verf.) brauchten diejenigen, die möglichst Gefühle der Besorgnis, der Unruhe und der Kriegshysterie entfachen wollen, nicht aber diejenigen, die eine wirkliche Regelung der Lage in Berlin anstreben", stellte die Sowjetregierung in ihren Noten an die Westmächte vom 3. 10. 1948 fest. Daß diese Feststellung richtig ist, liegt auf der Hand.

Obgleich die sowjetischen Dienststellen und die deutschen Behörden alle erforderlichen Maßnahmen vorbereiteten und zahlreiche Angebote machten, um die Verpflegung der Westberliner Bevölkerung mitzuübernehmen, errichteten die Westmächte eine sogenannte Luftbrücke, die wesentlich dazu beitrug, die von den Imperialisten gewünschte Kriegshysterie und Frontstadtstimmung in Westberlin zu schüren. Täglich als Sondermeldungen aufgemachte Berichte über die Menge an eingeflogenen Lebensmitteln, über die Zahl der eingesetzten Flugzeuge usw. waren kennzeichnend für den Luftbrückenrummel. Die Westmächte gebärdeten sich als Retter Berlins, die die Stadt vor dem Hungertod bewahrten. Zwei Jahre zuvor dagegen, in dem grauenvollen Berliner Winter 1946/47, in dem auf Grund der verantwortungslosen Politik des reaktionären Magistrats Hunderte von Berlinern den Kälte- und Hungertod starben, hatten die Westmächte nicht das geringste getan, um durch Kohlen- und Lebensmittellieferungen per Bahn die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Vom politischen Profit abgesehen, wurde die Luftbrücke zu einem außerordentlich einträglichen Geschäft für die von der Krise bedrohte anglo-amerikanische Flugzeugindustrie. Sie brachte den Monopolen monatlich etwa 50 Millionen Westmark Gewinn. „Der kalte Krieg ist ein Segen für die Flugzeugindustrie geworden, weil die bewaffneten Mächte heute den einzigen großen Markt für die Produktion von Flugzeugen bieten", konnte man am 24. Februar 1949 in der „New York Herald Tribune" lesen. „Zum ersten Mal seit dem Krieg hatte die Flugzeugindustrie im vergangenen Jahr (1948 – d. Verf.) ein Verkaufsvolumen, das etwa eine Milliarde Dollar betrug gegenüber nur 48 Millionen Dollar im Jahre 1947."

Vor allem aber diente die Luftbrücke ganz unmittelbar der Kriegsvorbereitung: „Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln", erklärte der damalige amerikanische Militärgouverneur Clay, und die „Times" schrieb im Februar 1949: „Die Luftbrücke hat sich als ein großes strategisches Übungsfeld erwiesen. Alle früheren Erfahrungen über die Möglichkeit der Versorgung auf dem Luftwege im Kriege sind durch die Berliner Erfahrungen völlig über den Haufen geworfen worden." Schließlich gab die Luftbrückenaktion den USA einen willkommenen Vorwand, Luftwaffeneinheiten nach Europa zu verlegen und dort Stützpunkte zu errichten. Dennoch wurden die Westmächte unter dem Druck der damals gerade entstehenden Weltfriedens-

bewegung und der Friedenspolitik der Sowjetunion gezwungen, sich im Mai 1949 in Paris an einer Außenministerkonferenz zu beteiligen, die die „Berliner Krise" beilegen sollte. Auf dieser Konferenz mußten sie sich damit einverstanden erklären, daß alle Maßnahmen ergriffen würden, um die Herstellung der Einheit Deutschlands in die Wege zu leiten und eine Vertiefung der Spaltung zu vermeiden. Doch in der Folgezeit brachen die Westmächte auch dieses Übereinkommen und errichteten bereits im September desselben Jahres den reaktionären Bonner Separatstaat, der den deutschen Militaristen alle Möglichkeiten zu ihrem Wiedererstarken gab.

Mit allen diesen Separatmaßnahmen lösten sich die Westmächte von ihren – im Potsdamer Abkommen bestätigten – völkerrechtlichen Verpflichtungen und untergruben damit ihr Recht auf Teilnahme an der Besetzung Deutschlands und insbesondere auch auf die Mitbesetzung und Mitverwaltung Berlins. Vor allem die Verwirklichung der Londoner Separatbeschlüsse – angefangen von der Einführung der Westwährung bis zur Bildung des westdeutschen Spalterstaates und der damit zusammenhängenden faktischen Liquidierung des Alliierten Kontrollrates, der Leitstelle der Interalliierten Kommandantur – widersprach grundsätzlich ihrer Pflicht, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, insbesondere sein Recht auf einen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat zu achten. Gerade damit wurde auch die spezielle Grundlage zerstört, die sie berechtigt hatte, an der Besetzung und Verwaltung Berlins teilzunehmen. Denn Berlin war – wie bereits gesagt – deshalb zum Sitz des Alliierten Kontrollrats bestimmt worden, weil von Berlin, der alten und der künftigen Hauptstadt Deutschlands, aus das Vorgehen der Großmächte bei der Verwirklichung der Grundforderungen des Potsdamer Abkommens vereinheitlicht und so das deutsche Volk bei der schrittweisen Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit unterstützt werden sollte.

Das weitere Verbleiben der Truppen der Westmächte, das unter den genannten Umständen jeder rechtlichen Grundlage entbehrte, enthüllte zugleich endgültig den Wandel ihrer Aufgaben. Aus einer völkerrechtsmäßigen Besetzung zur Förderung einer antimilitaristischen und antifaschistischen Entwicklung in Deutschland war eine völkerrechtswidrige Okkupation zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands, zur Aufpäppelung des deutschen Militarismus mit aggressiver Zielsetzung gegen die Sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR, und die sozialistischen Staaten geworden.

Die rechtliche Stellung Berlins als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik - frei von allen Besatzungsrechten

Die Stellung Berlins innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik

Welche Bedeutung kommt für den Status Berlins der Errichtung des westdeutschen Separatstaates und auf der anderen Seite der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu, die bekanntlich am 7. Oktober 1949 – nach der Installierung der Bundesrepublik im August und September 1949 – erfolgte? Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war das Ergebnis des nationalen Widerstandes des deutschen Volkes gegen die Politik der Spaltung, die unter Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von den Westmächten und ihren westdeutschen Komplizen betrieben wurde. Die Gründung der DDR war zugleich die Verwirklichung des im Potsdamer Abkommen ausdrücklich verbrieften Rechts des deutschen Volkes, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen und seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzunehmen. Die unter breitester Beteiligung der Bevölkerung ganz Deutschlands, also denkbar demokratisch, zustande gekommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik brachte vor allem den Willen der demokratischen Kräfte Deutschlands zum Ausdruck, nie wieder die Vorbereitung und Auslösung eines Aggressionskrieges durch Deutschland zuzulassen. Sie bestätigte daher die Beseitigung der ökonomischen Machtbasis des deutschen Militarismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entsprechend der Entwicklung in der bisherigen Sowjetischen Besatzungszone beruht die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik auf den antimilitaristischen und antifaschistischen, demokratischen Prinzipien des Potsdamer Abkommens, die, wie bereits fest-

gestellt, mit dem Programm der antifaschistisch-demokratischen Kräfte Deutschlands übereinstimmen.

Damit hatte sich als Nachfolgestaat des im Mai 1945 untergegangenen Deutschen Reiches zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ein demokratischer, friedliebender deutscher Staat herausgebildet, der das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in dem Gebiet verwirklichte, das nicht – wie die Westzonen – von Deutschland abgespalten worden war.

Demzufolge stellte die Sowjetische Militärregierung in Deutschland mit allen ihren Verwaltungsstellen, auch in Berlin, ihre Tätigkeit ein und bekräftigte mit der Übergabe ihrer Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Gründung dieses souveränen deutschen Staates auf dem Boden der vormaligen Sowjetischen Besatzungszone. Berlin, das seit 1945 zum Gebietsbestand und damit zum Hoheitsgebiet dieser Besatzungszone gehört hatte, wurde somit nunmehr Bestandteil und Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Artikel 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik erklärte Berlin seiner traditionellen Rolle entsprechend zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, deren oberste Staatsorgane daher auch in Berlin ihren Sitz nahmen. Der Vorsitzende der nach Auflösung der Sowjetischen Militärverwaltung geschaffenen Sowjetischen Kontrollkommission, die allerdings nur noch die Aufgabe hatte, die Einhaltung des Potsdamer Abkommens und der anderen Vier-Mächte-Beschlüsse zu überwachen, bestätigte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ausdrücklich, daß auch in Berlin die Verwaltungsfunktionen auf die deutschen demokratischen Organe übergegangen seien. In der weiteren Entwicklung entschloß sich die Regierung der UdSSR auf Grund der konsequenten und vollständigen Durchführung der Prinzipien und Bestimmungen des Potsdamer Abkommens durch die Deutsche Demokratische Republik, die noch verbliebenen, nunmehr gegenstandslos gewordenen Funktionen ihrer Überwachungsorgane aufzuheben. Laut Erklärung vom 26. 3. 1954 nahm die Sowjetunion die gleichen Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf wie mit anderen souveränen Staaten. „Die Deutsche Demokratische Republik", bestätigt diese Erklärung, „wird die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden." Die Herausbildung der uneingeschränkten

Ausübung ihrer Souveränitätsrechte durch die Deutsche Demokratische Republik fand ihren Abschluß und ihre vertragliche Bekräftigung in dem zwischen beiden Staaten am 20. 9. 1955 geschlossenen Vertrag, auf Grund dessen auch die Funktion des Hohen Kommissars der Sowjetunion erlosch. Es gab fortan kein derartiges Organ mehr.

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge war – vor allem wegen der darin vorgesehenen Einbeziehung eines remilitarisierten Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt – eine neue gefährliche Lage entstanden. Zur Abwehr der davon ausgehenden Bedrohung der Sicherheit und des Friedens in Europa wurde am 14. Mai 1955 der Warschauer Vertrag abgeschlossen, dem auch die Deutsche Demokratische Republik in souveräner Gleichberechtigung beitrat.

Angesichts der Stationierung von NATO-Truppen in Westdeutschland sowie der raschen Wiedergeburt des deutschen Militarismus, schlossen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR am 12. 3. 1957 einen Vertrag über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik. Das entsprach dem Interesse des deutschen und des sowjetischen Volkes wie auch der anderen Völker an der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit.

In Artikel 1 des Vertrages wird festgestellt, daß sich die sowjetischen Streitkräfte nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftliche Leben des Landes einmischen werden, eine Regelung, die dem Wesen des proletarischen Internationalismus entspricht.

Die Souveränität unseres Staates wird auch durch eine zwischen den Außenministern der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Vertrag vom 20. 9. 1955 getroffene Abrede bestätigt. In Briefen, die zwischen dem Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Bolz, und dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Sorin, am gleichen Tage gewechselt wurden, wird festgestellt, daß die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin befindlichen Garnisonen der drei Westmächte zwischen Westdeutschland und Westberlin „zeitweise bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens" vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt wird, während der zivile Personen- und Güterverkehr ausländischer Staaten und Bürger auf den Verkehrswegen der Deutschen Demokratischen Republik zwischen Westdeutschland und Westberlin

– wie bereits seit 1949 – weiterhin von Organen der Deutschen Demokratischen Republik selbst kontrolliert wird. Es ist interessant, welches Urteil über die Abwicklung dieses zivilen Güterverkehrs durch die Organe der Deutschen Demokratischen Republik ein exklusives Blatt der westdeutschen Monopolbourgeoisie, „Der Volkswirt", in seiner Ausgabe vom 27. 6. 1959 abgibt. „Der Volkswirt" dementiert praktisch gewisse Hetzmeldungen in der westdeutschen Tagespresse, indem er schreibt: „Selten werden Interzonen- oder Berlintransporte von sowjetzonalen Grenzkontrollstellen beanstandet und beschlagnahmt. Im vergangenen Jahre ist dies siebzehnmal geschehen bei insgesamt über zwei Millionen Warensendungen. In allen diesen Fällen lagen mehr oder weniger schwerwiegende Verstöße gegen sowjetzonale Verordnungen vor, die bei genügender Sorgfalt der Verlader, Spediteure oder Transportführer vermeidbar gewesen wären. Solche raren Vorgänge geben noch keinen Anlaß, eine systematische Behinderung des Berlin-Verkehrs zu befürchten."

Die Sachlichkeit dieser Beurteilung dürfte sich hauptsächlich aus der Erwägung gewisser am Berlin-Geschäft interessierter großbürgerlicher Kreise Westdeutschlands erklären, daß der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und der Erzeugung eines neuen „Blockade"-rummels dienende Zweckmeldungen in der westdeutschen Tagespresse zwar nützlich sind zur Verdummung der westdeutschen Massen, zugleich aber wie ein ökonomischer Bumerang auf die wirtschaftlichen Beziehungen Westdeutschlands zu Westberlin einwirken können.

Die Vereinbarung, mit der die Deutsche Demokratische Republik hinsichtlich der genannten militärischen Transporte zeitweise ihre Rechte zur *Ausübung* sowjetischen Organen übertrug, geht von der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Hoheitsrechten in und für ganz Berlin aus. Sie bestätigt, daß diese Rechte der Deutschen Demokratischen Republik zustehen, daß deren Ausübung daher nicht für alle Zeiten sowjetischen Organen übertragen ist. Die zeitweilige Inanspruchnahme bzw. Zurverfügungstellung dieser Organe erfolgte im Interesse der internationalen Entspannung und angesichts der nun einmal bestehenden, wenn auch rechtswidrigen Besetzung Westberlins durch Truppen der Westmächte. Sie sollte dazu dienen, die Normalisierung der Verhältnisse in Westberlin zu erleichtern. Rechtlich ist es ausschließlich Sache der beiden beteiligten Staaten, zu regeln, wann diese Funktionen durch Organe der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt werden. Eine Befugnis dritter

Staaten, daraus Rechte auf Beibehaltung der bisherigen Regelung herzuleiten, besteht natürlich nicht. Ein solches Recht besteht auch auf Grund anderer Abkommen nicht.

Aus dieser Untersuchung ergibt sich: rechtlich ist ganz Berlin seit der Staatsgründung Hauptstadt und damit Bestandteil der Deutschen Demokratischen Republik, und zwar angesichts der vollen Entfaltung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik seit 1954 frei von allen besatzungsrechtlichen Schranken. Dieser eindeutigen Rechtslage steht die Tatsache gegenüber, daß Westberlin gegenwärtig faktisch von der Deutschen Demokratischen Republik, zu der es gehört, und von dem demokratischen Berlin, mit dem es auch rechtlich eine Einheit bildet, abgespalten und losgerissen ist.

Die Stellung Berlins gegenüber dem Bonner Separatstaat

Diese Tatsache führt uns zu der Frage: Welche Bedeutung hatte die Errichtung des Bonner Separatstaates und die Beibehaltung des Besatzungsregimes in Westberlin durch die Westmächte für die rechtliche Stellung Berlins?

Die Bundesrepublik nimmt nämlich in ihrem Grundgesetz und in Erklärungen oberster Bundesorgane (Bundesverfassungsgericht, Bundestagspräsident) Berlin – und zwar ganz Berlin –, d. h. die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, als einen Bestandteil des westdeutschen Separatstaates in Anspruch. Sie wird dabei von den Leitern der adenauerhörigen Westberliner Verwaltung unterstützt (vgl. Art. 1 der Westberliner Verfassung und wiederholte Erklärungen des „Regierenden" Bürgermeisters). Das widerspricht zwar dem Annexions- und Interventionsverbot des Völkerrechts, entspricht aber dem interventionistischen, annexionistischen Charakter des Bonner Staates und der Satellitenrolle der Westberliner Verwaltung.

Die Bundesrepublik wurde geschaffen, um die Verwirklichung des im Potsdamer Abkommen verbrieften Anspruchs unseres Volkes auf einen friedlichen demokratischen Nationalstaat wenigstens in den Westzonen zu vereiteln und so – unter widerrechtlicher Ausnutzung der Machtverhältnisse – „für den Westen" von Deutschland zu retten, was nach Ansicht der westlichen Imperialisten für sie noch zu retten war. Zwar hoffte der Leiter der Politischen Abteilung für Zivile Angelegenheiten bei der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Mister Scammon, Ende 1947 noch: „Wenn erst das Friedensstatut

(gemeint ist das Besatzungsstatut – d. Verf.) unterzeichnet ist, können wir Deutschland zu unserem Verbündeten machen. Wir würden es samt seiner Schwerindustrie als 17. Nation in den Marshall-Plan einbeziehen und damit 44 Millionen Menschen mehr auf unserer Seite haben. In einigen Monaten werden wir gestiefelt und gespornt sein, um loszumarschieren." Die amerikanische Zeitschrift „Newsweek" aber wußte bereits am 14. 7. 1947 zu melden: „Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Vier-Mächte-Regimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten. Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland."

Diese Absicht schließt die Gefahr nicht aus, daß den imperialistischen Hexenmeistern mit der Zeit der imperialistische Zauberlehrling über den Kopf wächst. Bekanntlich verstieg sich Jakob Kaiser bereits 1951 zu der Äußerung: „Ein wahres Europa kann nur gebildet werden, wenn die deutsche Einheit hergestellt ist. Sie umfaßt außer Deutschland auch Österreich, einen Teil der Schweiz und Elsaß-Lothringen." Jakob Kaiser war damals Bundesminister. In der Note der Sowjetregierung an die amerikanische Regierung vom 27. 11. 1958 wird in diesem Zusammenhang die berechtigte Frage erhoben: „Können die Inspiratoren der gegenwärtigen Deutschlandpolitik der Westmächte garantieren, daß der von ihnen aufgepäppelte deutsche Militarismus sich nicht wieder auf seine jetzigen Partner stürzt und daß das amerikanische, das englische und das französische Volk nicht mit ihrem Blut die Verletzung der alliierten Abkommen über die Entwicklung Deutschlands auf friedliebendem und demokratischem Wege durch die Regierungen der drei Westmächte bezahlen müssen?" In der Tat kann man sich schwer vorstellen, daß die Völker des Westens und sogar ihre Regierungen sich nicht mehr daran erinnern, daß derselbe deutsche Militarismus, der heute im Bonner Staat und in Westberlin wieder regiert, nicht nur der Zerstörer von Warschau und Lidice sowie Tausender sowjetischer, rumänischer, jugoslawischer Städte, sondern auch der Zerstörer von Coventry und anderer westlicher Städte wie Le Havre und Rotterdam, Narvik und Monte Cassino war. Die Gründung des Bonner Separatstaates als ein Höhepunkt im Prozeß der Spaltung Deutschlands steht somit im krassen Widerspruch sowohl zum Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation wie zum Anspruch aller anderen Völker, insbesondere der Opfer des deutschen Militarismus,

auf Erhaltung und Sicherung des Friedens vor neuen Anschlägen dieser aggressiven Kräfte. Die Gründung des westdeutschen Staates bedeutet die planmäßige Schaffung eines Instruments der Einmischung, der Aggressionsdrohung und Aggressionsvorbereitung mit der Hauptstoßrichtung gegen die sozialistischen Staaten und insbesondere den rechtmäßigen, weil demokratischen und friedliebenden deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik.

Dabei muß man allerdings feststellen, daß das Adenauer-Regime heute bereits tatsächlich in gewissem Umfang seinen eigenen Schöpfern im Westen unbequem und gefährlich wird. Was die Hauptstoßrichtung der aggressiven Kräfte in Westdeutschland angeht, denke man nur an jenen Ausspruch Adenauers, daß die Wiederaufrichtung Deutschlands der „Vorbereitung einer Neuordnung in Osteuropa dienen" sollte (16. 3. 1952), an seine Äußerung vom 22. 9. 1957, eines Tages werde „das ganze Gebiet jenseits von Oder und Neiße innerhalb der Montanunion und des Gemeinsamen Marktes stehen müssen" oder an seine wiederholten Forderungen „nicht nach Wiedervereinigung, sondern nach Befreiung der Ostzone". Man denke ferner an den Ausspruch seines Kriegsministers Strauß vom 11. 11. 1957, daß die vereinigte Stärke der Bundeswehr und ihrer Verbündeten genüge, „um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können", oder an Strauß' Äußerung über den „Fall Rot" in der Atomdebatte des Bundestags am 25. 3. 1958. Den aggressiven Äußerungen der Bonner Staatsmänner entsprechen die Geheimpläne der Bundesregierung, die unter der Bezeichnung „Outline" bzw. „MC 70" bekannt geworden sind. Sie zielen auf die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik als Basis eines Überfalls auf die Polnische und die Tschechoslowakische Volksrepublik ab und sehen in Verwirklichung des Atomrüstungsbeschlusses des Bundestags vom 25. 3. 1958 u. a. die Aufstellung von 40 Raketenbataillonen des Heeres sowie 28 Raketenbataillonen der Luftwaffe mit 48 Abschußrampen je Bataillon vor. Alles dies demonstriert den aggressiven Charakter, der diesem Staat unter seinem militaristischen Regime von Anbeginn anhaftet und der ihn als den raubgierigsten Staat zumindest in Europa kennzeichnet.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Bundesregierung und ihr Westberliner Statthalter den Versuch machen, Berlin, die Hauptstadt der DDR, als ein Land der Bundesrepublik auszugeben.[1]

[1] Wenn die Bundesregierung sich dennoch weigert, nach Westberlin überzusiedeln, so hat das außer der Furcht vor politischer „Ansteckung" und

Im Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes wird behauptet, es gelte auch im Gebiet von Groß-Berlin. Da nun aber die Verfassung der Bundesrepublik – im krassen Gegensatz zu der souveränen Beschlußfassung der verfassunggebenden Organe der Deutschen Demokratischen Republik – der Genehmigung der westlichen Besatzungsmächte bedurfte, war deren Einverständnis auch mit der Fassung des Artikels 23 erforderlich. Die westlichen Militärgouverneure erklärten jedoch bereits mit Schreiben vom 2. 3. 1949, daß sie „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage" den auf Berlin bezüglichen Teil des angeführten Artikels suspendieren müßten. Als dieser Einspruch in Bonn nicht gleich beachtet wurde, wiesen die Außenminister der Westmächte ihre Militärgouverneure am 8. 4. 1949 nochmals an, zu erklären, daß sie einer Einbeziehung Berlins „als ein Land in die ursprüngliche Organisation der Bundesrepublik" gegenwärtig nicht zustimmen könnten. Eine daraufhin erfolgte verklausulierte Berücksichtigung dieses Standpunktes in der Übergangs- und Schlußbestimmung des Artikels 144 des Grundgesetzes stieß ebenfalls auf den Widerspruch der Militärgouverneure. In ihrem Genehmigungsschreiben zur Verfassung machten sie am 12. 5. 1949 ausdrücklich einen hierauf bezüglichen eindeutigen Vorbehalt. Entsprechend reagierte die Berliner Rumpfkommandantur der drei Westmächte auf die Vorlage der Westberliner Spalterverfassung vom 1. 9. 1950, in deren Artikel 1 Berlin als ein Land der Bundesrepublik ausgegeben wird. Mit Schreiben vom 29. 8. 1950 erklärten die Kommandanten Westberlins, daß diese Regelung zurückgestellt werde und daß sie ihrerseits davon ausgehen, daß Berlin einstweilen „keine der Eigenschaften eines zwölften Landes besitzen wird". Dasselbe wiederholte sich im Januar 1952 im Zusammenhang mit einem der Hohen Alliierten Kommission vorgelegten „Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes". Auch in einem Schreiben, das die drei westlichen Hochkommissare am 26. 3. 1952 an den Bundeskanzler richteten und das später Bestandteil der Pariser Verträge wurde, erklärten sie, daß sie

außer der Furcht vor dem Veto selbst der Westmächte u. a. seinen Grund darin, daß man — wie der Westberliner Sozialdemokrat Kurt Mattick in einer Polemik einmal sagte — „den Generalstab nicht in die Hauptkampflinie legt". Diesen „militärstrategischen Erwägungen", wie Mattick sie diskret nannte, dankt die Provinzstadt links des Rheins ihre kurzlebige Rolle als Hauptstadt eines deutschen Teilstaates.

ihren Vorbehalt gegen die Berlinartikel des Grundgesetzes „mit Rücksicht auf die internationale Lage" aufrechterhielten.[1] Der bisherigen westlichen Haltung entspricht die Erklärung, die der französische Außenminister während der Genfer Sechsmächtekonferenz von 1959 abgab, daß nämlich Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehöre.

Die Interessen, die sich hier in gewissem Umfang kreuzen, sind relativ leicht zu durchschauen. Die Westmächte müssen an der Fiktion des Fortbestehens der von ihnen selbst desorganisierten und inhaltlich mißbrauchten Vier-Mächte-Verwaltung von Berlin festhalten, um so wenigstens den Schein des Rechts der in Westberlin trotz allen Mißbrauchs 14 Jahre nach Kriegsende angeblich immer noch fortbestehenden „Besatzungsrechte" notdürftig wahren zu können. Die aggressiven westdeutschen Militaristen und ihre Westberliner Trabanten sind demgegenüber in einer schwierigen Lage. Denn einerseits wünschen sie, um die NATO-Frontstadtpolitik voranzutreiben, die völlige Fusion Westberlins – und wenn es ginge: ganz Berlins – mit der Bundesrepublik und möchten sich mit der illegal praktizierten Gleichschaltung auf die Dauer nicht begnügen. Andererseits können sie die besatzungs-„rechtliche" Scheinposition der Westmächte in Westberlin nicht noch selbst untergraben und damit die Rechtswidrigkeit des Aufenthalts der Westmächte in Westberlin unterstreichen. Denn, wie Adenauers Westberliner Beauftragter Brandt am 21. 4. 1958 erklärte: „Es geht um die

[1] Die Westberliner Separatisten benutzen ihrerseits die illegale Währungsspaltung durch die Westmächte als „Rechtfertigung" der Restauration des Monopolkapitalismus in Westberlin und der beschleunigten Gleichschaltung Westberlins durch nahezu globale Übernahme der Bonner Gesetzgebung. So erklärte Brandt im Mai 1958 in Neukölln unter Ausnutzung der Unkenntnis der Bevölkerung über das Zustandekommen des Schwindelkurses: „Wenn wir uns für die Westmark als die bessere Währung entschieden haben, dann müssen wir auch diejenigen Wirtschaftstendenzen hinnehmen, die mit dieser Währung verbunden sind." Bereits am 25. 11. 1956 hatte er — noch als Westberliner Parlamentspräsident — die Kapitulation der Westberliner SPD-Führung vor dem Adenauerregime in die Worte gefaßt: „Mittlerweile dürften sich alle unsere Mitbürger darüber klar geworden sein, daß wir Bundesrechte zu übernehmen haben und uns nicht die jeweils angenehmsten Gesetze aussuchen können." Danach muß man damit rechnen, daß er eines nahen Tages auch die Übernahme der vom Bonner Polizeiminister Schröder angekündigten Notstandsgesetze zu „rechtfertigen" versuchen, d. h. auch den Weg Westberlins zum neofaschistischen Führerstaat pseudojuristisch „legitimieren" wird, sofern diese Entwicklung nicht durch den inzwischen von Brandt bereits in Aussicht gestellten Erlaß eines eigenen Westberliner „Notstandsgesetzes" in Gang gebracht wird.

Zusammenarbeit mit denen, ohne die wir hier nicht sitzen würden", was zweifellos den Tatsachen entspricht. Dabei handelt es sich um ein von den Beteiligten in Bonn und in Westberlin selbst erkanntes und daher bewußt unredliches Spiel mit dem sogenannten Viermächtestatus. Das geht z. B. aus den Protokollen des Bundestags, insbesondere aus Äußerungen von Grewe hervor. Aber auch Brandt erklärte im Dezember 1958 in der „Süddeutschen Zeitung", er halte es nur in der gegebenen Situation nicht für zweckmäßig, „die Frage des Bundeslandes neu zu stellen", schon 1959 könnte „die Flurbereinigung durchaus wieder ein diskussionsfähiger Punkt werden". Ebenso unredliche Schlangenwindungen mußte auch der Bundestagspräsident Gerstenmaier anläßlich der provokatorischen Durchführung der Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin, also außerhalb des Bundesgebiets, auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik, am 1. 7. 1959 vollbringen. Er berief sich dabei auf einen ebenso gewundenen, widerspruchsvollen wie rechtlich unhaltbaren Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 21. 5. 1957, demzufolge Berlin ein Land der Bundesrepublik sein soll, deren Grundgesetz daher auch in und für Berlin gelte, freilich nur, „soweit nicht aus der Besatzungszeit stammende und noch heute aufrechterhaltene Maßnahmen der Drei Mächte seine Anwendung beschränkten". Mit Rücksicht darauf, muß der Beschluß zugeben, sei es grundsätzlich angesichts der Vorbehalte der westlichen Militärgouverneure bei der Genehmigung des Bonner Grundgesetzes „ausgeschlossen, daß Bundesorgane unmittelbare Staatsgewalt über Berlin ausübten". Bundestagspräsident Gerstenmaier, der sich in der Frage des Stimmrechts der Westberliner Vertreter sogar einem formellen Protest des Bonner Innenministers gegenübergestellt sah, begann dementsprechend bei der Eröffnung der Bundesversammlung in Westberlin am 1. 7. 1959 mit der rechtswidrigen Behauptung, Berlin sei ein Teil der Bundesrepublik, mußte aber im Widerspruch hierzu die für die tatsächliche Lage Westberlins aufschlußreiche Bemerkung hinzufügen:

„Es steht fest, auch in diesem Augenblick, daß die Drei Mächte nach wie vor die Oberste Gewalt in Berlin ausüben." Es ist eben so, daß sich die bis heute aufrechterhaltenen Einsprüche der Westmächte gerade dagegen richten, daß Berlin ein Bestandteil der Bundesrepublik sei, weil sie sonst mit ihrer ebenso unzutreffenden These eines Fortbestehens des in Wahrheit längst abgelaufenen und von ihnen selbst zerrütteten Viermächtestatus in Berlin in allzu offenen Widerspruch

geraten. Übrigens hat Adenauer selbst in einem völkerrechtlichen Dokument die Unzuständigkeit der Bundesrepublik für Westberlin einräumen müssen, nämlich in dem 1958 mit der Sowjetunion geschlossenen Konsularvertrag, der sich nicht auf Westberlin bezieht.

Der ganze Streit ist aber für die objektive Ermittlung der Rechtslage völlig unerheblich. Denn objektiv widerspricht die eine wie die andere Auffassung der rechtlichen Stellung Berlins. Aus den bereits früher dargelegten Gründen haben die Westmächte selbst keinerlei Rechte mehr in bezug auf Berlin und können daher auch keinerlei Rechte, selbst wenn sie es wollten, auf westdeutsche oder Westberliner Stellen übertragen. Die betreffenden Artikel des Bonner Grundgesetzes in der Westberliner Verfassung und die darauf gestützte provokatorische Praxis, wie z. B. die Errichtung eines zweiten Amtssitzes des Bundespräsidenten im Westberliner Schloß Bellevue oder die Übertragung des Vorsitzes im Bundesrat an den Verwaltungschef von Westberlin, sind nicht wegen der erwähnten Einsprüche der Westmächte hinfällig, sondern bereits deswegen, weil die Westmächte über die Deutsche Demokratische Republik, zu deren Territorium ganz Berlin gehört, nicht zu verfügen haben. Das Adenauer-Regime oder gar die Separatverwaltung in Westberlin hat erst recht keine Befugnisse in bezug auf irgendeinen Teil Berlins wie des übrigen Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik. Daran kann natürlich auch ein Beschluß des Bundesverfassungsgerichts nichts ändern. Denn auch dieses Organ des Bonner Staates kann nicht über ein Gebiet verfügen, das seiner Rechtsprechung gar nicht untersteht, weil es sich um das Hoheitsgebiet eines anderen Staates, nämlich der Deutschen Demokratischen Republik, handelt.

Aus dem gleichen Grunde ist auch der sogenannte Berlinvorbehalt in Artikel 2 des „Deutschlandvertrags", des Hauptdokuments der Pariser Verträge, ohne rechtliche Grundlage. Hiernach behalten sich die Westmächte „die bisher von ihnen ausgeübten und innegehabten Rechte und Verantwortungen in bezug auf Berlin vor", d. h., sie behalten sich der Bundesrepublik gegenüber etwas vor, was weder dieser noch ihnen zusteht. Das ist natürlich rechtlich unmöglich. Damit stürzt aber auch jene Erklärung der selbst wiederum illegalen Westberliner Rumpfkommandantur zusammen, die am 5. 5. 1955, dem Tag des Inkrafttretens der Pariser Verträge, erlassen wurde und seitdem die Grundlage der Praxis des Besatzungsregimes in Westberlin bildet.

Mit dieser sogenannten Neuregelung des Westberliner Besatzungsregimes am Tage des Inkrafttretens der Pariser Verträge hatte es folgende Bewandtnis: In der durch den „Deutschlandvertrag" formal für souverän erklärten Bundesrepublik mußte man möglichst weitgehend den Anschein erwecken, es gäbe in Westdeutschland von nun an keine Besatzung, kein Besatzungsregime und kein Besatzungsstatut mehr. Auf Westberlin aber konnte man, weil man an der Fiktion des Vier-Mächte-Status mit Rücksicht auf die Sowjetunion festhalten mußte, die Pariser Verträge formell nicht ausdehnen.

Die Unhaltbarkeit des Besatzungsregimes in Westberlin

Aus dem gleichen Grunde konnte man in Westberlin auch nicht die Besatzungstruppen in Stationierungstruppen umbenennen. Um dennoch nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge in Westdeutschland auch in Westberlin den Anschein einer Änderung der Lage zu erwecken, ersetzte man wenigstens das sogenannte „Kleine Besatzungsstatut", das seit dem 14. 5. 1949 in Westberlin gegolten hatte, durch jene neue Erklärung der Westberliner Rumpfkommandantur vom 5. 5. 1955, in der zwar die Wörter Besatzungsmächte und Besatzungsrechte nicht mehr vorkommen, der Sache nach aber erneut ein eindeutiges Besatzungsregime fixiert wird. Es heißt dort z. B. in Abschnitt II: „Die alliierten Behörden behalten das Recht, falls sie es für notwendig erachten, solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Erhaltung des Status und der Sicherung Berlins, der Wirtschaft, seines Handels und seiner Verbindungslinien notwendig sind." Das alles stand ganz ähnlich bereits in Ziffer 3 des Kleinen Besatzungsstatuts. Faktisch bedeutet das die Aufrechterhaltung des „Rechtes" auf Ausdehnung der Besatzungsherrschaft bis zur Errichtung einer offenen uneingeschränkten Militärdiktatur auch in Westberlin, falls dies den Westmächten im NATO-Interesse richtig erscheint, einschließlich der Möglichkeit, die verfassungsmäßigen Organe Westberlins im Ernstfall auszuschalten, die Verfassung und die Gesetze beiseite zu schieben und die Bevölkerung zusammenzuschießen. „Vorsorglich" bedarf schon jetzt nach der Erklärung vom 5. 5. 1955 – wie auch bisher – der Einsatz der Westberliner Bereitschaftspolizei der Genehmigung durch die Besatzungsmächte. So organisiert das west-

liche Besatzungsregime in offenem Zusammenwirken mit den Westberliner Statthaltern des Adenauer-Regimes die unnormale Lage Westberlins. Der Sinn ist, die weitere Entwicklung Westberlins als jener „Lanzenspitze" zu sichern, die – nach dem berüchtigten Ausspruch des amerikanischen Hochkommissars Conant – „bis in das Herz der Deutschen Demokratischen Republik hineinreicht". Für den Fall, daß den westlichen Besatzungsmächten in Westberlin ein Brandt-Regime nicht mehr zur Verfügung stehen oder daß dieses außerstande sein sollte, weiter die Rolle des Störenfrieds gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik wirksam zu spielen, oder daß andere NATO-Interessen einen Einsatz fremder Truppen erfordern, halten die Okkupanten in der Erklärung vom 5. 5. 1955 vorsorglich ihren Diktaturvorbehalt bereit. Das Ganze nennen sie „Abschaffung des Kleinen Besatzungsstatuts".

Die schlimmste Bedrohung für Westberlin aber verbirgt sich in einer Erklärung, die von den drei Westmächten am 3. 10. 1954 auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz zu Protokoll gegeben wurde. Diese Konferenz diente der Vorbereitung der Pariser Verträge. In ihren Erklärungen versprechen die drei Westmächte den Adenauer und Brandt, so lange Streitkräfte innerhalb des Gebiets von Berlin zu unterhalten, wie „ihre Verantwortlichkeiten es erfordern". Das bedeutet – sofern es nach ihnen geht – die Verewigung der Besatzungsherrschaft ohne jede inhaltliche oder zeitliche Schranke. Gleichzeitig erklären die Drei Mächte, daß sie jeden „Angriff gegen Berlin" als Angriff gegen sich, also als Kriegsfall – auch für die NATO – betrachten werden. Damit wird Westberlin zu dem Knopf, auf den man jederzeit drücken kann, um den deutschen Bruderkrieg und damit den dritten Weltkrieg (unter Verwendung von Atom- und Wasserstoffbomben) auszulösen. Dadurch wird Westberlin zur internationalen Atomzeitbombe. Beachtet man noch die vom amerikanischen Imperialismus entwickelte und besonders in Lateinamerika und im Fernen Osten praktizierte Theorie von der sogenannten „inneren Aggression", so könnte ein „Angriff" gegen Westberlin von interessierter westlicher, westdeutscher oder Westberliner Seite schon dann für vorliegend angesehen werden, wenn dort die nationale Widerstandsbewegung gegen die Frontstadtpolitik, gegen den weiteren Ausbau Westberlins als NATO-Stützpunkt derartige Kraft gewinnen sollte, daß man mit ihr nicht mehr durch Totschweigen, Tothetzen oder polizeiliche Prügelaktionen fertigwerden kann. Nach der amerikanischen Praxis werden

Bewegungen dieser Art kurzerhand für „kommunistisch" erklärt, und das genügt den imperialistischen Interventionspolitikern, um den Fall einer gegen sie gerichteten „inneren Aggression" anzunehmen. Infolge dieser sogenannten Garantieerklärung von London läuft die Menschheit jeden Tag Gefahr, daß aus Westberlin ein zweites Sarajevo wird. Gleichzeitig aber vermeidet man, vor allem um der Westberliner Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, sorgfältig die formelle Einbeziehung Westberlins in die Pariser Verträge oder in die NATO. Gleichzeitig wiederum wurden 20000 Westberliner Bürger „freiwillig" für die westdeutschen NATO-Kontingente „geworben". Gleichzeitig schließlich maßt sich die NATO selbst, insbesondere auf ihrer Pariser Ratstagung vom Dezember 1958, auf Bonner Geheiß an, die Westberlin-Frage zu einer NATO-Angelegenheit zu machen. Diese grobe Einmischung der NATO in die Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in einer Erklärung vom 18. 12. 1958 mit Recht sofort zurückgewiesen. Dort heißt es eindeutig und zutreffend: „Die NATO hat in Westberlin keinerlei Rechte." Die Zumutung, Westberlin in ein Protektorat der NATO zu verwandeln, ist in der Tat ein flagranter Völkerrechtsbruch, durch den das Problem Westberlin in seiner ganzen Schwere erst hervorgetreten ist und angesichts dessen eine Verewigung dieser gefahrvollen Lage den Delegationen der sozialistischen Staaten auf der Genfer Außenministerkonferenz mit Recht unvertretbar erschien.

Um diese Entwicklung unter dem Gesichtspunkt ihrer Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit mit dem geltenden Völkerrecht richtig einzuschätzen, braucht man kein Jurist zu sein. Es bedarf keiner besonderen Studien, um zu erkennen, daß es kein Recht auf internationale Brandstiftung geben kann und am allerwenigsten auf fremdem Boden, auf dem Boden eines Friedensstaates. Wenn Präsident Eisenhower in seiner grundsätzlichen Rundfunk- und Fernsehrede vom 17. 3. 1959 sagte, er wisse nicht, wovon Westberlin durch Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt befreit werden solle „außer von der Freiheit", so ist die Erwiderung nicht schwer. Es handelt sich um die Befreiung der Westberliner Bevölkerung von der „Freiheit", für die NATO zu sterben, von der „Freiheit", das eigene Volk und die ganze Welt in einen Atomkrieg zu stürzen, um die Befreiung von der Rolle Westberlins als Zeitbombe, als Lunte am Pulverfaß der NATO, von der Rolle des ökonomischen Parasiten und von der kriminellen Aufgabe,

als illegaler „Staat im Staate" vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik aus den Störenfried gegen die fortschrittliche und friedliche sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zu spielen.

Auf Eisenhowers Einwand gegenüber der Klarstellung der Rechtslage, wie sie in der Berlin-Note der Sowjetunion an die USA vom 27. 11. 1958 erfolgte, es gebe kein Recht auf einseitige „Aufkündigung" getroffener Abmachungen, gibt diese Note selbst bereits die Antwort. „Die Regierungen der Drei Mächte erheben Anspruch auf die Aufrechterhaltung des längst überholten Teils der Abkommen der Kriegszeit, durch die die Besetzung Deutschlands geregelt wurde und die ihnen in der Vergangenheit das Recht zum Aufenthalt in Berlin gaben, während gleichzeitig die Westmächte die Vier-Mächte-Abkommen einschließlich des Potsdamer Abkommens, das der konzentrierteste Ausdruck der Verpflichtungen der Mächte gegenüber Deutschland ist, gröblichst verletzen." Mit anderen Worten, die Drei Mächte verlangen für sich die Beibehaltung der Besatzungsprivilegien, die sich auf vierseitige Abkommen stützen, die von ihnen selbst mit Füßen getreten wurden. „Es ist die offensichtlich absurde Situation entstanden, in der es den Anschein hat, als ob die Sowjetunion die günstigen Bedingungen für die gegen die UdSSR und ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag gerichtete Tätigkeit der Westmächte selbst noch unterstützt und beibehält." In der Tat kann sich kein Staat gegenüber einem anderen auf einen Vertrag berufen, der diesen Staat angeblich verpflichten soll, die Beibehaltung gegen ihn selbst gerichteter Militärstützpunkte hinzunehmen. Einem solchen Vertrag, bestünde er, versagte das heutige Völkerrecht jegliche Anerkennung, ganz abgesehen davon, daß es unsinnig ist, einem souveränen Staat, und noch dazu der Sowjetunion, die Anerkennung derartiger „Rechte" zuzumuten. Zu der Scheinheiligkeit der plötzlichen Berufung Bonner Regierungskreise auf das angeblich von der Sowjetunion einseitig aufgekündigte Potsdamer Abkommen, das der Vertreter derselben Bonner Regierung im Karlsruher KPD-Prozeß eine „leere Hülse" genannt hatte, braucht weiter kein Wort verloren zu werden.

Auch Eisenhowers Berufung auf Abmachungen der Sowjetunion und der Westmächte aus dem Jahre 1949 ist rechtlich und politisch unhaltbar. Zwar kam es im Juni 1949, wie hier bereits dargelegt, auf Initiative der Sowjetunion in Paris zu Beratungen der Außenminister der Vier Mächte mit dem Ziel, die Wirkungen der Spaltung Deutschlands und

Berlins zumindest abzuschwächen. Es wurden auch entsprechende Vereinbarungen getroffen. Der Sinn dieser Verhandlungen und Vereinbarungen war die schrittweise Wiederherstellung des normalen rechtmäßigen Zustandes, der auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und anderer Vier-Mächte-Vereinbarungen den Westmächten tatsächlich gewisse Rechte und Pflichten, auch in Berlin, gegeben hatte. Die Abreden stellen also keine selbständige Rechtsgrundlage dar. Im übrigen sind die Westmächte gar nicht auf den Weg des Rechts zurückgekehrt, sondern haben statt dessen die Spaltungspolitik noch gesteigert und verstärkt. Niemand darf sich aber auf ein Recht berufen, das er selbst mißbraucht und verletzt. Das ist juristisch wie moralisch eine jahrtausendealte Binsenwahrheit. Die Widerrechtlichkeit der Inanspruchnahme von Hoheitsrechten in irgendeinem Teil Berlins – sei es durch die Westmächte, sei es durch die Bundesrepublik einschließlich ihrer Westberliner Statthalter – wird um so eindeutiger, je mehr Westberlin, diese Enklave des kalten Krieges 160 Kilometer tief in der Deutschen Demokratischen Republik, dazu benutzt wird, die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten zu unterminieren und damit Voraussetzungen für den offenen Überfall, für einen neuen Weltkrieg zu schaffen.

In Wahrheit – das ist das Ergebnis unserer Untersuchung des gegenwärtigen Status Berlins – gibt es in Westberlin weder Rechte der Besatzungsmächte mehr, noch hat es je Rechte der Bundesrepublik oder der Schöneberger Verwaltung in irgendeinem Teil Berlins gegeben. Ganz Berlin ist als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ein Teil ihres Hoheitsgebietes, und jegliche Rechte der westlichen Besatzungsmächte auf Mitbesetzung und Mitverwaltung Berlins, die tatsächlich einmal bestanden, sind erloschen, verwirkt und abgelaufen. Die Feststellungen, die Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 hierzu traf, spiegeln – auch rechtlich betrachtet – exakt die objektive Wirklichkeit wider. „Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik", sagte Walter Ulbricht, „ist Berlin. Ein Teil der Hauptstadt, Westberlin, wird gegenwärtig noch als Stützpunkt des kalten Krieges, der Spionage, Sabotage gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen Länder des sozialistischen Lagers mißbraucht. Die Aufgabe ist, diesen unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern, die Verhältnisse in Berlin zu normalisieren und die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen."

Westberlin - Militärstützpunkt der Aggressoren, Provokationszentrum eines weltweiten Atomkrieges

Brückenkopf des kalten Krieges

Die Lage, die sich seit einem Jahrzehnt in Westberlin – entgegen allem Recht – faktisch entwickelt hat, ist wirklich alles andere als normal, und die Feinde einer friedlichen Entwicklung der Verhältnisse im Herzen Europas wußten genau, welche Vorteile sie für ihre Ziele und Absichten daraus ziehen konnten. Wo auf der Welt gibt es eine ähnliche Situation, daß mitten in einem Staat und sogar mitten in dessen Hauptstadt unter dem Schutz fremder Mächte eine Enklave geschaffen, von ihnen unterhalten und zum Militärstützpunkt, zum Provokationszentrum gegen diesen Staat und seine Verbündeten ausgebaut wird, wobei die zwischen Stadt und Enklave bestehende Freizügigkeit von deren Machthabern systematisch zur Ein- und Ausschleusung von Spionen, Saboteuren und Diversanten aller Art laufend mißbraucht wird?

Die politischen Nutznießer dieses einzigartigen unnatürlichen Zustandes im Herzen unserer Republik bewiesen auch bald sehr deutlich, daß sie gewillt waren, diese Situation weitestgehend auszunutzen. In preußisch-deutschem Kommißjargon erklärten sie die Westsektoren Berlins zur „Frontstadt". Doch da eine Front, an der nicht gekämpft wird, eben keine Front ist, und weil der Kampf gegen den Kommunismus seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, besonders aber seit 1917, der Inhalt der politischen Strategie aller Feinde der Arbeiterklasse ist, gingen sie mit den Mitteln betrogener deutscher und ausländischer Steuerzahler an die Befestigung der Frontstadt Westberlin.

Den Apologeten dieser Frontstadttheorie war dabei selbstverständlich klar, daß Westberlin militärisch eine wertlose Insel im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist, und es hätte sicher nicht der unzweideutigen Hinweise der Politiker des sozialistischen Lagers

bedurft, um ihnen klarzumachen, daß Westberlin sogar zum Territorium der Deutschen Demokratischen Republik gehört. Selbst führende Politiker und Militärs des westlichen Lagers gaben zum Leidwesen der Bonner Regierung und des Westberliner Senats der Meinung Ausdruck, daß Westberlin militärisch eine Mausefalle für die auf seinem Gebiet stationierten Truppen der Westmächte ist und folglich – besonders angesichts des sich ständig zugunsten des sozialistischen Lagers verändernden Kräfteverhältnisses in der Welt – keinen realen militärischen Wert besitzt.

Um so hektischer bemühten sich deshalb die Vorbereiter eines heißen Krieges, Westberlin zum Brückenkopf des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik und die sozialistischen Länder zu machen.

Die deutschen Militaristen haben unter dem Schirm des ausländischen Besatzungsregimes mit Duldung und Unterstützung der rechten SPD- und DGB-Führer Westberlin „nicht nur in ein Zentrum der Wühltätigkeit gegen die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages, sondern auch in einen Punkt der Truppenkonzentration", in das Zentrum einer indirekten und das Sprungbrett einer direkten Aggression gegen das sozialistische Lager verwandelt. „Wenn man es richtig nimmt, ist Westberlin nichts weiter als ein in besonderer Art organisierter Militärstützpunkt der Aggressoren" (A. Neumann). In dieser Rolle als „billigste Atombombe", wie der ehemalige Regierende Bürgermeister Reuter Westberlin nannte, liegt seine ganze Gefährlichkeit für alle friedliebenden Völker der Welt.

Der militärische Ausbau Westberlins ist also ein rein provokatorischer Akt mit dem Zweck, Westberlin zu befähigen, in der gesamten NATO-Konzeption die zweifache Aufgabe zu erfüllen, nämlich

a) die politische, wirtschaftliche und ideologische Festigung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und allen anderen sozialistischen Ländern zu stören,
b) die geographische Lage Westberlins inmitten der Deutschen Demokratischen Republik zu militärischen Zwischenfällen auszunutzen, welche die internationalen Beziehungen verschlechtern sollen und zu einem atomaren Weltkrieg führen können.

Durch das Besatzungsregime in Westberlin wurde dieser Teil der historischen Hauptstadt Deutschlands zu einem gefährlichen Knotenpunkt der Widersprüche zwischen den Großmächten.

Die Praxis dieses internationalen Störzentrums Westberlin zeigte sich zu wiederholten Malen in dem Ende August 1959 vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik geführten Prozeß gegen die Agenten Huth, Bremer, Gebhardt und Keimling.

Die Gebhardt erhielt von einem Mr. Ohlsen vom CIA die Direktive, allgemein Landungs- und Abwurffelder auszuwählen, wobei es in der Anweisung konkret hieß: „Ein guter AP kann klein sein – vielleicht nur 400 qm oder kleiner als ein Fußballfeld –, soll aber frei von großen Steinen und von felsigen Flächen sein." Die Gebhardt fotografierte und erkundete solche Flächen in Buchholz und in Erkner bei Berlin. Offen blieb noch in diesem Prozeß, wie viele solcher Aufträge an Agenten in Volkspolen und in der ČSR vergeben wurden. Die westdeutsche Zeitschrift „Wehrkunde" (Herausgeber: Nazi- und Bundeswehrgenerale Kammhuber und Ruge) verkündete in Heft 4/59: „... Nur der Fallschirm ist in der Lage, eine genügend große Zahl von Soldaten gleichzeitig und geschlossen hinter den Gegner zu befördern." In Heusingers Angriffsplan „Geheime Kommandosache, Operation Deko II" heißt es: „Die westlich Berlins abzusetzenden Luftlandeverbände der 3. LFKG besetzen Potsdam ... und stoßen in südöstlicher Richtung vor." Die Völker Polens und der ČSR kennen solche Pläne und erinnern sich der Überfälle des deutschen Militarismus auf Griechenland und Polen. Deshalb darf Westberlin nicht länger internationaler Störenfried sein.

Die ganze Gefährlichkeit der Rolle, die Westberlin als Auslösungspunkt des atomaren Weltkrieges von den aggressiven Kräften in der NATO zugedacht ist, wird dadurch verschleiert, daß eben dieses Westberlin de jure gar nicht Mitglied der NATO ist. Angesichts der bereits geschilderten rechtlichen Stellung ganz Berlins bestand für die Initiatoren des aggressiven NATO-Blocks keinerlei direkte Möglichkeit, Westberlin in ihren Kriegsblock aufzunehmen, und es blieb nur der Weg der indirekten Einbeziehung dieses Teils der alten deutschen Hauptstadt in ihre Kriegspläne. Dieser Weg gestattet zugleich den drei westlichen Großmächten, ein Mitentscheidungsrecht der anderen NATO-Partner, sogar einschließlich Bonns, bei ihren jeweiligen Berlin-Operationen auszuschließen und dennoch die gesamte NATO über die im NATO-Pakt enthaltene automatische Konfliktsklausel in ihre Operationen zu verwickeln. Auch unter diesem Aspekt erweisen sich das Westberliner Besatzungsregime und die faktische NATO-Bindung Westberlins als eine internationale Gefahr.

Westberlin zum Militärstützpunkt der Besatzungsmächte und zum Provokationszentrum der deutschen und anderer Militaristen zu entwickeln, wurde auch dadurch möglich, daß die rechten SPD-Führer eine Doppelrolle übernahmen. In Westberlin betreiben sie Koalitionspolitik und unterstützen offen die Kriegsinteressen der aggressivsten Kreise des internationalen Großkapitals und des deutschen Militarismus, in Bonn spielen sie schlecht und recht Opposition gegen ihren Westberliner Koalitionspartner, gegen das militaristische Adenauer-Regime.

Militärlager Westberlin

Westberlin wurde der am weitesten nach Osten vorgeschobene Stützpunkt der NATO, ihr Eckpfeiler in Europa.

Der militärische Ausbau, die dutzendfach nachgewiesene Spionage- und Agententätigkeit, die politische und moralische Entrechtung der Volksmassen und schließlich die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Spaak auf der NATO-Ratstagung in Paris im Dezember 1958: „Westberlin ist NATO-Fall!" sind dafür nur einige Beweise.

In Westberlin befinden sich zur Zeit etwa 11000 Mann NATO-Truppen aller Waffengattungen. Die USA haben in Westberlin zwei mit Artillerie und Panzern ausgerüstete Kampfgruppen (4500 Mann) stationiert.

Großbritannien hat gegenwärtig das 1. Bataillon der Royal Scotch Borderers und das 1. Bataillon des York-and-Lancaster-Regiments in Berlin stationiert. Die Infanterie-Einheiten sind rund 800 Mann stark. Hinzu kommen neben der Panzerabteilung mit den zwölf Centurions die üblichen Sondereinheiten und ein Verbindungsbataillon (4500 Mann).

Die französischen Truppen umfassen etwa 2000 Mann. Dazu gehören u. a. ein Infanterieregiment, eine Panzerschwadron und zwei Gendarmerieschwadronen.

Der Geist dieser Truppen wird schlagartig klar durch die Schilderung der Geschichte eines französischen Panzerregiments, über die es in einer Westberliner Zeitung heißt:

„In die große mehrfarbige Wandkarte ist ihre Geschichte eingetragen, die bis zum Rußlandfeldzug Napoleons zurückreicht. Die Finger des Majors gleiten über die Karte: Warschau, Swerdlowsk, Moskau, Jena-Auerstedt, Leipzig, Austerlitz ... eine Geschichte, auf die man stolz ist."

Alle diese Truppen wurden und werden ständig im Straßenkampf ausgebildet. Die sich im letzten Jahr häufenden Besuche führender US-Militärs, z. B. des USA-Kriegsministers McElroy und des Stabschefs der USA-Armee, General Taylors, aber nicht minder die wiederholten Besuche der ehemaligen Berlin-Spezialistin im amerikanischen Außenministerium, Frau Eleanor Dulles, zeigen, welche Bedeutung die USA Westberlin als Stützpunkt beimessen.

Anfang Dezember 1958 hielten sich u. a. der stellvertretende USA-Kriegsminister Finucane und der Oberbefehlshaber der USA-Streitkräfte Hodes in Berlin auf, wobei jeweils vor allem militärische Fragen besprochen wurden. General Hodes erklärte auf einer Pressekonferenz provokatorisch: „Wir haben für jede Situation, die sich in Berlin ergeben könnte, militärische Pläne" („Der Abend", Westberlin, 1. 12. 1958). Daß die westlichen Okkupationstruppen in Westberlin auch für die atomare Kriegsführung in unserer Stadt ausgebildet werden, erläuterte der Kommandant des französischen Quartier Napoléon, Major Clarisse, einem Reporter der Westberliner CDU-Zeitung „Der Tag". Im Bericht dieser Zeitung vom 5. August 1959 heißt es nach einer „Schilderung" des „Atomzimmers" im Quartier Napoléon:

„Der Flugplatz Tegel ist mit einer Atombombe belegt worden. Die blauen Strahlen zeigen die Entfernung an, in welcher der Luftdruck wirksam gewesen ist, die roten Strahlen die Hitzewirkung. Die gelben Strahlen schließlich zeigen uns die Weite der radioaktiven Verseuchung. Das alles gehört zur Ausbildung einer Armee. Wir müssen uns mit allen Mitteln der Kriegsführung vertraut machen", erläuterte Major Clarisse.

Die Truppen in Westberlin werden ständig mit neuen Waffen und technischen Kampfmitteln ausgerüstet. Am 30. Dezember 1958 teilte der Westberliner „Tagesspiegel" mit, „daß die amerikanische Armee in Westberlin durch neue, schwere, amphibische Schützenpanzerwagen vom Typ M 59 verstärkt wurde. Die Schützenpanzerwagen laufen auf Raupenketten, sind mit schweren Maschinengewehren bestückt und können 12 Mann aufnehmen. Mit Hilfe einer Schiffsschraube können sie schwimmend Gewässer überwinden." Die französischen Truppen verfügen in Westberlin nach Angaben des Chefs des Esquadrons, Major d'Etienne d'Orvers, über Panzer vom Typ AMX, die mit einer Spezialmunition für ihre 75-mm-Kanonen ausgerüstet sind. Der AMX erreicht eine Spitzengeschwindigkeit von

75 Stundenkilometern, ist wenig gepanzert und sehr beweglich. Mit Hilfe einer automatischen Anlage können serienmäßig 12 Schüsse in Abständen von zwei Sekunden gelöst werden.

Ein Westberliner Korrespondent berichtete in dieser Beziehung über den „taktischen Club" im französischen Quartier Napoléon: „In den Lautsprechern dicht neben meinem Ohr knattern die Maschinengewehrsalven. Sie werden noch übertönt von dem schneidenden Geheul der Tiefflieger. Ab und zu mischen sich die dumpfen Salven der Artillerie in diese betäubende Geräuschkulisse. In dem kleinen Raum, wenige Quadratmeter groß, ohne Tageslicht, ist schier die Hölle los. Durch einen schmalen Sehschlitz blicke ich auf das Relief im Saal, das auf einer riesigen Fläche den französischen Sektor bis zum letzten Haus wiedergibt. In dem kleinen Raum, in dem wir sitzen, flackern die winzigen Lämpchen auf den Schaltbrettern nervös auf, bis sie das Zielkreuz erreicht haben. Über das Relief huschen die weißen Lichtquadrate.

‚Unsere Batterie belegt jetzt die feindlichen Truppen am Westrand des Flugplatzes Tegel mit Feuer', erläutert der Kommandant. Er ordnet an, den Flughafen zu bombardieren. Entlang der Saaldecke gleitet ein Bomber. Die Abwürfe werden deutlich an den Lichtkegeln, die in Sekundenschnelle rund um den Flugplatz aufleuchten. Selten habe ich das Kriegsspiel so perfektioniert gesehen."

Die Okkupanten haben in Westberlin systematisch Befestigungsanlagen erbauen lassen. Ein ganzes System von Panzer- und Umgehungsstraßen ist entstanden, das die einzelnen Zentren und Garnisonen der verschiedenen Besatzungsmächte miteinander verbindet.

Die Errichtung von Radarstationen für militärische Zwecke, wie z. B. in Rudow, Tempelhof und an anderen Stellen, ist ein weiteres Glied in der Kette des Ausbaus Westberlins zur Frontstadt. In Tegel und in Gatow sind die französischen und die englischen Truppen dabei, ihre Militärflugplätze mit Start- und Landebahnen für Düsenflugzeuge auszubauen. Mitten in Tegel haben die Okkupanten seit Jahren Befestigungsanlagen gebaut. Betonbunker, spanische Reiter, Stacheldrahtzäune und Panzergräben verstärken den Stützpunktcharakter.

Die aggressivste Maßnahme der Truppen in Westberlin ist jedoch der Bau eines Kernwaffendepots in Berlin-Zehlendorf, Am Hüttenweg, in der Nähe des bekannten Krankenhauses „Oskar-Helene-Heim". Am 14. November 1958 hieß es in der „Hannoverschen Rundschau"

über diesen Plan: „Sie (die USA) wollen nicht nur ihre Truppen in der Bundesrepublik stärker als bisher mit Atomwaffen ausrüsten, sondern denken daran, den in Westberlin stationierten amerikanischen Streitkräften Atomwaffen in die Hand zu geben." Einen solchen Atomwaffenstützpunkt inmitten des Territoriums unserer Republik legen die NATO-Hauptmächte an, um von hier aus Kernwaffenschläge gegen Städte und Industriezentren der Deutschen Demokratischen Republik, Volkspolens und der ČSR führen zu können.

Von Westberlin aus wird auch seit Jahren dem Bonner NATO-Kontingent junges „Menschenmaterial" zugeführt. Jeder Westberliner im wehrpflichtigen Alter, der im Bundesgebiet arbeitet oder längere Zeit dort wohnt, unterliegt der Wehrpflicht. Mehr als 20000 der Angehörigen der Bundeswehr sind – wie bereits erwähnt – Westberliner, die unter Ausnutzung ihrer jugendlichen Abenteuerlust unter falschen finanziellen Versprechungen, unter dem verlogenen Trommelfeuer militaristischer Propaganda „freiwillig" in die NATO-Armee gepreßt wurden. Nach ihrer Rückkehr stehen sie als unauffällige Kaderreserve einer Bürgerkriegsarmee in Westberlin zur Verfügung. Auch sie sind also dazu berufen, in dem von den aggressiven Kreisen ersehnten Konfliktsfall – nach Brandt – den „Stolperdraht" zu bilden, und sie würden natürlich als erste Opfer solcher Abenteurerpolitik auf der Strecke bleiben.

Offen wird heute in Westberlin durch große Zeitungsinserate in Tages- und Sportzeitungen und durch spezielle Werbematerialien aus Bonn in den Betrieben, an den Berufs- und Oberschulen, unter den Studenten, an den Arbeitsämtern und in der Schutz- und Bereitschaftspolizei für die westdeutsche Söldnerarmee geworben. Auch die Gewerkschaftszeitungen und die Dienststellen des Senats – besonders die kommunalen Betriebe – werben aktiv für die westdeutsche NATO-Armee.

Westberliner Senat und Abgeordnetenhaus planen seit langem die Übernahme der Bonner Wehrpflicht und aller anderen Wehrgesetze, besonders des Wehrstrafgesetzes. Schon vor Jahren schrieb das Gossenblatt „BZ", daß „Westberlin nicht länger Asyl für Wehrunwillige sein darf". Auch die Übernahme des Bonner Luftschutzgesetzes ist beabsichtigt.

Die in Westberlin stationierten 10500 Bereitschaftspolizisten und 2000 Schutzpolizisten dienen als direkte militärische Truppen. Insgesamt umfassen die Westberliner Polizeikräfte 19300 Mann, von

denen 12500 uniformiert sind (Bundeswehrkorrespondenz Nr. 98/58). In der Westberliner CDU-Zeitung „Der Kurier" wurde dazu am 7. Januar 1958 geschrieben: „Der Chef der Westberliner Schutz- und Bereitschaftspolizei, Erich Duensing, sagte uns: ‚Ich bin zwar der Kommandeur dem Namen nach, aber ganz bin ich es doch nicht', denn die entscheidende Weisungsbefugnis über unsere Polizei haben nach wie vor die Alliierten ... In Westberlin betreiben die Amerikaner, Engländer und Franzosen eine beinahe lächerlich wirkende Tarnung der Bereitschaftspolizei ... Es ist Kommandeur Duensing zwar erlaubt, die Bereitschaftspolizei in geschlossener Formation durch (West-) Berlin marschieren zu lassen, aber zugeben, daß hier eine besondere Eliteeinheit entstanden ist, das darf er nicht ..."

Die Bereitschaftspolizei wird militärisch besonders zur Unterdrückung der Westberliner Arbeiter ausgebildet. In dem schon zitierten „Kurier"-Artikel vom 7. Januar 1958 heißt es: „Sie (die Bereitschaftspolizei) entspricht ausbildungsmäßig dem Bundes-Grenzschutz ... Die Hauptaufgabe liegt vor allem darin, Verfügungsreserve bei besonderen Anlässen ... zu sein. Es liegt immer noch im Ermessen der drei Besatzungsmächte, wann ein besonderer Anlaß eintritt ..."

Das Kommando der Polizei gibt heute ständig Mannschaften und Offiziere an die Bundeswehr ab und erweist sich auch in dieser Hinsicht praktisch als NATO-Hilfstruppe. Im „Kurier" wird dazu geschrieben: „Sorge macht das Problem des Nachwuchses ... Die Abwanderung zur Bundeswehr reißt eine spürbare Lücke." (Der „Kurier", 7. Januar 1958.) Mit verstärkter Werbung wird deshalb ständig versucht, neue Kräfte für die Bereitschaftspolizei zu gewinnen.

In Westberlin existieren heute weit über 100 verschiedene halbmilitärische Organisationen und Vereine sowie Militaristenverbände. Sie alle verbreiten in Westberlin tausendfach ihren militaristisch-faschistischen Ungeist. Besonders treten dabei der „Stahlhelm", der „Kyffhäuserbund", die SS-Dachorganisation „HIAG", die „Bärendivision", das „Technische Hilfswerk", die „Volksbewegung für Kaiser und Reich" und der „Verband deutscher Soldaten" hervor. Ausgebildet von ausländischen Okkupanten entstand hier eine große militaristische Gruppe zur Terrorisierung und Unterdrückung der Westberliner Bevölkerung und zur „Verteidigung" des Brückenkopfes Westberlin.

In der Führung aller dieser militaristischen Bünde haben die alten Faschisten und Militaristen, die das deutsche Volk schon zweimal in ein fürchterliches Unglück gestoßen haben, ihre politische Heimat

gefunden. Sie halten in Westberlin Kriegsreden und möchten der Jugend „preußischen Geist und Sitte“ zurückbringen.

Die militärischen Organisationen sind das Kaderreservoir des NATO-Stützpunkts Westberlin. Das geht unter anderem eindeutig daraus hervor, daß z. B. das „Schutzkorps des Bundes der Frontsoldaten“ (BDF) militärisch gegliederte Betriebsbrigaden gebildet hat. Die Betriebsbrigaden gliedern sich in vier Staffeln: Erstens in eine Führungsstaffel, die aus einem Brigadeführer, seinem Adjutanten, einem O I (Verbindungsmann zur Betriebsleitung), einem O II (Verbindungsmann zum Betriebsrat) und vier Meldern (Verbindungsleuten zu den Betriebsstaffeln) besteht, zweitens „in eine Ia-Staffel, die sich mit Propaganda, Werbung, Ausbildung, Presse und Betriebsarbeit befaßt; drittens eine Ib-Staffel, deren besondere Aufgabe die Jugendarbeit ist; viertens in eine Ic-Staffel, der das Nachrichtenwesen und die Abwehr innerhalb des Betriebes obliegt“. Nach den Forderungen des BDF kann nur derjenige Betriebsangehörige, der Antimarxist und Antibolschewist ist, Mitglied der Betriebsbrigaden werden.

Diese militärische Seite der Frontstadt Westberlin zeigt gerade auch die internationale Gefährlichkeit des imperialistischen Brückenkopfes Westberlin in besonders grellem Licht. Das bestätigen bestimmte Erklärungen von Sprechern der aggressiven Kräfte in den USA. Bekannt ist das Wort des amerikanischen Journalisten Joseph Alsop in der „New York Herald Tribune“, „daß wir voll und ganz bereit sind, einen allgemeinen Krieg um Berlin zu führen“. Bekannt sind auch die Charakterisierungen der Aufgabe Westberlins als eines „zweiten Pearl Harbor“ durch den früheren amerikanischen Militärgouverneur in Westdeutschland, General Clay, und als eines „zweiten Quemoy“ durch den verstorbenen amerikanischen Außenminister Dulles. Wenn man solche und verschiedene ähnlich aggressive Erklärungen Westberliner und Bonner sowie amerikanischer Politiker und Militärs mit den Tatsachen des militärischen Ausbaus Westberlins vergleicht, so zeigt sich eindeutig, daß Westberlin heute der größte Gefahrenherd für den Frieden der Welt ist und daß daher die notwendige Normalisierung der Lage in Westberlin einen entscheidenden Beitrag für die internationale Entspannung darstellt.

Westberlin als Basis subversiver Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder

Im gleichen Zeitraum, in dem Westberlin unter dem Protektorat der westlichen Besatzungstruppen und mit Hilfe der von ihnen und den westdeutschen Militaristen protegierten Politiker im Schöneberger Senat zu einer Frontstadt des kalten Krieges ausgebaut wurde, schufen die imperialistischen Geheimdienste, allen voran der amerikanische, in Westberlin den europäischen Konzentrationspunkt ausgedehntester Spionage- und Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder. Unter Bruch der alliierten Vereinbarungen über den Status Berlins entstanden besonders während der Jahre 1949 bis 1952 in Westberlin mehr als 80 imperialistische Geheimdienstfilialen und Agentenorganisationen.

Über die Ausdehnung dieses Spionagedorados und die Intensität, mit der die Geheimdienste der NATO-Mächte in Westberlin tätig sind, schrieb das „Schwäbische Tageblatt" schon am 7. August 1954:

„Westberlin ist in einem Ausmaß zum Tummelplatz von Geheimagenten der verschiedensten Art geworden, wie das in der ganzen Welt wohl einzig dasteht. Auch der Vergleich mit Schanghai (in der Zeit der einstigen Kolonialherrschaft – d. Verf.), Tunis oder anderen internationalen Agentenzentren paßt schon längst nicht mehr."

So existieren heute in Westberlin Hunderte Filialen und Dienststellen der verschiedensten Geheimdienste, über tausend konspirative Treffpunkte in Villen und Privatwohnungen, eine Unzahl von Deckadressen und getarnten Telefonanschlüssen. In gutbürgerlichen Restaurants oder in den Kaschemmen am Bahnhof Zoo treffen sich die Geheimdienst-Residenten und Agentenführer mit ihren Helfershelfern, an S-Bahnhöfen, vor Lichtspielhäusern, in Spielkasinos lauern Agentenwerber auf ihre Opfer. In den Flüchtlingslagern werden alle

republikflüchtigen Personen zu Spionageinformationen gepreßt, ein Teil von ihnen wird als Agenten angeworben und in die Deutsche Demokratische Republik zurückgeschickt mit dem Auftrag, Spionage und Wühlarbeit zu betreiben.

Der Zweck ist, Unterlagen für die strategische und taktische Planung eines Aggressionskrieges gegen die sozialistischen Länder zu bekommen, in der Deutschen Demokratischen Republik selbst durch Hetze und Zersetzung den Boden für einen NATO-Krieg vorzubereiten und jede Möglichkeit zu Provokationen kleineren und größeren Umfangs zu nutzen.

An der Spitze dieses Treibens steht der amerikanische Geheimdienst. Der von Allen Welsh Dulles, dem Bruder des ehemaligen USA-Außenministers, geleitete US-Geheimdienst „Central Intelligence Agency" (CIA) richtete seine Westberliner Niederlassung für die Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder in Berlin-Zehlendorf, Clayallee 170–172, also im Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen, ein. Hier befinden sich auch die Leitstellen des „Counter Intelligence Corps" (CIC), des „Military Intelligence Service" (MIS) und des „Office of Naval Intelligence" (ONI), während die Westberliner Filialen des „Office of Special Investigation" (OSI) und des „Air Intelligence Service" (AIS) in Berlin-Tempelhof, Columbia-Damm 8 (Flugplatzgelände), untergebracht sind.

Die auf verschiedene Arten der Spionagetätigkeit – politische, Militär- und Wirtschaftsspionage –, auf Wühlarbeit und Diversion teilweise weitgehend spezialisierten Geheimdienstvertretungen leiten von diesen zentralen Punkten aus ein Netz von Nebendienststellen, Unterfilialen, konspirativen Objekten und Treffquartieren in allen Westberliner Stadtteilen.

So befinden sich Nebendienststellen des CIC z. B. in Berlin-Zehlendorf, Clayallee 146, Clayallee 242, Ihnestraße 45 und Busseallee 7–9. Der MIS unterhält Filialen in Berlin-Zehlendorf, Podbielskiallee 66, Schweitzerstraße 15, Sophie-Charlotte-Straße 32a, Thielallee 105 und in Berlin-Lichterfelde-West, Carstennstraße 46. In Berlin-Dahlem, Gelfertstraße 15a, befindet sich eine Dienststelle des ONI.

In ähnlicher Weise hat sich auch der englische Geheimdienst „Secret Intelligence Service" (SIS) in Westberlin, vorwiegend in dem von britischen Besatzungstruppen kontrollierten „Sektor" Westberlins, etabliert. Die Westberliner Zentrale des britischen Geheimdienstes ist unter der Bezeichnung „12. BIS. – Berlin Intelligence Staff" in den von

den Besatzungstruppen beschlagnahmten Objekten im Olympia-Stadion in Berlin-Westend untergebracht. Von den zahlreichen Tarnobjekten dieses Geheimdienstes sei nur das sogenannte „Gästehaus" – Absteigequartier für Agenten und Diversanten – in Berlin-Grunewald, Rheinbabenallee 21, genannt. Auch der französische Geheimdienst fand Westberliner Asyl im Objekt seiner Besatzungstruppen – in Berlin-Reinickendorf, Kurt-Schumacher-Damm 42, dem sogenannten „Quartier Napoléon". Eine seiner Nebenstellen befindet sich in Berlin-Wedding, Müllerstraße 126a, während die Funkzentrale in Berlin-Waidmannslust, Cyklopstraße, eingerichtet wurde.

Diese in Westberlin etablierten Geheimdienstfilialen bedienen sich verschiedener von ihnen geschaffener deutscher Agentenorganisationen zur Verrichtung von Hilfsdiensten. Das geschieht zum Zwecke der Tarnung ihrer eigenen Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik vor der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit. Zugleich erscheinen unter so harmlos klingenden Namen arbeitende „deutsche" Einrichtungen wie der „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen" (UfJ), das „Informationsbüro West" (IWE), der „Rundfunk im amerikanischen Sektor" (RIAS), die Ostbüros politischer Parteien u. a. als besonders geeignete Ausgangspunkte für die Schaffung eines weitverzweigten Agentennetzes. Während der amerikanische Geheimdienst in Westberlin auf die meisten dieser Agentenzentralen direkten Einfluß durch Verbindungsoffiziere und die Bereitstellung finanzieller Mittel aus dem 100-Millionen-Dollar-Fonds der USA-Regierung nimmt, legen es die Filialen des britischen und des französischen Geheimdienstes darauf an, durch Spitzel unter dem hauptamtlichen Personal in den Agentenorganisationen Spionageinformationen zu erhalten.

Eine besondere Rolle spielt der Bonner Geheimdienst (heute offiziell als Bundesnachrichtendienst dem Bundeskanzleramt unterstellt) bei der Ausnutzung Westberlins als eines besonders günstigen Vorfelds der Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder. In den ersten Jahren nach der Spaltung Berlins unterhielt der Bundesnachrichtendienst unter Leitung des Hitler-Generals Gehlen feste Vertretungen in Westberlin, die systematisch und intensiv danach trachteten, besonders den amerikanischen Geheimdienstfilialen in der Frontstadt den Rang abzulaufen. Nachdem diese als Generalvertretung bezeichnete Westberliner Gehlen-Filiale durch die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zerschlagen und erstmals vor aller Welt

offensichtlich wurde, daß die Bonner Regierung den Gehlen-Geheimdienst in Westberlin zur Vorbereitung eines Aggressionskrieges gegen die Deutsche Demokratische Republik einsetzt, verlegte Gehlen seinen Westberliner Apparat nach Westdeutschland. Seit dieser Zeit dient Westberlin nur als sogenannter „fliegender Stützpunkt".

Der vor kurzem in die Deutsche Demokratische Republik übergetretene langjährige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes Ernst Schwarzwäller erklärte dazu auf einer internationalen Pressekonferenz im Juni 1959:

„Während meiner Tätigkeit in der Bezirksvertretung Nord habe ich meine V-Leute aus der Deutschen Demokratischen Republik von Westberlin aus gesteuert, und noch heute ist es so, daß die hauptamtlichen Mitarbeiter des westdeutschen Geheimdienstes sich monatlich 10 bis 14 Tage in Westberlin aufhalten und hier ihre Aufträge erledigen. Sie werden mit amerikanischen Kuriermaschinen von Westdeutschland nach Westberlin geflogen."

Die Wühltätigkeit des Gehlen-Geheimdienstes richtet sich aber im gleichen Maße mehr und mehr auch gegen Kreise in der Bundesrepublik und in Westberlin, die der Politik der Adenauer-Regierung, insbesondere der atomaren Aufrüstung, ablehnend gegenüberstehen. Unter den zahlreichen Dokumenten des Gehlen-Geheimdienstes, die der genannte Ernst Schwarzwäller bei seiner Übersiedlung in die Deutsche Demokratische Republik den Sicherheitsorganen übergab, befindet sich eine Gehlen-Anweisung, der zufolge der westdeutsche Pfarrer Martin Niemöller, der Kreis um den Pfarrer Mochalski, Frau Prof. Klara-Maria Faßbinder und viele andere patriotisch gesinnte und für den Frieden eintretende westdeutsche Bürger systematisch durch Spitzel und Agenten überwacht werden.

Der westdeutsche Geheimdienst versucht auch, über Verbindungsleute in höchste Stellen anderer Staaten einzudringen.

Hierzu erklärte Schwarzwäller auf der Pressekonferenz am 2. Juni 1959 in Berlin:

„Aus der Tätigkeit der Bezirksvertretung Nord ist bekannt und dokumentarisch belegt, daß sich der westdeutsche Geheimdienst um Verbindungen in der Führung der schwedischen Polizei bemüht. Vorgesehen war unter anderem, den Beamten des schwedischen Zolls Axel Wikström, wohnhaft in Helsingborg, Erik-Dahlbergs-Gatan 32, auf Grund seiner ausgezeichneten Beziehungen zum schwedischen Staatsapparat als V-Mann anzuwerben.

Die ehemalige Sekretärin des früheren Chefs der Auslands-Spionage, SS-Generals Schellenberg, Maria-Luise Schink, hat sich in Wien, Einwanggasse, niedergelassen und leitet gemeinsam mit dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Hötl die Gehlen-Spionage in Österreich." (Hötl war in der Zeit des faschistischen Raubkrieges Chef der Gestapo in Jugoslawien – d. Verf.)

Mit der Konsolidierung aller dieser Wühlorganisationen in Westberlin wurde gleichzeitig die Zielsetzung ihrer Tätigkeit offensichtlich. Am 6. November 1949 verriet der „Tagesspiegel" seinen Lesern:

„Mit dieser Geheimarmee müssen wir in jedes noch nicht kommunistische Land eindringen und alle kommunistischen Kader zu beseitigen trachten. Noch bedeutsamer ist das Vordringen in die russischen Satellitenstaaten (ihre Terminologie für die sozialistischen Länder – d. Verf.) und nach Rußland selbst. Zu der Invasion gehören ferner Druckerpressen, Bücher, Flugschriften und Radiogeräte. Fachleute bekümmern sich um die Herstellung falscher Ausweispapiere und Pässe. Zeitungen und Radiostationen für die Resistance werden gegründet und geheime Versammlungsgelegenheiten und Fluchtwege organisiert. Wir müssen die Führung, die Geldmittel und das Material zur Verfügung stellen, deren die Untergrundarmeen bedürfen ..."

In den zehn seit der Publikation dieser unterirdischen Aggressionsabsichten vergangenen Jahren hat es an Versuchen, sie durchzusetzen, nicht gefehlt. Von Westberlin sandten die Geheimdienste ihre Spione aus, schleusten sie Agenten und Diversanten in die sozialistischen Länder ein, planten sie Sprengstoffattentate, Mord und Provokationen. Mit den Mitteln der Sabotage und Zersetzung glaubten sie, die sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und in den anderen sozialistischen Ländern aufhalten zu können.

Systematisch wurde Westberlin in die Rolle gedrängt, die der gegenwärtige Leiter des Westberliner Senats Willy Brandt alias „Herbert Frahm" nach seiner ersten USA-Reise im Frühjahr 1958 so formulierte:

„Die Aufgabe Westberlins ist es, die Stabilisierung der Deutschen Demokratischen Republik soweit wie möglich zu erschweren, soweit wie möglich zu verlangsamen. Westberlin will lieber Störenfried als Schlafmütze sein."

Was Willy Brandt und seine Auftraggeber unter dem Begriff „Störenfried" verstehen, wurde in den vergangenen Jahren in vielen Pressekonferenzen, durch Prozesse vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik und durch die Aussagen ehemali-

ger hauptamtlicher Mitarbeiter der verschiedensten Geheimdienste, die sich den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik freiwillig stellten, bekannt.

Der ehemalige SS-Sturmführer Friedrich Weihe, der nachweisbar zahlreiche Morde auf dem Gewissen hat, war seit dem Jahre 1954 Abteilungsleiter der Hauptleitstelle 8 des amerikanischen Geheimdienstes CIC in Berlin-Lichterfelde-West, Spindelmühler Weg 27. Unter unmittelbarer Anleitung des Captains im Geheimdienst Freiherrn von Walter warb er Bürger der Deutschen Demokratischen Republik als Spione an, beschäftigte sich mit der Anlegung von Agentenschleusen in die Deutsche Demokratische Republik, organisierte militärische, wirtschaftliche und politische Spionage gegen die Länder des sozialistischen Lagers und arbeitete schließlich intensiv an der Anlegung eines geheimen Nachrichtensystems für seine Agenten im Hinblick auf einen sogenannten „Ernstfall".

Im Auftrage des ehemaligen Hauptagenten der Dienststelle des US-Geheimdienstes MID Berlin-Zehlendorf, Bogotastraße 19, Albrecht Höher alias „Dr. Maltz", sammelte der Ingenieur im Werk für Fernmeldewesen Berlin-Oberschöneweide Heinz Daebel Spionageinformationen über die wirtschaftliche Kapazität und das Forschungsprogramm der Elektroindustrie der Deutschen Demokratischen Republik und lieferte sie dem MID aus.

Für den amerikanischen Geheimdienst CIC war der ehemalige Angestellte im Deutschen Innen- und Außenhandel, Harry Rendschmidt, als Spion tätig. Er wurde über einen Republikflüchtigen mit dem CIC-Mitarbeiter Lehnhoff in einem Café in Berlin-Steglitz bekannt und nach mehreren Zusammenkünften als Spion geworben. Er verriet interne Vorkommnisse im Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, machte Angaben über Planung und den Abschluß neuer Handelsverträge, insbesondere auch mit Firmen im kapitalistischen Ausland, und fertigte Charakteristiken von Mitarbeitern des DIA Berlin an.

Der ehemalige Schrotterfasser Edmund Treubrodt aus Nauen, Bezirk Potsdam, verdingte sich an den englischen Geheimdienst im Westberliner Olympia-Stadion, der ihn als Militärspion und Agentenschlepper im Bezirk Potsdam einsetzte.

Die Westberliner Filiale des englischen Geheimdienstes warb auch den Ingenieurökonomen im VEB Chemische Werke Buna Joachim Leuchter und den Ingenieurökonomen Hans-Herbert Koswig aus dem

VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht" als Spione an, deren Hauptaufgaben in der Spionage gegen die chemische Industrie und der Auskundschaftung des militärischen Potentials in der Deutschen Demokratischen Republik bestanden. Wie viele Agenten der imperialistischen Geheimdienste waren Leuchter und Koswig mit Spezialgeräten, wie einer Aktentasche mit eingebautem Fotoapparat und japanischem Seidenpapier zur konspirativen Nachrichtenübermittlung nach Westberlin, ausgerüstet.

Im Auftrage des in Westberlin ansässigen Residenten des französischen Geheimdienstes Melius alias „Scharff" betrieb der Agent Alfred Spudig Militär- und Wirtschaftsspionage im Bezirk Rostock und legte es besonders darauf an, die militärischen Schutzmaßnahmen an der Ostseeküste auszuspionieren. Im Februar 1959 plante er im Auftrage des französischen Geheimdienstes die Sprengung des Schwimmdocks im Rostocker Hafen.

Diese Art Terrorakte und Diversionshandlungen, die einerseits darauf abzielen, der Deutschen Demokratischen Republik wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, und zum anderen Unsicherheit und Verwirrung unter der Bevölkerung stiften sollen, gehören zu den Hauptmethoden der Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Der vom Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik wegen seiner scheußlichen Verbrechen zum Tode verurteilte Agent der inzwischen untergetauchten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU), Burianek, versuchte mit einem eigens dazu konstruierten Sprengstoffkoffer die Eisenbahnbrücke in Berlin-Spindlersfeld zu sprengen. Um eine Katastrophe größten Ausmaßes herbeizuführen, sollte der Anschlag im Moment des Passierens der Brücke durch einen Personenzug herbeigeführt werden. Der Agent der Westberliner KgU Benkowitz aus Weimar wurde ertappt, als er die Sprengung der Sechsbogenbrücke bei Weimar vorbereitete. Infiziert von den Brandschatzungsparolen des Westberliner Agentensenders RIAS und angestiftet vom SPD-Ostbüro, setzten die Jugendlichen Stange und Scholz im Sommer 1958 die weltbekannte Seebrücke im Kurort Heringsdorf an der Ostsee in Brand.

Terror, Diversion und Mord – darin bestand auch das verbrecherische Handwerk einer Gruppe von Gewaltverbrechern im Raum Jena–Eisenberg. Angeleitet vom RIAS, von der Revancheorganisation „Sudetendeutsche Landsmannschaft" und insbesondere von der Westberliner Dienststelle des Bonner Spionageministeriums, verbreiteten

diese Banditen Hetzmaterial, terrorisierten Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, organisierten Einbrüche und Brandstiftungen und legten ein umfangreiches Waffenlager an, für das Nachschub aus Westberlin beschafft wurde.

Ein weiteres Kapitel der Wühltätigkeit der Westberliner Geheimdienste und Agentenorganisationen ist die Gefährdung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlins durch die berüchtigten Hetzballons, die jahrelang in Westberlin unter dem Schutz der Stummpolizei gestartet wurden. Solche mit Wasserstoffgas gefüllten Ballons stürzten in dichtbesiedelten Wohngegenden ab, riefen z. B. im Bezirk Berlin-Prenzlauer Berg im Jahre 1957 eine gefährliche Explosion hervor, und nur glücklichen Umständen ist es zu verdanken, daß kein Bürger zu leiblichem Schaden kam. Alle diese Verbrechen werden von Westberlin aus organisiert und gelenkt.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, der einst als Nazi-Kriegsberichterstatter in der Zeitung „Pester Lloyd" über den Hitlerkrieg schrieb: „Deutschland sieht dem weiteren Kriegsverlauf mit Zuversicht entgegen", hält sich häufiger in Westberlin als in Bonn auf. Nicht ohne Grund hat die Adenauer-CDU gerade ihn zu ihrem Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten in Westberlin gemacht. Seine Erfahrungen als Auslandsspitzel des Amtes VI im faschistischen Reichssicherheitshauptamt (RSHA)[1] setzt er heute im Dienste Adenauers zur Vorbereitung des heißen Krieges gegen das sozialistische Lager ein. Über die Aufgaben des von ihm geleiteten gesamtdeutschen Ministeriums erklärte er dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" in einem Interview am 25. Dezember 1957: „Naturgemäß mußte es dann auch im kalten Krieg tätig werden."

Der bekannte amerikanische Kommentator Walter Lippman gab im Leitartikel der „New York Herald Tribune" vom 7. 8. 1958 die Definition dessen, was die westliche Welt unter kaltem Krieg versteht: „Es ist eine Tatsache", schrieb er, „daß indirekte Aggression – also Propaganda, Infiltration, Bestechung, Wühlarbeit – ein altes Instrument der Machtpolitik ist. In unseren Tagen ist es die Art und Weise, in der der kalte Krieg geführt wird."

Seit Jahren betreiben die Imperialisten von Westberlin aus diese indirekte Aggression. „Wir müssen immer daran denken", schreibt der Amerikaner James Burnham in seinem Lehrbuch „Die Strategie

[1] Nach Unterlagen des Gehlen-Geheimdienstes BV-Nord/2619, die Schwarzwäller den Sicherheitsorganen der DDR übergab.

des kalten Krieges", „daß der Krieg, den es zu planen gilt, nicht eine künftige Möglichkeit darstellt, sondern hier und heute stattfindet."

Die Möglichkeiten, die gerade Westberlin den kalten Kriegern für ihre aggressiven Handlungen bietet, nutzen die Lemmer, Strauß und Brandt bis zum äußersten. Eine Flut von Schmutz ergießt sich aus den Westzonen nach Westberlin. Zu verbilligten Preisen wird eine an die niedrigsten Instinkte appellierende Schundliteratur waggonweise nach Westberlin gebracht, um hier besonders die lebensunerfahrene Jugend auf den heißen Krieg gegen die Länder des Sozialismus vorzubereiten, aber auch in der Hoffnung, daß Besucher Westberlins aus der Deutschen Demokratischen Republik auf diese Weise im Sinne der Bonner NATO-Strategen beeinflußt werden. „Der klassische Krieg ist ein Säbel, der verwundet, der psychologische Krieg dagegen ist eine Krankheit, die die Zellen angreift", sagte ein NATO-Stratege namens Thillaud in der „Revue Militaire Générale" vom Dezember 1958.

Mit dieser Krankheit wollen die kalten Krieger von Westberlin aus den Körper unserer Republik infizieren. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" verrät, zu welchem Zweck: „Im Bonner Verteidigungsministerium ist man überzeugt, daß der psychologische Kampf im sogenannten Frieden der Hauptteil, das scharfe Schießen nur der Schlußakt des modernen Krieges ist."

In der psychologischen Kriegführung spielen die Westberliner Geheimdienstfilialen und subversiven Organisationen eine besondere Rolle. Während sich der RIAS nach der Zerschlagung seiner Agenturen in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Sicherheitsorgane heute vorwiegend auf Hetze und Massenverdummung spezialisiert hat, versuchen die Ostbüros, besonders das Ostbüro der SPD in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm, unter Leitung des britischen Agenten Stephan Greczkowiak, alias „Thomas", Untergrundgruppen in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, deren Aufgabenbereich von der Verleumdung der Deutschen Demokratischen Republik über die Hetze bis zum Auslösen von Unruhen reicht.

Für die imperialistischen Geheimdienststützpunkte in Westberlin sind Maßnahmen der psychologischen Massenbeeinflussung und ihre Wirkungen von besonderem Interesse zur Erhaltung ihres Untergrundapparates in der Deutschen Demokratischen Republik. Geht es doch darum, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu locken, sie hier durch das äußere Bild des künstlich geschaffenen „Schaufensters" Westberlin zu beeindrucken, um sie dann

durch die Werber der Geheimdienste und Agentenorganisationen mit verlockenden Versprechungen oder durch Drohungen und Erpressungen als Spione anzuwerben.

Zu ihnen gehörte u. a. der Kriminelle Wolfgang Klosa aus Berlin-Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19, der dem MID über 100 jugendliche Bürger aus der Deutschen Demokratischen Republik zur Agentenwerbung zuführte. Als Tipper und Schlepper führte der Agent Werner Moch dem Gehlen-Geheimdienst-Residenten „Steinborn" in Westberlin 35 Personen zur Anwerbung zu.

Der 19jährige Arbeiter des VEB Bergmann-Borsig Günther Gutzmerow z. B. besuchte eine Filmvorführung im Westberliner Lichtspieltheater „City". Vor diesem Filmtheater wurde er von einem Werber des amerikanischen Geheimdienstes angesprochen und durch Versprechungen dahingehend beeinflußt, Spionageaufträge für den amerikanischen Geheimdienst entgegenzunehmen.

Die im demokratischen Berlin wohnhafte Stenotypistin Erika Schwarz suchte, geblendet von der schillernden Fassade Westberlins, fortgesetzt die Westsektoren auf, um dort das Nachtleben kennenzulernen. Im Restaurant Schilling am Kurfürstendamm lernte sie den Werber des amerikanischen Geheimdienstes „Rotter" kennen, der sie mit den Mitarbeitern des amerikanischen Geheimdienstes „Brooks" und „Keßler" in Berlin-Lichterfelde, Ringstraße 35, in Verbindung brachte. Sie wurde von den amerikanischen Geheimdienst-Mitarbeitern dazu überredet, gegen entsprechende Bezahlung intime Verhältnisse mit verheirateten Männern aus dem demokratischen Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik anzuknüpfen und genauestens darüber an die Amerikaner zu berichten, um diesen Druckmittel gegen die betreffenden Bürger in die Hand zu geben.

Auch im demokratischen Berlin wohnende und in Westberlin arbeitende Personen, die sogenannten Grenzgänger, werden systematisch von den Geheimdiensten und Agentenorganisationen auf ihre Tauglichkeit zu Agentendiensten überprüft.

Die 36jährige, beim Westberliner Postscheckamt tätig gewesene Eva Schultze aus Berlin-Pankow wurde in Westberlin von einem Agentenschlepper angesprochen und zur Kuriertätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik angeworben.

Besonders niederträchtig ist der Mißbrauch der Hoffnung kranker Menschen auf Gesundung. Von Westberliner Agentenorganisationen, u. a. von der sogenannten „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge",

werden eigens getarnte Büros eingerichtet, die Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik kostenlos Medikamente zur Verfügung stellen, in Wirklichkeit jedoch als Menschenfallen der Zuführung leichtgläubiger Menschen als Agenten für die Geheimdienste dienen. In ähnlicher Weise hat der sogenannte „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen" in Berlin-Zehlendorf Spitzel in verschiedene Institutionen des Gesundheitswesens eingeschleust, die ahnungslose DDR-Bürger mit Geheimagenten in Verbindung bringen. Der asthmaleidende Richard Gerasch aus Hennigsdorf z. B. hatte erfahren, daß eine Senatsdienststelle in Berlin-Schöneberg, Potsdamer Straße, an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik kostenlos Medikamente verteilt. Gerasch erhielt dort tatsächlich einige Tabletten, wurde dann jedoch an den Mitarbeiter des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen" Johst alias „Hansen" verwiesen, der ihm die Lieferung asthmalindernder Medikamente unter der Bedingung zusicherte, daß Gerasch Spionageinformationen aus dem LEW Hennigsdorf lieferte.

Der Mitarbeiter Jenkowski der „Inneren Mission" in Berlin-Zehlendorf versprach dem Dresdener Maschinenschlosser Walter Kleppsch bessere Medikamente, als sie angeblich in der Deutschen Demokratischen Republik hergestellt werden. Auf die Frage des Kleppsch nach dem Preis dieser Medikamente erwiderte Jenkowski: „Kein Geld!" Auf diese Weise landete auch Kleppsch beim „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen" und wurde von dem Hauptagenten des UfJ, Dr. Hans-Joachim Matthes alias „Dr. Maurer" zur Spionage- und Zersetzungstätigkeit angeworben.

In der von Westberlin aus gegen die sozialistischen Länder betriebenen Untergrundtätigkeit haben die sogenannten Flüchtlingslager eine besondere Bedeutung. Der ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes in Westberlin, Reinhardt Hellmann, der im Jahre 1959 in die Deutsche Demokratische Republik übersiedelte, erklärte auf einer Pressekonferenz in Berlin im Juni 1959 auf Grund seiner Erfahrungen als Vernehmer im Republikflüchtigen-Lager Berlin-Marienfelde:

„Etwa 80 % aller im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde befindlichen Dienststellen dienen dazu, Informationen aus den Flüchtlingen herauszupressen und neue Spionagemöglichkeiten gegen die Deutsche Demokratische Republik zu schaffen. Marienfelde ist heute kein Flüchtlingslager mehr, sondern eine große, im Rahmen des ‚kalten Krieges' raffiniert aufgezogene Spionagezentrale."

In den sogenannten Sichtungsstellen werden republikflüchtige Personen zu Spionageinformationen auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet von den ständig ansässigen Geheimdienstagenten gezwungen. Ein Teil von ihnen wird für ein Handgeld oder eine Schachtel Zigaretten veranlaßt, andere DDR-Bürger brieflich nach Westberlin zu bestellen und sie den Geheimdiensten zuzuführen.

Die ehemalige Angestellte im Amt für Fernmeldenetze Berlin, Gertrud Zeidler, forderte den Ingenieur Fritz Ketzer aus dem gleichen Betrieb zu einem Besuch Westberlins auf. Als der Ingenieur ahnungslos nach Westberlin fuhr, wurde er von der republikflüchtigen Zeidler mit dem Geheimdienst-Residenten „Brand" zusammengeführt, der den DDR-Bürger anzuwerben versuchte.

Der Ingenieur Kensy, Mitarbeiter im Amt für Wasserwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, wurde von einem republikflüchtigen Bekannten zu einer Aussprache nach Westberlin bestellt. In der als Treffpunkt angegebenen Buchhandlung Lippa in Berlin-Charlottenburg, Motzstraße, traf er statt dessen auf einen Werber des amerikanischen Geheimdienstes, der ihn als Spion anwerben wollte.

Im Auftrage des französischen Geheimdienstes stellte die frühere Angestellte der Volkseigenen Wohnungsverwaltung Berlin-Pankow, Ackermann, Verbindung zu einer im Staatsapparat der Deutschen Demokratischen Republik tätigen Bekannten her, um sie abzuwerben.

In starkem Maße konzentrieren sich in Westberlin ein ganzes Sammelsurium subversiver Organisationen, aber auch Konzerne und selbst staatliche Behörden auf die Abwerbung von Spezialisten und Fachkräften aus der Deutschen Demokratischen Republik, um besonders die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus zu durchkreuzen. Mit Versprechungen, günstigen Stellenangeboten oder durch plumpe Drohungen werden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik dazu verleitet, die Republik zu verlassen, um dann oft monate- und jahrelang in den Flüchtlingslagern unter dem Existenzminimum zu vegetieren.

Werner Pose, Agent des amerikanischen Geheimdienstes, des englischen Geheimdienstes und des Bundesnachrichtendienstes, versuchte z. B. im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes unausgesetzt, seinen im Vereinigten Kernphysikalischen Institut der sozialistischen Länder in Dubna bei Moskau als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik tätigen Bruder, Prof. Heinz Pose, zur Flucht nach dem Westen zu verleiten.

Inspiriert durch einige Rundfunkreden des Bundesministers Lemmer und in unmittelbarem Auftrage eines ehemaligen SS-Offiziers und jetzigen Geheimdienstagenten, bemühte sich der Agent Hans Fahdt in Kreisen der medizinischen Intelligenz des Bezirks Dresden Unsicherheit zu verbreiten. Er versuchte, Ärzte zur Republikflucht zu veranlassen, indem er sie nachts anrief und erklärte, daß ihnen die Festnahme durch die Sicherheitsorgane unmittelbar bevorstände.

Von der Sichtungsstelle des englischen Geheimdienstes im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde wurden mit Hilfe korrumpierter Subjekte Werner Milewski, ehemals Lehrer einer Oberschule in Berlin-Weißensee, Dr. Hanno Sachse, früher wissenschaftlicher Assistent an der TH Dresden, und der Ingenieur Dr. Heinz Reimann, ehemals an der Martin-Luther-Universität Halle tätig, nach Westberlin abgeworben.

Einen nicht geringen Anteil an den systematischen Abwerbungsversuchen von Fachkräften aus der sozialistischen Industrie unserer Republik haben westdeutsche Konzerne. Mit den verschiedensten Mitteln versuchen ihre Verbindungsleute, Ingenieuren und Facharbeitern der verschiedensten Wirtschaftszweige unserer Industrie vorzugaukeln, sie würden bei westdeutschen Firmen des gleichen Industriezweiges wesentlich bessere Verdienstmöglichkeiten haben. Außerdem gehört es zur allgemeinen Praxis der Werbeabteilungen westdeutscher und ausländischer Konzerne, an Ingenieure und Facharbeiter der Deutschen Demokratischen Republik in großen Mengen Werbeschriften und Zeitungsannoncen über die Einstellung von Fachkräften zu senden. Manchmal wenden sich die Konzerne in der Hoffnung, daß eine derartige Anbiederung möglicherweise Erfolg haben könnte, auch mit persönlichen Schreiben an Fachkräfte unserer sozialistischen Wirtschaft. „Unsere Firma benötigt noch einige bestens qualifizierte Elektromonteure, und so wurde ich damit beauftragt, während meiner Anwesenheit in Berlin diese Fachkräfte hier anzuwerben", schrieb der Vertreter der Brown, Boveri & Co., Mannheim, Hans Jürgen Treppendorf, an den Elektromonteur Müller aus dem EAW Berlin-Treptow.

Die Tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste und Agentenorganisationen in Westberlin richtet sich aber nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik. Für sie ist Westberlin gleichzeitig günstiges Vorfeld für Spionage, Diversion und psychologische Kampfführung gegen die anderen Länder des sozialistischen Lagers. Die

Geheimdienstfilialen in Westberlin bedienen sich dabei systematisch geschulter und mit den notwendigen technischen und finanziellen Mitteln ausgerüsteter Spione, die von Westberlin aus in Marsch gesetzt werden.

So wurde der von der Deutschen Demokratischen Republik an die Leningrader Universität zum Studium entsandte Student Dieter Winzker vom amerikanischen Geheimdienst in Westberlin angeworben und als Spion gegen die Sowjetunion ausgebildet. So wurde der von der Deutschen Reichsbahn als Brigadefahrer auf der Strecke nach der Sowjetunion eingesetzte Werner Bödderich vom englischen Geheimdienst in Westberlin angeworben und mit der Ausübung feindlicher Tätigkeit in der UdSSR beauftragt. So wurde der 1957 aus der Volksrepublik Polen geflüchtete Jaroslaw Wolanski von der Westberliner Polizei dem amerikanischen Geheimdienst in Westberlin zugeführt und nach entsprechender Ausbildung von diesem beauftragt, illegal nach Polen zurückzukehren, um dort Offiziere der polnischen Luftwaffe zur Mitarbeit im amerikanischen Geheimdienst anzuwerben. So wurde der nach Begehung eines Verbrechens aus der Tschechoslowakischen Republik geflüchtete Jan Kubanka vom amerikanischen Geheimdienst, mit gefälschten Papieren und einer Schußwaffe versehen, mit Spionageaufträgen gegen seine Heimat in die ČSR zurückgeschleust. Bei dem Versuch, nach Durchführung seines Auftrags nach Westberlin zurückzukehren, wurde er in der Deutschen Demokratischen Republik gestellt; er tötete dabei, indem er von der amerikanischen Schußwaffe Gebrauch machte, einen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Nicht weniger aktiv zeigen sich die besonders vom US-Geheimdienst kontrollierten Emigrantenorganisationen, an der Spitze die hauptsächlich gegen die Sowjetunion gerichtete Terrorzentrale NTS mit dem Sitz in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 59/60, und ZOPE in Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 88.

Spionage gegen die in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen, Hetztätigkeit durch Flugblätter und fahrbare Sendestationen sowie Einschleusen von Agenten mit dem Ziel, Untergrundgruppen zu schaffen – das ist das allerdings recht ergebnislose Metier dieser gestrauchelten Weißgardisten und Wlassow-Leute, die Westberlin nicht zufällig als Schlupfwinkel wählten.

Einen besonders eindrucksvollen Beweis für den Umfang und die Zielsetzung der von Westberlin aus gegen die sozialistischen Länder

betriebenen Wühltätigkeit erbrachte der gegen drei Agenten des amerikanischen Geheimdienstes und einen Agenten des westzonalen Bundesnachrichtendienstes im August 1959 vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführte Prozeß.

Sämtliche vier Angeklagten, der Schlosser Erich Keimling aus Leipzig, die berufslose Gisela Gebhardt aus Berlin C 2, der Diplom-Physiker Erich Brehmer aus Ilmenau und der ehemalige Großbauer Walter Huth, waren in Westberlin als Spione angeworben worden, wurden von hier aus zur Durchführung ihrer Verbrechen angeleitet und schließlich als Funkagenten für den sogenannten „Ernstfall" ausgebildet.

Keimling wurde in einer Villa des US-Geheimdienstes in Berlin-Charlottenburg, Eschenallee, fünf Tage an einem modernen Funkgerät amerikanischer Bauart geschult; bei seiner Festnahme wurden außer diesem Gerät eine Anzahl Code-Unterlagen aufgefunden, die ausschließlich für den Fall eines Kriegsausbruchs bestimmt waren.

Seine Aufgabe in diesem „Ernstfall" sollte die Berichterstattung über die Auswirkungen des NATO-Einsatzes radiologischer und atomarer Waffen im Raum Leipzig sein. Einen ähnlichen Auftrag hatte der Funkagent Brehmer erhalten. Der Gehlen-Spion Huth schleuste in einem Blechbehälter mit der Aufschrift „Champignons" einen Konverter zur funktechnischen Verbindung in die Deutsche Demokratische Republik. Die Agentin Gebhardt erhielt vom US-Geheimdienst in Westberlin ein komplettes Infrarot-Sprechfunkgerät, mit dem sie bereits von ihrer direkt an der Sektorengrenze in Berlin gelegenen Wohnung Probeverbindungen mit einem im Westsektor stationierten Funkwagen des US-Geheimdienstes aufgenommen hatte.

Übereinstimmend gaben die Angeklagten vor Gericht zu, daß sie von den Geheimdiensten in erster Linie zur Bildung von Stützpunkten im Kriegsfall bestimmt waren.

Von Westberlin aus wird die indirekte Aggression gegen das sozialistische Lager in allen ihren Formen betrieben: von der Propaganda, die nach den von dem Amerikaner Paul Linebarger in seinem Buch „Psychological Warfare" (Psychologische Kriegführung) gegebenen Anweisungen „abwechselnd die Sprache der Mutter, des Schullehrers, des Liebhabers, des Zuhälters, des Publizisten, des Schauspielers, des Geistlichen, des Kumpels und des Polizisten gebrauchen" muß, bis zur Vorbereitung eines schlagartigen Überfalls auf die Deutsche Demo-

kratische Republik, wie sie der Geheimplan DECO II der NATO-Strategen vorsieht.

Wozu das Schutzdach der Besatzer vornehmlich gebraucht wird, sagt die „Kölnische Rundschau" vom 14. 6. 1959: „Die Mitarbeiter jener Institutionen, die sich damit befassen, mit ihrer grenznahen Kenntnis der Vorgänge drüben die Wahrheit zu verbreiten, des alliierten Schutzes zu berauben, wäre geradezu ein Verbrechen gegen die Interessen des deutschen Volkes." Denn, fährt Spionageminister Lemmer fort, die Besatzungsmächte seien „Helfer der Freiheit und nicht Zerstörer der Freiheit", im konkreten Falle also Helfer der Aktionsfreiheit der Westberliner Spione und Bürgerkriegspropagandisten. Willy Brandt beschrieb in einer Unterredung mit Peregrine Worsthone sein ebenso frivoles wie irreales Ziel weit konkreter, indem er forderte, die Deutsche Demokratische Republik müsse „sobald wie möglich auf den Siedepunkt gebracht werden". Und mit welchem Ziel? Schon 1957 erklärte der Westberliner Stahlhelmgauführer von Grammelsdorf: „Wir ... werden gegen das rote Gesindel zur Großoffensive übergehen." Ein Rittmeister von Bredow, Leiter des Ostbüros der faschistischen DP, einer Bonner Regierungspartei, ehemaliger Angehöriger der Bärendivision, konkretisierte die Hauptaufgaben dieser Großoffensive in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik: „Alle Besitztümer, die im Zuge der Enteignung an Neusiedler usw. übergeben wurden, werden prinzipiell entschädigungslos an die früheren Eigentümer zurückgegeben. HO und Konsum werden wir ungefähr noch ein halbes Jahr bestehen lassen, bis wir entsprechende Eigentümer oder neue Leute (vielleicht aus der faschistischen Arisierungsbranche? – d. Verf.) gefunden haben."

Man spricht von „Interessen des deutschen Volkes", in Wahrheit verfolgt man das eigensüchtige Interesse, dem deutschen Volk sein Eigentum dort, wo es dieses errichtet hat, wieder zu rauben und dafür das Leben des ganzen deutschen Volkes und der halben Welt aufs Spiel zu setzen.

Alles, was darauf gerichtet ist, der Deutschen Demokratischen Republik und dem sozialistischen Lager systematisch in verbrecherischer Weise Schaden zuzufügen und den Frieden zu gefährden, hat in den Westsektoren Berlins seine Heimat und wird von den Besatzungsmächten beschirmt. Kein Wunder, daß die westdeutschen Militaristen und ihre Westberliner Handlanger in der Verewigung des Besatzungsregimes und der Frontstadtpolitik die Garantie ihrer Freiheit erblicken.

Westberlin – Zentrum des Terrors gegen Friedenskämpfer

Die Entrechtung der Volksmassen

Die Handlanger der Militaristen sehen sich in Westberlin bei der Durchführung ihrer volksfeindlichen Pläne der wachsenden Gefahr gegenüber, durch demokratische Aktionen der Volksmassen Westberlins in ihre Schranken verwiesen und letztlich aus ihren Machtpositionen in Westberlin verdrängt zu werden. Ihre aus der Lage Westberlins auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik resultierende besondere Schwäche suchen die Frontstadtpolitiker in Westberlin durch zusätzliche Sicherungen ihrer Macht auszugleichen. Derartige „Sicherungen" können in ihrem Kern naturgemäß nur in einer weiteren politischen Entrechtung der Volksmassen bestehen, sie müssen aber (eben angesichts des Beispiels der Deutschen Demokratischen Republik in unmittelbarer Nachbarschaft) in besonderem Maße politisch-ideologisch verbrämt werden. Diese Möglichkeit – die Volksmassen weiter politisch zu entrechten und die Entrechtung politisch-ideologisch zu verbrämen – bietet das in Westberlin bestehende Besatzungsregime.

Diktatur der Besatzungsmächte

Mit Hilfe der obersten Gewalt, die in Westberlin immer noch von den Militärkommandanten in Anspruch genommen wird, können die Westmächte dem wachsenden Widerstand der Westberliner Bevölkerung mit den Mitteln der offenen Militärdiktatur entgegentreten. Die Drohung mit der Militärdiktatur und allen ihren Konsequenzen (einschließlich der Verhängung des Standrechtes und der auch formalen Außerkraftsetzung aller politischen Rechte und Freiheiten) schwebt als Damoklesschwert über der Westberliner Bevölkerung.

Verständlicherweise sind die Militaristen daran interessiert, den wahren Zweck des Besatzungsregimes vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Dies geschieht hauptsächlich durch die mit den Parolen des Antikommunismus „begründeten" Phrasen vom notwendigen „Schutz der Freiheit". In Wahrheit geht es den Westberliner Militärkommandanten darum, ihre Macht dann voll in die Waagschale zu werfen, wenn der Westberliner Senat allein nicht mehr in der Lage ist, Westberlin als Frontstadt des kalten Krieges und als günstigsten Auslösungspunkt des geplanten Atomkrieges zu halten. Das völlige Einverständnis Bonns und Westberlins mit der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes hindert natürlich die Westberliner Verwaltung nicht daran, im Einzelfall diktatorische Maßnahmen der Besatzerkommandanten zu bedauern und die Verantwortung für sie abzulehnen. All das gehört zur notwendigen Tarnung der gemeinsamen Verschwörung der ausländischen und der westdeutschen Militaristen und Monopolherren gegen die Interessen der Bevölkerung an Frieden, Verständigung und Entspannung.

Nicht nur durch die im Interesse des Bonner Regimes tätige Westberliner Verwaltung, sondern darüber hinaus durch die offene Militärdiktatur der ausländischen Besatzer selbst soll die Aufrechterhaltung Westberlins als NATO-Stützpunkt gesichert werden. Westberlin steht also unter einer doppelten Diktatur der aggressiven Kreise des Imperialismus.

Funktionell haben sich die westdeutschen und die ausländischen Vertreter der NATO-Konzeption ihre „Zuständigkeiten" in einer Weise aufgeteilt, die die besondere Rolle und Stellung Westberlins sehr deutlich werden läßt:

Die Westberliner Verwaltung überträgt im wesentlichen selbständig – mit voller Billigung der imperialistischen Besatzungsmächte – die vom Bonner Regime zur Unterdrückung der Volksrechte und Freiheiten vorgesehenen und praktizierten Maßnahmen auch auf Westberlin. In Artikel IV der „Erklärung über Berlin" der drei Westmächte vom 5. Mai 1955 wird dies in die Worte gekleidet:

„Die Alliierte Kommandantur wird . . . keine Einwände dagegen erheben, daß Berlin (Westberlin – d. Verf.) nach einem angemessenen, von der Alliierten Kommandantur zugelassenen Verfahren die Gesetzgebung der Bundesrepublik übernimmt."

Die berichteten Tatsachen zeugen davon, daß die Westberliner Machthaber von diesem „Recht" der Einschränkung und Beseitigung

der demokratischen Rechte und Freiheiten ausgiebig Gebrauch machen. Was aber nach Inhalt und Umfang über die auch in Westdeutschland praktizierten Unterdrückermaßnahmen hinausgehend an Bedrohung und Beschneidung der Rechte und Freiheiten der Bürger notwendig ist, um unter den besonderen Bedingungen in Westberlin die Durchsetzung der aggressiven NATO-Konzeption zu sichern, das wird von den Besatzern selbst unter Berufung auf das Besatzungsregime befohlen.

Für jedermann wurde diese verschärfte Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten sichtbar, als z. B. der französische Stadtkommandant, General Gèze, im Juni 1958 die Aufführung des Films „Wege zum Ruhm" verbot, der das antihumanistische, volksfeindliche Wesen des Militarismus darzustellen versucht. Jede Zuwiderhandlung gegen das Verbot sollte, wie der französische Kommandant drohte, ein Militärgerichtsverfahren zur Folge haben.

Mit dem Militärgericht drohte der französische Stadtkommandant auch den Vertretern der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Falken", die am 1. Mai 1959 in Westberlin unter der Losung „Freiheit für Algerien" gegen den Kolonialterror demonstrierten. Derartig offene diktatorische Maßnahmen der Militärkommandanten stießen jedoch regelmäßig auf die Empörung breitester Schichten der Westberliner Bevölkerung. Ihre durchgängige Praktizierung würde die Massen rasch über das Wesen der Westberliner Ordnung aufklären und damit letztlich die Beseitigung des Besatzungsregimes beschleunigen. Deshalb bilden solche offenen Eingriffe der Besatzer zur Zeit noch die Ausnahme. Um den Terrorcharakter ihrer Militärdiktatur vor dem Volk zu verschleiern, überlassen die Vertreter der westlichen Besatzungsmächte in der Regel den Westberliner Organen die Durchführung ihrer Befehle. Diese Arbeitsteilung zwischen Befehlsgeber und Handlanger gestattet es, bei der Durchführung der Besatzerbefehle die den Westberliner Bürgern z. T. seit Jahrzehnten bekannten Formen anzuwenden (z. B. Verwaltungsakte mit formalen Einspruchsmöglichkeiten, das förmliche Verfahren vor deutschen Gerichten usw.) und auf den direkten Einsatz der militärischen Exekutive (z. B. in Form von militärischen Rollkommandos, Militärgerichten usw.) zu verzichten.

Es bestätigt die völlige Einbeziehung der Westberliner Machthaber in das Komplott der aggressiven NATO-Strategen, daß sie die ihnen unterstehenden Organe bereitwillig für die Verwirklichung der Besatzerbefehle zur Verfügung stellen.

Gleichermaßen charakteristisch für den wahren Zweck und die demokratisch maskierte Methode des Besatzungsregimes ist die Verordnung Nr. 501 der Kommandanten des Amerikanischen, des Britischen und des Französischen Sektors von Berlin vom 11. September 1950 (Gesetz- und Verordnungsblatt von Westberlin 1950, S. 466) in der Fassung der Verordnung Nr. 504 vom 19. Dezember 1950 (GVOBl. 1951, S. 53). Dieser in die Form einer Rechtsvorschrift gekleidete Besatzerbefehl erfüllt in Westberlin jene Funktionen, die im Bonner Staat in dem berüchtigten „Blitzgesetz" vom 30. August 1951 vorgesehen sind: Die den Aggressionspolitikern jeweils gefährlichsten Gegner sollen mit Hilfe der Strafjustiz mundtot gemacht werden. Auch das „Blitzgesetz" ist – wie das 2. und 3. Bonner Strafrechtsänderungsgesetz – von der Westberliner Verwaltung „übernommen" worden.

Angewendet wird jedoch in Westberlin zur Zeit allein die Besatzer-Verordnung Nr. 501. Sie schränkt nämlich ihrem Inhalt nach die demokratischen Rechte und Freiheiten in einem weitaus stärkeren Maße ein, als dies selbst durch das Bonner Blitzgesetz geschieht. Im einzelnen bestimmt die Verordnung:

„1. Ohne Genehmigung des Kommandanten dieses Sektors oder dessen ermächtigten Vertreters sind Einfuhr, Besitz, Verteilung, Anschlag, Druck, Abschrift oder Vervielfältigung in irgendwelcher Weise von handschriftlichen oder gedruckten Schriften in diesem Sektor untersagt, welche:
   a) ...
   b) abfällige Bemerkungen gegen irgendeine der Besatzungsmächte enthalten;
   c) Gerüchte verbreiten mit dem Ziel, Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen irgendeine der Besatzungsmächte hervorzurufen;
   d) Bewegungen, Unruhe oder Aufruhr in diesem Sektor zum Ziele haben oder wahrscheinlich dazu Anlaß geben könnten;
   e) darauf hinzielen, Unterstützung zu erlangen für Organisationen, deren Ziel die Einführung eines totalitären Regimes ist;
   f) Personen zur Auflehnung gegen vom Kommandanten dieses Sektors oder in seinem Namen getroffene demokratische Maßnahmen aufzureizen."

Der Absatz 4 der Verordnung droht folgende Strafen an:

„4. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung entweder durch die Besatzungs-

gerichte dieses Sektors oder durch die zuständigen deutschen Gerichte aus und wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und zugleich mit Geldstrafe bis zu 50000 DM oder nur einer dieser beiden Strafen bestraft."

Mehr als 95 Prozent aller Festnahmen, Verhaftungen und Verurteilungen in Westberlin aus politischen Gründen stützen sich auf diese Verordnung. Bis auf wenige Ausnahmen erfolgten sie (aus den bereits geschilderten Gründen) durch Westberliner Organe.

Wir haben den Punkt 1a der Verordnung zunächst nicht wiedergegeben, weil er als Beispiel dreister Demagogie eine besondere Bemerkung verdient. In der gleichen Verordnung nämlich, die der Sicherung der Frontstadtpolitik durch die nach den unmittelbaren Weisungen der Besatzungsmächte handelnde Frontstadtjustiz dient und die damit einen wesentlichen Bestandteil der Remilitarisierung, der Refaschisierung und des Kampfes gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westberlin darstellt, wendet sich Punkt 1a heuchlerisch auch gegen alle die Schriften, die „zur Verbreitung militaristischer, faschistischer oder antidemokratischer Ideen beitragen". Tatsächlich aber können militaristische Zeitschriften, faschistische „Memoiren" in Westberlin ungehindert vertrieben werden, und offenkundig militaristische, antidemokratische Organisationen wie der „Stahlhelm" oder die zahlreichen „Traditionsverbände" (sogar der Verband der Waffen-SS, die sog. HIAG) genießen die volle Unterstützung der Westberliner Machthaber. Der wahre Zweck der Verordnung zeigt sich in der Praxis ihrer Anwendung.

Im Jahre 1953 verteilten ein Westberliner Journalist und ein junger Theologe ein Flugblatt gegen den Koreakrieg. Es war von dem katholischen Schriftsteller Ludwig Zimmerer aus Düsseldorf verfaßt und bereits in der Bundesrepublik unbeanstandet verteilt worden. In Westberlin aber wurde das Flugblatt verboten, und die Verteiler wurden bestraft. In der Begründung des Urteils des Amtsgerichts Tiergarten mit dem Aktenzeichen (230) 1 PMs 91.53 (295.53) heißt es:

„Wenn auch der Flugzettel ... auf den ersten Blick eine unerlaubte Tendenz nicht erkennen läßt, so lassen doch die Ausführungen, daß die Amerikaner nicht aus purer Nächstenliebe in Korea eingegriffen hätten, und die Ausführungen über die angebliche Korruption und Mißwirtschaft der von den Amerikanern eingesetzten Regierung ... keinen Zweifel darüber, daß sich das Flugblatt gegen das Vorgehen der Amerikaner in Korea richtet. Das Ziel des Flugblattes, Mißtrauen

gegen die Amerikaner hervorzurufen, ist bei sorgfältigem Lesen unverkennbar."

Dem Westberliner Gericht ist es also gleichgültig, daß der Leser des Flugblattes „auf den ersten Blick eine unerlaubte Tendenz nicht erkennen" kann. Für die Verurteilung genügt die vom Gericht aufgestellte Behauptung, das Flugblatt habe das Ziel, „Mißtrauen gegen die Amerikaner hervorzurufen".

Handelt es sich um die Verteilung von Zeitungen oder Zeitschriften aus der Deutschen Demokratischen Republik in Westberlin, dann wird von den Gerichten diese Verordnung sogar ohne nähere Erörterung des Inhalts dieser Schriften angewandt. So heißt es im Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 16. Oktober 1953 wegen Einfuhr, Besitzes und Verteilung einiger Exemplare der Zeitungen „Neues Deutschland" und „Freie Presse":

„Ohne auf den einzelnen Inhalt der übrigen Druckschriften einzugehen, kann festgestellt werden, daß sie darauf hinzielen, Unterstützung zu erlangen für Organisationen, deren Ziel die Einführung eines totalitären Regimes ist."

Ähnlich heißt es in einem anderen Urteil wegen Besitzes der Zeitschrift „Neuer Weg" und wegen Verteilung eines Flugblattes, das über eine Preissenkung in der Deutschen Demokratischen Republik berichtet und vorschlägt, die damals in Westberlin bestehende „große Koalition" aufzuheben:

„Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß die bei der Haussuchung in der Wohnung des Angeklagten vorgefundenen Druckschriften gegen die Verordnung Nr. 501 verstoßen."

Besonders deutlich wird der Zweck der Verordnung Nr. 501 durch das bereits erwähnte Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 16. Oktober 1953: Ein Arbeiter hatte u. a. mehrere „Extrablätter" der Zeitung „Neues Deutschland" an Bekannte verteilt. In diesen Zeitungen war der Text der Note der Sowjetunion vom 15. August 1953 an die Westmächte kommentarlos abgedruckt. Diese Note forderte:

1. Die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Behandlung der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland,
2. die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen,
3. die Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen.

Ohne auf diesen Inhalt der Note einzugehen, erklärte das Amts-

gericht Tiergarten ihre Verteilung mit folgender Begründung für strafbar:

„Die kommentarlose Veröffentlichung in der vorliegenden Form stellt nicht nur die Information über eine Tatsache dar, sondern hat gleichzeitig propagandistische Tendenz, die nach dem Sinn der genannten Verordnung (Nr. 501 – d. Verf.) verboten werden sollte."

Die Verordnung 501 richtet sich – wohlgemerkt – gegen Schriften, die den Interessen der westlichen Besatzungsmächte zuwiderlaufen. Deutlicher kann die friedensgefährdende und völkerrechtswidrige Zielsetzung der Politik der Westmächte, die dem deutschen Volk noch heute einen Friedensvertrag vorenthalten wollen, kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. Juli 1959 schreibt über den Zweck des Besatzer-Gesetzes Nr. 501:

„Es wird zum Beispiel noch angewandt, wenn es gilt, einen Rechtsgrund für die Verhaftung kommunistischer Agitatoren in Westberlin zu finden."

Damit wird – nur selten findet man solche offenen Worte – zugegeben, daß die Verordnung Nr. 501 nicht etwa das Recht der Bevölkerung auf ungehinderte Ausübung ihrer gesetzlichen Grundrechte und Freiheiten schützen soll, sondern dazu bestimmt ist, für die rechtswidrigen Verfolgungsmaßnahmen „einen Rechtsgrund ... zu finden".

Militärgerichte

Betrachtet man die Zahl der aus politischen Gründen festgenommenen, verhafteten bzw. verurteilten Bürger, dann wird deutlich, wie oft die Westberliner Behörden eine juristische Bemäntelung dieser Willkürakte „finden" mußten. Der „Groscurth-Ausschuß zur Wahrung der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Westberlin" kann z. B. derartige Verfolgungen authentisch nachweisen: im Jahre 1951: 2005, 1952: 1911, 1953: 1459, 1954: 3793, 1955: 1873 und nach einem stärkeren Rückgang in den Jahren 1956 und 1957 im Jahre 1958 wieder 1555.

Diese Zahlen sind in mehrfacher Hinsicht charakteristisch: Sie beweisen einen jeweils sprunghaften Anstieg der Verfolgungsmaßnahmen zu den Zeiten, da in Westberlin „freie Wahlen" durchgeführt

wurden (1954 und 1958). Die Stimme des Friedens war den Westberliner Verfechtern der NATO-Konzeption in diesen Zeiten besonders gefährlich, – eine treffende Illustrierung dessen, was von der „Freiheit" der „Wahlen" unter der Herrschaft von Militaristen zu halten ist.

Wenn die Westberliner Behörden in letzter Zeit ihre Verfolgungsmaßnahmen wieder verstärken, so ist dies eine unmittelbare Folge des anwachsenden Widerstandes gegen die immer offensichtlicher werdende Aggressivität der Frontstadt-Politik. Die Militaristen sind gezwungen, immer mehr auf ihre demokratische Tarnung zu verzichten. Im I. Halbjahr 1959 erfolgte durchschnittlich alle 30 Stunden eine willkürliche Festnahme, Verhaftung oder Verurteilung, für die es einen „Rechtsgrund ... zu finden" galt. Diese Zahl mahnt zur Verstärkung der demokratischen Aktion gegen die NATO-Politik in Westberlin, zur Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Die angeführten Beispiele beweisen auch, daß es keineswegs, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" meint, nur um die Verfolgung von Kommunisten geht. Als „Kommunist" wird heute jeder bezeichnet, der einen konsequenten Kampf gegen die Atomrüstung, für die demokratischen Rechte und Freiheiten führt. Die Verordnung Nr. 501 bedroht heute jeden aufrechten Friedensfreund, ob er Kommunist oder Sozialdemokrat, Atheist oder Christ, Arbeiter oder ein am friedlichen Handel interessierter Unternehmer ist.

Neben der Verordnung Nr. 501 vom 11. September 1950 bedroht seit dem 15. Oktober 1951 auch die Verordnung Nr. 511 der Kommandanten des Amerikanischen, des Britischen und des Französischen Sektors von Berlin jeden Westberliner Bürger, der sogenannte „strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzung" begeht (GVOBl. 1951, S. 1112). In dieser Verordnung ist sowohl die Todesstrafe als auch die zeitlich unbegrenzte Freiheitsstrafe vorgesehen.

„Wer unbefugt Nachrichten übermittelt, die geeignet sind, die Sicherheit oder das Vermögen der Alliierten Streitkräfte zu gefährden, oder, wenn er in den Besitz solcher Nachrichten gelangt, die Kenntnis dieser Nachrichten unbefugt für sich behält, ohne sie unverzüglich an die Besatzungsbehörden weiterzugeben;

oder

Sabotage in irgendeiner Weise begeht, um die Alliierten Streitkräfte in der Ausübung ihrer Befugnisse oder in der Ausführung ihrer Aufgaben zu stören oder zu behindern."

Was derartige Nachrichten sind bzw. was unter Sabotage zu verstehen ist, das bestimmen die Besatzungsbehörden selbst.

Mit Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren soll nach Artikel II dieser Verordnung bestraft werden,

„wer sich einer Handlung oder eines Verhaltens schuldig macht, wodurch eine den Interessen der Alliierten Streitkräfte feindliche Person, Gruppe oder Regierung unterstützt oder gefördert wird, oder wodurch nach der Absicht des Täters die Wiederherstellung einer verbotenen Organisation herbeigeführt werden soll".

Man erinnere sich, daß bereits die kommentarlose Veröffentlichung sowjetischer Noten über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland praktisch als Gefährdung der Interessen der westlichen Besatzungsmächte angesehen wird.

Beachtung verlangt schließlich auch der Artikel III, Ziffer (6) c der Verordnung Nr. 511, der demjenigen Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren androht, der

„... ohne Ermächtigung durch die Besatzungsbehörden ein Aktenstück, einen Plan, eine Niederschrift oder einen Bericht privater oder öffentlicher Art vorsätzlich vernichtet, verfälscht oder verheimlicht, sofern diese Gegenstände auf Anordnung der Besatzungsbehörden aufzubewahren oder vorzulegen sind".

Das Ausmaß der Bedrohung durch derartige Vorschriften wird deutlich, wenn man sich Artikel VIII der bereits erwähnten „Erklärung über Berlin" vom 5. Mai 1955 vor Augen hält:

„Um ihnen die Erfüllung ihrer auf Grund dieser Erklärung erwachsenden Verpflichtungen zu ermöglichen, haben die alliierten Behörden das Recht, die von ihnen für notwendig erachteten Auskünfte und Statistiken anzufordern und zu erlangen."

Die Verordnung Nr. 511 bedroht also praktisch jeden Westberliner Bürger. Denn die Besatzer haben sich in voller Übereinstimmung mit den westdeutschen und den Westberliner Machthabern das „Recht" vorbehalten, von jedermann derartige Auskünfte zu verlangen, d. h. jeden mit „legalen" Mitteln zu ihrem Spitzel zu machen.

Offenbar zur Schließung jeder „Gesetzeslücke" ist Artikel IV, Ziffer 4 der Verordnung Nr. 511 bestimmt, der bereits denjenigen mit Strafe bedroht, der

„... vorsätzlich einen Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder eine andere auf Anweisung der Besatzungsbehörden handelnde Person bei Erfüllung dienstlicher Pflichten behindert oder irreführt".

Eine „Behinderung" oder „Irreführung" kann praktisch in jedem Tun oder Unterlassen gesehen werden, das im Ergebnis den Interessen der Besatzungsbehörden abträglich ist. Ob jedoch etwas ihren Interessen widerspricht, das bestimmen ebenfalls die Besatzungsmächte allein. Ihrer Entscheidung unterliegt schließlich auch, welche Person „auf Anweisung der Besatzungsbehörden" handelt.

Die volle Bedeutung gerade der zuletzt angeführten Strafbestimmung wird ersichtlich, wenn man sich der Tatsache bewußt wird, daß in Westberlin zahlreiche militärische bzw. den Militärbehörden unterstehende Spionageorganisationen existieren, die seit Jahren versuchen, deutsche Bürger zu Sabotage-, Terror- und Spionagehandlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten zu mißbrauchen. Diese deutschen Bürger stehen unter der Strafdrohung der Verordnung Nr. 511. Sie werden veranlaßt, eine Erklärung zu unterschreiben, in der ihnen bei Zuwiderhandlungen gegen die Befehle der Geheimdienste ausdrücklich Bestrafung nach dieser Verordnung angedroht wird.

Das Ausmaß des Zwanges, den das Besatzungsregime auf die Westberliner Bevölkerung ausübt, wird weiter ersichtlich, wenn man die allmächtige Stellung der Militärgerichtsbarkeit betrachtet. Im Abschnitt III der „Erklärung über Berlin" vom 5. Mai 1955 heißt es:

„Deutsche Angestellte der Alliierten Streitkräfte genießen Immunität gegenüber der deutschen Gerichtsbarkeit nur in Sachen, die sich aus oder während der Ausübung von Pflichten und Diensten bei den Alliierten Streitkräften ergeben."

Deutsche Agenten ausländischer Spionage- und Terrororganisationen sind nach dieser Bestimmung der Westberliner Gerichtsbarkeit entzogen. Sie sind „Angestellte" der Alliierten Streitkräfte, denen diese Organisationen zugeordnet sind. Darüber hinaus aber können die Besatzer in Ausübung ihrer „obersten Gewalt" jederzeit auch jeden anderen Bürger der Westberliner Gerichtsbarkeit entziehen.

In allen diesen Fällen unterstehen die betreffenden Bürger der Militärgerichtsbarkeit der Besatzer. Das Gesetz Nr. 7 der Alliierten Kommandantur in Westberlin vom 17. März 1950 – Gerichtsbarkeit auf den vorbehaltenen Gebieten – bestimmt im Artikel 1:

„Ohne ausdrückliche, allgemeine oder in besonderen Fällen erteilte Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin oder des zuständigen Sektorkommandanten dürfen deutsche Gerichte Strafgerichtsbarkeit nicht ausüben:

b) wenn eine Person beschuldigt wird, eine strafbare Handlung begangen zu haben:

I. ...

II. gegen Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden,

III. bei der Erfüllung von Pflichten oder der Leistung von Diensten für die Alliierten Streitkräfte oder in Verbindung damit."

(GVOBl. 1950, S. 89)

Für das Verfahren vor den Militärgerichten gelten Bestimmungen, die Ausdruck der Besatzungsdiktatur sind.

So werden Haftbefehle nicht – wie unter bürgerlich-rechtsstaatlichen Verhältnissen allgemein üblich – nur von Richtern ausgestellt. Vielmehr kann nach Artikel 3, Ziffer 8 des Gesetzes Nr. 46 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten für Deutschland – Berlin (Amerikanischer Sektor) – vom 28. April 1955 (Amtsblatt der Alliierten Kommandantur Berlin, S. 1056) in der Fassung der Verordnung zur Abänderung des Gesetzes Nr. 46 vom 19. Oktober 1953 (ebenda, S. 1083)

„der Kommandant der Vereinigten Staaten für Berlin Beamte, die nicht amerikanische Richter für Berlin sind, ermächtigen, Haft-, Untersuchungs- und Beschlagnahmebefehle zu erlassen und die Hauptverhandlung anzuordnen".

Jeder Westberliner Bürger kann folglich gegebenenfalls allein auf Grund der Anordnung irgendeines Besatzer-„Beamten" verhaftet und vor das Militärgericht, vor „amerikanische Richter für Berlin", gestellt werden.

Die Strafbefugnisse dieser Richter sind ebenfalls Ausdruck unumschränkter Besatzergewalt. Nach Artikel 3, Ziffer 2 des erwähnten Gesetzes Nr. 46 kann das Gericht jede Strafe aussprechen, die in dem vom Gericht herangezogenen Gesetz vorgesehen ist. Darüber hinaus aber heißt es dann in Artikel 3, Ziffer 4:

„Neben oder anstatt der Verhängung der nach diesem Gesetz zulässigen kann das Gericht andere gesetzlich zulässige Anordnungen treffen:

a) ...

b) in bezug auf die Person des Beschuldigten."

Das Gericht kann folglich in jedem Verfahren jede Strafe aussprechen, die in irgendeinem Gesetz (und sei es für eine völlig andere

Handlung) angedroht ist. Zu welchen Folgen derartige „Rechte" führen können, kann sich jeder selbst ausmalen.

Entscheidungen des „Amerikanischen Gerichts für Berlin" können auch nicht vor einem anderen, höheren Gericht angefochten werden. Artikel 5 des Gesetzes Nr. 46 bestimmt lediglich:

„Jeder Verurteilte (kann) an den Leiter der Auslandsmission ein Gesuch um Nachprüfung des Schuldspruchs oder des Straferkenntnisses oder beider richten. Das Gesuch ist innerhalb von 30 Tagen nach der Entscheidung einzureichen."

Der Leiter der Auslandsmission und nicht ein Gericht entscheidet dann, ob er das Urteil des Gerichts aufhebt und eine neue Verhandlung anordnet oder nicht.

Andererseits aber besteht die Möglichkeit, daß das Gericht von sich aus seine eigene Entscheidung aufhebt. Artikel 3, Ziffer 7 des Gesetzes Nr. 46 bestimmt:

„Das Gericht kann seine Tatsachenfeststellungen, Straferkenntnisse oder Urteile abändern und erneute Beweisaufnahme anordnen, wenn dies im Interesse der Gerechtigkeit geboten erscheint."

Diese Möglichkeit ist zeitlich in keiner Weise begrenzt und nicht davon abhängig, daß etwa der Staatsanwalt eine Revision verlangt. Sie besteht also jederzeit. Der Verurteilte muß auch nach seiner Verurteilung damit rechnen, daß nochmals eine Verhandlung angesetzt und die Strafe u. U. erhöht wird, weil dies den amerikanischen Richtern „im Interesse der Gerechtigkeit geboten erscheint".

Den Volksmassen gegenüber halten die ausländischen und die deutschen Aggressionspolitiker diese Terrorgesetze zur Zeit noch in Reserve. Aber es besteht kein Zweifel, daß sie zur Aufrechterhaltung Westberlins als Militärstützpunkt der Aggressoren entschlossen sind, die in diesen Besatzerbefehlen vorgesehenen Willkürmaßnahmen in großem Umfange zu praktizieren, wenn sie keine andere Möglichkeit zur Unterdrückung der friedliebenden Bevölkerung mehr sehen. Es besteht aber auch kein Zweifel daran, daß selbst diese Möglichkeit für sie nicht bestehen wird, wenn die Volksmassen rechtzeitig die Gefahren der Frontstadtpolitik für Frieden und Freiheit erkennen und sich entschlossen gegen die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes wenden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bestätigt, daß die Militaristen selbst durch eine Verschärfung ihrer Unterdrückungsmaßnahmen die wachsenden Widersprüche zwischen ihrer aggressiven Kon-

zeption und den Friedens- und Freiheitsinteressen der Bevölkerung nicht lösen können. Jede neuerliche Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten im Zusammenspiel von Frontstadtsenat und Besatzungsregime trägt zur Entlarvung des friedens- und volksfeindlichen Regimes in Westberlin bei.

Die Unterdrückungsmethoden dieser Kräfte haben bisher versagt, und sie werden bei weiterer Verschärfung der Widersprüche erst recht versagen. Die Normalisierung der Lage in Westberlin setzt die Aufhebung der gesamten Terrorgesetze voraus, sowohl der von den Besatzungsmächten befohlenen als auch der aus Westdeutschland importierten. Das erfordert den Kampf gegen das Besatzungsregime und gegen die Bindung Westberlins an den militaristischen Bonner Staat. Denn mit dem Besatzungsregime fallen dessen „Verordnungen" und mit der Aufhebung der Abhängigkeit Westberlins die Bonner Terrorgesetze.

Die Wirkungen der Frontstadtpolitik auf die Rechte und Freiheiten der Westberliner

Die Zerstörung der politischen Grundrechte und Freiheiten

Wie die Innenpolitik einer NATO-Frontstadt allein aussehen kann und tatsächlich aussieht, das ergibt sich aus dem Wesen des Militarismus und den konkreten Bedingungen Westberlins als imperialistischer Brückenkopf inmitten der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Die Vorbereitung von Aggressionen ist unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen nur gegen den Widerstand der Bevölkerung möglich, denn die Völker sind auf Grund ihrer Erfahrungen hellhöriger gegen Aggressoren geworden. Sie wissen oder spüren, daß es unter den heutigen internationalen Bedingungen von ihnen abhängt, ob die militaristischen Abenteurer ihre Straße bis zu Ende gehen können oder nicht.

Der Ausbau Westberlins zum NATO-Brückenkopf war und ist deshalb nur möglich durch ständig zunehmende Verletzung der demokratischen Grundrechte und -freiheiten der Bürger.

Die Durchsetzung der Frontstadtpolitik und die Ausschaltung des Volkswillens werden – wie bereits erwähnt – für die NATO-Politiker dadurch erschwert, daß angesichts der politischen und sozialen Errungenschaften im benachbarten demokratischen Teil Berlins wie in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik die Zusicherung bestimmter demokratischer Rechte unvermeidlich war. So mußten in den Grundrechtsteil der Verfassung Westberlins von 1950 politische und soziale Rechte aufgenommen werden, die dem Bonner Grundgesetz unbekannt sind.

Der Inhalt dieser den Westberlinern nach der Spaltung der Stadt zugesicherten Rechte läßt eindeutig den Zusammenhang mit der politischen Realität rund um Westberlin erkennen. Natürlich darf man sich keinen Illusionen über die Realität demokratischer Grundrechte unter den Bedingungen der Monopolherrschaft hingeben.

Dennoch sind sie wertvolle Waffen in der Hand des Volkes, das ja in bürgerlich-demokratischen Verfassungen – so auch in der Westberliner vom 1. 9. 1950 – als Träger der öffentlichen Gewalt bezeichnet wird und das die Machthaber beim Wort nimmt, auch wenn es weiß, daß sie – falls nicht der Widerstand des Volkes sie daran hindert – von sich aus jederzeit bereit sind, ihren Eid zu brechen, sobald die demokratischen Zusicherungen der Verfassung der Verwirklichung ihrer imperialistischen Pläne entgegenstehen. Das Volk kämpft daher in allen bürgerlichen Staaten um die Verwirklichung und Erweiterung der demokratischen Grundrechte und -freiheiten und verteidigt sie gegen ihre Zerstörung und Aufhebung. Das Bestehen demokratischer Grundrechte erschwert auch das Vordringen des Militarismus, der gesetzmäßig um so antidemokratischer im Innern auftritt, je aggressivere Ziele er gegenüber anderen Staaten verfolgt. Der Hauptstoß der militaristischen Reaktion ist dabei stets zuerst und vor allem gegen die Grundrechte der Arbeiter, der konsequentesten Verteidiger des Friedens, gerichtet. Die Reaktion bleibt aber bei der Entrechtung der Arbeiter und der übrigen Werktätigen nicht stehen. Sie zielt auf die Beseitigung aller demokratischer Fesseln, letztlich – wenn sie kann – auf den Faschismus. Der Prozeß der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen wird auch von den Frontstadtpolitikern Westberlins systematisch betrieben.

Wie in der Zeit des Machtantritts der Hitlerfaschisten konzentrierte sich auch in Westberlin die Einengung und Zerstörung der politischen Rechte und Freiheiten zunächst auf den politisch bewußten Teil der Arbeiterklasse, erstreckte sich dann auf die gesamte Arbeiterklasse, um schließlich alle Werktätigen und alle Bürger, die für die Sicherung des Friedens, für die Aufrechterhaltung der Demokratie und für eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eintreten, zu erfassen. Dieser Prozeß tritt gegenwärtig in Westberlin vor allem in drei Erscheinungsformen zutage.

Die betrieblich-gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten sowie die allgemeinen demokratischen Grundrechte und Freiheiten der Bürger werden eingeschränkt, die Rechte der gewählten Vertretungskörperschaften werden abgebaut, und schließlich wird die staatliche Verwaltung aufgebläht, bürokratisiert, militarisiert und mit Faschisten durchsetzt.

Gegen die betrieblich-gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten, die ein zentraler Bestandteil ihrer politischen Rechte sind, wird in Westberlin ein groß angelegter Kampf geführt.

Die Vertreter der Frontstadt-Konzeption kennen die Bedeutung dieser Rechte. In den Betrieben bestehen große Konzentrationen der Arbeiter, hier können sie sich am leichtesten organisieren und sich für den Kampf um die Durchsetzung ihrer allgemeinen politischen Rechte schulen, hier wächst das Bewußtsein ihrer gewaltigen Stärke. Deshalb war das erste und ist es das ständige Streben der aggressiven NATO-Politiker in Westberlin, eine politische Friedhofsstille in den Betrieben zu erreichen, was durch das Bestehen betrieblicher und gewerkschaftlicher Rechte der Arbeiter erschwert wird.

Die Einschränkung dieser Rechte und ihre Beseitigung bilden deshalb den Schwerpunkt im Gesamtprozeß der politischen Entrechtung der Bevölkerung Westberlins.

Durch Demagogie und offene Gewalt wurden mit Hilfe der rechten SPD- und DGB-Führung die grundlegenden Arbeiterrechte, wie das Streikrecht, das Koalitionsrecht, das Recht auf politische Betätigung im Betrieb und das Mitbestimmungsrecht entweder beseitigt oder weitgehend eingeschränkt. Das Hauptinstrument hierbei ist das westdeutsche Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952, das im Jahre 1954 aus der Bundesrepublik übernommen wurde. Es schreibt die Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer vor und versucht, die Konflikte zwischen beiden, die notwendig entstehen, juristisch, also mit Hilfe der Staatsmacht, zugunsten der Unternehmer zu lösen.

Die auf diesem Wege erreichte weitgehende Rechtlosigkeit des Westberliner Arbeiters in seinem Betrieb äußert sich in der Hauptsache wie folgt:

Dem Betriebsrat, dem Organ der Arbeiter im Betrieb, wird gesetzlich die Pflicht „zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Unternehmer" auferlegt. Die Aufrechterhaltung des „Betriebsfriedens" wird ihm zur Rechtspflicht gemacht. Der § 49 des Betriebsverfassungsgesetzes enthält ein gesetzliches Verbot für Arbeitskämpfe. Für den Fall, daß der Betriebsrat diese Pflichten verletzt, d. h. die Interessen der Arbeiter vertritt, sind Sanktionen festgelegt. Dasjenige Betriebsratsmitglied, das sich einer Verletzung dieser Pflichten schuldig gemacht hat, kann auf Antrag des Unternehmers aus dem Betriebsrat aus-

geschlossen und der ganze Betriebsrat kann – ebenfalls auf Antrag des Unternehmers – aufgelöst werden.

Mit diesen Festlegungen, die mit der Interessenvertretung der Arbeiter natürlich unvereinbar sind, sollen die Betriebsräte zu Instrumenten in den Händen der Unternehmer gemacht und die Arbeiter ihrer betrieblichen Organe beraubt werden. In einer arbeitsgerichtlichen Entscheidung des Landesarbeitsgerichts München vom 8. 5. 1952 heißt es: „Der Betriebsrat hat dafür zu sorgen, daß der Betriebsfrieden nicht gestört wird. Er hat aber nicht nur die Pflicht, selbst jede Störung des betrieblichen Arbeitsfriedens zu unterlassen, sondern auch darüber hinaus alles zu tun, was geeignet ist, eine Störung des Arbeitsfriedens durch andere, sei es der Arbeitgeber, seien es Belegschaftsmitglieder, zu verhindern. So muß er eingreifen, wenn im Betrieb die politische Betätigung einer Gruppe von Arbeitnehmern den Arbeitsfrieden stört. Der Betriebsrat muß in solchen Fällen für eine kollektive Ordnung im Betrieb sorgen und solche parteipolitische Tätigkeit unterbinden."

Noch deutlicher kommt diese Absicht in einer anderen ebenfalls für Westberlin verbindlichen Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 15. 9. 1954 zum Ausdruck, in der erklärt wird, „daß es für die Gefährdung des Betriebsfriedens ... nicht nur auf die Einstellung der Belegschaft des Betriebes, sondern auch auf die des Arbeitgebers ankommt, der genauso zum Betrieb gehört wie die Arbeitnehmer".

Damit wird klar ausgesprochen, daß der Wille des Unternehmers oberstes Gesetz sein soll. Betriebsräte, die demgegenüber die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, sollen ausgeschaltet werden. Folgerichtig begründet das Bundesarbeitsgericht in der erwähnten Entscheidung die Entlassung eines Betriebsrates mit den Worten: „Der Arbeitgeber aber hatte sich wiederholt die parteipolitische Betätigung des Klägers (des Betriebsrates) im Betrieb verbeten." Das ist nichts anderes als – auch juristisch – die Restauration des Herr-im-Hause-Standpunktes faschistischer „Betriebsführer" gegenüber ihrer „Gefolgschaft".

Eine weitere Äußerungsform der Entrechtung der Westberliner Arbeiter im Betrieb ist der wesentliche Abbau der Rechte der Gewerkschaften im Betrieb. Dem Unternehmer wird durch Gesetz ein „Hausrecht" zuerkannt, das ihm die Möglichkeit gibt, in die gewerkschaftliche Tätigkeit einzugreifen. Das hat zur Folge, daß beispielsweise Aussprachen von Gewerkschaftsvertretern mit Betriebsangehörigen nicht jederzeit und ohne weiteres möglich sind. Selbst wenn es sich

um wichtige und eilige Angelegenheiten handelt, muß sich der Gewerkschaftsvertreter zunächst mit dem Unternehmer in Verbindung setzen. Der Unternehmer hat das Recht (unter bestimmten Voraussetzungen), in Belegschaftsversammlungen dem Gewerkschaftsvertreter das Wort zu entziehen, die Sitzung zu schließen oder den Gewerkschaftsvertreter hinauszuweisen.

So werden durch die Gleichschaltung mit der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung Bonns selbst die elementaren Zusicherungen der Westberliner Verfassung an die Arbeiter Westberlins praktisch annulliert.

Eine weitere Äußerungsform der Rechtlosmachung der Westberliner Arbeiter ist das gesetzliche Verbot, sich im Betrieb parteipolitisch zu betätigen. Die Westberliner Praxis zeigt, daß diese Vorschrift immer gegen fortschrittliche Arbeiter angewendet wird. So wurde beispielsweise dem Spitzenkandidaten der SED bei den Westberliner Wahlen 1958 eine Aussprache mit den Arbeitern der AEG Brunnenstraße unter Hinweis auf das Betriebsverfassungsgesetz verboten.

Für Betriebsratsmitglieder wird das Verbot der parteipolitischen Betätigung auch auf ihre Tätigkeit außerhalb des Betriebes ausgedehnt. So wurde z. B. ein Arbeiter aus dem Betriebsrat ausgeschlossen, weil er außerhalb des Betriebes Flugblätter verteilt hatte. Das gleiche Gesetz hinderte jedoch nicht daran, daß im gleichen Betrieb Willy Brandt als Wahlkandidat eine große politische Hetzrede gegen die SED hielt.

Die Entrechtung der Arbeiter im Betrieb zeigt sich schließlich in der Vernichtung ihres Mitbestimmungsrechtes. Hierbei war es notwendig, besonders demagogisch zu Werke zu gehen: Die Mitbestimmung wird formell anerkannt, jedoch durch Gesetz dem Wesen nach auf eine sogenannte Mitwirkung oder Mitsprache reduziert. Ein Mitbestimmungsrecht bei der Leitung des Betriebes oder gar – wie in der DDR durch die Verfassung festgelegt – bei der Regelung der Produktion kann es unter den Bedingungen der Monopolherrschaft nicht geben. Mitreden dürfen die Betriebsräte nur in solchen Fragen, in denen die Unternehmer sowieso ohne die Arbeiter oder die Gewerkschaften nicht fertigwerden. Im einzelnen ist es so, daß es in wirtschaftlichen Fragen nur einen Anspruch auf Unterrichtung durch den Unternehmer gibt, in einem Umfange, den dieser selbst bestimmt. In den Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Berufsausbildung und der betrieblichen Sozialeinrichtungen hat der Betriebsrat ein formales Mitwirkungsrecht, bei Kündigungen sollen die Betriebsräte lediglich „angehört" werden.

Durch die Einschnürung der Rechte des Arbeiters im Betrieb ist mit Hilfe der Staatsgewalt die Organisierung und Durchführung von Streiks erheblich erschwert worden. Damit sind aber die betrieblich-gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter im Betrieb in ihrem Kern getroffen.

Infolge dieser Zerstörung der ihnen von der Verfassung verbürgten Rechte ist der Kampf der Arbeiter um die Durchsetzung ihrer natürlichen Rechte wie in Westdeutschland, so auch in Westberlin sehr viel schwieriger geworden, während dadurch zugleich den opportunistischen Predigern der „Klassenharmonie", also den Verrätern der Arbeiterinteressen, ihr Handwerk vom bürgerlichen Gesetzgeber verständlicherweise möglichst erleichtert wurde.

Es ist die Durchführung der Kriegspolitik in Westberlin, die diese Entwicklung vornehmlich erforderlich machte. Denn in Gestalt des Streikrechts, des Mitbestimmungsrechts und der anderen Arbeiterrechte wären den Werktätigen wichtige legale Mittel in die Hand gegeben, die volksfeindlichen und rechtswidrigen Machenschaften der Frontstadtpolitiker zu durchkreuzen. Das soll mit Hilfe der Übernahme des Betriebsverfassungsgesetzes und mit seiner forcierten Anwendung in Westberlin verhindert werden.

In der Westberliner Verfassung aber heißt es:

> Artikel 16:
> Jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. Insbesondere stellen alle auf Produktions- und Marktbeherrschung gerichteten privaten Monopolorganisationen einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht dar und sind verboten.
>
> Artikel 17:
> Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaft und Verwaltung ist durch Gesetze zu gewährleisten.
>
> Artikel 18:
> (3) Das Streikrecht ist gewährleistet.

Wir betrachteten hier die Frage der weitgehenden Zerstörung der Grundrechte der Arbeiter in Westberlin nur unter dem Aspekt der Beseitigung der verfassungsrechtlichen Zusicherungen auf dem Wege einer von Bonn übernommenen reaktionären Arbeitsgesetzgebung, also unter juristischen Aspekten. Aber auch in diesem Zusammenhang muß bereits auf die viel weitergehende tatsächliche Aufsplitterung

und Zerstörung der Position der Gewerkschaft im Betrieb durch die im Gang befindliche – und zwar lediglich in der Frontstadt Westberlin in Gang gebrachte – Einführung der sogenannten „analytischen Arbeitsplatzbewertung" hingewiesen werden, auf die noch in anderem Zusammenhang näher einzugehen sein wird.

Der Kampf gegen die demokratischen Rechte der Bürger

Außerhalb ihres Betriebes sehen sich die Werktätigen Westberlins ähnlichen Einschränkungen ihrer politischen Rechte gegenüber. Ihre verfassungsmäßigen Grund- und Bürgerrechte sind weitgehend entweder faktisch oder sogar bewußt juristisch eingeengt und abgebaut worden.

Schon allgemein ist die Frontstadtatmosphäre mit der Achtung vor den demokratischen Rechten der Bürger, mit deren Wahrung und Sicherung nicht in Übereinstimmung zu bringen. Dort, wo die fortschrittlichen demokratischen Kräfte unterdrückt, die Faschisten und Militaristen rehabilitiert werden, wo die „amerikanische Lebensweise" mit allen ihren Begleiterscheinungen das öffentliche Leben bestimmt, wo die Kriminalität nie gekannte Ausmaße angenommen hat, wo Korruption und Mißwirtschaft zur Methode erhoben wurden, dort werden die Rechte des Volkes zur Durchsetzung seiner wahren Interessen natürlich mißachtet, dort können die Volksrechte und -freiheiten nicht realisiert werden.

Wie ein Hohn auf die Wirklichkeit klingen Sätze der Westberliner Verfassung wie Art. 2: „Träger der öffentlichen Gewalt ist die Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen, die in Berlin ihren Wohnsitz haben" oder Art. 23: „Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, ist jedermann zum Widerstand berechtigt". Gibt es ein fundamentaleres Grundrecht für eine Nation als das Recht auf Selbstbestimmung, ein wichtigeres für jedes Volk als das Recht auf Frieden und damit für den einzelnen das Recht auf ein friedliches Leben? Sind ein unbegrenztes, unbefristetes, der Vorbereitung des Bürgerkrieges in Deutschland und damit zugleich des Atomkrieges in der Welt dienendes Besatzungsregime und ein ihm gefälliges militaristisches Frontstadtregime mit diesem fundamentalsten aller Grundrechte vereinbar?

Die Frontstadtpolitik ist ihrem Wesen nach ein genereller grundsätzlicher Bruch der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung, weil ihre Ziele und ihre Wirkung mit dem Interesse des Volkes und dem Volkswillen nicht übereinstimmen.

Dieser Grundwiderspruch schlägt sich in einer Vielzahl konkreter Verfassungs- und Rechtsbrüche nieder, bei deren Untersuchung es nicht schwerfällt, ihre politische Zielrichtung und ihren Zusammenhang mit der Kriegskonzeption und der ihr entsprechenden Politik in Westberlin aufzudecken.

Besonders demonstrativ in dieser Hinsicht ist die ständige Verletzung des Grundrechts auf freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, des Art. 7 der Westberliner Verfassung: „Niemand darf an der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte gehindert werden", und des Art. 24, der jeglicher kriegerischer, übrigens auch nationalsozialistischer Betätigung ausdrücklich den Schutz der Verfassung versagt.

Sehr aufschlußreich ist die Tatsache, daß sich die Wahlbehinderungen im Jahre 1958 auf die Atommahnwachen konzentrierten. Gegen die Atommahnwachen schritt die Westberliner Polizei in vielen Stadtbezirken, also systematisch, ein. Im Stadtbezirk Wedding wurde beispielsweise die Atommahnwache mit Gummiknüppeln beseitigt, elf Personen wurden dabei verhaftet.

Aus der Fülle der Rechtsbrüche, die im Zusammenhang mit den Wahlen 1958 in Westberlin erfolgten, sollen hier nur einige angeführt werden. Zunächst ist festzustellen, daß das Grundgesetz charakteristischerweise vor allem und am häufigsten gegenüber dem fortschrittlichsten, bewußtesten Teil der Arbeiterklasse, den Mitgliedern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, verletzt wurde, zu deren bekannten Zielen die Erhaltung, Verwirklichung und Sicherung der in der Westberliner Verfassung festgelegten Grundrechte gehört.

Entgegen den wahlrechtlichen Vorschriften, daß jede Partei gleichberechtigt an der Wahl teilnehmen kann, wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der letzten Wahl des Abgeordnetenhauses eine relativ große Zahl von Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatur verlangt. Als diese vorgelegt wurden, verzögerten verschiedene Bezirksämter, z. B. Zehlendorf und Wilmersdorf, die Bestätigung der Unterschriftslisten. Zum Teil wurde die Bestätigung unter Berufung auf „formale Fehler" verweigert. Es bedurfte erst nachdrücklicher Proteste, um überhaupt die termingerechte Einreichung der Wahlvorschläge zu ermöglichen. Weiterhin wurde die gesetzliche

Pflicht verletzt, die Wahlvorschläge bis zum amtlichen Termin ihrer Veröffentlichung geheimzuhalten. Das Wahlbüro Spandau beispielsweise leitete die Wahlvorschläge an die Frontstadtpresse weiter, wodurch erreicht wurde, daß faschistische und militaristische Elemente Hetzkampagnen gegen die Kandidaten organisieren konnten. Weiterhin sind die sehr zahlreichen Wahlbehinderungen einzelner Bürger offene Verfassungs- und Rechtsbrüche. In der Zeit vom 11. 8. bis zum 7. 11. 1958 wurden 374 Wahlhelfer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter fadenscheinigen Vorwänden festgenommen bzw. verhaftet.

Die Stumm-Polizei hatte zentrale Anweisung, alle SED-Plakate außerhalb der Litfaßsäulen zu entfernen, schritt aber gegen faschistische Störtrupps, die SED-Plakate von Litfaßsäulen abrissen, in keinem Falle ein. Beispiele von Rechtsbrüchen im Zusammenhang mit der Wahl könnten in jeder beliebigen Zahl gegeben werden.

Die herrschenden Kreise Westberlins richten ihre Angriffe unter Verletzung der Gesetzlichkeit deswegen so stark gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, weil diese für die Sicherung des Friedens, die nationalen Ziele des deutschen Volkes, den gesellschaftlichen Fortschritt und eine parlamentarisch-demokratische Ordnung in Westberlin eintritt und deshalb konsequent und prinzipiell gegen die Frontstadtpolitik kämpft. Daß die demokratischen Bürgerrechte und -freiheiten vor allem denen gegenüber verletzt werden, die gegen die NATO-Politik kämpfen, beweist, daß der Frontstadtaufgabe Westberlins alle Belange der friedlichen Bürger geopfert werden, daß sie das politische Leben in Westberlin bestimmt und nicht die Verfassung, die von den Frontstadtpolitikern wie ein Fetzen Papier behandelt wird.

Die oft verwendete Zweckthese der NATO-Ideologen in Westberlin, daß „nur" Kommunisten als Anhänger eines angeblich „totalitären" Regimes außer Recht und Gesetz gestellt würden, kann an Hand der vorliegenden Fakten aus der zehnjährigen Praxis der Frontstadtpolitik leicht widerlegt werden.

Man geht in Westberlin keineswegs nur gegen die Kommunisten und Arbeiter vor, sondern auch gegen alle anderen Gegner der selbstmörderischen NATO-Ideologie und der ihr entsprechenden Politik. Wie ein Beispiel des Frontstadtterrors aus jüngster Zeit zeigt, genügt es für einen Westberliner Arbeiter, einen privaten Ausflug in die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik zu unternehmen und

dort mit den Arbeitern der volkseigenen Betriebe zu sprechen, um außerhalb der verfassungsmäßigen Grundrechte und Freiheiten gestellt zu werden. Im DWM Reinickendorf wurden Arbeiter unter Bruch der arbeitsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen fristlos entlassen und gewaltsam aus ihrem Betrieb entfernt, in dem sie z. T. jahrzehntelang gearbeitet hatten, weil sie in Görlitz im VEB Waggonbau mit ihren Kollegen gesprochen hatten (vgl. ND vom 11. 7. 1959). Die betroffenen Arbeiter, Mitglieder des DGB, Arthur Rutsch aus Wedding, Werner Grimm aus Borsigwalde (Meister, neun Jahre im Betrieb) und Wilhelm Jablonski aus Neukölln (17 Jahre im Betrieb) sind parteilos.

Charakteristisch ist die Methode des Vorgehens der Frontstadtpolitiker. Der Terrorakt gegen die Arbeiter ging nicht vom Betrieb unmittelbar aus, sondern wurde von höherer Stelle des Frontstadtsenats angeordnet. Er wurde vom technischen Direktor des DWM Ronke, der bei den Arbeitern als rücksichtslos bekannt ist, durchgeführt. Es wurde verhindert, daß die Arbeiter, die in Görlitz gewesen waren, ihren Betrieb zu einem Zeitpunkt, in dem gearbeitet wurde, betreten konnten. Ihnen wurden Schreiben des Inhalts zur Unterschrift vorgelegt, daß sie auf alle Ansprüche aus ihrem Arbeitsverhältnis verzichten. Ein Teil der Arbeiter hat auch – in der Annahme, es handele sich um die Bestätigung des Erhalts ihrer Arbeitspapiere usw. – unterschrieben. Daraufhin hat das Arbeitsgericht das Vorgehen gegen die Arbeiter für rechtmäßig erklärt und alle ihre Ansprüche abgewiesen.

Ein weithin sichtbares Zeichen für die Verfolgung von parteilosen Angehörigen der fortschrittlichen Intelligenz sind die niederträchtigen Machenschaften gegen die wegen ihres Eintretens für Frieden und Demokratie bekannte parteilose Ärztin Dr. Anneliese Groscurth. Sie wurde aus ihrer Stellung als Amtsärztin entfernt, ihr wurden die Entschädigungsansprüche, die ihr infolge der Ermordung ihres Ehemannes durch die Faschisten zustehen, entzogen und sogar der Reisepaß mit dem Hinweis auf ihr Eintreten für die Erhaltung des Friedens seit Jahren verweigert.

Der Zusammenhang zwischen der Frontstadtpolitik und den massenhaften Verletzungen der Grundrechte und -freiheiten der Bürger zeigt sich auch deutlich am Beispiel des Grundrechtes auf freie und öffentliche Meinungsäußerung (Art. 8 der Westberliner Verfassung) und des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit (Art. 18). In der letzten Legislaturperiode des Westberliner Abgeordnetenhauses – von 1954 bis

1958 – wurden von der Westberliner politischen Gesinnungsjustiz im Rahmen von 506 politischen Strafprozessen 594 Gegner der NATO-Politik vor Gericht gestellt und verurteilt. In diesen Prozessen wurden insgesamt 285 Monate Freiheitsstrafen und 10 625 DM Geldstrafen verhängt. Diese Zahlen zeigen jedoch das wirkliche Ausmaß und eine Hauptmethode der Verfolgung der Gegner der Frontstadtpolitik noch nicht. Weitaus größer als die Zahl der Verurteilungen in politischen Strafprozessen ist nämlich die Zahl der polizeilichen Festnahmen und Verhaftungen. Durch massenweise rechtswidrige, häufig tage- oder wochenlange Inhaftierungen soll eine systematische Einschüchterung der NATO-Gegner erreicht werden. Diese Methode wird seit Jahren in Westberlin praktiziert. Im Jahre 1955, dem Jahr des Inkrafttretens der Pariser Verträge und des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO, betrug die Zahl derer, die wegen ihres Auftretens gegen die NATO-Politik zwangsgestellt und eingekerkert wurden, 1873.

Das Ausmaß dieser Grundrechtsverletzungen wird klar, wenn man sich die Ursachen und die Begründungen für das Vorgehen der Polizei- und Justizorgane vor Augen führt. Der Westberliner Bürger Reissing z. B. wurde verurteilt, weil er in einer öffentlichen CDU-Versammlung einen Zwischenruf gemacht hatte. Auf die Behauptung des Referenten, in der Deutschen Demokratischen Republik seien eine Reihe Bürger verhaftet worden, hatte Reissing gefragt, wie viele Agenten darunter gewesen wären.

Herr Leopold Joachim, Kraftfahrer bei der Post, erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Monat, weil er wegen eines der Westberliner Lotto-Skandale Einladungen zu einer Protestversammlung herausgegeben hatte.

Am Gedenktag der Opfer des Faschismus wurden 40 Westberliner eingekerkert, die an den Gedenkkundgebungen teilgenommen hatten. Am 30. September 1955 scheute die Westberliner Polizei nicht davor zurück, 35 Werktätige festzunehmen, die als Trauergäste an der Beisetzung der Arbeiterveteranin Luise Kähler teilnahmen.

Verfolgung von Antifaschisten

Der ausgesprochene Frontstadtcharakter dieser ständigen Rechtsverletzungen durch die Staatsgewalt wird deutlich, wenn man dabei in Betracht zieht, daß der systematischen Unterdrückung der patrioti-

schen und fortschrittlichen Kräfte eine großzügige Duldung der immer zahlreicher und immer unverschämter auftretenden reaktionären, faschistischen und revanchistischen Elemente gegenübersteht, und zwar unter ausdrücklicher zynischer Berufung auf die politischen Freiheiten und die Grundrechte der Bürger. So wie die politischen Grundrechte einerseits brutal verletzt und andererseits unglaublich mißbraucht werden, werden auch die sozialen Grundrechte der Bürger, die die Westberliner Verfassung enthält, der NATO-Brückenkopfpolitik geopfert.

Die auch auf diesem Gebiete zahlreichen Verletzungen und Durchbrechungen der Verfassung und der Gesetze sind Ausdrucksformen der alten imperialistischen Methode, politische Gegner dadurch auszuschalten, daß man ihnen die Existenzgrundlage entzieht. Diese Methode der „Stockschläge auf den Magen" wurde in Westberlin zu einem wesentlichen Bestandteil der Frontstadtpolitik und wird ausgiebig angewendet.

Die besondere Verwerflichkeit dieser Art, die NATO-Politik zu sichern, wird anschaulich, wenn man die von diesen Machenschaften betroffenen Bürger in Westberlin betrachtet. Es ist eine kaum zu übertreffende Diffamierung der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, daß gegenwärtig in Westberlin nahezu allen unter der Hitlerdiktatur verfolgten Antifaschisten, die für die Erhaltung des Friedens und für eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands gegen die ausländische widerrechtliche Okkupation Westberlins und den Mißbrauch dieses Teils der Stadt als Basis für eine Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten eintreten, die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte auf Haftentschädigung, Rente usw. entzogen wurden.

Aus der umfangreichen Praxis der Anwendung des Westberliner „Entschädigungsgesetzes" vom 16. 1. 1951 geht hervor, daß mit Hilfe einer nachträglich in das Gesetz eingefügten Generalklausel allen denjenigen, die als Kommunisten gegen den Faschismus gekämpft haben, und allen denjenigen, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands oder in anderen demokratischen Organisationen in Westberlin politisch gearbeitet haben, ihre Rechte aus dem Entschädigungsgesetz grundsätzlich entzogen wurden.

Aus den Begründungen der Entscheidungen des „Entschädigungsamtes", der „Schiedsstellen PRV" und vieler Gerichtsurteile in dieser

Sache geht eindeutig die Konzeption hervor, daß Kommunisten deshalb keine Opfer des Faschismus sein könnten, weil ihre Verfolgung kein typisch faschistisches Vorgehen sei. Diese Auffassung wird in den Begründungen völlig offen, ohne jede Verklausulierung zum Ausdruck gebracht. Da sie auch bei Ablehnung der Anträge angewendet wird, die von den Angehörigen der von den Faschisten ermordeten Widerstandskämpfer gestellt wurden, bedeutet das: Kommunisten auf bestialische Weise umzubringen, ist keine „typisch nationalsozialistische" Erscheinung, die Ermordeten und deren Angehörige sind keine Opfer des Faschismus, sondern selbst Kriminelle und selbst schuld an dem, was ihnen die faschistischen Verbrecher angetan haben.

Hieraus geht sowohl der Grad der systematischen, brutalen Entrechtung des Volkes wie auch deren Zielsetzung hervor. Als sei der Heldenkampf der Kommunisten gegen den Faschismus nie gewesen, wird hier mit einer unglaublichen Infamie zu Werke gegangen, um die NATO-Politik dadurch zu sichern, daß die besten Kräfte des Volkes wie unter der faschistischen Herrschaft mundtot gemacht werden sollen.

In der erwähnten Generalklausel, die in das Entschädigungsgesetz eingefügt wurde, wird ein weiteres Mal der Gaunertrick angewendet, mit Hilfe des Begriffs „Anhänger eines totalitären Regimes" demokratische Kräfte mit den Faschisten gleichzustellen. Man kann es nicht anders als einen Gaunertrick nennen, wenn versucht wird, die konzentrierte Kraft einer auf die unmittelbare Mitarbeit des Volkes gestützten Staatsgewalt mit der konzentrierten Kraft einer auf die brutalste Unterdrückung des Volkes gerichteten Staatsgewalt dadurch auf einen Nenner zu bringen, daß man den politischen Inhalt der Staatsgewalt beiseite schiebt und erklärt, im einen wie im andern Falle handle es sich jedenfalls um konzentrierte Staatsgewalt. Für diese Art pseudowissenschaftlicher Abstraktion gibt es nur eine Kennzeichnung: Volksbetrug. Mit solchen betrügerischen Methoden werden dann die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die entschiedensten Gegner des Faschismus und Militarismus, die konsequentesten Kämpfer für Frieden und Demokratie, mit ihren Mördern, den Faschisten, identifiziert.

So widersinnig, verlogen und unverschämt diese Gleichstellung ist, sie paßt zur Frontstadtpolitik, die immer mehr der Bahn des Faschismus zustrebt.

„Stockschläge auf den Magen" sind auch die Ausschlüsse vom Geldumtausch für zahlreiche Westberliner, die im demokratischen Berlin

arbeiten. Der Kreis der Ausgeschlossenen und die Art des Vorgehens beweisen ebenfalls den unmittelbaren Zusammenhang mit der spezifischen NATO-Rolle, in die Westberlin hineingezwängt wird. Nach den gesetzlichen Bestimmungen Westberlins erhalten Bürger, die in Westberlin wohnen, aber im demokratischen Teil arbeiten, ihren Verdienst in DM der Deutschen Notenbank zu einem gewissen Prozentsatz im Verhältnis 1:1 in Westberlin umgetauscht. Seit 1949 ging der Frontstadtsenat Zug um Zug dazu über, alle demokratisch gesinnten Bürger vom Lohnumtausch auszuschließen und ihnen damit die Existenzgrundlage zu nehmen. Bereits im Jahre 1949 wurde eine Lohnumtauschsperre für Angestellte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und einiger Zeitungen ausgesprochen. Durch Verordnungen vom August 1950 und April 1952 wurde dann faktisch der größte Teil der im demokratischen Teil von Berlin Beschäftigten vom Lohnumtausch ausgeschlossen. Zu ihnen gehören sämtliche Arbeiter und Angestellten der staatlichen Verwaltung einschließlich der Post, der Finanzverwaltung, der Versicherungen und der städtischen Betriebe, wie BEWAG, GASAG, BVG, Arbeiter und Angestellte in kulturellen Anstalten und Einrichtungen, einschließlich der Universität, der wissenschaftlichen Akademien und Hochschulen, des Rundfunks, des Fernsehens sowie der staatlichen und städtischen Museen, Arbeiter und Angestellte der führenden Verlagsanstalten, des staatlichen und genossenschaftlichen Handels und der Vereinigung volkseigener Betriebe. Unabhängig vom Arbeitsplatz sind sämtliche Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und auch anderer demokratischer Organisationen vom Umtausch ausgeschlossen. Damit ist Tausenden Westberlinern praktisch die Existenzgrundlage entzogen worden. Der Westberliner Senat hält sich auch nicht an die Verpflichtung, Westberliner Eisenbahnern die vereinbarten 40 % ihres Gehalts in Westmark umzutauschen. Von dieser Willkürmaßnahme sind etwa 1350 Eisenbahner betroffen. Grundsätzlich werden auch Jugendliche vom Lohnumtausch ausgeschlossen, die im demokratischen Berlin eine Lehrstelle angenommen haben. In allen Fällen sind ausschließlich reaktionäre politische Gründe maßgebend.

Genauso wie im Bereich der dargestellten Seiten der politischen Entrechtung der Bevölkerung verläuft dieser Prozeß auf allen anderen Gebieten, so z. B. im Bereich der Druckschriftenzensur, der Aufhebung des Postgeheimnisses, der ungesetzlichen Auslieferung Westberliner Bürger an die Besatzungsmächte, der Verbote demokratischer Organi-

sationen, des Verbots der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, obwohl die Westberliner Verfassung den Volksentscheid ausdrücklich vorsieht (Art. 2, Art. 49), usw. usf.

Darüber hinaus sind neuerdings Bestrebungen im Gange, den Grundrechtsteil der Westberliner Verfassung überhaupt zu streichen und ihn durch den des Bonner Grundgesetzes mit seinen nachträglich eingefügten militaristischen Klauseln zu ersetzen, d. h. die demokratischen Rechte und Freiheiten, die 1950 noch zugebilligt werden mußten, abzuschaffen und die Bestimmungen der militaristischen Bonner Verfassung an ihre Stelle zu setzen. Träger dieser Bestrebungen sind natürlich die führenden Frontstadtpolitiker.

Wie aus einer Denkschrift des Senats über die Revision der Westberliner Verfassung vom 17. 9. 1958 (Drucksache des Abgeordnetenhauses Nr. 1759) hervorgeht, soll dies mit der Begründung geschehen, daß in Westberlin der Grundrechtsteil des Bonner Grundgesetzes gelte und deshalb das Landesrecht mit dem Bundesrecht in Übereinstimmung gebracht werden „müsse", eine Argumentation, die ebensosehr der NATO-Konzeption für Westberlin entspricht, wie sie – aus den früher dargelegten Gründen – dem Völkerrecht widerspricht.

Abbau des parlamentarischen Systems

In reaktionärem Sinn hat sich auch die Organisation der Staatsorgane, haben sich auch die Prinzipien ihrer Tätigkeit gewandelt. Da beide das Verhältnis der Staatsmacht zur Bevölkerung umfassen, spiegelt sich auch hierin die politische Entrechtung des Volkes wider.

Ähnlich wie die Verankerung der Grundrechte der Bürger im Jahre 1950 stand auch die Einrichtung der Westberliner Staatsorgane nach der Spaltung so unter dem Druck der politischen Verhältnisse im demokratischen Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik überhaupt, daß es den Spaltern unmöglich war, als Form ihrer Herrschaft eine andere als die parlamentarisch-demokratische festzulegen. Das System der Staatsorgane war nach der Verfassung von 1950 im wesentlichen nach den Prinzipien des demokratisch-parlamentarischen Systems aufgebaut und zunächst auch in Funktion. Daß es mit der Kriegspolitik unvereinbar war, stellte sich bald heraus. Der Widerspruch wurde mit Hilfe eines systematischen Abbaus des parlamentarischen Systems „gelöst", und zwar durch die Einschränkung der

Rechte der gewählten Volksvertretungen zugunsten der Exekutivorgane, durch die gänzliche Verhinderung der unmittelbaren Teilnahme der Bevölkerung an der Ausübung der Staatsmacht, durch die Aufblähung, Bürokratisierung und Militarisierung des Staatsapparates und nicht zuletzt durch die Faschisierung des Personalbestandes der staatlichen Verwaltung, durch dessen ideologische Ausrichtung auf die Frontstadtaufgaben Westberlins, bei gleichzeitiger Verdrängung der bewährten antifaschistischen, demokratischen Kräfte aus allen entscheidenden Funktionen. In Wirklichkeit führten diese Maßnahmen freilich nicht zur Lösung des Widerspruchs, sondern zu seiner Verschärfung, die immer mehr zunimmt, und eben das ist die Folge des Besatzungsregimes.

Für die Methode des Abbaus des parlamentarischen Systems und für die Einschränkung der Rechte des Volkes ist charakteristisch, daß der Inhalt der Veränderungen mit Hilfe außerordentlich zahlreicher und schwer verständlicher, weil gesetzestechnisch bewußt komplizierter Rechtsakte vor den Volksmassen verborgen gehalten wird. In der letzten vierjährigen Legislaturperiode wurden vom Abgeordnetenhaus 117 Westberliner Gesetze angenommen, 326 Rechtsverordnungen verabschiedet und 310 Bundesgesetze sowie 870 Bundesverordnungen übernommen. Über die juristische Form dieser Rechtsakte schreibt selbst der „Kurier", Organ der Adenauer-CDU in Westberlin, im April 1958:

> „Der Umfang und die Komplikationen unserer Gesetzgebung sind schuld daran, daß beinahe in jedem Falle ein Rechtsanwalt eingesetzt werden muß. Die Bestimmungen sind so unklar, daß sich ihre eigenen Stadtväter nicht darin zurechtfinden. Das BGB ist die reinste Kinderfibel gegen das, was wir in Gestalt von Gesetzen geschenkt bekommen."

Der Umfang und die Art der Gesetzgebung soll Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sicherung der Rechte des einzelnen vortäuschen, der Inhalt ist ausgesprochen reaktionär, volksfeindlich und daher absichtlich für das Volk unverständlich formuliert.

Mit Hilfe des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes vom 2. 10. 58, das zusammen mit dem Bezirksverwaltungsgesetz, dem Polizeizuständigkeitsgesetz und dem Verwaltungsverfahrensgesetz am 1. 1. 59 in Kraft trat, wurden die Kompetenzen zwischen der zentralen Verwaltung Westberlins und den Stadtbezirken so verteilt, daß die von der Bevölkerung gewählten Bezirksverordnetenversammlungen seither nur noch

ein Marionettendasein führen. Alle entscheidenden Funktionen der Ausübung der Staatsmacht liegen beim Senat. Im § 1 wird festgelegt: „In Berlin werden staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt."

Für das Ausmaß der Entrechtung der Bezirke ist die Äußerung des Bezirksbürgermeisters von Steglitz charakteristisch, der sagte: „Die Selbstverwaltung ist soweit beschnitten, daß wir lediglich entscheiden können, an welcher Stelle wir das Salz zwischen den Straßenbahnschienen streuen dürfen, damit diese nicht einfrieren." Das Bezirksverwaltungsgesetz legt die Gesamtstruktur der bezirklichen Organe und deren grundsätzliches Verhältnis zum Senat neu fest. Die Neuorganisation ist so tiefgreifend, daß das Wesen dieser Organe, die nach den Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung aufgebaut waren, verändert wurde. Die Hauptrichtung ist die Zentralisation der staatlichen Verwaltung und der Abbau der Rechte der Vertretungskörperschaften. Dabei liegt nicht in der Zentralisation als solcher das Undemokratische und die Gefährdung des Friedens und der Sicherheit Westberlins. Zentralisation kann – gerade in einer Großstadt – äußerst zweckmäßig sein. Es fragt sich stets: Zu welchen Zwecken wird zentralisiert? Das Entscheidende an der Westberliner Zentralisierung ist, daß sie – wie wir sahen und weiter sehen werden – mit einem Abbau des parlamentarischen Systems und vollends der unmittelbaren politischen Rechte der Bevölkerung auch in der Zentrale einhergeht, daß die zentrale Exekutivgewalt ein willfähriges Organ der interventionistischen Politik der Besatzungsmächte und des Kriegskurses der Bonner Militaristen ist. Unter solchen Umständen bedeutet Zentralisierung, die im Falle Westberlins zu einer unkontrollierten Macht der zentralen militarisierten und faschistisch durchsetzten Bürokratie führt, die Potenzierung der Frontstadtpolitik, die Potenzierung eines friedens- und volksfeindlichen Regimes im Dienst der Besatzungsmächte. Die wenigen nach dem Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz im Stadtbezirk verbliebenen Rechte wurden zum Teil auch noch sogenannten „Bürgerdeputationen" übertragen, die nicht gewählte und nicht öffentlich tagende Organe sind. Der „Rat der Bürgermeister" als Zwischenorgan zwischen dem Senat und den Bezirken soll die Gleichschaltung der Bezirke erleichtern und ihre einheitliche Lenkung ermöglichen.

Die „Arbeitsgemeinschaft der Bezirksverordnetenvorsteher" Westberlins lehnte in ihrer Sitzung am 15. 2. 57 den Entwurf des Bezirks-

verwaltungsgesetzes ab. In der Entschließung heißt es: „Der Entwurf zum Bezirksverwaltungsgesetz schränkt die bisherigen Befugnisse der Bezirksverordnetenversammlung zugunsten der Deputationen erheblich ein. Der Bezirksverordnetenversammlung als der in unmittelbarer Wahl von den Bürgern gewählten Vertretung der Bevölkerung wird das von ihr seit 1920 ausgeübte Recht genommen, in allen Angelegenheiten der bezirklichen Selbstverwaltung zu beschließen. Hier liegt eine wesentliche Einschränkung der Demokratie auf dem Gebiete der bezirklichen Selbstverwaltung. Der Bezirksverordnetenversammlung, die im Gegensatz zu den Deputationen öffentlich tagt, ist im Verhältnis zu den Deputationen in den Entscheidungsbefugnissen der Vorrang zu geben. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Bezirksverordnetenvorsteher muß deshalb der Entwurf in der vorliegenden Fassung abgelehnt werden." Natürlich blieb dieser Beschluß ohne jede Wirkung.

Aber auch in den zentralen Westberliner Organen findet der allgemeine Abbau des parlamentarischen Systems und damit der politischen Rechte der Bevölkerung seinen Ausdruck. Eine Einschränkung der Rolle des Abgeordnetenhauses als des obersten gewählten Organs stellt das Verfahren dar, mittels dessen Bundesrecht auf Westberlin übertragen wird. Mit dem bereits erwähnten „Dritten Überleitungsgesetz" wurde nämlich grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen, auf allen Gebieten Rechtsakte des Bonner NATO-Staates zu übernehmen. Nachdem ursprünglich wichtige Bonner Gesetze durch inhaltsgleiche Landesgesetze in Westberlin eingeführt wurden, findet jetzt das sogenannte Mantelgesetzverfahren Anwendung. Danach beschließt das Westberliner Abgeordnetenhaus lediglich, daß ein Bundesgesetz in Westberlin Anwendung findet. Das Bundesgesetz ist dann Anlage zum Mantelgesetz. Die Praxis des Abgeordnetenhauses ist dabei so, daß es häufig über mehrere auf der Tagesordnung stehende Mantelgesetze en bloc abstimmt. Diese „Vereinfachung" der Übernahme von Bundesrecht ist eigens nachträglich in die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses eingefügt worden.

Die Bestrebungen gehen jedoch noch weiter. Ein ähnliches einfaches Gleichschaltungsverfahren, wie es für die Übernahme von Durchführungsverordnungen gilt, soll auf Betreiben der Frontstadtpolitiker für alle Bonner NATO-Gesetze eingeführt werden. Ein „Globalgesetz", das schon längere Zeit in den Ausschüssen beraten wird, sieht vor, daß nach Verabschiedung der jeweiligen Gesetze im Bonner Bundestag

der Präsident des Abgeordnetenhauses den Regierenden Bürgermeister auffordert, das Gesetz durch einfache Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft zu setzen. Dieses Verfahren bedeutet eine völlige Ausschaltung des Westberliner Parlaments. Zieht man in Betracht, welche Gesetze aus der Bundesrepublik sofort übernommen worden sind, so wird das Wesen der sogenannten Vereinfachung im Gesetzgebungsverfahren als eine besonders drastische antiparlamentarische Maßnahme zur Unterstützung der NATO-Frontstadtpolitik klar.

Eines der ersten übernommenen Gesetze war das sogenannte „Einhunderteinunddreißiger-Gesetz", das allen staatlichen Organisationen zur Pflicht macht, die ehemaligen Berufsbeamten und Offiziere aus der Nazizeit wieder einzustellen. Mindestens 20 Prozent der Planstellen und des Besoldungsaufwandes müssen für solche Personen bereitgehalten werden. Übernommen wurden weiterhin das schon beschriebene reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz sowie das Sozialversicherungsgesetz, das die Allgemeine Ortskrankenkasse wieder einführte, die einheitliche Sozialversicherung in Westberlin zerschlug, die Sozialversicherungsleistungen verringerte und die Beiträge erhöhte. Übernommen wurden weiterhin z. B. das Ordensgesetz, welches das Tragen der faschistischen Auszeichnungen erlaubt, ferner das Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft, mit dem die Aufrüstung ermöglicht wird, die Verträge über „Gemeinsamen Markt" und „EURATOM", die dem Zweck dienen, Westberlin unmittelbar in das imperialistische Paktsystem einzugliedern, das Kartellgesetz, die Zollgesetze, die Strafrechtsänderungsgesetze und andere grundlegende Gesetze mit entsprechend reaktionärem Inhalt.

Die Einschränkungen der Rechte der Vertretungskörperschaften im Zentrum und in den Stadtbezirken gehen einher mit der Durchsetzung des Prinzips der „reinen Repräsentation", d. h. der Beseitigung aller Formen unmittelbarer Einflußnahme der Bevölkerung auf die Staatsorgane, aller Formen der Beteiligung und Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Arbeit. Die Westberliner Bevölkerung steht völlig außerhalb der Tätigkeit der Staatsorgane. Ihr Einfluß auf sie besteht lediglich darin, daß sie alle vier Jahre die Vertretungsorgane wählen kann, wobei sie einem Wahlsystem unterworfen ist, das wichtige demokratische Wahlprinzipien verletzt, also ebenfalls ausgesprochenen Frontstadtcharakter hat. Die Einschränkungen der Rechte

der Vertretungskörperschaften gehen einher mit der Aufblähung, Bürokratisierung und Militarisierung des Verwaltungsapparates. Daß all die zahlreichen Reformen und Maßnahmen zur Verbilligung der Verwaltung nur der Verschleierung des wirklichen Entwicklungsprozesses dienen, beweisen die tatsächlichen Veränderungen im Westberliner Verwaltungsapparat.

Die Aufblähung des Westberliner Verwaltungsapparats

Die jüngst abgeschlossene Legislaturperiode zeigt das folgende Bild: Die Zahl der in der Westberliner Verwaltung Beschäftigten wurde von 117 633 im Jahre 1954 auf 132 490 im Jahre 1958 erhöht. 1954 betrugen der Anteil an Personalkosten sowie die Ausgaben für Diensträume und allgemeine Geschäftsbedürfnisse 40,9 Prozent der Gesamtausgaben des öffentlichen Haushalts. Trotz eines vergrößerten Etats stiegen diese Ausgaben im Jahre 1958 auf 53,4 Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts. Im einzelnen wurden im Rechnungsjahr 1958 ausgegeben:

Personalkosten	986,3 Mill. DM	= Steigerung gegenüber 1954 um 48,4 %
Bürokosten	17,0 Mill. DM	= Steigerung gegenüber 1954 um 36,9 %
Allg. Geschäftsbedürfnisse	7,9 Mill. DM	= Steigerung gegenüber 1954 um 27,9 %

Die öffentlichen Ausgaben Westberlins sind erheblich höher als die Ausgaben in vergleichbaren Städten der Bundesrepublik. So wurden in Westberlin im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1955 je Einwohner 781 DM an öffentlichen Mitteln ausgegeben, das sind 22,7 Prozent mehr als in den Hansestädten. Die hohen Ausgaben der Westberliner Verwaltung kommen keineswegs der Bevölkerung zugute, sondern dienen (im Zuge der Militarisierung des Staatsapparates) insbesondere zur Finanzierung des gewaltigen Polizeiapparates (besonders der Bereitschaftspolizei als Bürgerkriegstruppe) und der zahlreichen Agenten- und Terrororganisationen. Der „Telegraf" vom 2. März 1958 sieht sich gezwungen einzugestehen:

„Die höheren Personalausgaben Berlins sind aber vor allem auf die Polizeiausgaben zurückzuführen. Der Personalaufwand der Polizei lag in Berlin um zwei Drittel höher als in den Hansestädten." Das beweist auch folgende Statistik:

	1950	1958	gegenüber 1950
Gesamtstärke der Polizei	14 561	19 500	+ 4 839
davon			
Schutz- und Bereitschaftspolizei	9 391	12 500	+ 3 109
Kriminalpolizei	959	1 200	+ 241
Verwaltungspolizei	1 038	1 250	+ 212
Wachpolizei	1 749	1 500	÷ 249
	13 137	16 450	
Angestellte, Lohnempfänger und Hilfskräfte	1 424	3 050	
insgesamt	14 561	19 500	

1932 betrug die Stärke der Berliner Polizei (einschließlich der Hilfskräfte) 20 400 Mann bei einer Einwohnerzahl von rund 4 242 500. 1958 betrug die Stärke der Westberliner Polizei 19 500 (bei rund 2,2 Millionen Einwohnern). Die Stärke der Westberliner Polizei war also um rund 90 Prozent höher als 1932, d. h.

1932 kamen auf 10 000 Einwohner 48 Polizisten,
1958 kommen auf 10 000 Einwohner 89 Polizisten.[1]

Im Verlauf der letzten Legislaturperiode wurde auch der Apparat der Frontstadt- und Terrorjustiz erheblich vergrößert.

Waren 1954 in der Westberliner Justiz 5890 Personen beschäftigt, so erhöhte sich diese Zahl bis zum Jahre 1958 auf 7058, d. h. um 19,8 Prozent.

Ausgaben für die Westberliner Gerichte

Jahr	Kammergericht DM	Landgericht DM	Amtsgericht DM	Gesamtbetrag DM
1955	4 753 830	9 878 730	18 350 910	32 983 470
1958	6 314 340	12 089 890	22 018 100	40 422 330

Das bedeutet gegenüber 1955 eine Steigerung der Kosten um 23,5 Prozent. Die Ausgaben für den Polizei- und Justizapparat wurden im letzten Haushalt um weitere 13,5 Millionen DM auf 234,6 Millionen DM erhöht.

[1] Quelle: (1950) „Berlin in Zahlen" 1951, S. 273
(1958) „Berliner Stimme", v. 26. 7. 1958
(1932) „Berlin in Zahlen" 1945, S. 323 und S. 53.

Gleichzeitig strich der Rotstift des Westberliner Senats rigoros alle Posten zusammen, die geeignet sind, die Lage der Werktätigen zu erleichtern und die kulturelle Entwicklung Westberlins zu fördern. So wurden z. B. die ohnehin niedrigen Ausgaben für Schulwesen und Volksbildung um 5,2 Millionen DM verringert. Auch die Ausgaben für Sozialwesen, Jugend und Sport wurden erheblich gekürzt. Hier betrugen die Streichungen etwa 3,6 Millionen DM. Im Bau- und Wohnungswesen waren es 15,3 Millionen DM, im Gesundheitswesen 3,1 Millionen DM. Hinzu kamen noch umfangreiche Streichungen in den Haushalten der zwölf Westberliner Verwaltungsbezirke. Auf Grund des „Sparbefehls" des Westberliner Senats vom 17. Mai 1958 mußten in den Bezirken Ausgaben von insgesamt 4,5 Millionen DM gestrichen werden. Allein in Neukölln, dem größten Verwaltungsbezirk, betrugen die Kürzungen 739 000 DM.

Genausowenig wie von einer Verbilligung kann auch von einer Vereinfachung der Westberliner Verwaltung gesprochen werden. Die letzten vier Jahre Frontstadtsenat brachten statt dessen eine weitere Bürokratisierung des Staatsapparates. In dem Bestreben, jede demokratische Regung zu ersticken, vollzog sich ein Prozeß der immer stärkeren Machtkonzentration bei der zentralen Senatsexekutive, die das Musterbeispiel eines komplizierten, schwerfälligen, seelenlosen, bürokratischen Apparates ist. Das wird selbst vom „Kurier" zugegeben. Er sah sich im April 1959 zu der Feststellung veranlaßt:

„Unheimlich wuchert der Amtskrebs. Gemeint sind damit all jene unheimlichen Wucherungen am Verwaltungsapparat, die man weder zum Stillstand bringen noch zurückbilden kann."

Faschisten in Amt und Würden

Die Einschränkung der Rechte der Vertretungskörperschaften geht einher mit der Faschisierung des Personalbestandes der Westberliner Staatsorgane. Der Weg dazu wurde bereits im Jahre 1951 mit der Übernahme des schon erwähnten „Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen" geebnet. Das Gesetz enthält die Vorschrift, daß für den Fall, daß, wenn die verlangten 20 Prozent des Planstellensolls und des Besoldungsaufwandes von der betreffenden staatlichen Institution nicht erreicht werden, ein Ausgleichsbetrag in Höhe von 25 Prozent

des Unterschiedes gezahlt werden muß. Der faschistischen Durchdringung des Staatsapparates wird also auch durch finanziellen Druck nachgeholfen. Gemäß „Mitteilungen Nr. 33 des Präsidenten des Abgeordnetenhauses" vom 15. September 1956 entfielen zu diesem Zeitpunkt im Westberliner Staatsapparat 19,11 Prozent des Besoldungsaufwandes und 18,1 Prozent des Planstellensolls auf die sogenannten „131er". Diese Ziffern zeigen jedoch den tatsächlichen Einfluß der „131er" nicht. Aufschlußreicher ist die an gleicher Stelle veröffentlichte Aufstellung nach Senatsbereichen und Dienststellen. Hieraus einige Beispiele:

	Besoldungsaufwand in %	Planstellensoll in %
Senator für Wirtschaft und Kredit	25,32	30,65
Senator für Finanzen, Sondervermögens- und Bauverwaltung	43,11	34,21
Landesfinanzamt, Abt. Steuern	34,38	29,43
Landesfinanzamt, Abt. Zoll	50,39	39,34
Senator für Justiz, Justizbehörden	32,83	28,58
Senator für Bundesangelegenheiten	30,28	31,58
Oberverwaltungsgericht	61,53	54,79

Aus diesen Beispielen geht eindeutig hervor, daß die Wiedereinsetzung der faschistischen Beamten in einer ganzen Reihe von Dienststellen die vom 131er-Gesetz geforderten 20 Prozent bei weitem übersteigt. Dabei handelt es sich vor allem um solche Dienststellen, die für die Frontstadtpolitik von besonderer Bedeutung sind. Das sind, wie die Statistik beweist, die entscheidenden wirtschaftlichen Positionen und die zur Niederhaltung und Entrechtung der Volksmassen.

Bezeichnend ist, daß der Besoldungsaufwand für die 131er oftmals höher liegt als der Anteil am Planstellensoll. Daraus geht hervor, daß in erster Linie die leitenden Positionen von den faschistischen Kräften besetzt sind, um die Durchsetzung der NATO-Politik zu gewährleisten. Seit 1956 haben die Frontstadtpolitiker keine neuen amtlichen Angaben über die Zahl der im Staatsapparat wiedereingestellten 131er veröffentlicht. Das ist kein Zufall, wurde doch vor allem in den letzten Jahren die Einstellung solcher Kräfte gefördert und begünstigt. Heute sind im Westberliner Staatsapparat mindestens 24000 131er, d. h. ehe-

malige Berufsbeamte, darunter Tausende aktiver Nazis, Angehörige der SS und der Gestapo, Blutrichter usw., beschäftigt. Diese Angaben sind jedoch äußerst unvollständig. Das geben selbst die herrschenden Kreise in Westberlin zu. So verlautete aus internen Senatskreisen, daß sich diese Zahl inzwischen auf 28 000 erhöht habe.

Im Ergebnis können wir feststellen: Der staatsrechtliche Ausdruck der sogenannten Westberliner „Freiheit" (der Besatzer und der deutschen Militaristen und Faschisten nämlich) ist der Abbau der parlamentarisch-demokratischen Formen und der Grundrechte und -freiheiten der Bürger, vor allem der Arbeiter und der anderen Werktätigen. Diese Entwicklung Westberlins konnte nur eingeleitet und kann nur aufrechterhalten werden durch das rechtswidrige interventionistische Regime der Besatzungsmächte. Die freiheitlich-demokratische Ordnung Westberlins, wie sie auf dem geduldigen Papier der Verfassung von 1950 steht, ist also tatsächlich bedroht, aber nicht von der Deutschen Demokratischen Republik oder der Sowjetunion, sondern durch die Kopplung Westberlins mit dem klerikal-militaristischen Bonner Naziregime, dem das Westberliner Brandtregime Vorspanndienste leistet.

Die Wirkungen der Frontstadtpolitik auf die materielle Lage der Westberliner

Die Wirkungen der Frontstadtpolitik zugunsten der Monopole, zu Lasten der Mittelschichten[1]

Den besten Anschauungsunterricht erteilt jedem Westberliner die wirtschaftliche Situation der Frontstadt Westberlin. Wenn wir die wirtschaftliche Lage und ihre Wirkungen auf die einzelnen Klassen und Schichten gründlich prüfen, dann zeigt sich, daß auf der einen Seite die Monopolherren als die einzigen Gewinner des kalten Krieges (mit Gewinnen freilich, die in einem dritten Weltkrieg, der ja das Ergebnis des kalten Krieges sein soll, nicht überstehen würden) stehen und auf der anderen Seite die Masse der Westberliner, die Angehörigen des Mittelstandes und erst recht die Arbeiter Westberlins, die an der Herstellung stabiler friedlicher Verhältnisse interessiert sind.

Die Funktion Westberlins als Frontstadt nach der Konzeption der Besatzungsmächte und der Bonner Kriegspolitik bedingt seine selbstgewählte politische und wirtschaftliche Isolierung.

Wie die Wirtschaft jeder anderen Großstadt bildete diejenige Berlins früher eine Einheit. Sie war außerdem mit den sie umgebenden Gebieten eng verbunden. Die Spaltung Berlins in zwei Teile und die Lösung des westlichen Teils von seinem natürlichen Hinterland schufen die in der neueren Geschichte einmalige unnormale wirtschaftliche Situation einer Stadt.

Westberlin verzichtete auf wirtschaftliche Beziehungen zu seiner Umgebung und lieferte sich damit auf Gedeih und Verderb einem Wirtschaftssystem aus, von dem es durch einen mehrere hundert Kilometer langen Transitweg durch die Deutsche Demokratische Republik getrennt ist.

[1] Siehe auch Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht 9, Mai 1959: „Die wirtschaftliche Misere Westberlins und die Möglichkeiten ihrer Änderung".

Diese Situation erklärt auch die Tatsache, daß das Entwicklungsniveau der Westberliner Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit das niedrigste der Welt ist.

	Westberlin	Westdeutschland	Demokr. Berlin	DDR
1955	94	200	166	210
1956	107	216	170	223
1957	114	229	185	240
1958	119	237	204	266

1938 = 100

Die Industrie Westberlins war früher am Umsatz der gesamten deutschen Industrie mit über 5 Prozent beteiligt, heute ist dieser Anteil auf 3,3 Prozent gesunken. Der für Westberlin entscheidende Industriezweig, die Elektroindustrie, hatte früher einen Anteil am Umsatz der gesamtdeutschen Elektroindustrie von 36 Prozent, heute beträgt ihr Anteil am Umsatz nur der westdeutschen Elektroindustrie knapp 12 Prozent. Bedeutend schlechter ist die Lage im Westberliner Maschinenbau, der bis jetzt den Stand der Vorkriegsproduktion noch nicht wieder erreicht hat. Kennzeichnend für die ganze Anomalie der Westberliner Situation ist, daß – im Ergebnis der „Autarkie"-Bemühungen – die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ihre Produktion gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt hat, obwohl sich ihre Rohstofflieferanten Hunderte von Kilometern entfernt befinden. Verdoppelt hat sich weiter auch die Produktion der Bekleidungsindustrie, die früher im heutigen demokratischen Teil Berlins beheimatet war und ihre Arbeitskräfte zum größten Teil aus dem Westen und Norden Berlins holte.

Die Entwicklung der Westberliner Industrie verlief also nicht nur sehr langsam, sondern gleichzeitig außerordentlich ungleichmäßig. Ihre Labilität ist damit größer geworden, denn die Lage nur dreier Zweige – der Elektro-, der Nahrungsmittel- und der Bekleidungsindustrie – entscheidet heute über die gesamte wirtschaftliche Situation Westberlins. Sie bestreiten 61 Prozent des Umsatzes der gesamten Industrie, gegenüber nur 45 Prozent vor dem Kriege.

Die Entwicklung in der Westberliner Industrie im Jahr 1958 machte die Gefahren besonders deutlich, die dem künstlichen Anhängsel der westdeutschen Wirtschaft mit seiner verzerrten Struktur innewohnen.

„Die Erkenntnis, daß die Westberliner Industrie ... nicht groß und kräftig genug ist, um den Einwohnern eine ausreichende Existenzgrundlage zu bieten, hat sich verstärkt." Dieses Résumé zieht der Deutsche Industrie- und Handelstag in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1958/59, und die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" kommentiert eine Besprechung des Jahresberichts der Westberliner Industrie- und Handelskammer mit folgenden Worten:

„In den Jahren der überhitzten Konjunktur hatte man sich auch in Berlin daran gewöhnt, daß nur einzelne Sparten der Wirtschaft im Schatten der Konjunktur liegen. Dieses günstige Bild hat sich jedoch 1958 wesentlich geändert. Die auch nach Westberlin ausstrahlende Konjunkturdämpfung bändigte zwar die inflatorischen Kräfte, aber nun zeigen sich die Wirkungen der Disproportionen ..."[1]

Die Industrieproduktion hat in Westberlin 1958 nur um 4 Prozent zugenommen gegenüber 7 Prozent im Jahre 1957. Dieser Rückgang des Zuwachses entsprach dem Rückgang in Westdeutschland, wenn man von der Schwerindustrie absieht, die aber in Westberlin sowieso nicht vertreten ist. Wie stark jede Krise in der westdeutschen Industrie sich auf Westberlin auswirken wird, ist aus dem Beispiel der Bekleidungsindustrie zu ersehen. Lag deren Erzeugung in Westdeutschland um fünf Prozent unter dem Vorkriegsstand, so war die Erzeugung in Westberlin um 11 Prozent niedriger.

Dabei ist von größter politischer Bedeutung, daß der ohnehin geringe Anstieg der Westberliner Industrieproduktion zum Teil auf Rüstungsaufträgen für die Bonner NATO-Armee beruht. Die Siemens & Halske AG beispielsweise produziert die verschiedensten Flugzeugausrüstungen (die westdeutsche Industrie baut fast ausschließlich Kriegsflugzeuge); die AEG baut u. a. Generatoren für U-Boote und Turbinen für Zerstörer; die Telefunken GmbH liefert Signaleinrichtungen für Kriegsschiffe, Flugsicherungs- und Funkgeräte, Radaranlagen und Steuerungsgeräte für Raketen. Die AEG-Tochtergesellschaft Telefunken gehört auch zu den Gründern der in Paris errichteten Société Européenne de Téléguidage (Setel), ein Unternehmen, dessen erklärter Zweck die Produktion von in den USA entwickelten, ferngelenkten Raketen ist. In Westberlin, d. h. auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik, werden also Waffen produziert, die nach den Bonner Plänen auf diese Republik gerichtet werden sollen.

[1] „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", Stuttgart, Nr. 27, vom 4. 4. 1959.

Westberlin ist das einzige Gebiet in Deutschland, das eine solche dürftige Entwicklung seiner Wirtschaft zu verzeichnen hat. Es bedarf keines Beweises, daß die Westberliner Wirtschaft bei Wiederherstellung ihrer natürlichen wirtschaftlichen Verbindungen einen raschen Aufschwung nehmen wird.

Im Jahre 1937 kamen 46 Prozent des gesamten Berliner Bedarfs an Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Industrie aus dem heutigen Bereich der Deutschen Demokratischen Republik, 28 Prozent aus dem jetzt zur Volksrepublik Polen gehörenden Gebiet und 26 Prozent aus den heute zur Bundesrepublik zählenden Gegenden.

Noch günstiger verhielt es sich mit dem Absatz. Etwa 65 Prozent aller im Jahre 1937 aus Berlin zum Versand gekommenen Waren verblieben auf dem heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, 17 Prozent gingen nach dem Osten, und nur 18 Prozent gingen in die westdeutschen Gebiete.

Westdeutschland spielte also sowohl als Bezugsquelle wie als Absatzgebiet für Berlin nur eine untergeordnete Rolle.

Im Jahre 1958 aber kamen 96 Prozent aller Bezüge Westberlins aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland, 3 Prozent aus der Deutschen Demokratischen Republik und 1 Prozent aus den übrigen sozialistischen Ländern. Von den Lieferungen Westberlins gingen 84 Prozent nach Westdeutschland, 14 Prozent in das westliche Ausland und nur jeweils 1 Prozent in die Deutsche Demokratische Republik und in andere sozialistische Länder.

Diese Angaben enthüllen bereits den ganzen ökonomischen Wahnsinn der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen Westberlins. Wareneingang und -ausgang Westberlins machen jährlich rund 8,5 Millionen Tonnen aus. Diese Warenmenge muß zum überwiegenden Teil über Hunderte Kilometer von bzw. nach Westdeutschland befördert werden. Die mittlere Versandweite, beispielsweise des Lastwagenverkehrs, ist um 30 Prozent größer als im weit ausgedehnteren westdeutschen Gebiet. Allein die zusätzlichen Transportkosten durch die Umlagerung des Warenverkehrs gegenüber der Vorkriegszeit belaufen sich auf rund 350 Millionen Mark jährlich. Geht man davon aus, daß auch nur ein Drittel des Güterverkehrs in die ökonomisch natürliche Richtung geleitet werden würde, so wäre dies neben allen anderen Vorteilen für die Westberliner Wirtschaft mit einer jährlichen Einsparung von mindestens 120 Millionen Mark unproduktiver Transportkosten verbunden.

Die durch die Frontstadtstellung Westberlins gegebene, ökonomisch unhaltbare Situation mußte die Konkurrenzfähigkeit der Westberliner Industrie hoffnungslos verschlechtern. Der ständige Druck der Westberliner Kapitalisten auf die Löhne der Arbeiter, die laufenden Preiserhöhungen und die hohen Subventionen, die die Bonner Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung der Frontstadtpolitik ständig gewährt, haben es nicht verhindern können, daß das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung nur denkbar dürftig ist.

Westberlin ist im hohen Maße verschuldet. Jahr für Jahr werden in Westberlin mehr Güter und Leistungen verbraucht, als die Wirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen hervorzubringen vermag.

Güterproduktion und -verwendung in Westberlin
(in Millionen DM)

Jahr	Verwendete Güter- und Dienstleistungen	Erzeugte Güter und Dienstleistungen (Bruttosozialprodukt)[1]	Von auswärts bezogene Güter und Dienstleistungen
1950	5 197	3 862	1 335
1952	6 353	5 119	1 234
1954	7 637	6 387	1 250
1956	9 383	8 230	1 153
1957	10 329	9 063	1 266
1958	10 861	9 656	1 205

Alle auswärtigen Hilfsmaßnahmen konnten nicht verhindern, daß sich der Passivsaldo der Westberliner Wirtschaft nahezu unverändert auf eine Höhe von rund eineinviertel Milliarden Mark beläuft.

Seit der Währungsreform hat Westberlin aus Westdeutschland und dem Ausland Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von 53 Milliarden Mark in Anspruch genommen, dagegen aber nur für

[1] Da die bürgerliche Statistik einen wissenschaftlich exakten Begriff des Volkseinkommens nicht kennt, müssen in dieser Arbeit die unzulänglichen Angaben über das „Bruttosozialprodukt" verwendet werden. Es umfaßt die Bruttolöhne und -gehälter einschließlich der Dienstleistungen, die Profite, die indirekten Steuern und volkswirtschaftlichen Abschreibungen.
Quellen: „Wirtschaftsbericht der Berliner Bank AG", April 1958, S. 2; „Westberliner Statistik", Heft 6, Juni 1958, S. 142; Heft 10, Oktober 1958, S. 231; Heft 1, Januar 1959, S. 9.

39 Milliarden Mark an Gegenwerten im Westen abgesetzt. Zur Deckung des Defizits und zur Finanzierung von Investitionen wurden bis Ende 1958 für rund 3,9 Milliarden Mark Mittel aus dem mit früheren Marshallplangeldern gespeisten Fonds des „Europäischen Wiederaufbauprogramms" in Anspruch genommen. Diese Mittel, die zum größten Teil als Investitionskredite in die Westberliner Industrie fließen, sind vom amerikanischen Staat den amerikanischen Steuerzahlern für die Frontstadt abgepreßt worden. Sie fließen selbstverständlich der Westberliner Wirtschaft nicht gleichmäßig zu. Nutznießer dieser Investitionsfinanzierung sind nahezu ausschließlich die Konzerne und andere Großunternehmer. Zum Beispiel bewilligte der Investitionsausschuß für Westberlin, der aus Vertretern der US-Mission, Beamten des Bonner Wirtschaftsministeriums und dem Westberliner Senator für Wirtschaft und Kredit besteht, am 11. Dezember 1958 Kreditanträge in Höhe von 52,4 Millionen Mark, mit denen Investitionen im Werte von 93,5 Millionen Mark ermöglicht werden sollten. Drei Großunternehmen wurden mit 37,4 Millionen oder 71 Prozent der insgesamt vergebenen Kreditsumme bedacht, obgleich sie sich nur mit 64 Prozent an den geplanten Investitionen beteiligen, und der Rest von 15 Millionen Mark wurde auf eine Reihe von Konzernbetrieben und andere Unternehmen des Maschinenbaus verteilt. Bei den drei Hauptbegünstigten handelt es sich um Siemens mit 30,5 Millionen oder 58 Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel, um Osram mit 3,9 und um Ullstein mit 3 Millionen Mark.

Die gleichen Maßstäbe werden bei der Vergebung von Auftragsfinanzierungskrediten aus den amerikanischen ERP-Mitteln angelegt. Der Westberliner Senatsdirektor für Wirtschaft und Kredit, Otto Busack, begründet diese Begünstigung der Konzerne wie folgt: „Die Beschränkung der Auftragsfinanzierung auf große Vorhaben ergibt sich aus der Überlegung, daß es technisch schwierig wäre, viele kleine Aufträge für dieses Programm zusammenzufassen."[1]

14 Milliarden Mark wurden von der Währungsreform an bis Ende 1958 über den Bonner Staatshaushalt nach Westberlin gepumpt, um das Defizit zu finanzieren.

Diese riesigen Aufwendungen waren nicht nur zur Stützung der Wirtschaft erforderlich, sondern auch deshalb, weil der Westberliner Haushalt mit Ausgabenpositionen belastet ist, die nur aus der Front-

[1] „Die Berliner Wirtschaft", Westberlin, Nr. 44, vom 30. 10. 1958.

stadtfunktion Westberlins entspringen. Mit dem sogenannten Dritten Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 wurde die Finanzwirtschaft Westberlins in die der Westzonen eingegliedert. Dadurch wirkten sich die Bonner finanzpolitischen Entscheidungen unmittelbar auch auf die Westberliner Wirtschaft aus.

Es ergibt sich also die paradoxe, wahrhaft anomale Lage, daß in das Westberliner „Faß ohne Boden" Mittel westdeutscher und ausländischer Steuerzahler in großem Ausmaß ständig hineingepumpt werden müssen, und daß aus dem so zu Schauzwecken „gefüllten" Faß wiederum beträchtliche Mittel zugunsten der Bonner Kriegspolitik und im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung herausgepumpt werden. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um eine einfache Hin- und Herbewegung von Mitteln ohne Sinn und Verstand, sozusagen um einen prinzipiellen finanztechnischen Fehler, sondern um einen wohlüberlegten Faktor der ökonomischen „Untermauerung" der Frontstadtpolitik. Denn hinein gehen hauptsächlich die Mittel westdeutscher und ausländischer Steuerzahler, und herausgezogen werden sie oder ein beträchtlicher Teil von ihnen zugunsten der westdeutschen Kriegsvorbereitungen. Die Steuergelder der Bürger Westdeutschlands und des westlichen Auslands nehmen gewissermaßen den Umweg über Westberlin, um das Westberliner Schaufenster „attraktiv" zu erhalten und dadurch den Kriegskurs „psychologisch" zu stützen, aber natürlich ohne dadurch in Westberlin einen stabilen Wohlstand stiften zu wollen oder zu können. Denn diese Mittel müssen ja – oder zumindest ein erheblicher Teil von ihnen – an den Adenauer-Staat und die internationalen Monopole zurückfließen, da diese ihr Kapital selbstverständlich nicht dort hingeben, wo es keine Höchstprofite bringt oder bringen wird. Was im Ergebnis für Westberlin übrigbleibt, ist ein chronisches Haushaltsdefizit, ständige Steigerung der Lebenshaltungskosten u. dgl. m. Auch eine zeitweilige Abnahme der Arbeitslosenzahl ist, soweit sie nicht einfach auf amtlichen Fälschungen der Statistik beruht, unter den gegenwärtigen Bedingungen Westberlins lediglich Ausdruck einer dringend notwendigen Verstärkung der „psychologischen Kriegführung". Die Westberliner Pumpwirtschaft ohne stabile ökonomische Basis und ohne eine andere Perspektive als die einer Verschärfung sowohl der ökonomischen wie der politischen Widersprüche zeigt, daß es für Westberlin und die Westberliner unter dem Frontstadtregime auch ökonomisch kein Leben und keine Sicherheit gibt.

So erhöhten sich die Gesamtausgaben des Westberliner Haushalts von 1,36 Milliarden Mark im Jahre 1951 auf 2,97 Milliarden Mark im Jahre 1957, d. h. auf mehr als das Doppelte. Die Kosten für Militarisierung und die Ausdehnung der staatsmonopolistischen Maßnahmen haben zwar auch in den westdeutschen Ländern zu einem Ansteigen der Ausgaben geführt, aber in Westberlin war die Steigerung bedeutend stärker. 1956 betrugen die Staats- und Kommunalausgaben je Kopf der Bevölkerung in Hamburg und in Bremen 904 Mark, im westdeutschen Durchschnitt 613 Mark. In Westberlin aber betrugen sie 1159 Mark. An dieser Steigerung sind die Personalkosten führend beteiligt. Während in Westdeutschland 7,4 Prozent der Beschäftigten im Verwaltungsapparat tätig sind, sind es in Westberlin 12 Prozent, weil dort der Staatsapparat – wie bereits dargelegt – besonders aufgebläht ist. Die Kosten für die Bereitschaftspolizei, d. h. für die Westberliner Bürgerkriegstruppe, sowie für die zahlreichen gegen die Deutsche Demokratische Republik tätigen Untergrundorganisationen usw. spielen dabei – wie nachgewiesen – eine besondere Rolle.

Daneben belasten den Westberliner Haushalt die sogenannten in erster Linie den Konzernen zugute kommenden „wirtschaftsfördernden Maßnahmen", die in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation Westberlins ein großes Gewicht haben. 1956 wurden beispielsweise 337 Millionen Mark für Darlehen, für den Erwerb von Beteiligungen und für ähnliche Zwecke aus dem Senatshaushalt genommen.

Wenn die Ausgaben für kriegsvorbereitende Zwecke ständig steigen, müssen selbstverständlich die Mittel, die für die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung aufgewendet werden, ständig sinken. Es fehlen z. B. Mittel, um die Schulraumnot zu beseitigen und die ärgsten Mißstände im Gesundheitswesen zu mindern. Schon in den westdeutschen Gemeinden sind die Ausgaben für soziale und kulturelle Einrichtungen völlig unzureichend. Während aber die westdeutschen Gemeinden im Durchschnitt für das Schulwesen 13,9 Prozent und für das Gesundheitswesen 10,9 Prozent ihrer Haushaltsmittel ausgeben, sind es in Westberlin nur 9,6 bzw. 8,7 Prozent.

Das sogenannte „Dritte Überleitungsgesetz" hat in gleicher Weise wie die Ausgaben auch die Einnahmen des Westberliner Haushalts beeinflußt. Ein großer Teil der Steuereinnahmen muß nach Bonn überwiesen werden, so daß beispielsweise 1957 nur 44 Prozent der Steuereinnahmen dem Westberliner Senat für die Finanzierung eigener Aufgaben zur Verfügung standen. Um den Konzernen einen Anreiz zu

bieten, ihre Produktionskapazitäten in der Frontstadt zu belassen, zahlen sie 20 Prozent weniger Einkommens- und Körperschaftssteuer und für Ausfuhren nach Westdeutschland keinerlei Umsatzsteuer. Auf diese Weise erzielen sie im Jahr Steuerersparnisse von mindestens 250 Millionen Mark. In der Frontstadt werden den Konzernen also gute Profitmöglichkeiten geboten.

Aus diesem Grunde haben sich trotz der schlechten Lage der Westberliner Wirtschaft die Konzernbetriebe sehr gut entwickelt. Die Wechselwirkung zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Misere und der Subventionierung hat eine schnell zunehmende Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital zur Folge gehabt.

Entwicklung der Konzentration der Westberliner Industrie

(Anteile in Prozent der gesamten Betriebs- bzw. Beschäftigtenzahl)

Größenklasse nach Beschäftigten	1950 (31. 12.)		1952 (31. 12.)		1954 (30. 9.)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
10 bis 19	46,5	9,2	45,9	9,1	38,5	6,5
20 bis 49	33,2	14,7	34,3	15,1	25,9	13,3
50 bis 99	11,9	11,8	11,3	11,7	13,7	11,8
100 bis 199	4,1	8,1	4,2	8,3	6,6	10,7
200 bis 999	3,3	20,4	3,2	19,4	4,2	20,1
1000 und mehr	1,0	35,8	1,1	36,4	1,1	37,6

Größenklasse nach Beschäftigten	1956 (30. 9.)		1958 (30. 9.)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
10 bis 19	36,3	5,3	35,5	4,7
20 bis 49	35,0	10,7	34,5	10,4
50 bis 99	14,7	11,3	14,8	10,2
100 bis 199	7,7	11,0	8,1	10,8
200 bis 999	5,1	21,0	5,7	21,4
1000 und mehr	1,2	40,7	1,4	42,5

Quellen: Statistisches Landesamt Westberlin, „Berliner Statistik", laufend; „Die Berliner Wirtschaft", Nr. 14 vom 1. 4. 1959.

Der Anteil der Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten an der Gesamtzahl der in der Industrie tätigen Arbeiter und Angestellten hat sich auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe laufend vergrößert. Die großen Konzernunternehmungen haben mit Hilfe der ständigen hohen Steuergeschenke und sonstiger staatlicher Subventionen ihre Anlagen immer mehr erweitern und die Zahl der von ihnen ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten beträchtlich erhöhen können.

Allerdings gibt diese Tabelle nur eine unvollständige Vorstellung vom Grad der Konzentration der Produktion, da sie allein auf der betrieblichen Basis beruht. Die Konzentration ist deshalb schwer zu erfassen, weil eine ganze Reihe von Unternehmen Produktionsstätten sowohl in Westberlin als auch in Westdeutschland besitzen. Bei Ausschaltung dieser „zweibeinigen" Unternehmen ergibt sich, daß Ende 1958 in Westberlin 236 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1327,4 Millionen Mark registriert waren. Während auf die Größenklasse mit einem Grundkapital bis 10 Millionen Mark, zu der 89,4 Prozent aller Gesellschaften gehören, nur 2,9 Prozent des Gesamtkapitals entfielen, verfügte die Größenklasse über 10 bis 50 Millionen Mark mit einem Anteil von 8,9 Prozent an der Gesamtzahl der Gesellschaften bereits über 34,6 Prozent des gesamten Kapitals und die Größenklasse mit einem Aktienkapital von mehr als 50 Millionen Mark, auf die nur 1,7 Prozent der Gesellschaften entfallen, sogar über 62,5 Prozent des Gesamtkapitals.

Ein besonders hoher Grad von Konzentration besteht bekanntlich in dem wichtigsten Westberliner Industriezweig, der Elektroindustrie. Die beiden Elektrokonzerne Siemens und AEG haben in Westberlin 39 000 bzw. 18 500 Beschäftigte. Dazu kommen die AEG-Tochtergesellschaften mit weiteren 12 000 Beschäftigten und die Osram GmbH, die gemeinsame Tochtergesellschaft beider Großkonzerne und der amerikanischen General Electric mit 7000 Beschäftigten. In amerikanischem Eigentum befinden sich ferner Mix & Genest und die C. Lorenz AG, die Loewe Opta AG und die Auergesellschaft AG mit zusammen 6700 Beschäftigten.

Auch im Westberliner Maschinenbau ist die Konzentration stark ausgeprägt. Zwei Drittel der Gesamtbelegschaft entfallen auf 10 Betriebe, die alle im Besitz von Monopolunternehmen sind: Die Ludwig Loewe AG gehört zum Hoesch-Konzern, die Deutsche Waggon- und Maschinenfabriken GmbH zum Quandt-Konzern, die Flohr-Otis GmbH gehört zur Hälfte der BEWAG und der Elevator Company, New York,

die National-Registrier-Kassen GmbH ist amerikanischer Besitz, ebenso das Maschinenbauunternehmen R. Stock & Co., die Berliner Maschinenbau AG vorm. L. Schwartzkopff AG wird von der Berliner Handelsgesellschaft und die Fritz Werner AG von der Berliner Industriebank kontrolliert. Schließlich sind noch die Borsig AG und die Deutsche Industrie-Werke AG als staatsmonopolistische Unternehmen zu nennen.

Alle diese Konzernunternehmungen – neben ihnen natürlich auch solche in anderen Zweigen, wie die Schering AG in der chemischen und die Ullstein AG in der Druckerei-Industrie, sowie die große Zahl der Banken – dokumentieren, daß das deutsche und das internationale Monopolkapital in Westberlin allein ihre Profitinteressen verteidigen. Diese Unternehmungen bringen infolge der Subventionen auch unter den schwierigen Bedingungen der „Insellage" Höchstprofite. Die gleichen Konzernherren hegen aber außerdem die – allerdings irreale – Hoffnung, eines Tages mittels des Provokationszentrums Westberlin auch wieder die früheren Teile ihrer Konzerne in ihren Besitz zu bekommen, die heute sozialistisches Eigentum in der Deutschen Demokratischen Republik sind.

Im Gegensatz zur überaus günstigen Lage des Handwerks im demokratischen Berlin und selbst im Vergleich zu der nicht gerade rosigen Situation in Westdeutschland befindet sich das Westberliner Handwerk in einem Verkümmerungsprozeß. Die Enge des Betätigungsfeldes und der rigorose Konkurrenzkampf in Westberlin lassen die Zahl der Handwerksbetriebe und das Durchschnittseinkommen ihrer Besitzer immer weiter zusammenschrumpfen.

Von den im Jahre 1950 vorhandenen 32 670 Betrieben sind 9313 oder 28,5 Prozent bis zum Jahre 1958 vernichtet worden, zugleich erreichte die Fluktuationsrate in den letzten vier Jahren jeweils 8 bis 10 Prozent. Wie wenig Westberlin dem Handwerkernachwuchs eine Existenzgrundlage bietet, zeigt die Überalterung dieser Mittelschicht. Im Jahre 1956 (jüngere Angaben liegen nicht vor) waren bei einem Durchschnittsalter von 55 Jahren 32,2 Prozent aller selbständigen Handwerksmeister älter als 60 Jahre.

Die Masse der Handwerksmeister steht unter dem Druck der Konzerne und Innungskollegen mit den stärkeren Ellenbogen und den größeren Bankkonten, die sich zu kapitalistischen Unternehmern expandierten und von der Ausbeutung der Arbeiter leben. Von allen im Handwerk Beschäftigten konzentrieren sich 53 Prozent auf 13 Pro-

zent der Betriebe, die zum Teil über Belegschaften von mehr als 100 Arbeitern verfügen.

Ähnlich der Lage der Mehrzahl der Handwerker ist die der Masse der Einzelhändler. Zwar hat die Gesamtzahl der Einzelhandelsbetriebe zwischen 1950 und 1958 nur um etwa 10 Prozent abgenommen, aber die Fluktuationsrate betrug 1957 und 1958 jeweils 10 Prozent, das heißt innerhalb dieser beiden Jahre hat jedes fünfte der rund 30 000 Geschäfte seinen Inhaber gewechselt.

Es versteht sich von selbst, daß sich diese ungewöhnlich hohe und andauernde Fluktuation im Bereich der kleineren Geschäfte vollzieht, wo der jeweils neue Besitzer meist schon nach wenigen Monaten nutzloser Anstrengung, „den Laden hochzukriegen", kapituliert und einen Nachfolger sucht, der dann über kurz oder lang das Geschäft ebenfalls wieder verkauft.

Im Jahre 1958 wurden vom Westberliner Einzelhandel je Kopf der Bevölkerung nur 1685 Mark umgesetzt. Damit ist der Gesamtumsatz in der Relation weit unter dem anderer westlicher Großstädte geblieben, beispielsweise 35 Prozent unter dem Hamburgs, wo je Einwohner Waren im Wert von 2570 Mark verkauft wurden. Daß trotz neunzig „Großausverkäufen" der Warenhäuser und einer Vielzahl anderer Werbetricks der Umsatz so niedrig blieb, hat seine Ursache im wesentlichen in der Einkommenslage der Masse der Westberliner Bevölkerung.

Da der ohnehin harte Konkurrenzkampf sich angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen noch verschärft und der Druck auf die kleinen Einzelhandelsgeschäfte immer stärker wird, muß auch ihr Umsatzanteil stetig weiter zurückgehen. Dafür sorgen allein schon die Konzernunternehmen, wie Karstadt, Kaufhof, Hertie, Brenninkmeyer, Woolworth usw., deren Niederlassungen sich in der jüngeren Zeit weitere Konkurrenten, wie das Versandhaus Neckermann u. a., hinzugesellt haben. Selbstbedienungsläden im Lebensmitteleinzelhandel sind ein weiterer ernsthafter Konkurrent für die kleinen Einzelhandelsbetriebe.

Eine gewisse Vorstellung von der Härte des Konkurrenzkampfes vermitteln einige Angaben im Jahresbericht der Westberliner Industrie- und Handelskammer:

„Bei gleichbleibenden oder sinkenden Handelsspannen und steigenden Kostenanteilen haben sich die Gewinne vieler Betriebe des Handels verringert. Die Kapitalintensität hat zugenommen. Kunden

verlangen ein vielseitiges Angebot, das zur Vergrößerung des Lagers führt, und stellen hohe Anforderungen an die Ausstattung der Geschäfte ... Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der Geschäfte in den Nebenstraßen geringer wird. Immer mehr werden die Hauptstraßen bevorzugt."[1]

Es ist klar, daß die finanzschwachen kleineren Betriebe hier nicht Schritt halten können und von den Großbetrieben mit ihren modern eingerichteten Verkaufsstätten und der größeren Warenauswahl an die Wand gedrückt werden. Das Einkommen einiger Tausend Einzelhändler reicht kaum zum Lebensunterhalt, geschweige denn für eine Neuausstattung ihrer Läden.

Die Wirkungen der Frontstadtpolitik auf die materielle Lage der Arbeiter

Frontstadt brachte chronisches Arbeitslosenheer

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich durch die von der Frontstadtpolitik unterstützte Akkumulation des Kapitals in Westberlin das Proletariat vermehrt hat. Dadurch hat sich seine Lage verschlechtert: denn ein noch größerer Teil der Bevölkerung muß sich der kapitalistischen Ausbeutung unterwerfen und ist vom Kapital abhängig geworden. Besonders beeinflußt wurde in den letzten zehn Jahren in Westberlin die materielle Lage der Arbeiter durch die Existenz eines großen Arbeitslosenheeres.

Seine Entstehung verdankt es den mit der Spaltung Berlins, der Isolierung Westberlins von seinem natürlichen Hinterland und seiner Verwandlung in einen Provokationsherd verbundenen veränderten Bedingungen für das Wirken des Gesetzes der allgemeinen kapitalistischen Akkumulation. Für das langjährig ständig große Heer der Arbeitslosen sind die materiellen Auswirkungen der Frontstadtpolitik und des Gesetzes der allgemeinen kapitalistischen Akkumulation besonders unheilvoll. Die Hälfte aller Arbeitslosen erhält noch nicht einmal eine Arbeitslosenunterstützung. Diejenigen, die eine erhalten, müssen in der Regel noch die „Öffentliche Fürsorge" in Anspruch nehmen, um überhaupt physisch existieren zu können.

[1] „Die Berliner Wirtschaft", Westberlin, Nr. 14 vom 1. 4. 1959, S. 390/391

77 Prozent aller Arbeitslosengeldempfänger verdienten Ende August 1957 vor dem Beginn ihrer Arbeitslosigkeit weniger als 100 Mark in der Woche. In den ersten 6 Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit erhielten sie lediglich 41 Mark zuzüglich 6 Mark für jeden Familienangehörigen als wöchentliche Unterstützung, so daß für einen vierköpfigen Arbeitslosenhaushalt im Monat höchstens 240 Mark für die Lebenshaltung zur Verfügung stehen. Nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit verringert sich für die Mehrheit der Arbeitslosen die „Arbeitslosenhilfe", so daß die Hälfte aller Arbeitslosen, die unterstützt werden, mit sogar nur 200 Mark im Monat auskommen müssen.

Das wird auch deutlich, wenn wir das Buch von Frau Dr. Münke „Die Armut in der heutigen Gesellschaft. Eine Untersuchung in Westberlin" zur Hand nehmen. Nach ihren Untersuchungen leben 73 Prozent aller Arbeitslosenhaushalte unter dem von ihr ermittelten „sozialen Existenzminimum". Damit ist die Arbeitslosigkeit eine Geißel der Frontstadtpolitik geworden.

Obwohl Westberlin zahlreiche westdeutsche und amerikanische Mittel zur Unterstützung der Frontstadtpolitik erhielt, die vorwiegend den deutschen Monopolherren zugute kamen, konnte die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, selbst nach den offiziellen bürgerlichen Angaben, unterstreicht das und straft gleichzeitig die Pläne und Versprechungen der Frontstadtpolitiker Lügen.

	Arbeitslose	Unselbständige Beschäftigte	Anteil der Arbeitslosen an unselbständigen Beschäftigten
Juni 1948	47 000	870 000	5 Prozent
Dez. 1948	113 000	805 000	14 Prozent
Dez. 1950	286 000	737 000	39 Prozent
Dez. 1952	268 000	750 000	36 Prozent
Dez. 1954	177 000	752 000	23 Prozent
Dez. 1956	114 000	830 000	14 Prozent
Dez. 1958	92 000	844 000	11 Prozent

Aus diesen offiziellen Zahlen geht schon hervor, daß in Westberlin meist mehr als 100 000 Arbeiter durch die Frontstadtpolitik beschäftigungslos waren. Einen besonders hohen Stand erreichte die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Verlagerung zahlreicher Westberliner Industriebetriebe nach Westdeutschland in den Jahren 1949

bis 1952. Im Dezember 1958 gab es selbst nach offiziellen Angaben noch immer 92 000 Arbeitslose in Westberlin. Der gegenwärtige gewisse Rückgang der Arbeitslosenzahlen hat keine soliden Grundlagen. Er resultiert aus zusätzlichen Subventionen und ist damit Ausdruck des Kampfes der in- und ausländischen Militaristen um die Verewigung des Besatzungsregimes und der dazu gehörenden Frontstadtpolitik.

Die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen ist mindestens ein halbes Jahr unbeschäftigt. Etwa die Hälfte ist mehr als zwei Jahre – Tausende von ihnen sind mehr als fünf Jahre – arbeitslos, obwohl der Artikel 12 der Westberliner Verfassung das Recht auf Arbeit garantiert.

> „Jedermann hat das Recht auf Arbeit. Dieses Recht ist durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Wirtschaftslenkung zu verwirklichen."

Dieses verfassungsmäßig garantierte Recht auf Arbeit wurde im Dezember 1953 bei 230 000 „offiziellen" Arbeitslosen nicht eingehalten, wobei 54,3 Prozent von ihnen mehr als 2 Jahre arbeitslos waren.

Selbst im Jahre 1957 waren noch 36 Prozent aller männlichen und 47 Prozent aller weiblichen Arbeitslosen mehr als 2 Jahre ohne Arbeit, so daß sich alle Versprechen und Pläne der Frontstadtpolitiker und der Westberliner Verfassung als irreal erwiesen.

So wie die Mehrzahl der Westberliner Arbeitslosen langjährig ohne Arbeit ist, ist auch ihre Mehrzahl älter als 45 Jahre. 1953 waren es noch 60 Prozent aller Arbeitslosen, die älter als 45 Jahre waren, 1957 stieg diese Zahl auf 65 Prozent an.

Hier macht sich deutlich die Tendenz bemerkbar, vor allem die älteren Arbeiter aus dem Produktionsprozeß auszuschalten, da diese nicht mehr in der Lage sind, die zum Nutzen der Profite der kapitalistischen Unternehmer erhöhte Arbeitshetze durchzuhalten. Infolgedessen beendet die Mehrzahl der Arbeitslosen bereits mit dem Erreichen des 45. Lebensjahres ihr aktives Arbeiterleben. Da sie obendrein langjährig arbeitslos sind und im starken Maße ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitserfahrung verloren haben, besitzen sie kaum die Aussicht, wieder in ihrem Beruf beschäftigt zu werden. Für sie haben die Frontstadtpolitiker in Westberlin als einzige Perspektive ein elendes Rentnerdasein vorgesehen.

Ohne Zweifel lassen die Untersuchungen die Feststellung zu, daß der größte Teil der Arbeitslosen und damit ein nicht geringer Teil der Arbeiterschaft unter den Bedingungen des Militarismus eines großen

Teils seines aktiven Arbeiterlebens beraubt wird. War das ständige Arbeitslosenheer schon für sich ein Ausdruck nicht nur der absoluten Verelendung der Arbeitslosen, sondern des Proletariats insgesamt, so wird diese dadurch noch mehr verstärkt, daß der größte Teil der Arbeitslosen zwischen 45 und 65 Jahre alt ist und kaum die Möglichkeit hat, wieder einen vollwertigen Arbeitsplatz zu finden. Damit wird der größte Teil der Arbeitslosen im Kapitalismus nach höchstens 30jährigem aktiven Arbeiterleben für immer zu überflüssigen, unbrauchbaren und unfähigen Almosenempfängern herabgedrückt. Das unterstreicht einmal mehr, daß das Proletariat im Kapitalismus im allgemeinen, insbesondere unter den Bedingungen der Kriegspolitik der aggressiven Imperialisten immer mehr absolut verelendet.

Bisher betrachteten wir die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach den offiziellen Angaben der Westberliner Statistik mit dem Bewußtsein, daß diese viel zu niedrig ausgewiesen wird. Das wird bestätigt, wenn wir uns ansehen, wen diese Statistik nicht zu den Arbeitslosen zählt, obwohl diese Arbeiter praktisch arbeitslos sind und selbst nach bürgerlichen Vorstellungen von der Statistik erfaßt werden müßten.

Da ist zuerst auf die sogenannten „Notstandsarbeiter" hinzuweisen, die von der bürgerlichen Statistik als Beschäftigte ausgewiesen werden, obwohl sie als Arbeiter nur ein Viertel, bzw. als Angestellter ein halbes Jahr im „Notstandsprogramm" kurzfristig beschäftigt werden. Die Zahl der arbeitslosen Notstandsarbeiter erreichte mit etwa 40 000 Anfang der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt und begann dann jährlich abzusinken. Im Jahre 1958 wurden jedoch immer noch rund 10 000 Arbeitslose als „Beschäftigte Notstandsarbeiter" von der bürgerlichen Statistik ausgewiesen. Als wichtigste Methode, die Zahl der Arbeitslosen in Westberlin äußerst niedrig auszuweisen, benutzen die Westberliner Arbeitsämter die sogenannte „Arbeitslosenkarteibereinigung". Danach wurden ältere Arbeitslose, die meist mehr als fünf Jahre arbeitslos waren und kaum die Möglichkeit hatten, neue Arbeit zu finden, aus der Arbeitslosenkartei gestrichen und auf Sozialversicherungsrente gesetzt. Damit wurde diesen Arbeitslosen für immer die Möglichkeit genommen, in das aktive Arbeiterleben zurückzukehren. Auf diese Art und Weise wurde in der Zeit von Dezember 1951 bis Dezember 1958 die Zahl der „offiziellen" Arbeitslosen um 100 000 verringert. Diese Zahl wird deutlich, wenn wir die Zunahme der Erwerbstätigen der Abnahme der Arbeitslosen gegenüberstellen.

	Beschäftigte	Arbeitslose
Dez. 1951	757 000	278 000
Dez. 1958	844 000	92 000
	+ 87 000	– 186 000

Bei Ausschaltung nur einiger Fälschungsmethoden der bürgerlichen Statistik, wobei wir die Arbeitslosenkarteibereinigung, die arbeitslosen Jugendlichen, Hausfrauen und arbeitslosen ehemaligen Selbständigen unberücksichtigt lassen, läßt sich eindeutig nachweisen, daß die offiziell ausgewiesene Zahl von 92 000 Arbeitslosen im Dezember 1958 viel zu niedrig ist.

Die amtliche Westberliner Statistik gibt uns für die Berechnung der etwaigen Zahl der Arbeitslosen im Dezember 1958 folgende Daten:

Arbeitslose, ohne Heimarbeiter	91 500
Arbeitslose Heimarbeiter	3 700
Kurzarbeiter	1 500
Nicht arbeitslose Arbeitsuchende	11 400
In kurzfristige Beschäftigung Vermittelte (Schneefeger usw.)	3 200
Im Notstandsprogramm Beschäftigte	9 500
	120 800 Arbeitslose

Rechnen wir die von Dezember 1956 bis Dezember 1958 aus der Arbeitslosenkartei gestrichenen 8000 Arbeitslosen noch dazu, so ergeben sich für Dezember 1958 130 000 nachweisbare Arbeitslose in Westberlin.

Das heißt, daß in Westberlin zu diesem Zeitpunkt auf 100 Beschäftigte immer noch 15 Arbeitslose kamen, während im demokratischen Berlin die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt ist. Diese hohe Arbeitslosenquote, die etwa dreimal so hoch wie in Westdeutschland ist, drückt der gesamten materiellen Lage der Arbeiter in Westberlin ihren Stempel auf. Das wird deutlicher, wenn wir anschließend die materielle Lage der beschäftigten Arbeiter näher betrachten.

Ein wichtiges Kriterium für die Verbesserung der Lage der Westberliner Arbeiter ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Bei Fortsetzung der Frontstadtpolitik in Westberlin ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit jedoch unmöglich – trotz der Vielzahl der Pläne und Versprechen, die besonders jeweils vor den Wahlen abgegeben

werden. Der einzig reale Plan ist, die Kriegspolitik in Westberlin zu beseitigen.

Die im Gegensatz zu Westdeutschland und Westberlin sich stürmisch entwickelnde Deutsche Demokratische Republik ist in der Lage, Westberlin mit zahlreichen Aufträgen zu versorgen, die sowohl eine Kapazitätsauslastung als auch eine Vollbeschäftigung garantieren.

Im Jahre 1958 erbot sich der Magistrat von Groß-Berlin, nach Westberlin zusätzliche Aufträge in Höhe von 200 Millionen Mark zu vergeben und 20 000 Arbeitsplätze noch im Jahre 1959 für die Westberliner Arbeitslosen im demokratischen Berlin bereitzustellen. Bereits dieses Auftragsangebot würde in Westberlin zusätzlich 10 000 Arbeitsplätze erschließen. Bei Verhandlungen über weitere Abkommen könnte das Arbeitslosenheer in relativ kurzer Zeit dauerhaft beseitigt und die gegenwärtige soziale Unsicherheit entscheidend vermindert werden.

Dadurch, daß der Westberliner Senat das Angebot des Demokratischen Magistrats ablehnte, zeigte er einmal mehr, daß er nicht gewillt ist, die Lage in Berlin zu normalisieren, die Frontstadtpolitik aufzugeben und allen Westberliner Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu verschaffen. Darum müssen die Westberliner Arbeitslosen gemeinsam mit ihren beschäftigten Klassenbrüdern für eine Beendigung der Frontstadtpolitik eintreten.

Der Ausbau Westberlins zur Frontstadt schuf die ökonomischen Bedingungen für das große Arbeitslosenheer – nur das Ende der Frontstadt beseitigt sie.

Die Frontstadtpolitik führte zu einer verschärften Ausbeutung der Westberliner Arbeiter

Es wurde schon gezeigt, daß die Frontstadtpolitik nur den Monopolherren in Westberlin von Nutzen ist. Jetzt soll dargelegt werden, daß die Hauptmethode, höchstmögliche Profite zu erzielen und die Macht der Militaristen zu vergrößern, darin besteht, die Westberliner Arbeiter in einem ungeheuren Maß, das selbst in Westdeutschland nicht erreicht wird, auszubeuten.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielen dabei die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, die ebenso wie in Westdeutschland für eine „Sozialpartnerschaft", „Klassenharmonie" und damit für eine Abwür-

gung des Klassenkampfes eintraten und noch eintreten und diese „Lehren" mit einer zügellosen antikommunistischen Hetze verbinden.

Brandt, der gegenwärtige Oberbürgermeister und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Westberlins, forderte in seinem Maiaufruf des Jahres 1958 die Arbeiter Westberlins nicht zum Kampf gegen die Bonner atomare Aufrüstung, gegen die NATO-Politik und gegen die ausländischen Besatzer in Westberlin auf, sondern verlangte von ihnen, daß sie zugunsten der NATO-Politik in Westberlin Opfer bringen sollten. Zu diesem Zweck verfälschte er diese menschenfeindliche Kriegspolitik – natürlich beweislos – in eine solche der Humanität und des Friedens, um dann erklären zu können:

> „Es sind die Massen der Arbeiterschaft . . ., die sich mit Stolz zu den Ideen der Humanität und des Friedens bekennen und bereit sind, dafür auch Opfer zu bringen."

Scharnowski, Vorsitzender des DGB in Westberlin und mehrfacher Aufsichtsrat, stellte praktisch, nur mit etwas anderen Worten, die gleiche Losung in seinem Neujahrsaufruf 1958 auf, indem er erklärte:

> „In Westberlin dürfen wir im Gegensatz zu Ostberlin noch im Besitz einer politischen Vielfalt in Freiheit sein. Das sollten wir sehr schätzen und darum alles unterlassen, was uns im Wahljahr 1958 aus sachlichen Gegnern zu Feinden macht. Letztlich sitzen wir doch alle zusammen im Berliner Boot und haben keine Lust, im kommunistischen Meer unterzugehen. Machen wir darum die notwendigen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsstreitigkeiten wie bisher mit kluger Mäßigung ab."

Wir sitzen alle im gleichen Boot heißt nichts anderes als: es darf keinen Streit zwischen Militaristen und Arbeitern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, es darf keinen Klassenkampf in Westberlin geben. Mit dieser Losung sollen die Arbeiter vom Kampf gegen ihren Hauptfeind, den deutschen Militarismus, der sich auf das Besatzungsregime in Westberlin stützt, abgelenkt und auf den Bruderkrieg vorbereitet werden.

Die Arbeiter in Westberlin können jedoch nicht zulassen, daß sie durch einen neuen, von den deutschen und ausländischen Militaristen inszenierten Krieg über Bord gehen und elend im radioaktiven Staub umkommen. Wohin die Politik der Einschränkung bzw. Abwürgung des Kampfes der Arbeiter gegen die Kriegstreiber in Westberlin in den vergangenen Jahren geführt hat, ist deutlich an der Zunahme der Aus-

beutung und der materiellen Verelendung der Westberliner Arbeiter erkennbar.

Von 1950 bis 1957 wurde aus jedem Industriearbeiter die doppelte Leistung herausgepreßt und das zur gleichen Zeit, zu der Hunderttausende Arbeiter ohne Beschäftigung waren. Die Zunahme des Umsatzes pro geleistete Arbeitsstunde in der gesamten Industrie war um 15 Prozent höher als die Pro-Kopf-Leistung. Am stärksten war die Umsatzsteigerung pro Arbeitsstunde in der Bekleidungsindustrie Westberlins, die sich von Dezember 1950 bis 1957 mehr als verdreifachte.

Im gleichen Zeitraum stiegen in der gesamten Westberliner Industrie nach den offiziellen Angaben die Bruttomonatslöhne nur um 54 Prozent. In der ganzen Industrie nahm demnach die durchschnittliche monatliche Pro-Kopf-Leistung doppelt so stark zu wie die Monatslöhne.

Die Zunahme der Pro-Kopf-Leistung der Industriearbeiter ging ausschließlich zu ihren Lasten, entsprechend haben die aggressiven Monopolkapitalisten an der erhöhten Ausbeutung der Industriearbeiter verdient.

Wie gering die Zunahme der Löhne für die Industriearbeiter auf Grund der in Westberlin betriebenen Frontstadtpolitik war, zeigt ein Vergleich der Lohnentwicklung und des Standes der Löhne der Arbeiter Westberlins mit denen Westdeutschlands, Hamburgs bzw. Bremens.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste in der Industrie in Pf.:

Jahr	Westberlin	Westdeutschland	Hamburg
Juni 1948	128,9	96,5	114,7
Juni 1949	130,2	119,6	139,5
– 1950	128,8	125,8	143,7
– 1954	164,1	166,6	186,7
August 1957	207,7	217,2	234,–

Vor der Spaltung Berlins durch die Westmächte und die aggressiven deutschen Imperialisten hatten die Westberliner Industriearbeiter noch Stundenlöhne, die 24 Prozent über denen Westdeutschlands und 11 Prozent über denen Hamburgs lagen. Infolge der verstärkten Frontstadtpolitik in Westberlin, des Verrats der rechten Führer der Berliner Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die die Arbeiter aufforderten, mit Rücksicht auf die „besondere Lage Westberlins" keine Lohnkämpfe zu führen, stiegen in Westberlin bis zum Jahre 1950 die

Löhne nicht, während sie in Westdeutschland und in Hamburg durch den Kampf der Arbeiter um 37 bzw. 25 Prozent zunahmen. Hierbei kommt auch der Rolle von Grenzgängern und Republikflüchtigen als Lohndrücker und potentielle Streikbrecher ein gewisses Gewicht zu.

In den Jahren von 1950 bis 1957 wirkte sich zusätzlich zu den „Stillhaltemaßnahmen" der rechten SPD- und Gewerkschaftsführung das riesige Arbeitslosenheer auf die Lohnentwicklung aus, so daß im August 1957 die Stundenlöhne in Westdeutschland um 5 Prozent und in Hamburg um 12 Prozent höher als in Westberlin waren.

Wie sagt doch Scharnowski?

> „Machen wir die notwendigen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsstreitigkeiten wie bisher mit kluger Mäßigung ab."

Der „Erfolg" dieser „Burgfriedenspolitik" auf dem Gebiete des Lohnes wirkt noch bestechender, wenn wir die Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter Westberlins denen der vergleichbaren Städte Hamburg und Bremen gegenüberstellen:

Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter August 1957 in DM

	Hamburg	Bremen	Westberlin
Gesamte Industrie	109,47	107,43	95,22
Elektrotechnik	91,45	105,19	85,37
Maschinenbau	113,72	116,85	102,69

Danach lagen die Bruttowochenverdienste in der gesamten Industrie in Bremen um 12 Prozent und in Hamburg um 15 Prozent, in der Elektrotechnik in Bremen sogar um 23 Prozent höher als in Westberlin.

Zwangsläufig mußten die kapitalistischen Unternehmer, vorwiegend die militaristischen monopolkapitalistischen Kreise an dieser Kriegspolitik, die von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern unterstützt wird, ungeheuer verdienen. Das wird deutlich, wenn wir die Entwicklung der ausgewiesenen Gewinne der Kapitalisten und ihr Verhältnis zu den in Westberlin gezahlten Lohn- und Gehaltssummen betrachten.

Zuerst wollen wir uns der Entwicklung der Gewinne in der Industrie Westberlins zuwenden. Dazu benutzen wir die offiziellen Angaben über die „Wertschöpfung zu jeweiligen Preisen in Millionen und die gezahlten Lohn- und Gehaltssummen in der Industrie Westberlins".

	1950	1951	1953	1955	1957
Wertschöpfung	521	947	1285	1977	2389
Löhne und Gehälter	406	540	688	982	1245

Demzufolge nahm die Entwicklung der Gewinne in Millionen DM der industriellen Kapitalisten folgenden Verlauf:

1950	1951	1953	1955	1957
115	407	597	995	1144

Selbst nach dieser offiziellen Statistik realisierten allein die industriellen Kapitalisten von 1950 bis 1957 einen Gewinn von 5,6 Milliarden Mark, das entspricht etwa wertmäßig der gesamten industriellen Jahresproduktion der Westberliner Industrie.

Der jährlich ausgewiesene Gewinn erhöhte sich von 1950 bis 1957 auf das Zehnfache, während die in der Industrie gezahlte Lohn- und Gehaltssumme sich lediglich verdreifachte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten sich verdoppelte, während die Zahl der industriellen Kapitalisten sich nicht vermehrte, sondern vielmehr abnahm, ganz davon abgesehen, daß zahlreiche hochbezahlte Angestellte nicht zum Proletariat zählen und die Gewinne nur zu einem Bruchteil ausgewiesen wurden.

In dem angegebenen Zeitraum fiel nach der bürgerlichen Statistik der Anteil der Löhne und Gehälter an dem in der Industrie realisierten „Neuwert" von 78 Prozent auf 52 Prozent. Wie die „Burgfriedenspolitik" zwischen Kapital und Arbeit sich zugunsten der Kriegstreiber ausgewirkt hat, können wir auch an Hand der „Einkommensverteilung" in Westberlin nachweisen. Das Material dazu liefert uns das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" in Westberlin, dessen Ostabteilung ein ausgesprochenes Spionagezentrum gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist. Schon aus diesem Grunde sind seine Angaben nur mit Vorsicht zu betrachten. Das Institut hat mit seinen Veröffentlichungen die Aufgabe, die Auswirkungen der Kriegspolitik auf die Arbeiter in Westberlin zu verschleiern. Trotzdem zeigen uns die folgenden Angaben, daß die Frontstadtpolitik sich äußerst vorteilhaft für die Besitzenden, aber nachteilig für die Arbeiter ausgewirkt hat und Brandt und Scharnowski sich somit als gewinnbringende Diener der deutschen Militaristen erwiesen.

Einkommensverteilung in Westberlin in Millionen DM

	1950	1954	1956
Nettolöhne und Gehälter	1580	2320	2900
Nettoeinkommen der Selbständigen Körperschaften	740	1280	1660

Allein in den sieben Jahren der Frontstadtpolitik erhöhte sich das Nettoeinkommen der „Selbständigen und Körperschaften" nach diesen frisierten Angaben um 124 Prozent, obwohl ihre Zahl sich, wie schon früher nachgewiesen, absolut verringerte.

Die Nettolohn- und Gehaltssumme erhöhte sich im selben Zeitraum nur um 83 Prozent bei einem gleichzeitigen Wachstum der Zahl der ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten. Daraus folgt, daß die „Einnahmen" der „Selbständigen und Körperschaften" anderthalbmal so stark stiegen wie die Lohn- und Gehaltssumme aller Arbeiter und Angestellten. Demzufolge veränderte sich auch der Anteil der Löhne und Gehälter an der Summe der Löhne und Gehälter und der Nettoeinnahmen der Selbständigen und Körperschaften. Er fiel von 69 Prozent im Jahre 1950 auf 63 Prozent im Jahre 1956.

Auch wenn wir das statistisch ausgewiesene Einkommen der Selbständigen und Körperschaften und der Arbeiter und Angestellten durch ihre jeweilige Anzahl dividieren und für einen Monat umrechnen, stellen wir fest, daß die Einkommen der Selbständigen und Körperschaften weitaus stärker als die der Arbeiter und Angestellten gestiegen sind.

Im Jahre 1950 war bei einem durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen der „unselbständigen Beschäftigten" (Arbeiter und Angestellte) von 177 DM das der „Selbständigen" mit 514 DM fast dreimal so hoch, im Jahre 1956 jedoch bei einem durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen der „unselbständigen Beschäftigten" von 288 DM das der „Selbständigen" mit 1257 DM fast viereinhalbmal so hoch.

Auch hier sind wir uns bewußt, daß die Angaben nur illustrativen Charakter tragen, da die Einkommen der Selbständigen durch die große Zahl halbproletarischer Existenzen viel höher und stark differenziert sind, während die Einkommen der Arbeiter und Angestellten eigentlich viel niedriger sind, da hier zahlreiche hochbezahlte Diener der deutschen Militaristen und ausländischen Besatzungsorgane als „unselbständige Beschäftigte" ausgewiesen werden.

Trotzdem war es uns hier möglich, nachzuweisen, daß es vor allem die Arbeiter waren, die die riesigen Gewinne der Kriegstreiber ermöglichten, die die Produktion in Westberlin wieder in Gang brachten und die Nachkriegskonjunktur in Westberlin nicht nur mit geringen Löhnen, mit ihrem Schweiß, sondern auch mit ihrer Gesundheit und teilweise sogar mit ihrem Leben bezahlten.

Schuld daran trägt die mit der Frontstadtpolitik verbundene sogenannte „Rationalisierung", die in erster Linie den Arbeitern eine Erhöhung des Arbeitstempos, Verringerung des Arbeitsschutzes und Verlängerung der Arbeitszeit brachten. Daß Rationalisierung auch für die Westberliner Arbeiter nichts anderes heißt, bestätigt „Die Welt der Arbeit" vom 29. 8. 1958, indem sie schreibt:

> „Das gesteigerte Arbeitstempo der letzten Jahre hat die erstaunliche Mehrleistung der Westberliner und westdeutschen Wirtschaft, also das sogenannte Wirtschaftswunder, zustande gebracht. So werden viele der Unfälle durch die dem Außenstehenden nicht vorstellbare Arbeitsintensität verursacht. Die Arbeiter, namentlich die älteren, sind beim Verlassen der Betriebe ausgepumpt, ermüdet, erschöpft. Wollte man wirklich die Unfallzahlen senken, so müßte zunächst das Arbeitstempo auch in den Berliner Betrieben auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden."

Selbst der „Kurier", ein eifriger Befürworter der sogenannten „Rationalisierung", mußte am 5. 1. 1958 bestätigen, daß die angestiegene Arbeitshetze zum vorzeitigen Verschleiß der Ware Arbeitskraft führt. Er weist außerdem darauf hin, daß die besonders in Westberlin durch das große Arbeitslosenheer, die einseitige Bindung an das krisengezeichnete Westdeutschland und durch die infolge der Frontstadtpolitik vorhandene Existenzangst der Arbeiter zum frühzeitigen Verschleiß, zur Verkürzung des Lebensalters der Arbeiter führt.

> „Hinter dem modernen Verschleiß der Arbeitskraft stehen überwiegend Arbeitshetze und überbeanspruchte Nerven sowie auch Existenzangst."

Bei der Betrachtung der vermehrten Verausgabung von Arbeitskraft infolge der ungeheuer gestiegenen Arbeitshetze spielt die Länge der Arbeitszeit keine untergeordnete Rolle. Sie ist unmittelbar mit der Verausgabung von Arbeitskraft verbunden. Eine hohe Arbeitsintensität bei langer Tages- bzw. Wochenarbeitszeit muß zwangsläufig zu einem frühzeitigen Verschleiß der Ware Arbeitskraft führen und damit

die Lebensarbeitszeit verkürzen. Nur durch eine starke Verkürzung der täglichen bzw. der wöchentlichen Arbeitszeit kann ein gewisser Ausgleich für einen Teil der durch die gestiegene Arbeitsintensität erhöhten Arbeitskraftverausgabung geschaffen werden. Für eine besonders große Arbeitshetze, wie wir sie gegenwärtig in Westberlin finden, kann selbst eine verkürzte Arbeitszeit kein voller Ausgleich sein, noch viel weniger ein sogenanntes verlängertes Wochenende.

Oft wird in der Westberliner und der westdeutschen Presse die zum Teil eingeführte 5-Tage-Woche als „Errungenschaft" des „sozialen Wirtschaftswunders" gepriesen. Für die Arbeiter ergeben sich daraus wenig Vorteile. Die tägliche Überbelastung der Arbeiter in Form von längeren Arbeitstagen und noch höherem Arbeitstempo kann durch ein verlängertes Wochenende nicht kompensiert werden. Der Verschleiß der Arbeitskraft schreitet deshalb weiter voran. Es taucht die Frage auf, ob es den Arbeitern in Westberlin in den letzten Jahren gelungen ist, entsprechend der angestiegenen Arbeitshetze eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Diese Frage können wir, wenn wir uns die Entwicklung der wöchentlichen Arbeitszeit in Westberlin ansehen, nur mit nein beantworten.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit gewerblicher Lohnempfänger:

Jahr	männliche	weibliche	insgesamt
August 1949	42,4	40,5	41,9
August 1950	46,7	45,4	46,4
August 1952	46,9	44,7	46,3
August 1956	46,2	43,7	45,5
August 1958	45,9	43,8	45,3

Während in der DDR überwiegend die 45-Stunden-Woche Wirklichkeit geworden ist, arbeiteten im Jahre 1958 die männlichen gewerblichen Lohnempfänger in Westberlin noch 46 Stunden in der Woche. Die geringe Arbeitszeitverkürzung führte nicht zu einer Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter in Westberlin, da die Arbeitshetze, die physische und psychische Belastung noch mehr zunahm, die tägliche Arbeitszeit sich verlängerte und die Arbeitspausen verkürzt wurden. Das bestätigt auch Dr. Krengel vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung" in Westberlin, indem er erklärte,

> „daß die Arbeitszeitverkürzung in der Industrie weitgehend zu einer teilweise erheblichen Verbesserung der Produktivität ge-

führt hat. Dagegen sei die physische Entlastung der Beschäftigten nicht eingetreten, sondern im Gegenteil eine größere Belastung entstanden, weil das verlängerte Wochenende zum großen Teil mit längerer Arbeitszeit an den übrigen Tagen verbunden war, die Arbeitspausen verkürzt wurden und das Arbeitstempo zugenommen hat".

Im Jahre 1958 arbeiteten in der Westberliner Industrie noch 4,3 Prozent aller Arbeiter und Angestellten über 45 Stunden, 3,6 Prozent mindestens 48 Stunden in der Woche.

Im Westberliner Einzelhandel arbeiteten länger als 45 Stunden in der Woche noch 18 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, im Handwerk 27,9 Prozent, im Großhandel sogar 96,9 Prozent. Auch 17 Prozent der bei den westlichen Besatzungsmächten beschäftigten Westberliner Arbeiter und Angestellten mußten mehr als 45 Stunden in der Woche arbeiten, so daß insgesamt 20 Prozent aller „unselbständigen Beschäftigen" in Westberlin im Jahre 1958 noch mehr als 45 Stunden in der Woche arbeiten.

Der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes stellt fest:

„In manchen Betrieben erhielten weibliche Arbeitnehmerinnen während einer 9stündigen Arbeitszeit nur eine Pause von 30 Minuten."

Die ständig zunehmende Arbeitsintensität bei konstant bleibender Wochen- bzw. verlängerter Tagesarbeitszeit, verbunden mit einer durch die Frontstadtpolitik besonders hohen, nicht zu unterschätzenden Existenzangst, mußte zu einem starken frühzeitigen Verschleiß der Ware Arbeitskraft in Westberlin führen. Der schon während der Naziära und vor allem während des zweiten Weltkrieges zu beobachtende Raubbau an der Substanz der Arbeiter wurde auch in der Frontstadt Westberlin fortgesetzt. Die Folgen, auf deren wichtigste hier nur hingewiesen wird, waren für die Westberliner Arbeiter grausam.

Eine der furchtbaren Folgen der erhöhten Verausgabung von Arbeitskraft durch die gestiegene Arbeitsintensität war der enorme Anstieg der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit. Die Statistischen Jahrbücher Westberlins weisen für die einzelnen Jahre folgenden durchschnittlichen monatlichen Krankenstand der versicherten Arbeiter und Angestellten aus:

Jahr	Arbeitsunfähige (Monatsdurchschnitt)
1954	39 163
1955	43 469
1956	45 467
1957	54 400
1958 Februar	73 000

Danach erhöhte sich allein in den hier genannten vier Jahren der monatliche Krankenstand der Versicherten um 40 Prozent. Gab es im Durchschnitt des Jahres 1954 bereits 480 000 bei der Versicherung gemeldete Krankheitsfälle, so stieg diese Zahl im Jahre 1957 auf 650 000 an. Das heißt, im Jahre 1950 kamen auf 100 Versicherte 44 Arbeitsunfähige, 1957 jedoch schon 65 durch Krankheit Arbeitsunfähige.

Hier bedarf es kaum eines näheren Kommentars für die absolute Verschlechterung der materiellen Lage der Westberliner Arbeiter. Lediglich der Hinweis sei erlaubt, daß der wahre Stand der Krankheitsfälle weitaus höher war, da zahlreiche Arbeiter sich wegen der mit der Krankmeldung verbundenen Lohneinbuße nicht „krankschreiben" ließen, andere davor zurückschreckten, weil sie befürchten mußten, bei dem Vorhandensein einer großen Arbeitslosenarmee ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

War schon der hohe Krankenstand bei der Krankenversicherungsanstalt in Westberlin ein Ausdruck der mit der erhöhten Ausbeutung verbundenen Arbeitshetze, so ist es noch viel mehr die Entwicklung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

Jahr	Arbeitsunfälle	Berufskrankheiten
1950	35 307	542
1952	49 182	524
1954	61 870	1630
1956	75 440	1350
1957	79 317	1363
1958	81 320	

Auch bei diesen Zahlen müssen wir uns bewußt sein, daß sie viel zu niedrig sind, da viele Arbeiter ihre Unfälle aus Angst vor Entlassung, Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe oder Überführung in das Rentnerdasein nicht melden. Selbst nach diesen offiziellen An-

gaben erlitten in den neun Jahren 547173 Westberliner Betriebsunfälle.

Da die Betriebsunfälle vorwiegend in der Industrie und im Baugewerbe auftreten, stellt sich heraus, daß durchschnittlich jeder Industrie- bzw. Bauarbeiter in dem genannten Zeitraum in Westberlin etwa zwei Betriebsunfälle hatte. Von 1950 bis 1958 stiegen die jährlichen Betriebsunfälle auf 230 Prozent.

Seit 1950 mußten mehr als 1000 Westberliner Arbeiter die ungeheure Arbeitshetze und die mangelhaften Arbeitsschutzvorrichtungen nicht nur mit ihrem Blut, sondern auch mit ihrem Leben bezahlen, da jährlich bei Betriebsunfällen etwa 130 Arbeiter tödlich verunglückten.

Noch stärker als die Zahl der Betriebsunfälle stieg die Zahl der offiziell ausgewiesenen Berufskrankheiten. Sie nahm bis 1957 gegenüber dem Jahre 1950 um 153 Prozent zu, so daß insgesamt rund 10000 Arbeiter allein durch Berufskrankheiten frühzeitig von der mit der Militarisierung unweigerlich verbundenen erhöhten kapitalistischen Ausbeutung ruiniert wurden.

Infolge der zunehmenden Arbeitsintensität, der damit verbundenen ernsten Erkrankungen und der Betriebsunfälle vergrößerte sich in Westberlin in den zehn Jahren der Frontstadtpolitik das Heer der Sozialversicherungsrentner gewaltig. Wir wiesen schon früher darauf hin, daß die Arbeitslosenkarteibereinigungen dabei keine untergeordnete Rolle spielten. Das bestätigt auch unsere Behauptung, daß die verschärfte Arbeitshetze der Arbeiter zu ihrem frühzeitigen Ruin führt, da vorwiegend solche Arbeitslosen in das Rentnerdasein übergeführt wurden, die für das Streben der Militaristen nach höchstmöglichen Profiten nicht mehr genügten. Infolgedessen nahm nach den amtlichen Veröffentlichungen die Zahl der Sozialversicherungsrentner von 1949 bis 1958 folgendermaßen zu:

Jahr	Zahl der Sozialversicherungsrentner (ohne Witwen- und Waisenrentenempfänger)
Dezember 1949	156 900
Dezember 1950	186 000
Dezember 1952	235 000
Dezember 1954	264 900
Dezember 1956	282 000
Dezember 1958	325 200

Im Jahre 1958 gab es damit in Westberlin mehr als doppelt soviel Sozialversicherungsrentner als im Jahre 1949, dem ersten Jahr nach der Spaltung der Stadt. Ist an und für sich schon die Verdoppelung der Zahl der Sozialversicherungsrentner in diesem relativ kurzen Zeitraum ein Ausdruck der ungeheuren Arbeitshetze in den Westberliner Betrieben, so wird dies noch anschaulicher, wenn wir feststellen, daß 48 Prozent aller neugewährten Sozialversicherungsrenten vor dem Erreichen der „normalen" Altersgrenze gezahlt werden mußten. Nach dem Bericht des „Tagesspiegels" vom 1. 1. 1957 wurden 51,4 Prozent aller männlichen Arbeiter und 49 Prozent aller weiblichen vorzeitig in Westberlin auf Rente gesetzt. Das Durchschnittsalter der sogenannten Invalidenrentner betrug in Westberlin im Jahre 1954 bei den männlichen Versicherten 55,3 Jahre und bei den weiblichen 56,9 Jahre. Da die Hälfte aller Versicherungsrenten vor dem Erreichen der „normalen" Altersgrenze gewährt werden mußte, ergibt sich, daß seit dem Jahre 1949 85 000 Arbeiter vorzeitig aus dem Produktionsprozeß ausschieden, die als Invalidenrentner ausgewiesen wurden.

Ohne Zweifel spielen auch bei der hohen Zahl der Versicherungsrentner in Westberlin die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges eine Rolle, der von denselben Kräften angezettelt wurde, die heute schon wieder einen dritten Weltkrieg vom Zaun brechen wollen. Weitaus stärker machen sich jedoch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges bei den Witwen- und Witwerrentnern bemerkbar. Ihre Zahl verdreifachte sich von Dez. 1949 bis Dez. 1958, indem sie von 56 300 auf 178 000 anstieg. Bereits mit 60 Jahren wird infolge der Auswirkungen des faschistischen Raubkrieges und des in den Nachkriegsjahren in Westberlin von den Kriegstreibern betriebenen Raubbaus an der Arbeitskraft ein Eheteil Witwer bzw. Witwe. Die einzige Schlußfolgerung für die Werktätigen Westberlins kann nur darin bestehen, sich mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dafür einzusetzen, daß die deutschen aggressiven Imperialisten und Militaristen keinen neuen Krieg vorbereiten und beginnen können. Die Frontstadtpsychose muß aus Westberlin verbannt werden.

Steigende Lebenshaltungskosten gefährden die Existenz der Westberliner Arbeiter

Besonders nachteilig wirken sich in Westberlin die mit der Frontstadt- und Besatzungspolitik verbundenen Erhöhungen der Lebens-

haltungskosten für die Westberliner Arbeiter aus. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Preissteigerungen für wichtige Konsumgüter und Dienstleistungen, die die Arbeiterfamilien in Anspruch nehmen müssen. Selbst nach den amtlichen Preisindexziffern stiegen die Lebenshaltungskosten der sogenannten mittleren Verbrauchergruppe in Westberlin bis Dezember 1958 gegenüber dem Jahre 1938 auf 175 Prozent und gegenüber dem Jahre 1950 auf 118 Prozent.

Da für die wichtigsten Verbrauchsgüter und Dienstleistungen die Preise weitaus stärker stiegen, als sie hier in einem Gesamtindex zum Ausdruck kommen, müssen wir die bürgerlichen Angaben mit großer Vorsicht aufnehmen. Aber selbst nach den Angaben des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" lagen die effektiven Lebenshaltungskosten im Dezember 1957 in Westberlin noch um 5,3 Prozent höher als in Westdeutschland, obwohl der Preisindex in Westdeutschland etwas schneller als in Westberlin stieg. Das liegt an den unterschiedlichen Ausgangsbasen, da bereits im Jahre 1950 in Westberlin die effektiven Lebenshaltungskosten 8 Prozent über denen Westdeutschlands lagen.

Die gegenüber Westdeutschland etwas geringeren Preissteigerungen in Westberlin erklären sich nicht aus der „sozialen Politik" des Westberliner Senats, sondern vielmehr daraus, daß Westberlin mitten im Gebiet der den Sozialismus aufbauenden Deutschen Demokratischen Republik liegt. Viele Veränderungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik haben darum unmittelbaren Einfluß auf Westberlin, so unter anderem auch die Entwicklung der Preise. Während in Westberlin der Preisindex im Dezember 1958 gegenüber dem Jahre 1950 auf 118 Prozent gestiegen war und damit die Kaufkraft der Westmark um 15 Prozent abnahm, fielen im gleichen Zeitraum die Preise im demokratischen Berlin auf 66,4 Prozent und stieg damit die Kaufkraft der DM der Deutschen Notenbank um 51 Prozent.

Besonders stark wirkten sich auf die Westberliner Preisentwicklung solche Faktoren aus wie die niedrigen Wohnungsmieten, die in der DDR die gleiche Höhe wie im Jahre 1938 haben, und die niedrigen Schnellbahntarife, die auch in Westberlin gegenüber dem Jahre 1938 unverändert blieben, weil auch in Westberlin die Eisenbahn der Verwaltung der Regierung der DDR untersteht. Auf Grund der eindeutigen Überlegenheit der DDR auf den hier genannten Preisgebieten erhalten auch die Westberliner Arbeiter einen gewissen Anteil an den Erfolgen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR. Bei solchen Haushalts-

ausgaben wie für Getränke und Tabakwaren, Reinigung und Körperpflege, Reparaturen durch das Dienstleistungsgewerbe, für Bildung und Unterhaltung sind die Westberliner Machthaber gezwungen, die Preise nicht so stark wie in Westdeutschland steigen zu lassen, um möglichst viele Westberliner von einem Besuch des demokratischen Berlins abzuhalten, da diese offiziell zahlreiche dieser Leistungen zu niedrigen Preisen im demokratischen Berlin in Anspruch nehmen können. Die Lebenshaltungskosten der Westberliner Arbeiter stiegen jedoch nicht allein durch die mit der Frontstadtpolitik verbundenen Preissteigerungen, sondern auch durch die erforderliche Befriedigung der gesellschaftlich notwendigen Bedürfnisse, die sich aus der gestiegenen Arbeitsintensität, den Kriegs- und Nachkriegsverlusten an persönlichem Eigentum und physischer und psychischer Substanz ergeben und aus den mit der Entwicklung der Produktivkräfte entstandenen neuen und durch den Kampf der Arbeiter gesellschaftlich anerkannten notwendigen Bedürfnissen.

Betrachten wir nun, ob es den Arbeitern Westberlins gelang, entsprechend den angestiegenen Lebenshaltungskosten höhere Nominal- und Reallöhne zu erkämpfen. Ohne Zweifel stiegen bei den beschäftigten Arbeitern gegenüber den ersten Nachkriegsjahren die Nominal- und Reallöhne. Auch gegenüber dem Vorkriegsjahr 1938 ist bei den beschäftigten Arbeitern ein gewisser Anstieg der nominellen und realen Arbeitslöhne eingetreten. Der Bruttolohn je Industriearbeiter betrug im Jahre 1950 in Westberlin 240 Mark. Er stieg nach offiziellen Angaben bis zum Jahre 1957 mit 376 Mark auf 156 Prozent.

Da im selben Zeitraum der Preisindex auf 114 Prozent stieg, erhöhte sich der Reallohnindex der beschäftigten Industriearbeiter in Westberlin um 34 Prozent.

Zum Vergleich sei nur erwähnt, daß sich im gleichen Zeitraum die Durchschnittsbruttolöhne der Produktionsarbeiter im demokratischen Berlin von 303 DM um 42 Prozent auf 431 DM erhöhten und dadurch, daß die Lebenshaltungskosten auf 64 Prozent fielen, der Reallohnindex auf 222 Prozent anstieg.

Gegenüber dem Vorkriegsjahr 1938 erhöhte sich der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der beschäftigten Industriearbeiter in Westberlin von 196 Mark um 92 Prozent auf 376 Mark. Da sich der Preisindex nach amtlichen, offensichtlich zu niedrig ausgewiesenen Daten bis Dezember 1957 auf 168 Prozent erhöhte, stieg der Reallohn der beschäftigten Industriearbeiter gegenüber dem Vorkriegsjahr 1938

um 14 Prozent. Im demokratischen Berlin stieg der Reallohn im gleichen Zeitraum für alle Industriearbeiter – denn es gibt keine Arbeitslosen – um durchschnittlich 17 Prozent.

Mit einem Vergleich der Entwicklung der Nominallöhne der beschäftigten Industriearbeiter und der Preise können wir uns jedoch nicht zufrieden geben, da in Westberlin im Dezember 1958 immer noch mehr als 100 000 Arbeitslose und die seit dem Jahre 1950 frühzeitig aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen 85 000 Westberliner Arbeiter als Rentner ebenfalls weniger „Einkommen" als ihre beschäftigten Klassenbrüder hatten. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die nach den offiziellen Westberliner Daten errechnete Reallohnsteigerung für die beschäftigten Arbeiter viel zu hoch ist, wenn man die Lage aller Arbeiter berücksichtigt. Wenn auch der Reallohn den Stand des Jahres 1950 überschritten haben dürfte, so hat er den Stand des Jahres 1938 noch nicht erreicht. Im demokratischen Berlin erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1950 der Reallohn der Industriearbeiter dreieinhalbmal so stark wie in Westberlin. Da es im demokratischen Berlin keine Arbeitslosen gibt und das Realeinkommen durch zahlreiche außerbetriebliche und zusätzliche betriebliche Leistungen noch erhöht wurde, ist im Gegensatz zu Westberlin gegenüber dem Vorkriegsjahr eine starke Reallohnsteigerung zu verzeichnen.

Diese Politik wurde in den Jahren 1958 und 1959 mit zahlreichen Preissenkungen und Lohnerhöhungen konsequent fortgesetzt, so daß sich der Vergleich der Reallöhne weiter zugunsten der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt hat.

Auf einen Vergleich der Preis- und Lohnentwicklung in Westberlin können wir uns bei der Betrachtung der materiellen Lage der Arbeiter in Westberlin aber nicht beschränken, da die Lebenshaltungskosten der Arbeiter über die Preissteigerungen hinaus sich durch zahlreiche andere Faktoren erhöhten. Ohne Zweifel führten solche Faktoren wie die mit der Frontstadtpolitik verbundene Zunahme der Arbeitshetze in den Betrieben, der Nachholbedarf an persönlichem Eigentum, an physischer und psychischer Substanz, die Zunahme der notwendigen Bedürfnisse in Verbindung mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Klassenkampf der Arbeiter, die Zinszahlung für Teilzahlungskredite und Pfänder zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter, die durch keinerlei Lohnsteigerung ausgeglichen wurde. Dadurch entstand zwischen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter einerseits und der Entwicklung der Löhne andererseits

eine Differenz, die ein weiterer Ausdruck der Verschlechterung der materiellen Lage der Westberliner Arbeiter ist.

Folgende Fakten unterstreichen diese Feststellung über die Verschlechterung der materiellen Lage der Westberliner Arbeiter. Frau Dr. Münke kam bei einer Untersuchung in Westberlin im Jahre 1954 zu folgenden Ergebnissen:

22 Prozent	aller Westberliner Haushaltungen haben ein Einkommen, das unter dem von ihr errechneten „sozialen Existenzminimum“ liegt.
19,2 Prozent	der vollerwerbsfähigen und
25 Prozent	der erwerbsbehinderten Männer,
26 Prozent	der vollerwerbsfähigen Frauen mit eigenem Haushalt und
60 Prozent	der erwerbsbehinderten Frauen mit eigenem Haushalt bleiben mit ihrem Einkommen unter dem „sozialen Existenzminimum“.
44 Prozent	aller Familien benötigen zwei und mehr Einkommen, um die Existenz ihrer Familien zu gewährleisten.
44,7 Prozent	aller Haushalte haben ein Einkommen von weniger als 300 DM netto im Monat.
30 Prozent	aller Haushalte haben Schulden.

Das von Frau Dr. Münke ermittelte „soziale Existenzminimum“ entspricht etwa dem physischen Existenzminimum, das erforderlich ist, um die elementarsten Lebensbedürfnisse der Westberliner Arbeiter zu befriedigen. Nach ihren Berechnungen betrug für eine Arbeiterfamilie, in welcher der Haushaltungsvorstand erwerbstätig ist und zwei Kinder vorhanden sind, das „soziale Existenzminimum“ 280 DM. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen erhöhte sich das von Frau Dr. Münke ermittelte „soziale Existenzminimum“ für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Jahre 1957 auf 310 Mark.

Während im Jahre 1955 nach der amtlichen Lohnsteuerstatistik noch 50 Prozent aller lohnsteuerpflichtigen Beschäftigten ein monatliches Bruttoeinkommen unter 300,– DM hatten, hatten im Jahre 1957 noch 36 Prozent aller männlichen und 80 Prozent aller weiblichen Beschäftigten in Westberlin ein monatliches Nettoeinkommen unter 300 Mark.

Da 56,5 Prozent aller Familien nur *ein* Einkommen haben, bedeutet das, daß mindestens 40 Prozent aller Arbeiterfamilien unter dem von

Frau Dr. Münke errechneten physischen Existenzminimum in Westberlin leben.

Wenn wir die zahlreichen Arbeitslosen und die 300 000 Angehörigen der Arbeiterrentenversicherung berücksichtigen, dürfte sich dieser Prozentsatz noch erhöhen.

Nur aus dieser Notlage fast der Hälfte aller Westberliner Arbeiterfamilien lassen sich die ungeheuer angestiegenen Summen der Teilzahlungskredite und der Anstieg der Zugänge zu den Pfandleihhäusern in Westberlin erklären.

Von Dezember 1952 bis Dezember 1958 erhöhten sich die in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite von 20,6 Millionen Mark mit 162,3 Millionen Mark auf das Achtfache. Das bedeutet, daß 30 Prozent des gesamten Westberliner Einzelhandelsumsatzes durch Kreditkäufe erzielt werden. Selbst bei den Lebensmittelhändlern nehmen die sogenannten „Buchkunden" immer mehr zu, da die Arbeiter oft nach Abzahlung ihrer fälligen Teilzahlungskreditraten und -zinsen nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Nahrungsmittel sofort in bar zu bezahlen.

Ein Barometer der Not stellen auch die Zugänge bei den über 40 privaten und städtischen Pfandleihen in Westberlin dar. Die alljährlichen Zugänge stiegen von 136 000 im Jahre 1949 auf 640 000 im Jahre 1958 an. Daß es in der Regel die Ärmsten der Armen sind, die die Pfandleihhäuser als zeitweiligen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ansehen, beweist der Durchschnittsbetrag pro Pfand, der bei 24 DM liegt. Während für die in Anspruch genommenen Kreditsummen beim Teilzahlungsgeschäft ein Prozent Zinsen monatlich gezahlt werden müssen – in der DDR 0,35 Prozent –, haben die Werktätigen für jedes beliehene Pfand 2,5 Prozent Zinsen im Monat zu zahlen. Da jeder Arbeiter im Durchschnitt ein Viertel seines Monatslohnes für die Abzahlung von Teilzahlungskrediten bereitstellen muß, im Durchschnitt zwei Drittel aller Westberliner Haushalte jährlich ein Pfand zum Leihhaus tragen, verringert sich der Reallohn der Westberliner Arbeiter auch dadurch nicht unbedeutend. 37 000 Pfänder blieben 1958 bei den Leihhäusern liegen, da ihre Eigentümer noch nicht einmal das Geld aufbrachten, um ihr Pfand wieder einzulösen. Sie erleiden dadurch einen starken Verlust, da die Taxwerte der Pfänder weit unter ihrem wirklichen Wert liegen.

Die negativen Auswirkungen der Frontstadtpolitik auf die Westberliner Arbeiter wären noch viel größer, wenn nicht durch den Kampf

der SED und der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR der militaristische und friedensfeindliche Charakter der Frontstadtpolitik entlarvt worden wäre.

Durch die Existenz der DDR und die Politik der stärksten Arbeiterpartei in Deutschland, der SED, wurde verhindert, daß der militaristische Provokationsherd Westberlin bisher explodierte, daß der deutsche Militarismus seine Positionen bis an Oder und Neiße vorschieben konnte. Die Politik der SED und die Existenz der DDR sind das Bollwerk, das sich dem Ausbruch eines Krieges auf deutschem Boden entgegenstellt und damit den Frieden sichern hilft. Infolgedessen blieben bisher die Westberliner Arbeiter von der schlimmsten Folge der Frontstadtpolitik, vor einem atomaren Weltkrieg, vor dem Atomtod verschont.

Sicher sind die Werktätigen Westberlins vor dem Ausbruch eines Atomkrieges mit seinen ungeheuren Opfern jedoch erst, wenn sie die Gefährlichkeit des deutschen und ausländischen Militarismus und seiner Frontstadtpolitik in Westberlin erkannt haben und mithelfen, beides aus Westberlin für immer zu verbannen.

Auch auf die ökonomischen Tageskämpfe, die letztlich politischen Charakter tragen, wirkten sich die Politik der SED und die Existenz der DDR positiv für die Westberliner Arbeiter aus. Oft genügte schon der Hinweis auf die zahlreichen Erfolge der Werktätigen in der DDR, um die Frontstadtpolitiker zu zwingen, Lohnerhöhungen zuzustimmen oder von noch stärkeren Preissteigerungen Abstand zu nehmen.

Der großen Solidaritätsaktion der Eisenbahner der DDR, die in Westberlin durch Schließung der Bahnhöfe die Forderungen der streikenden 32000 Gemeindearbeiter Westberlins am 19. 3. 1958 unterstützten, ist es z. B. zu verdanken, daß diese 15 Pfennige Lohnerhöhung erhielten. Die Auswirkungen der Existenz der DDR auf die Lage der Werktätigen in Westberlin werden in den nächsten Jahren mit der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe der DDR noch größer werden, und damit wird auch die Hetze gegen den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat jeglichen Boden verlieren und der Sieg der Friedenskräfte beschleunigt werden.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus den Darlegungen über die Entwicklung der materiellen Lage der Arbeiter in Westberlin ziehen?

a) In Westberlin wurde die Herrschaft des deutschen Militarismus mit Hilfe der ausländischen, vornehmlich der amerikanischen Okku-

pationstruppen errichtet. Die politische Macht übt das aggressive deutsche Monopolkapital, gestützt auf die Militärdiktatur der westlichen Besatzungsmächte, aus. Demzufolge wirkt in Westberlin das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus, das den Militaristen riesige Profite und den Arbeitern erhöhte Ausbeutung und Verelendung bringt. Die Realisierung des Profitstrebens der deutschen und ausländischen Kriegstreiber wurde durch die Politik der rechten SPD- und DGB-Führer unterstützt.

b) Die Arbeiter Westberlins befinden sich unter einem doppelten ökonomischen Joch.
Durch die Gewährung von ERP-Mitteln zur Unterstützung der Kriegspolitik und durch direkte Kapitalbeteiligung werden die Arbeiter sowohl von den deutschen als auch den amerikanischen aggressiven Monopolen ausgebeutet. Auf den Werktätigen Westberlins und Westdeutschlands lasten auch die Westberliner Besatzungskosten von durchschnittlich jährlich 220 Millionen DM, d. h. pro Besatzer in Westberlin müssen die Werktätigen jährlich 20 000 DM aufbringen. Von 1945 bis heute betrugen diese Kosten insgesamt – sage und schreibe – 3,7 Milliarden DM. Sowohl der Anteil der Löhne am Umsatz wie an dem in der Industrie realisierten Mehrwert als auch der Anteil der Nettolöhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten am sogenannten „Neuwert" fiel. Daraus ergibt sich eine relative Verschlechterung der materiellen Lage der Westberliner Arbeiter, ihre relative Verelendung.

c) Obwohl sich im Zusammenhang mit der industriellen Konjunktur einzelne Seiten ihrer materiellen Lage verbesserten, wie z. B. auf dem Gebiet der Nominal- und Reallöhne, der Arbeitsplatzbeschaffung, des Pro-Kopf-Verbrauchs an Konsumgütern, verschlechterte sich insgesamt die materielle Lage der Westberliner Arbeiter absolut. Durch den weiteren Proletarisierungsprozeß in Verbindung mit dem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation müssen immer mehr Menschen sich der kapitalistischen Ausbeutung unterwerfen, unterliegen immer größere Teile der Bevölkerung in Westberlin dem objektiven Gesetz der absoluten Verelendung.
Die chronische Arbeitslosigkeit, die mit der gestiegenen Arbeitsintensität verbundene Frühinvalidität, die Krankheiten, Betriebsunfälle, die Entlohnung der Arbeiter unter ihren Lebenshaltungskosten und dem „sozialen Existenzminimum" und die sich daraus

ergebende starke Verschuldung der Westberliner Arbeiter sind weitere Zeichen der Verschlechterung ihrer materiellen Lage.

d) So wie die durch die rechten SPD- und DGB-Führer im Auftrage der deutschen und ausländischen Militaristen betriebene Frontstadtpolitik das Profitstreben der Kriegstreiber unterstützt, fördert sie auch die Wirkung des Gesetzes der absoluten und relativen Verelendung der Westberliner Arbeiter. Die rechte SPD- und DGB-Führung in Westberlin trägt durch die von ihr unterstützte und geförderte Kriegspolitik der Besatzungsmächte und der Bonner klerikal-militaristischen Partei, der CDU, auch die Verantwortung für die Abwürgung des Klassenkampfes und die Verhinderung der Aktionseinheit der Westberliner Arbeiter.

e) Die materielle Lage der Westberliner Arbeiter hat sich durch die unter der Herrschaft der Besatzungsmächte betriebene Politik des kalten und der Vorbereitung des heißen Krieges besonders stark verschlechtert. Eine Beseitigung dieser Herrschaft und ihrer Politik wird zu einer Verbesserung auch der materiellen Lage der Westberliner Arbeiter führen. Eine Friedenspolitik in Westberlin würde sofort die materielle Lage der Westberliner Arbeiter erleichtern, insbesondere durch den Wegfall der Besatzungskosten, der Kosten des kalten Krieges und der Bürgerkriegsvorbereitung, der Verpflichtungen auf Grund der Schuldenwirtschaft und der Bindungen an Bonn, vor allem aber durch die Beseitigung der künstlichen Abriegelung Westberlins von seinem natürlichen Hinterland und den Absatzgebieten im gesamten sozialistischen Lager.

Das also brachte die Frontstadtpolitik den Arbeitern in Westberlin:

Nicht das Recht auf Arbeit, sondern Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Nicht Gesundheit und wachsende Lebenskraft, sondern wachsende Zahl der Betriebsunfälle und der Frühinvalidität. Nicht Wachstum der Existenzsicherheit, sondern Steigen der Preise und Lebenshaltungskosten, wachsende Bezahlung unter dem Existenzminimum, vor allem die ständige Gefahr, durch einen von den deutschen Militaristen provozierten Krieg den Atomtod zu sterben.

Sind sich die Massen der Arbeiter in Westberlin dessen bewußt?

Wenn ja, warum bleiben dann ihre Kampfaktionen gegen die Wirkungen der Frontstadtpolitik und gegen die Kriegspolitik selbst

bisher hinter den Möglichkeiten und den objektiven Erfordernissen zurück?

Ohne Zweifel ist sich die Mehrheit der Westberliner Arbeiter ihrer mit der Kriegspolitik verbundenen zunehmenden absoluten und relativen Verelendung nicht voll bewußt. Es steht auch außer Zweifel, daß die Kampfaktionen der Westberliner Arbeiter in den vergangenen Jahren nicht so stark waren, wie es gerade die Gefährlichkeit der Frontstadtpolitik für die Westberliner Arbeiter selbst erfordert hätte. Das hat zahlreiche Gründe, deren wichtigste hier kurz genannt seien:

1. Das Erkennen des Zusammenhanges zwischen der Frontstadtpolitik und der Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter, die Notwendigkeit von Kampfaktionen gegen die Kriegspolitik wird besonders durch die wilde Hetze und den starken Terror gegen alle demokratischen Kräfte erschwert, die diese Zusammenhänge aufzeigen. Das Hauptinstrument der Kriegshetze gegen die DDR und die andern Arbeiter-und-Bauern-Staaten ist der RIAS, der amerikanische Sender in Westberlin, der dem Außenministerium der USA unmittelbar untersteht. Was der Sender der führenden Besatzungsmacht predigt, wird von den Handlangern der Besatzungsmächte in Westberlin willig realisiert. So werden Arbeiter aus Betrieben und Verwaltungen entlassen, nur weil sie für die Verwirklichung des Deutschlandplanes der SPD und des Aktionsprogramms des DGB eintreten. Es werden Betriebsräten die Mandate entzogen, weil sie die DDR besucht haben, DGB-Mitglieder gemaßregelt, weil sie Mitglieder der SED sind usw. Wie stark der Terror der Frontstadtjustiz ist, zeigen die vielen Tausende von Verhaftungen friedliebender demokratischer Menschen, von denen hier bereits ausführlich die Rede war.

2. Eine wesentliche Rolle spielt die starke Differenzierung der materiellen Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Arbeitslosen, Rentner, Männer, Frauen, Jugendlichen und Lehrlinge, ihr unterschiedlicher Bewußtseinsstand, die Versuche, auf dieser ökonomischen Basis die Arbeiter in Westberlin zu spalten.
   Dabei werden sowohl administrative Mittel angewandt, gestützt auf das „Betriebsverfassungsgesetz", das „Personalvertretungsgesetz", wie auch materielle, z. B. unterschiedliche Löhne, Prämien, Arbeitszeiten usw. Diese ökonomischen Mittel reichen, wie zahlreiche Beispiele zeigen, bis zur direkten Bestechung von Arbeiter-

und Angestelltengruppen, einschließlich reformistischer Betriebsräte.
Eine besondere Rolle spielen bei der Spaltung der „unselbständigen Beschäftigten" in Westberlin die legalen und illegalen „Grenzgänger" aus der DDR. Obwohl sie oft niedrigere Löhne als die in Westberlin wohnenden Arbeiter erhalten und demzufolge als Lohndrücker wirken, stellen sie für die Westberliner Verhältnisse durch den irrealen Wechselstubenkurs der Westmark zur DM der Deutschen Notenbank eine besondere „Kaste" innerhalb der Arbeiter dar, die in der Regel die antikommunistische Hetze unterstützt und eine ähnliche Funktion wie die „Arbeiteraristokraten" ausübt.

3. Die reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer in Westberlin unternehmen alles, um zu verhindern, daß die Arbeiter ihre wahre Lage unter den Bedingungen der Frontstadtpolitik in Westberlin erkennen, um mit einer falschen Darstellung der Verhältnisse in den sozialistischen Staaten, insbesondere in der DDR, die Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder revanchistisch zu verhetzen, um die Arbeiter in Westberlin vom organisierten Klassenkampf abzuhalten oder diesen zumindest stark einzuschränken.
Dabei reicht die Skala der ideologischen Beeinflussung und Verwirrung der Westberliner Arbeiter durch die adenauerhörigen rechten Führer vom „Wirtschaftswunder", der „Freien Marktwirtschaft", der Überbetonung der Konjunktur und des Reallohnes der Arbeiter, dem „Schaufenster des Westens", über die hier im einzelnen nicht wiedergegebene antikommunistische Hetze bis zum „Volkskapitalismus", der „Klassenharmonie" und der „Sozialpartnerschaft".
Ziel der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer ist es, die Verdummung der Arbeiter Westberlins durch eine erfundene „Bedrohung aus dem Osten" auszunutzen, um sie auf ihre Klassenbrüder zu hetzen und sie mit dem Hinweis auf die so konstruierte „besondere Lage Westberlins", von sozialen und politischen Kämpfen abzuhalten. Nichts anderes drückte der DGB-Führer Scharnowsky aus, als er in der „Berliner Stimme" vom 3. 1. 1959 erklärte:

> „Wo es also wie jetzt um die äußere Freiheit und Unabhängigkeit geht, sollte man sich um die weitere Gestaltung der sozia-

len Inneneinrichtung nicht mehr als unbedingt nötig streiten, geschweige denn die Köpfe einschlagen."

4. Der erfolgreiche sozialistische Aufbau in der DDR kann gegenwärtig durch diese Politik der rechten SPD- und DGB-Führer den Kampfeswillen der Arbeiter in Westberlin nicht so beflügeln, wie es sonst möglich wäre. Gleichzeitig kommen den Werktätigen Westberlins jedoch die ökonomischen Erfolge der DDR selbst materiell zugute, indem einzelne Preise für Nahrungsmittel, Dienstleistungen, Mieten usw. aus politischen Gründen nicht im selben Maße steigen wie in Westdeutschland. Andererseits nehmen sie zahlreiche Dienstleistungen im demokratischen Berlin, oft unter Ausnutzung des irregulären Wechselstubenkurses, in Anspruch, die ihnen dadurch nur geringe Kosten verursachen. Der Wechselstubenkurs, der selbst von offiziellen Westberliner Organen als unreal bezeichnet wird, begünstigt auch zahlreiche Schiebungen nach Westberlin, die nicht unwesentlich die materiellen Auswirkungen der Frontstadtpolitik für die Westberliner Arbeiter abschwächen. Allein in einem Jahr wurden auf den Verkehrswegen nach Westberlin von den Staatsorganen der DDR 213 000 Eier und 47 000 kg Fleischwaren beschlagnahmt, die für Westberlin bestimmt waren. Obwohl die Zahl der Kontrollen äußerst gering ist und dementsprechend die beschlagnahmten Waren nur einen verschwindend kleinen Prozentsatz der tatsächlichen illegalen Warenbeförderung nach Westberlin erfassen können, zeigen die beschlagnahmten Mengen doch anschaulich, daß große Teile der Westberliner Bürger, wenn auch illegal, sich ihre schlechte materielle Lage auf Kosten der Werktätigen der DDR erleichtern. Das nutzen die rechten SPD- und DGB-Führer dazu aus, die Bewußtseinsbildung und die Kampfaktionen der Arbeiter in Westberlin negativ zu beeinflussen.

5. Nicht zuletzt verkleistert die Gestaltung Westberlins als „Schaufenster des Westens" den Arbeitern die Augen. Freilich können sie Neuanschaffungen zum großen Teil nur mit Ratenkäufen durchführen, die ihren Reallohn vermindern. Diese, wie nachgewiesen, immer stärker werdenden finanziellen Verpflichtungen halten viele Arbeiter von Kampfaktionen ab, da sie bei Streik, Verlust des Arbeitsplatzes usw. nicht in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Daß gleichzeitig eine starke moralische Degradation, die durch die ungeheure Arbeitshetze in den

Betrieben begünstigt und durch die „amerikanische Lebensweise“ gefördert wird, den Arbeitern erschwert, ihre wahre Lage zu erkennen und ihre Rolle im Kampf gegen die Frontstadtpolitik in Westberlin zu erfassen, steht außer Zweifel.

Wenn das auch nicht alle Gründe sind, aus denen viele Arbeiter in Westberlin den Zusammenhang zwischen Frontstadtpolitik und ihrer schlechten materiellen Lage noch nicht erkannt haben und dementsprechend mit ihren Kampfaktionen hinter den Erfordernissen zurückbleiben, so sind es, wenn auch nur skizziert, die wichtigsten.

Daß die Arbeiter in Westberlin gegen den Willen der deutschen Frontstadtpolitiker und der ausländischen Okkupationsmächte zu kämpfen vermögen, wenn sie nur einheitlich und geschlossen auftreten, bewiesen sie in zahlreichen Streiks der letzten Jahre.

Aus Unzufriedenheit und Empörung über die Kriegspolitik in Westberlin streikten sie nicht nur in einzelnen Betrieben, sondern in ganzen Berufsgruppen. Sowohl bei dem Streik der 6000 Rohrleger im Jahre 1952, bei der Streikandrohung der 37 000 Metallarbeiter im Jahre 1953, wie bei dem vierwöchigen Streik der 300 Fliesenleger 1954, dem neunwöchigen Streik der 1 300 Putzer im Jahre 1955, immer dann war der Kampf der Arbeiter erfolgreich, wenn die Arbeiter einheitlich und geschlossen handelten.

Die größte und bedeutungsvollste Kampfaktion war der Warnstreik der 32 000 Westberliner Gemeindearbeiter im Jahre 1958, der nur deshalb nicht mit einem vollen Erfolg endete, weil der Westberliner Frontstadtsenat, die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer gemeinsam mit der kapitalistischen Arbeitgebervereinigung im Auftrage der Militaristen diesen Streik abwürgten.

Trotzdem war diese Aktion am 19. März 1958 der größte Streik und zugleich das beste Beispiel für die Aktionseinheit der Berliner Arbeiter in den letzten 25 Jahren.

Dadurch, daß sich die Angehörigen der S-Bahn in Westberlin, die bekanntlich Volkseigentum ist und von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verwaltet wird, aus Solidaritätsgründen am Streik der Westberliner Gemeindearbeiter beteiligten, erwiesen sich die Arbeiter und ihre Staatsmacht in der DDR als beste Verbündete für den Kampf der Westberliner Arbeiter.

Die wichtigste Lehre dieses Streiks für die Westberliner Arbeiter besteht darin, daß die Herstellung der Aktionseinheit der Berliner Arbeiter unbedingt notwendig ist, wenn sie in Westberlin materielle

und politische Erfolge gegen den deutschen Militarismus und das ihn schützende Besatzungsregime erzielen wollen.

Welche Anschläge andererseits die Kapitalisten gerade in Westberlin auf die ökonomische Position und die politischen Rechte der Arbeiter planen, zeigen die Versuche, den Westberliner Arbeitern die sogenannte „analytische Arbeitsplatzbewertung" aufzuzwingen, d. h. durch Individualisierung der Lohnberechnung auf Grund raffiniert ertüftelter, in jedem einzelnen Fall speziell ermittelter „Arbeitsplatzbedingungen" den einheitlichen Tariflohn aufzulösen und so auf kaltem Weg der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter als Vertreterin ihrer Interessen gegenüber dem Unternehmer die Grundlage zu entziehen, den Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu zersplittern. Es ist symptomatisch für die Situation in Westberlin, daß der in Westdeutschland durch den Widerstand der Arbeiter weitgehend gescheiterte Versuch der Unternehmer, die „analytische Arbeitsplatzbewertung" einzuführen, gegenwärtig in Westberlin mit Unterstützung der rechten Gewerkschaftsführer in dem wichtigsten Industriezweig, in der Metallindustrie, bereits im Stadium praktischer „Erprobung" ist.

Gerade diese massive Provokation der Unternehmer aber wird dazu beitragen, die Kampfpotenzen der Westberliner Arbeiter zu wecken und das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität zu stärken.

Es ist aber nicht nur der Klassenstolz und die Klassensolidarität, die dem Westberliner Arbeiter die weitere Duldung der Frontstadtpolitik verbieten, sondern auch ein nüchternes Durchdenken der tatsächlich besonderen, nämlich besonders exponierten Lage der Frontstadt Westberlin. Was würde selbst ein eigenes Auto nützen, wenn man damit geraden Wegs in den Atomkrieg hineinfährt? Was nützt die individuelle Ausnutzung eines Schwindelkurses, wenn man damit den eigenen Atomtod finanziert?

Moralische wie materielle Erwägungen lehren den Westberliner Arbeiter, daß es für ihn keinen gemeinsamen Weg mit den Militaristen geben kann, daß es gerade für ihn keine gesunden und gesicherten Lebensbedingungen geben kann, solange in- und ausländische Kriegstreiber in Westberlin regieren und ihrer Profite halber einen Bruderkrieg gegen den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat entfachen und daran den dritten Weltkrieg entzünden wollen.

Der Westberliner Wechselstubenkurs und die damit verbundene Spekulation - Teil der Frontstadtpolitik

Die Kursbildung zwischen DM-West und überwiegend illegal nach Westberlin abgeflossenen Banknoten und Münzen der Deutschen Notenbank in Westberlin, die einseitige Legalisierung der Zirkulation und Hortung von DM der Deutschen Notenbank in Westberlin werden ausgenutzt, um den NATO-Stützpunkt Westberlin zu erhalten. Der Westberliner Wechselstubenkurs ist kein Wechsel- bzw. Devisenkurs im herkömmlichen Sinn. Er liegt nicht in der Nähe der Goldparität, der Verrechnungseinheit im innerdeutschen Handel oder der errechenbaren Kaufkraftparität zwischen beiden deutschen Währungen. Er entsteht weder im offiziellen Handels- noch im offiziellen Reiseverkehr.

Wir bezeichnen ihn als einen politischen Kurs und wollen damit vor allem auf folgende Tatbestände hinweisen:

1. seine Entstehung und die Begleitumstände seiner Einführung waren politisch motiviert,
2. er wird beibehalten und gegebenenfalls manipuliert, um politische Effekte zu erzielen.

Wir nennen ihn Schwindelkurs und wollen damit folgendes zum Ausdruck bringen:

1. daß mit dem Kurs etwas erschwindelt (im Sinne von vorgetäuscht) wird. Vorgetäuscht wird eine etwa viermal höhere Kaufkraft der DM-West,
2. daß mit diesem Kurs etwas erschwindelt (im Sinne von ergaunert) wird. Ergaunert werden die verschiedenen Spekulationsgewinne.

Die Entstehung des Kurses im Gefolge der von den Westmächten durchgeführten separaten Währungsreform

Der Kurs ist damals im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Schwarzen Markt entstanden. Während noch monatelang alle lebensnotwen-

digen Waren und Dienstleistungen in ganz Berlin in DM der Deutschen Notenbank bezahlt werden konnten, gab es in Westberlin gegen B-Mark hauptsächlich Waren zu kaufen, die aus den sogenannten Marshallplanlieferungen stammten. Das waren keine unbedingt lebensnotwendigen Waren, aber es waren Dinge, auf die die Bevölkerung jahrelang hatte verzichten müssen. Es waren überwiegend Genußmittel, wie Kaffee, Kakao, Schokolade, amerikanische Zigaretten, Südfrüchte, Gewürze u. a. m. Jetzt, da sie auf engem Raum (Westberlin) in verhältnismäßig großer Menge auf den Markt geworfen wurden, entstand verständlicherweise ein großes Verlangen, in den Genuß dieser Waren zu kommen. Indem man diese Waren ausschließlich gegen B-Mark verkaufte, wurde das Verlangen nach diesen langentbehrten Genußmitteln umgewandelt in ein Verlangen nach B-Mark. Dieses Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten nach Genußmitteln, die mit diesen Waren gefüllten Schaufenster Westberlins und der künstlich geschaffene Tatbestand, daß diese Bedürfnisse nur auf dem Umweg über den Besitz von B-Mark befriedigt werden konnten, wurden frühzeitig von Schiebern und Spekulanten zu Kursspekulationen ausgenutzt. Der Umtausch erfolgte auf dem Schwarzen Markt am Bahnhof Zoo, am Potsdamer Platz und an anderen Zentren des Schwarzen Marktes in Westberlin. Es ist daher durchaus berechtigt, diesen Kurs als spekulativen Kurs oder als Schwarzmarktkurs zu bezeichnen. Seinen spekulativen Charakter hat er bis heute behalten und wird ihn nicht ändern, solange ein derartiger Kurs überhaupt besteht.

Im Gefolge der Einführung der B-Mark in Westberlin wurde – wie dargelegt – auch die verwaltungsmäßige Abtrennung Westberlins durchgeführt. Die Zielsetzung war damals schon klar. Westberlin sollte zum Provokationsherd und zum Spionagezentrum mitten im Gebiet der späteren Deutschen Demokratischen Republik ausgebaut werden. Es kam darauf an, Westberlin völlig von den Westzonen und den USA abhängig zu machen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, mußte auch das teilweise gleichberechtigte Nebeneinanderzirkulieren von DM der Deutschen Notenbank und DM-West verschwinden.

Dieser Forderung wurde am 20. März 1949 durch die Einführung der DM-West als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in Westberlin Rechnung getragen. Es wurde aber nicht, wie man es bei der Einführung der DM-West als *alleiniges* Zahlungsmittel hätte erwarten dürfen, die Zirkulation von DM der Deutschen Notenbank in Westberlin grundsätzlich verboten, sondern es wurde eine eigentümliche Doppel-

währungssituation geschaffen. Zu diesem Zwecke wurden die Zirkulation und die Hortung von DM der Deutschen Notenbank in Westberlin erlaubt und der Wechselstubenkurs einseitig legalisiert. Besonders erwähnenswert ist folgende gesetzliche Bestimmung:

„Besitz und Verwendung von Noten und Münzen, die im sowjetischen Sektor von Berlin umlaufen (nachstehend ‚Ostmark' genannt), bleiben erlaubt. Dementsprechend sind Verpflichtungen, die Bezahlung in Ostmark vorsehen, erlaubt.

Der Schuldner kann sich jedoch von einer solchen Verpflichtung durch Zahlung von Westmark in einem Betrage befreien, der dem Wechselstubenkurs am Tage der Zahlung entspricht."[1]

Diese eigentümliche Doppelwährungssituation wurde nicht geschaffen, um – wie westliche Demagogen scheinheilig behaupten – die vielfältigen wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen zwischen den Westsektoren einerseits und dem umliegenden Währungsgebiet der DM der Deutschen Notenbank andererseits aufrechtzuerhalten, sondern die so im Zusammenhang mit dem Ausbau Westberlins zum Provokationsherd und zum Spionagezentrum durchgeführte Währungsspaltung hat in entscheidendem Maße zur Selbstisolierung Westberlins geführt. Die einseitige Legalisierung des Wechselstubenkurses, der Zirkulation und Hortung von DM der Deutschen Notenbank in Westberlin ist selbst eine Provokation und erleichtert nicht zuletzt die Finanzierung der Agenten- und Spionagetätigkeit.

Kurz zusammengefaßt, waren folgende Gründe maßgebend für die Beibehaltung der eigentümlichen Doppelwährung:

1. Die westlichen Besatzungsmächte einschließlich der verschiedenen Militärmissionen, öffentlichen Kassen und Geldinstitute, Banken, Unternehmer, Geschäftsleute und Privatpersonen besaßen insgesamt erhebliche Beträge von DM der Deutschen Notenbank. Diesen Beständen wollte man eine einseitig legalisierte Verwertungsmöglichkeit belassen.

   Ein erheblicher Teil dieser seit der Währungsreform nach Westberlin abgeflossenen Beträge von DM der Deutschen Notenbank wurde durch die Währungsergänzungsverordnung auf den Konten des Westsenats bei der Berliner Zentralbank konzentriert. Daß es sich hierbei um erhebliche Beträge gehandelt haben muß, geht aus folgender Bemerkung hervor:

[1] Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsergänzungs-Verordnung) vom 20. März 1949, VOBl. für Groß-Berlin (West) 5. Jg., S. 86.

„Es läge in der Hand westlicher Stellen, den Ostmarkkurs zu verschlechtern, da der öffentlichen Hand aus der Zeit der Doppelwährung in Westberlin (Juni 1948 bis März 1949) ein hoher Millionenbetrag von Ostmark verblieben ist."[1]

Diese Bemerkung deutet gleichzeitig auf den Verwendungszweck dieses von Anfang an erheblichen Fonds von DM der Deutschen Notenbank hin. Er diente bis zu seiner Liquidierung durch die Banknotenumtauschaktion im gesamten Währungsgebiet der DM der Deutschen Notenbank am 13. Oktober 1957 zur Manipulation des Wechselstubenkurses, ferner zur Finanzierung von Maßnahmen, die gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Berlin verstoßen. Damit ist vor allem die Agenten- und Spionagetätigkeit gemeint.

Nach Berechnungen der Deutschen Notenbank hatte dieser Fonds bei seiner Entstehung eine Höhe von etwa 160 bis 180 Millionen DM der Deutschen Notenbank. Der Westen wollte sich also durch die Beibehaltung einer einseitig legalisierten Verwertungsmöglichkeit von DM der Deutschen Notenbank im West-Währungsgebiet die Möglichkeit offenlassen, jederzeit Störmanöver und Sabotageakte im Währungsgebiet der DM der Deutschen Notenbank zu finanzieren.

2. Der Westberliner Wechselstubenkurs, dem von Anfang an eine erhebliche Unterbewertung der DM der Deutschen Notenbank innewohnte, sollte beibehalten werden, um die Währung der DM der Deutschen Notenbank und die sozialistische Wirtschaft im demokratischen Berlin und in der übrigen Deutschen Demokratischen Republik zu diskreditieren. Die Besonderheiten dieser Kursbildung, einschließlich der politischen Manipulationsmöglichkeiten, garantierten, daß dieser Kurs in absehbarer Zeit nicht die wirkliche Wertrelation zwischen beiden Währungen zum Ausdruck bringen konnte.
3. Bestimmte Westberliner Geschäftsleute hatten sich darauf eingestellt, einen Teil ihres Umsatzes mit Bewohnern des Währungsgebietes der DM der Deutschen Notenbank zu tätigen. Die ständig steigende zahlungsfähige Nachfrage und die nicht immer bedarfsgerechte Warendecke im Währungsgebiet der DM der Deutschen

[1] Rudolf Meimberg: „Wirtschaft und Währung Westberlins zwischen Ost und West", Schriftenreihe, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 1, Berlin 1950, S. 55.

Notenbank ließen ein schnelles Ansteigen der „Ostnachfrage“ auf dem Westberliner Markt erwarten. Die Profitinteressen gewisser Westberliner Geschäftsleute, besonders derer, die am Wechselstubengeschäft direkt verdienten, erforderten es also, daß die Zirkulation und Hortung von DM der Deutschen Notenbank in Westberlin beibehalten und einseitig legalisiert wurde.

Die damaligen Gründe für die einseitige Legalisierung der Spekulationsmöglichkeiten mit DM der Deutschen Notenbank im DM-West-Währungsgebiet sind im Prinzip auch heute noch vorhanden. Der beste Beweis dafür ist die Wiederaufnahme des Wechselstubengeschäftes nach der Banknotenumtauschaktion im gesamten Währungsgebiet der DM der Deutschen Notenbank am 13. Oktober 1957. Man hätte meinen sollen, daß nach einem Verlust von etwa einer halben Milliarde DM der Deutschen Notenbank den Spekulanten die Lust am Geschäft verdorben worden wäre. Die Wiederaufnahme der Spekulation mit DM der Deutschen Notenbank in Westberlin zeigt eindeutig, daß nicht das Geschäft, sondern die Erzielung politischer Wirkungen im Vordergrund steht. Kurz zusammengefaßt, waren folgende Gründe für die Wiederaufnahme der Wechselstubenkursspekulation maßgebend:

1. Der Westberliner Wechselstubenkurs als Schwindelkurs in dem Sinne, daß er eine etwa viermal höhere Wertrelation der DM-West vortäuscht, sollte erhalten bleiben. Der Westen wollte unter allen Umständen die Diskriminierung der Währung der DM der Deutschen Notenbank und der sozialistischen Wirtschaft im demokratischen Berlin und in der übrigen Deutschen Demokratischen Republik beibehalten. Daß dieser Gesichtspunkt eine erhebliche Rolle spielte, zeigte sich im Streit um die Kursfestsetzung in der ersten Woche nach der Umtauschaktion. Dabei kam es hinter den Kulissen zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Das beweist folgende Notiz:
   „Wegen der Festsetzung des Wechselstubenkurses war es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, in deren Verlauf der Vorsitzende des Ostmarkausschusses, Herbert Ohning, von seinem Posten zurückgetreten war. Bankier Hans Weber hatte seine Ämter in der Interessengemeinschaft der Wechselstubenbesitzer schon am 1. Juli niedergelegt.“ („Die Welt“, 21. Oktober 1957)
2. Die im Dienste des westdeutschen und internationalen Monopolkapitals arbeitenden Agenten- und Spionagezentralen wollten weiterhin soviel Menschen wie möglich aus dem demokratischen

Berlin und der übrigen Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin locken, um sie imperialistisch und antisozialistisch zu beeinflussen und um sie gegebenenfalls zur Spionage und Sabotage oder zur Republikflucht zu verleiten.

Da mit steigendem Warenangebot und infolge von Preissenkungen im Währungsgebiet der DM der Deutschen Notenbank die Wareneinkäufe von Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des demokratischen Berlins zurückgingen, mußten im Interesse der Agenten- und Spionageorganisationen neue Wege gesucht werden, um möglichst viele Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik und speziell aus dem demokratischen Berlin nach Westberlin zu locken. Eine dieser Maßnahmen ist das sogenannte „Kulturprogramm für Ostbewohner". Im Rahmen dieses Programms werden den Bewohnern des Währungsgebietes der DM der Deutschen Notenbank, die Westberlin besuchen, Eintrittskarten zu den verschiedensten Veranstaltungen im Verhältnis 1:1 gegen Zahlung von DM der Deutschen Notenbank verkauft. Ferner haben verschiedene Anstalten und Einrichtungen des Senats – wie z. B. die West-BVG – recht erhebliche Einnahmen an DM der Deutschen Notenbank. Für alle diese ständig fließenden Einnahmequellen von DM der Deutschen Notenbank muß eine zumindest einseitig legalisierte Rückflußmöglichkeit offengehalten werden. Das sind die Westberliner Wechselstuben mit ihrem Umsatz von DM der Deutschen Notenbank und ihrem Kurs, und deswegen mußten die Umtauschmöglichkeiten für DM der Deutschen Notenbank in Westberlin in ihrer bisherigen Form beibehalten werden.

3. Im Laufe von über 10 Jahren hat sich ein Teil des Westberliner Marktes auf die sogenannte „Ostkundschaft" eingestellt. Ein Verzicht auf Geschäfte mit DM der Deutschen Notenbank bzw. ein Verzicht auf den Umtausch von DM der Deutschen Notenbank gegen DM-West in Westberlin hätte einen Verzicht auf den Geschäftsverkehr mit der „Ostkundschaft" bedeutet. Das aber hätte Umsatzrückgang, Profiteinbußen und den Bankrott einiger Unternehmen zur Folge gehabt.

Bewußt sind in beiden Aufzählungen die Geschäftsinteressen Westberliner Unternehmer an letzter Stelle genannt worden. Die Kursspekulation wird in letzter Instanz nicht einseitig legalisiert beibehalten und gefördert, um möglichst hohe Spekulationsgewinne, sondern um möglichst große politische Effekte zu erzielen. In verallgemeinerter

Form ausgedrückt, sollen folgende politische Wirkungen erzielt werden:

1. Durch eine möglichst ungünstige Kursbildung soll die Währung der DM der Deutschen Notenbank und die sozialistische Wirtschaft in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik und speziell im demokratischen Berlin in den Augen möglichst vieler Menschen diskreditiert werden.
2. Durch Spekulationen mit DM der Deutschen Notenbank in Westberlin, die bis zu einem Umtausch 1:1 für bestimmte Zwecke und bis zur Inkaufnahme erheblicher Verluste beim Senat gehen, sollen möglichst viele Menschen aus dem demokratischen Berlin und der übrigen Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin gelockt werden, um sie dort im Sinne der Frontstadtpolitik zu beeinflussen.

Die Korrumpierung von Menschen aus Westberlin, aus dem demokratischen Berlin und der übrigen Deutschen Demokratischen Republik durch die Erzielung von Spekulationsgewinnen

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Erzielung von Spekulationsgewinnen in der Praxis von der Erzielung politischer Effekte vielfach nicht getrennt werden kann. Schließlich wird auch ein politischer Effekt erzielt, wenn Bürger eines sozialistischen Staates ständig die Möglichkeit haben, durch Waren- und Geldschiebungen spekulative Gewinne zu machen. Diese Menschen erliegen leichter der Schaufensterpolitik der „Westlichen Welt", lassen sich leichter zur Agententätigkeit mißbrauchen und zur Republikflucht anstiften, bei deren Vorbereitung und Durchführung der illegale Abfluß und Umtausch von DM der Deutschen Notenbank eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Die spekulative und politisch motivierte Art der Kursbildung ermöglicht die Erzielung einer Reihe von Spekulationsgewinnen. Hier sollen nur die spekulativen Kaufkraftgewinne erwähnt werden, da sie das Hauptmittel zur Korrumpierung der Bevölkerung in und um Berlin darstellen. Der Westberliner Wechselstubenkurs ermöglicht außerordentliche Kaufkraftgewinne, da erheblich abweichend von der Kaufkraftparität zwischen beiden Währungen umgetauscht wird und für bestimmte Waren und Dienstleistungen in beiden Währungsgebieten sehr unterschiedliche Preise bestehen.

Die Kaufkraftparität liegt je nach dem zugrunde gelegten Waren- und Dienstleistungskorb zwischen 1 DM-West : 0,9 DM der Deutschen Notenbank und 1 DM-West : 1,5 DM der Deutschen Notenbank. Die derzeitige Relation des Ankaufskurses von durchschnittlich 1 DM-West : 3,7 DM der Deutschen Notenbank hat mit der Kaufkraft der beiden deutschen Währungen nicht das geringste zu tun.

Warum entspricht der Wechselstubenkurs nicht der realen Kaufkraftrelation der beiden deutschen Währungen?

Selbst westliche Publikationsorgane versuchen heute kaum noch ernsthaft zu behaupten, die Wechselstubenkursrelation drücke die Kaufkraftrelation der beiden deutschen Währungen aus.

So gibt das in der bürgerlichen Welt viel beachtete und zitierte „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung"[1] in Westberlin nach seinen Berechnungen für die mittlere Verbrauchergruppe eine Kaufkraftparität von 1 DM-West : 1,33 DM-DN an und für die gehobene Verbrauchergruppe eine Kaufkraftparität von 1 DM-West : 1,44 DM-DN für Juni 1958. In beiden Fällen wurde von einer Waren- und Dienstleistungskorbberechnung für eine vierköpfige Indexfamilie ausgegangen. Bei der mittleren Verbrauchergruppe hat man errechnet, daß für die gleiche Menge an Gütern und Diensten, für die in Westdeutschland 348 DM-West erforderlich wären, in der Deutschen Demokratischen Republik 463,50 DM-DN aufgewendet werden müßten. Die entsprechenden Zahlen für die gehobene Verbrauchergruppe lauten 605,58 DM-West : 874,04 DM-DN.

Bezeichnenderweise wird – im Gegensatz zu früheren Berechnungen – eine untere Verbrauchergruppe mit einem Einkommen von 200 bis 300 DM nicht mehr angegeben. Die Kaufkraftrelation für diese Einkommensgruppe würde selbst nach westlichen Berechnungsmethoden zugunsten des DM-DN-Währungsgebietes ausfallen. Das ist einfach darauf zurückzuführen, daß die Preise für lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen bei uns teilweise erheblich niedriger sind.

Zu nennen sind hier vor allem Wohnungsmieten, kommunale Verkehrstarife, Preise für Gas und Elektroenergie, Hausbrandkohle, Kartoffeln, Brot, die meisten Nährmittel, Grobgemüse und zunächst noch

[1] DIW-Wochenbericht Nr. 42 vom 17. Oktober 1958

wenige, aber von Jahr zu Jahr mehr werdende Haushaltsgeräte, Textilien und Schuhe.

Auch die errechneten Kaufkraftrelationen für die mittlere und die gehobene Verbrauchergruppe sind durchaus anfechtbar. Es ist allgemein bekannt, wie schwierig es ist, einen vergleichbaren Waren- und Dienstleistungskorb für zwei Wirtschafts- und Währungsgebiete aufzustellen und richtig zu gewichten. Man braucht z. B. nur Waren und Dienstleistungen, die in der Deutschen Demokratischen Republik relativ billiger sind, zu gering, und die relativ teurer sind, zu stark zu gewichten, dann verschiebt sich die errechnete Kaufkraftrelation erheblich zugunsten der DM-West.

Berücksichtigt man diese Unsicherheitsfaktoren bei der Kaufkraftberechnung, so kann man sagen, daß die Schwankungsbreite, je nach der Auswahl und Gewichtung der Waren- und Dienstleistungen im Korb, zwischen 1 DM-West : 0,9 DM-DN und 1 DM-West : 1,5 DM-DN liegt. Mittels keiner Manipulation kann heute eine Relation von 1 DM-West : 2 DM-DN oder gar 1 DM-West : 4 DM-DN errechnet werden.

Es muß noch zweierlei beachtet werden:

Erstens verläuft die Kaufkraftentwicklung der beiden deutschen Währungen entgegengesetzt. So hat sich die Kaufkraft der DM-DN von 1950 = 100 auf 1957 = 150,2 erhöht, während die Kaufkraft der DM-West von 1950 = 100 auf 84 (Stand 30. Juni 1958) gesunken ist.

Zweitens muß betont werden, daß Kaufkraftvergleiche keine Lebensstandardvergleiche sind. Um den Lebensstandard in zwei zu vergleichenden Volkswirtschaften zu errechnen, müssen zumindest noch folgende Faktoren mit einbezogen werden:

1. Das durchschnittliche Einkommensniveau im Verhältnis zum durchschnittlichen Preisniveau (Waren und Dienstleistungen des persönlichen Bedarfs).
2. Die Pro-Kopf-Belastung der Bevölkerung mit direkten Steuern.
3. Der Pro-Kopf-Anteil der Bevölkerung am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds (Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke).

Um den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung zu errechnen, muß man außerdem solche Faktoren, wie klassenmäßige Verteilung der Einkommen, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, den Intensitätsgrad der Arbeit und ähnliches mehr berücksichtigen. Mit alledem ist der Beweis erbracht, daß die Wechselstubenkursrelation auch nicht das geringste mit der Kaufkraftrelation zwischen DM-West und DM-DN zu tun hat.

Die meisten Waren, die es im DM-DN-Währungsgebiet zu kaufen gibt, liegen aber heute in der Preisrelation erheblich unter der Kursrelation. Je näher sie der Preisrelation 1:1 oder sogar darunter kommen, desto begehrter werden sie als Objekt der Warenschiebungen in Richtung Ost–West. Eine wesentliche Rolle bei der Auswahl der Schieberwaren spielt selbstverständlich auch die Relation Wertgröße : Rauminhalt, überhaupt werden kleine und leicht versteckbare Waren bevorzugt, um der Kontrolle, Beschlagnahme und Bestrafung zu entgehen. So war im Juni 1959 die Preisrelation bei Kartoffeln 1 DM-West : 0,68 DM-DN und bei Butter 1 DM-West : 1,4 DM-DN. Rein preisrelationsmäßig gesehen, wäre die Kartoffelschiebung rentabler, da aber die Butter auf kleinerem Raum einen erheblich größeren Wert verkörpert, ist die Butterschiebung viel weiter verbreitet. Butter und Fleisch sind z. Z. Schwerpunktschieberwaren in Richtung Ost–West. Unsere Kontrollorgane schätzen auf Grund der von ihnen durchgeführten Kontrollen, daß sich gegenüber der Zeit vor der Abschaffung der letzten Reste der Rationierung die Butterschiebungen etwa vervierfacht und die Fleischschiebungen mehr als verdoppelt haben.

Diese Schiebungen werden von Bewohnern des demokratischen Berlins, der Westsektoren und der Stadtrandgebiete durchgeführt. Dazu einige wenige Beispiele:

Frau Frieda Knape, wohnhaft in Potsdam-Babelsberg, konnte nachgewiesen werden bzw. gab sie zu, 21 Ztr. Fleisch- und Wurstwaren, 16 Ztr. Butter, 14 Ztr. Gemüse, 6 Ztr. Zucker, 4300 Eier und 2 Ztr. Mehl von 1955 bis Juni 1959 in den Westsektor verschoben zu haben.

Daß gewerbsmäßige Schieber selbst davor nicht zurückschrecken, Kinder in ihr schmieriges Geschäft hineinzuziehen, zeigt folgender Fall:

Im Februar 1959 wurde unseren Kontrollorganen die elfjährige Schülerin Erika Matzky, die das demokratische Berlin in Richtung Westsektor verlassen wollte, zugeführt. Das Kind hatte 25 Stück Knacker und 26 Stück Kotelett bei sich. Das Kind wohnt bei seinen Eltern in Berlin-Friedenau (Westsektor). Der Vater ist selbständiger Gastwirt. Diese Waren sollten in der Gaststätte des Vaters verbraucht werden. Die Waren sind bei der Tante Ilse Matzky, wohnhaft Berlin NO 55, Schönhauser Allee, abgeholt worden. Die Tante hat die Knacker in der HO-Imbißstube, in der sie selbst beschäftigt war, gekauft. Die Koteletts sind im HO-Fleischwarengeschäft in der Schönhauser Allee gekauft worden. Das Kind gab bei der Vernehmung an, schon

des öfteren von der Tante Ilse derartige Fleischmengen und auch Butter für die Gaststätte in Westberlin geholt zu haben.

Der folgende Fall beweist, daß Grenzgänger (Menschen, die in einem Währungsgebiet wohnen und im anderen arbeiten) in besonders starkem Maße gefährdet sind und verhältnismäßig leicht zu gewerbsmäßigen Schiebern und zu rückfälligen Gesetzesübertretern werden können:

Im April 1959 wurde Werner Hagedorn, wohnhaft Berlin-Hohenschönhausen, auf dem Nordbahnhof einer Kontrolle unterzogen. Er arbeitet als Filmvorführer in Westberlin. Er gab bei seiner Vernehmung zu, seit etwa einem Jahr an einen gewissen Erich Knorr, wohnhaft Storkow/Mark, Besitzer der Capitol-Lichtspiele, folgende Westwaren versandt zu haben:

20 kg Kaffee, 10 kg Kakao, 1000 Zigaretten und 100 Tafeln Schokolade. Weiterhin gab er zu, insgesamt etwa 4500 DM-DN durch Umtausch von DM-West in den Wechselstuben illegal in das demokratische Berlin eingeführt zu haben. Der Beschuldigte ist bereits fünfmal vorbestraft. Die letzte Strafe lautete auf vier Monate Gefängnis und 1680 DM-DN Geldstrafe.

Man könnte noch eine Fülle weiterer Beispiele anführen. Die Schiebungen beginnen mit der Besorgung von Lebensmitteln für Westberliner Verwandte durch Bewohner des demokratischen Berlins. Sie enden beim gewerbsmäßigen Verschieben optischer Geräte, die gegen Vorzeigen von Ausweisen republikflüchtiger Personen gekauft wurden. Sie werden begünstigt durch nachlässiges Verhalten mancher Handelsangestellten bezüglich der Ausweisvorzeigepflicht der Käufer im demokratischen Berlin. Nur ein Teil der Schiebungen kann aufgedeckt und geahndet werden.

Nur ganz kurz sei erwähnt, daß durch diese Warenverschiebungen in beiden Richtungen der Bevölkerung und der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik erheblicher Schaden zugefügt wird. Infolge des nicht der Kaufkraft entsprechenden Kurses erfolgt dieser Austausch nichtäquivalent, sondern einseitig zum Schaden des DM-DN-Währungsgebietes. Per Saldo werden Westberlin jährlich Waren und Dienstleistungen im Werte von etwa 200 Millionen DM-DN buchstäblich geschenkt.

Im Schieberunwesen und in dem nichtäquivalenten Austausch kommt der Parasitismus und der Schwarzmarktcharakter des Westberliner Wechselstubenkurses besonders deutlich zum Ausdruck.

Von den ökonomischen Schäden, die zumindest wertmäßig abschätzbar sind, kann man aber die politischen Schäden nicht trennen. Gemeint sind hier vor allem die moralischen Schäden, die große Teile der Bevölkerung, die direkt oder indirekt mit dem Kurs zu tun haben, davontragen.

Die Möglichkeit, durch nichtäquivalenten Warenaustausch einen Kaufkraftgewinn zu erzielen, macht das Wechselstubengeschäft für breite Kreise der Westberliner Bevölkerung verlockend.

Die Möglichkeit, durch Umtausch für eine relativ geringe Menge DM-West einen ungerechtfertigt hohen Betrag an DM-DN zu bekommen und dafür wertmäßig erheblich mehr Waren und Dienstleistungen als im eigenen Währungsgebiet kaufen zu können, übt einen demoralisierenden Einfluß auf breite Schichten der Westberliner Bevölkerung aus. Teile der Bevölkerung, besonders auch Arbeiter, kleine Angestellte, Arbeitslose und Rentner, werden durch diese Tatsache vom konsequenten Kampf um die wirkliche Verbesserung ihrer Lage abgehalten, da sie sich bei Ausnutzung des Schwindelkurses trotz niedriger Einkommen einen relativ hohen Lebensstandard erhalten können.

Letztlich werden diejenigen, die sich an die Erzielung von Spekulationsgewinnen „gewöhnt" haben – und das gilt für Bewohner der Westsektoren, des demokratischen Berlins und der übrigen Deutschen Demokratischen Republik –, nicht für eine grundsätzliche Normalisierung der Lage Westberlins eintreten. Denn das dürfte klar sein: So sehr wir für eine maximale Ausweitung normaler, das heißt beiderseits legalisierter und äquivalenter Waren- und Geldbeziehungen sind, so sehr werden wir uns auch in Zukunft jederzeit gegen Waren- und Geldspekulationen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin wehren.

Jedoch nicht nur das Bewußtsein der Westberliner Bevölkerung wird durch den Spekulationskurs und seine Ausnutzungsmöglichkeiten geschädigt. Allein das Vorhandensein eines Kurses, der unsere Währungseinheit etwa vierfach unterbewertet, stellt eine politische Schädigung dar. Das ist eines der Mittel, den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, die sozialistische Planwirtschaft und das sozialistische Währungssystem zu diskreditieren. Verbunden mit dieser Diskreditierung ist eine irreführende Zur-Schau-Stellung des kapitalistischen Wirtschafts- und Währungssystems im „Schaufenster" Westberlin. Durch diese Politik, bei der der Westberliner Wechselstubenkurs eine

erhebliche Rolle spielt, soll das Vertrauen der Bevölkerung in die sozialistische Wirtschaftspolitik untergraben werden; die Bevölkerung soll davon abgehalten werden, als Produzent, als Konsument und als Träger der Staatsgewalt selbst die Produktion und die Verteilung zu beeinflussen; Teile der Bevölkerung sollen zu staatsfeindlichen Handlungen und zur Flucht aus dem sozialistischen Staat angestiftet werden.

In Westberlin wird eine ausgesprochen kapitalistische Schaufensterpolitik gegenüber dem sozialistischen Lager, besonders gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, getrieben. Diese Schaufensterpolitik kann nicht aus dem in Westberlin erzeugten Nationaleinkommen allein gedeckt werden. Der westdeutsche und der amerikanische Steuerzahler werden hier zur Finanzierung mit herangezogen (die erheblichen finanziellen Zuschüsse zur Aufrechterhaltung der Schaufensterpolitik, wie ERP-Mittel, Frachthilfe, Preisstützungen, Steuerpräferenzen usw., werden an anderer Stelle beschrieben).

Die mehr und mehr schwindende Anziehungskraft der Schaufensterpolitik in Waren wird ergänzt und ersetzt durch eine an die niedrigsten Instinkte appellierende, demoralisierende Zurschaustellung der „westlichen Lebensweise", vor allem in illusionistisch-kitschigen und blutrünstigen Filmen, Animiergaststätten usw. Unter dem Eindruck der Schaufensterpolitik und der erbärmlichen „Verlockungen" der „westlichen Lebensweise" ist es oft leichter, schwankende Elemente zur Agententätigkeit zu bewegen und nicht klassenbewußte Spezialarbeiter abzuwerben. In vielen Fällen beginnt es mit einem Westeinkauf oder dem Besuch einer Ausstellung in Westberlin. Es geht über in den Besuch pseudokultureller Veranstaltungen. Eine „harmlose" Rechtsauskunft bei den „freiheitlichen Juristen" oder ähnliches ebnet dann den Weg zur Agententätigkeit. Am Ende steht die Republikflucht oder die Verurteilung durch ein Gericht der Deutschen Demokratischen Republik.

Damit dürfte die politische Gefährlichkeit von Westeinkäufen durch Bewohner des demokratischen Berlins und der übrigen Deutschen Demokratischen Republik hinreichend bewiesen sein. Wenn man die ökonomische Schädigung vor allem durch den nichtäquivalenten Austausch von Waren und Dienstleistungen noch dazurechnet, wird es verständlich, daß der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat gezwungen ist, Maßnahmen gegen Westeinkäufe und überhaupt gegen jeden nicht unbedingt notwendigen Besuch des DM-West-Währungsgebietes zu ergreifen.

Die wahren Interessen der Westberliner Bevölkerung und Wirtschaft und die Möglichkeit zur Lösung der Währungs- und Wirtschaftsprobleme zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik

Die einseitige Bindung der Westberliner Währung und Wirtschaft an Bonn und die im Interesse der Führung des kalten Krieges und der Vorbereitung eines Eroberungskrieges selbst gewählte Isolierung Westberlins von der Deutschen Demokratischen Republik liegen nicht im Interesse der Westberliner Bevölkerung und Wirtschaft und muß beendet werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und auch der Magistrat von Groß-Berlin setzen sich ständig für Verhandlungen und in diesem Zusammenhang für die Erweiterung des innerdeutschen Handels ein. Die Erweiterung des innerdeutschen Handels ist das einfachste und wirksamste Mittel zur Verringerung und schließlichen Abschaffung der Spekulation mit Geld und Waren von und nach Westberlin.

So wird im Brief des Magistrats an den Senat vom 7. November 1958 – wie bereits erwähnt – ein zusätzliches Handelsabkommen mit Westberlin in Höhe von 210 bis 220 Millionen DM vorgeschlagen. Auch die Sowjetunion schlägt in ihren Berlinnoten verstärkte normale Handelsbeziehungen mit Westberlin vor. Beide Angebote liegen im Interesse der Westberliner Wirtschaft, sie liegen auch – schon weil sie der Normalisierung und dem friedlichen Wettbewerb dienen – im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Staaten. Die Westberliner Wirtschaft ist nicht an einer Überschwemmung Westberlins mit „billigen Ostwaren" interessiert. Sie ist daran interessiert, im eigenen Währungsgebiet und in anderen Währungsgebieten möglichst viele Waren abzusetzen. Besonders in Krisen- und Depressionszeiten ist das Einfließen billiger Waren aus einem anderen Wirtschaftsgebiet das Schlimmste, was der kapitalistischen Wirtschaft passieren kann. So werden auch in solchen Fällen und Zeiten alle Machtmittel des kapitalistischen Staates eingesetzt, um das Einströmen zu verhindern. Das zeigt ein Beispiel aus der Geschichte des Westberliner Wechselstubenkurses.

Bis zum 27. November 1952, dem Tage, an dem die „Verordnung zur Verhinderung der Spekulation mit Lebensmitteln und Industriewaren" erlassen wurde, konnten die Westberliner frei im demokratischen

Berlin einkaufen. Die Folge war, daß z. B. über ein Drittel des in Westberlin verbrauchten Brotes aus Ostberlin stammte. Bei diesen Käufen wurden die schon erwähnten Kaufkraftgewinne erzielt. Die betroffenen Wirtschaftskreise in Westberlin, in diesem Falle die Bäcker, litten schwer unter dieser Konkurrenz. Die Westberliner Presse schrieb andauernd über das sogenannte „Ostdumping". Der Westberliner Zoll führte verschärfte Kontrollen, Beschlagnahmen und Bestrafungen durch. Die Maßnahmen zum Schutze unserer Wirtschaft – also vor allem die Einführung der DPA-Vorzeigepflicht bei Einkäufen im demokratischen Berlin – lagen und liegen durchaus auch im Interesse der Westberliner Wirtschaft. Sie wirken in ähnlicher Weise wie Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen. Ein plötzlicher Wegfall dieser Schutzmaßnahmen würde die Westberliner Wirtschaft vor schwierige Probleme stellen. Diese Schutzmaßnahmen liegen im Interesse der Wirtschaft in beiden Teilen Berlins, noch mehr aber eine Ausweitung des normalen (äquivalenten) Handels zwischen beiden Teilen Berlins. Eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze unserer Währung, unserer Wirtschaft und unserer Bevölkerung, die fraglos gewisse Unbequemlichkeiten sowohl für unsere eigene Bevölkerung als auch für die Bewohner des DM-West-Währungsgebietes mit sich bringen, könnten sofort wegfallen, wenn entsprechende Übereinkünfte zwischen Magistrat und Senat bzw. zwischen den beiden deutschen Regierungen getroffen würden. Das ist aber nur auf dem Wege von Verhandlungen möglich.

Auf dem Wege der Verhandlungen könnten auch das Grenzgängerproblem und andere Probleme im Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung in beiden Teilen Berlins gelöst werden. Wer Verhandlungen und damit die Lösungsmöglichkeiten der Probleme, von denen hier nur einige aufgezeigt wurden, verhindert, der stellt sich gegen die wahren Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung in beiden Teilen Berlins. Eine dauerhafte Lösung der Wirtschafts- und Währungsprobleme zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik aber setzt die Verwandlung der NATO-Frontstadt Westberlin in eine friedliche, entmilitarisierte Stadt voraus.

Der moralische und kulturelle Verfall Westberlins - Ergebnis und Instrument der Frontstadtpolitik

Wir sahen, mit welchen politischen und wirtschaftlichen Mitteln die Frontstadt Westberlin von den Besatzungsmächten im Verein mit den deutschen Militaristen geschaffen wurde und unter ihrem Schutz künstlich am Leben erhalten wird. Wir sahen, wie die Stadt im Ergebnis dieser Entwicklung zu einem Agentennest, einem Spionagedschungel, einem Dorado für Militaristen und Faschisten, einem Paradies für Währungsspekulanten und Schieber wurde.

Der Aufrechterhaltung der Rolle Westberlins als Frontstadt im System der Aggression dient aber auch eine umfassende Tätigkeit zur ideologischen Beeinflussung der Volksmassen im Sinne des Militarismus. Sie erfolgt auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Westberliner „Volksbildung"

Die systematische ideologische Beeinflussung im Sinne des Militarismus, Revanchismus und Chauvinismus beginnt bereits bei den Schulkindern. In der Schulpolitik des Westberliner Senats zeigt sich besonders deutlich der Einfluß der Frontstadtpolitik auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung der Jugend in Westberlin.

Im Sinne der Kriegspolitik wurde das Bildungswesen in Westberlin inhaltlich und organisatorisch so gestaltet, daß es einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin leisten kann. Alle schulpolitischen Maßnahmen sind auf die Beseitigung des einheitlichen Berliner Schulgesetzes vom 13. November 1947 gerichtet, das den jahrzehntelangen Forderungen des demokratischen Teils der Eltern und Erzieher entsprach. Die Wiedereinführung der alten Standesschule, die Angleichung der Westberliner Schulen an das Schulsystem

der Bundesrepublik und die Herabsetzung der Grundschuldauer von acht auf sechs Jahre, richteten sich vor allem gegen den § 1 des Schulgesetzes von 1947, in dem es heißt:

„... Ziel muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, die völlige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen, und welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen sowie auch von dem Gefühl ihrer Verpflichtung der Menschheit gegenüber durchdrungen sind. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein, und ihre Wirksamkeit muß bestimmt werden von der Anerkennung einer grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker."

Gegen diese Grundforderungen einer humanistischen Erziehung wandten sich wiederholt die reaktionären Kräfte in Westberlin. Im Interesse der Remilitarisierung und Erhaltung des Besatzungsregimes verlangten sie, daß der Unterricht in steigendem Maße mit faschistischem und militaristischem Gedankengut erfüllt werde, um so einen wichtigen Beitrag der Schule für die Durchsetzung der Frontstadtpolitik zu erreichen. Gegenwärtig wird im Unterricht und in der außerschulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit in Westberlin jedes Mittel genutzt, um die Schuljugend ideologisch so zu beeinflussen, daß sie später zu willigem Werkzeug in den Händen der politischen Machthaber Westberlins wird.

Der politischen Verhetzung der Schuljugend dient in erster Linie das „Unterrichtsprinzip Ostkunde". Daran wird entsprechend der besonderen Rolle Westberlins im System der aggressiven Kräfte in Westberlin noch intensiver gearbeitet, als das in der Bundesrepublik geschieht. Unter dem Vorwand der „Pflege heimatlicher Traditionen" wurde den Westberliner Schulen 1954 durch eine Rundverfügung die Aufgabe gestellt, „die von fremden Mächten verwalteten deutschen Ostgebiete in ihrer geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung für Deutschland im Unterricht ständig den Kindern nahezubringen".

Auf diesem Wege soll die Jugend in den Schulen für die geplante Eroberung der Gebiete ostwärts von Oder und Neiße, des sogenannten „Sudetenlandes" usw. reif gemacht werden.

Damit diese Aufgabe gründlich durchgeführt wird, bekam jeder Bezirk Westberlins einen Lehrer als „Referenten für ostdeutsche Fragen" zugeteilt, der u. a. für die ständige Anleitung der Lehrer und für die Beschaffung von Unterrichtsmaterialien zu sorgen hat. Eine besondere Verschärfung des ostkundlichen Unterrichtsprinzips erfolgte nach der Veröffentlichung der „Empfehlungen zur Ostkunde", die die Ständige Konferenz der Kultusminister im Dezember 1956 in Hamburg beschlossen hatte. Danach wurden den Westberliner Lehrern laufend Materialien „zur didaktischen Problematik der Ostkunde" in die Hand gegeben, nach denen sie sich zu richten haben. In diesen Informationen wird den Lehrern genau vorgeschrieben, in welcher Weise sie in einzelnen Fächern den Chauvinismus und den Revanchegeist, insbesondere gegen die Volksrepublik Polen, zu züchten haben. Diese systematisch betriebene Verhetzung der Jugend erfolgt besonders im Geschichts- und Geographieunterricht. Für diese Fächer wird in Westberlin eine fast unübersehbare Menge von Anschauungsmitteln bereitgestellt.

So gibt es Bücher aller Spezialgebiete, Bildbände, Landkarten, Bildkarten usw., in denen bewußte Entstellungen und historische Unwahrheiten zu finden sind, mit denen das Ziel verfolgt wird, die Jugend politisch irrezuführen und sie gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die andern sozialistischen Staaten aufzuhetzen.

Diese antihumanistische Bildungs- und Erziehungsarbeit muß im Interesse der demokratischen Erziehung der Jugend schnellstens beendet werden. Dazu ist der Kampf gegen das Besatzungsregime und gegen die Bindung Westberlins an die Bonner Militaristen und Revanchisten erforderlich. Denn die Herrschaft der Reaktion im Westberliner Schulwesen ist nur ein Ausdruck der gegenwärtigen allgemeinen Situation in Westberlin.

Im gleichen Maße schädlich wie der Inhalt der Bildungsarbeit wirkt die aggressive Frontstadtpolitik auch auf die materielle Lage des Westberliner Bildungswesens. Für das Haushaltsjahr 1958 wurden zugunsten der Bonner Atomrüstung wesentliche Abstriche bei den Ausgaben für das Schulwesen vorgenommen. Es wurden mehr als zwei Millionen DM weniger bewilligt als in den Vorjahren. Im Gegensatz zu den Bestimmungen des Gesamtberliner Schulgesetzes von 1947, das die Lehr- und Lernmittelfreiheit ausdrücklich festlegte, wurde sie in Westberlin nur zum Teil durchgeführt.

Besonders bedroht ist auch das außerschulische Leben der Westberliner Jugend. Es gibt in Westberlin 300 000 Kinder unter 16 Jahren, von denen 224 183 Schulkinder sind. Seit Jahren ist der überwiegende Teil dieser Kinder ohne Ferienerholung. 1957 waren es etwa 19 000 Plätze, die zur Verfügung standen, obwohl mehr als 55 000 Kinder gesundheitsgefährdet waren. Wenn auch die verschiedensten Aktionen gestartet wurden, um aus freiwilligen Spenden Geld für Ferienplätze aufzubringen, so konnte immer nur ein Bruchteil der Kinder in den Genuß von Ferien außerhalb Berlins kommen. Da der Westberliner Senat wegen der Frontstadtlasten keine Gelder zur Verfügung stellen konnte, sollte die Westberliner Bevölkerung, der ohnehin durch steigende Steuern, Mieten und Preise die Rüstungslasten aufgebürdet werden, auch noch den Bonner Staat von seiner Verantwortung für das Wohl der Kinder entbinden und selbst die Ferienerholung finanzieren.

Dabei haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß Kinder, denen durch Senatsstellen ein Ferienplatz vermittelt wurde, in Westdeutschland von ihren „Pflegeeltern" oft als billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. So mußte im Sommer 1957 der zehnjährige Willi T. in Rheydt täglich zehn Stunden in einer Spinnerei Hülsen sortieren. In den Ferien 1958 gab es das Beispiel des vierzehnjährigen Ulrich F. und des fünfzehnjährigen Henner H. Diese beiden Jungen waren nach Schorndorf (Niederbayern) geschickt worden, wo sie täglich von 5 Uhr an schwere Feldarbeit leisten mußten.

Bei dieser Not um Ferienplätze, die sich aus der Frontstadtpolitik der Westberliner Verwaltung ergibt, haben die großzügigen Angebote, die Jahr für Jahr aus dem demokratischen Teil Berlins kommen, größte Bedeutung. 1957 stellte der Bezirksvorstand des FDGB Groß-Berlin gemeinsam mit dem Magistrat 20 000 Ferienplätze zur Verfügung. Auch für die Sommerferien 1958 konnten alle Eltern aus Westberlin ihre Kinder für eine Ferienreise anmelden. Obwohl dem Westberliner Senat genau bekannt ist, daß die Mehrheit der Westberliner Kinder die Ferien in den lärm- und stauberfüllten Straßen der Stadt verbringen muß, wies er unverantwortlich alle Angebote zurück. Dieselben Stellen, die auf Grund der selbstverschuldeten isolierten Lage Westberlins den Kindern keine ausreichende Ferienerholung zu bieten hatten, hetzten obendrein noch mit allen Mitteln gegen die Angebote des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin. Durch Verleumdung und Drohungen suchten sie die Eltern davon abzuhalten, ihre Kinder in

die DDR fahren zu lassen. Nach der Rückkehr aus der DDR wurden Repressalien gegen Kinder und Eltern ergriffen, um zu verhindern, daß andere Eltern dem Beispiel folgen. Das zwingt alle verantwortungsbewußten Eltern und Erzieher, im Interesse der Kinder dafür einzutreten, daß dieser Zustand schnell beendet und die Lage in Westberlin normalisiert wird.

Von den Mitteln der Volksbildung wurden im Jahre 1959 2,5 Millionen Mark gestrichen. Wo „gespart" wird, zeigt folgende Tatsache: Bis 1957 konnten im Arbeiterbezirk Kreuzberg auf je 1000 Einwohner sieben Schüler (in Zehlendorf 35 je 1000!) eine der drei Oberschulen des wissenschaftlichen Zweiges besuchen. Seitdem gibt es nur noch zwei solche Schulen in Kreuzberg. 1958 veranstalteten neun Westberliner Bezirke für insgesamt 3000 Kinder Ferienspiele; 1959 waren es sechs Bezirke und 1500 Kinder, und für 1960 stehen überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung.

Kaum anders liegt es im Gebiet der Wissenschaft. Rückschauend auf die Gründung der Westberliner Universität, dieses reinen Produkts der Spaltung Berlins, schrieb „Die Welt" (1957, Nr. 178):

„Nur zögernd folgten die Lehrkräfte ... Viele blieben aus ... Kaum eine der zahlreichen Forschungsstellen und Gremien hat nach dem Krieg ihren Hauptsitz an die Spree zurückverlegt, im Gegenteil, manche der noch verbliebenen Institutionen wurden noch in den fünfziger Jahren durch unerfreulichen Handel abgezogen ..."

Die sogenannte „Freie" Universität ist vorwiegend mit amerikanischen Geldern etabliert worden und zehrt auch weiterhin aus der gleichen Quelle, die natürlich eine ideologische Verzinsung verlangt. So gab es im Jahre 1958 eine weitere „Spende" der Ford-Stiftung, die bezeichnenderweise vorwiegend für die Erweiterung des Osteuropa-Instituts, für das Institut für politische Wissenschaften und das Institut für amerikanische Studien verwendet werden muß. Die Bundesregierung, die im allgemeinen nicht viel Mittel für die Wissenschaft bereitstellt, übernahm mit Beginn des Jahres 1959 den Haushalt der Westberliner Hochschulen. Sie finden auch sonst eine ganz bestimmte Art von Gönnern:

Auf der letzten Jahresversammlung der „Gesellschaft von Freunden der Technischen Universität Berlin", zu deren 600 Mitgliedern „die Vorstände der bedeutendsten Unternehmen des Bundesgebietes" zählen, wurde ein „stark wachsendes Interesse politischer und wirtschaftlicher Kreise im Bundesgebiet an den beiden (West-)Berliner Universitäten und an ihrem beschleunigten Ausbau festgestellt"

(„Tagesspiegel“ vom 17. 12. 1958). Präsident des Kuratoriums der FU ist Willy Brandt. Zur Zehnjahresfeier der FU dankte er nachdrücklich den Amerikanern dafür, daß sie ihr „über den Berg geholfen“ hätten. Mit dem Frühjahrssemester 1959 wurde die ebenfalls vor 10 Jahren im Zeichen der Spaltung gegründete „Hochschule für Politik“ in ein „interfakultatives Institut“ der FU umgewandelt. Brandt begrüßte diese Umorganisierung wärmstens, weil damit die Universität besser mit – seiner – Politik durchdrungen werden könnte.

Daß es den Westberliner Machthabern trotz dieses massiven Aufwandes nicht gelungen ist, die Masse der Studenten an der FU der Politik des kalten Krieges und der Kriegsvorbereitung dienstbar zu machen, zeigte der „Studentenkongreß gegen Atomrüstung“ im Januar 1959. Bezeichnend für den Geist der Frontstadt und den Charakter ihrer Freiheit war die offizielle Reaktion auf die Entschließung des Kongresses, in der die Studenten Einstellung der Atomrüstung, Verständigung mit der DDR und die Konföderation beider deutschen Staaten forderten. Der Rektor der FU, Prof. Schenck, bezeichnete den Kongreß als Ausdruck einer „Vertrauenskrise von erschreckender Tiefe und Weite“. Die „Freunde der FU in der Freien Welt“ begännen „zu zweifeln, ob in der FU noch die gleichen Auffassungen von der Freiheit herrschten, wie sie die Gründer der FU hatten“.

Prof. Schenck mußte laut „Tagesspiegel“ vom 28. 1. 1959 zugeben, daß die Studenten von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, „sich aber trotz warnender Stimme zu einer sehr umstrittenen Entschließung hätten hinreißen lassen“.

Die akademische Freiheit an der FU besteht eben darin, sich für die Frontstadtpolitik, aber nicht für Frieden und Verständigung äußern zu dürfen. Die gleiche Auffassung zeigte kurz darauf die CDU-Studentengruppe an der FU, als sie gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß der Studentenvertretung protestierte, durch den die „Studentengruppe gegen Atomrüstung“ als eine „förderungswürdige studentische Vereinigung“ bezeichnet wurde.

Schund- und Schmutzliteratur und ihr Zweck

Während Mittel für eine allseitige körperliche und geistige Erziehung der Jugend in Westberlin nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen, wird andererseits nichts gegen den verderblichen Ein-

fluß von Schund- und Schmutzliteratur auf die Westberliner Jugend getan. Da sich die Urheber und Verbreiter dieser Schriften das Ziel setzen, die Westberliner Jugend vom Kampf um die friedliche Wiedervereinigung abzuhalten und zu Aktionen gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte zu verleiten, genießt die Schund- und Schmutzliteratur in Westberlin großzügige Unterstützung von seiten der Besatzungsmächte und des Westberliner Senats. Diese Art von Literatur wird in Westberlin zu einem „Sonderpreis" verkauft. Bei der außerordentlichen Verteuerung der guten Literatur, die ihren Erwerb weiten Kreisen der Bevölkerung unmöglich macht, ist der Anreiz sehr groß, die weitaus billigeren „Schmöker" zu kaufen. Den Verlegern geht dabei aber kein Pfennig verloren, denn diese Hefte werden durch die Berlin-Hilfe subventioniert. Das bedeutet, daß die Steuergroschen der Westberliner Werktätigen dafür verwendet werden, die Jugend systematisch zu verrohen und chauvinistisch zu verhetzen.

Nach westdeutschen Zeitungsberichten werden in der Bundesrepublik in einem Jahr etwa 70 Millionen Hefte verlegt, von denen ein sehr großer Teil nach Berlin geht. Die Volkspolizei beschlagnahmte allein im Jahre 1957 mehr als 8 Millionen solcher Hefte. Mit der sprunghaften Steigerung der Auflagen dieser Verbrecher- und Gangsterliteratur zeigt sich auch eine inhaltliche Veränderung der Schundhefte. Während noch in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg die Kriminalgeschichten überwogen, werden jetzt bei der zunehmenden Remilitarisierung und Faschisierung des gesamten öffentlichen Lebens in Westberlin etwa 30 Prozent der Gesamtauflagen für sogenannte Kriegsserien verwendet. In diesen Reihen werden besonders die „Leistungen und Heldentaten" der Hitlerwehrmacht bei ihren Raubzügen in Europa verherrlicht. Daneben sind besonders bemerkenswert sogenannte Romanreihen, die vorgeben, sich mit den Problemen der Umsiedler zu beschäftigen. In solchen Heften spielt häufig der „Heimkehrer" eine Rolle. Es werden u. a. Bilder von Breslau als der „deutschen Stadt, die wieder deutsch werden wird", veröffentlicht.

Aber nicht nur die „Schmöker", sondern auch die Schaufenster und Sortimente der Buchhandlungen und die Bestände der Bibliotheken bestätigen: Bestimmend für die geistige Atmosphäre Westberlins ist eine „Kultur"-Politik, die man am besten mit den Worten kennzeichnen kann, mit denen die „Jugendschriften-Warte", eine Beilage der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung" (Frankfurt/Main) den „erziehe-

rischen" Einfluß der öffentlichen Büchereien im Machtbereich des Adenauer-Regimes charakterisierte:

„Täglich fließen Sturzfluten von Dummheit, Perversität, Geschmacklosigkeit, Brutalität und Albernheit aus diesen Buchbeständen." Durch Perversität, Geschmacklosigkeit und Albernheit sollen die Menschen geistig entwaffnet werden, Dummheit und Brutalität will man entwickeln; denn Dummheit hindert, das Wesen der Frontstadtpolitik zu durchschauen, und Brutalität ist die wichtigste Eigenschaft des Soldaten im Dienst der aggressiven Kräfte in der NATO.

Ein offener Ausdruck dieser Konzeption war es, als der Westberliner Kultursenator Tiburtius am 25. Juli 1958 auf einem öffentlichen Diskussionsabend erklärte, die Anwendung von Atomwaffen möge zwar eine Sünde sein, aber es sei schließlich eine Sünde mit der Vollmacht des Staates, dem die Bibel ausdrücklich Verantwortung zubillige. Wie aus einem Bericht des Westberliner Adenauer-Blattes „Der Tag" hervorging, betonte Tiburtius in seinem Vortrag, dem „Wagnis" einer Verständigung mit dem sozialistischen Lager sei die atomare Vernichtung vorzuziehen. Man dürfe nicht immer nur an den physischen Tod, sondern müsse auch an den Schaden der „toten Seelen" denken.

Es ist also nicht der Stumpfsinn „an sich", nicht die Entfesselung niedrigster Instinkte durch „zweckdienliche" Schmöker, Filme und „Künstler" nach Art von Bill Haley als Selbstzweck, was über die „Brücke" Westberlin nach Osten fließen soll: Alles dient der Verherrlichung des Krieges und des Atomtodes, der psychologischen Kriegsvorbereitung. Es ist nur folgerichtig, daß man dazu systematisch jene reinwäscht, deren Politik die Revanchisten fortsetzen wollen, die man im Pentagon und demzufolge auch im Schöneberger Senat als wichtigste Verbündete ansieht und die das geistige Leben im „Brückenkopf" Westberlin bestimmen: Militaristen, Revanchisten und Faschisten. Das geschieht nicht nur durch die im Goebbels-Stil verfaßten, massenhaft – zu einem „Sonderpreis für Berlin" – angebotenen „Landser"-Hefte, sondern auch von Amts wegen. In Westberliner Schulen wird als „Anschauungsmaterial" ein sogenanntes Geschichtsheft verteilt, das Fotos von Hitler und Hindenburg, von Nazifackelzügen, Wehrmachtsparaden und wehenden Hakenkreuzfahnen enthält und in dem zu lesen ist:

„Wer die 24 Punkte des Programms der NSDAP heute liest, wird bis auf die harten Bestimmungen, die die Juden betreffen, kaum etwas rundweg ablehnen müssen . . . In der nationalsozialistischen Welt-

anschauung spielten viele schöne und große Begriffe eine Rolle: Pflicht, Freiheit, Ehre, Treue, Kampf." Das Kapitel „Kirche und Hakenkreuz" enthält folgende Sätze: „Kirche und Hakenkreuz waren doch kein Widerspruch! War es denn absolut falsch, sein Deutschtum als ein verpflichtendes Geschenk Gottes zu verstehen? Man konnte sich doch nach einem verlorenen Weltkrieg nicht in Ewigkeit schämen müssen, ein Deutscher zu sein! Hatte darum nicht Hitler das richtige und befreiende Wort gefunden, als er erklärte: Volk, trage dein Haupt jetzt wieder hoch und stolz!"

Niemanden, der die Adenauer-Brandtsche Politik nationaler Würdelosigkeit verfolgt, niemanden, der die Überschwemmung des Büchermarkts mit Comics, revanchistischer Literatur und Memoiren von Naziverbrechern, die Flut amerikanischer Wildwest-, Gangster- und „Horror"-Filme in den Westberliner Kinos miterlebt, wird es verwundern, daß man versucht, aus der in dieser Atmosphäre unausbleiblichen Not nationaler Kultur eine kosmopolitische „Tugend" zu machen. In einer Westberliner Diskussion über Kunst wurde auf die Frage, wie es mit dem deutschen Dramatikernachwuchs bestellt sei, die – wie die „Welt" (1956, Nr. 96) schrieb – „sehr treffende Antwort" gegeben, daß „eine solche Frage unwichtig sei. Die Welt sei klein geworden, so klein, daß es gleichgültig wäre, ob der Nachwuchs aus Amerika, Frankreich, Italien oder Deutschland käme."

Angesichts des Mißbrauchs künstlerischer Mittel zur Heroisierung der Nazibarbarei und der Verherrlichung des Atomtodes fällt auch die Fiktion von „Geistesfreiheit" und „Souveränität des Künstlers" in sich selbst zusammen. Wie die „Welt" 1959, Nr. 79 berichtet, wurde in einer Denkschrift des Westberliner „Kulturkreises", einer Vereinigung von Künstlerverbänden, beklagt, daß „die sachkundigen Repräsentanten des kulturellen Lebens in den letzten Jahren mehr und mehr aus den öffentlichen Gremien hinausgedrängt" worden seien.

Die kulturfeindliche Politik des Frontstadtregimes

Auch die Westberliner „Morgenpost" schrieb bereits 1957 (Nr. 35) von der „Mißachtung der geistigen Kräfte", „die dank ihren Leistungen berufen sind, mitzusprechen". Sie fügte hinzu: „Ein besonders wunder Punkt in unserer Kulturpolitik ist die zu geringe staatliche Förderung des künstlerischen Nachwuchses." Das ist nicht erstaunlich. Wie wäre

zu erwarten, daß man echte Künstler mitsprechen läßt, wo es darum geht, Empfinden und Denken durch Dekadenz, Schund und Kitsch zu lähmen? Wie könnte man eine Förderung des künstlerischen Nachwuchses dort erwarten, wo die gesamte „Perspektive" darin besteht, den Menschen einzuhämmern, daß es keine Perspektive für sie gibt außer der des Atomtods?

Dem geistigen und künstlerischen Niedergang der Frontstadtkultur entspricht die Gleichgültigkeit gegenüber den geistigen und künstlerischen Bedürfnissen der Bevölkerung.

1955 hatte das Schöneberger Abgeordnetenhaus einen Beschluß über den Ausbau der bis dahin vernachlässigten Westberliner Volksbüchereien gefaßt, wonach 1961 größere Bauarbeiten beginnen sollten. Bei der Vorplanung wurden jedoch bereits jetzt fast 50 Prozent der vorgesehenen Mittel gestrichen. Kurz zuvor hatte man beschlossen: „Die sechs Kunstpreise für Bildende Kunst, Architektur, Musik, Literatur, darstellende Kunst und Film sollen in diesem Jahr (1955 – d. Verf.) nicht verliehen werden." Die „Welt am Sonntag" bemerkte dazu: „Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß der Verzicht auf die diesjährige Vergabe des Kunstpreises ein Akt des kulturellen Abbaues ist."

Seit Jahr und Tag wird in der westdeutschen Presse gefragt: „Wo soll die Philharmonie gebaut werden, welcher Architekt soll sie bauen, warum wurde mit dem Bau noch nicht begonnen? Das Schweigen der verantwortlichen Stellen ist nicht das Schweigen der Weisheit, sondern des schlechten Gewissens und der Verlegenheit" („Die Welt" 1956, Nr. 112). In einer Denkschrift des Westberliner „Kulturkreises" wurde festgestellt, „daß die Westberliner Sektion des internationalen Theaterinstituts schon Schwierigkeiten hat, einen einzigen Vertreter zu einer Tagung ins Ausland zu entsenden, während es für Ostberlin ohne weiteres möglich ist, die Komische Oper für ein Gastspiel in Paris in einen Sonderzug zu verfrachten. Die Ostberliner Kunstakademie hat einen zehnmal so großen Etat wie die Westberlins."

Angesichts der Kulturfeindlichkeit eines Systems, das in fremdem Auftrag und im Dienst der deutschen Militaristen die Funktion des „Störenfrieds" erfüllt und dies nur unter dem Schutz einer widerrechtlichen Besatzung tun kann, ist die Mißachtung gerade auch der kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen selbstverständlich. Der Landesverband der Westberliner Laienspieler wies darauf hin, „daß unsere Vereine in einen Notstand geraten sind, der die Pflege der immer sehr verbreiteten Volksspielkunst ernsthaft gefährdet". Auch das Budget

eines Bezirksamtes ist aufschlußreich: „Jedes Kunstamt erhält je Einwohner des Bezirks 8,5 Pfennig jährlich aus dem Senatssäckel", berichtet die „Welt am Sonntag" (Nr. 5/1957). „Der Tagesspiegel" erklärte zynisch: „In Zukunft gibt's mehr Geld. Im Etat sind für jeden Tempelhofer nicht mehr 8½, sondern 10 Pfennige vorgesehen."

Jugendkriminalität

Die Folgen des Einflusses der Schmutz- und Schundliteratur sowie der sitten- und jugendgefährdenden Filme bleiben nicht aus. Sie offenbaren sich in einer wachsenden Verwahrlosung der Jugend und in einem bedrohlichen Ansteigen der Jugendkriminalität.

Die Zahl der verurteilten Jugendlichen stieg von 2999 im Jahre 1954 auf 5939 im Jahre 1957. Die wahre Kriminalität liegt aber viel höher. Die Statistik der Westberliner „Jugendgerichtshilfe" vermerkt, daß 24 142 Jugendliche im Jahre 1957 straffällig wurden.

Auch in der Gesamtzahl der in Westberlin begangenen Verbrechen spiegelt sich die systematische ideologische Beeinflussung im Sinne der Frontstadtpolitik wider.

Nach der offiziellen Statistik stieg die Zahl der rechtskräftig Verurteilten von 12 366 Personen im Jahre 1954 auf 21 787 Personen im Jahre 1957. Auch diese Zahl gibt den wirklichen Stand der Gesamtkriminalität nur unvollständig wieder. Seit 1948 blieben 32 Morde unaufgeklärt. Bei Sittlichkeitsverbrechen stehen den 1791 angezeigten Verbrechen nur 622 Verurteilungen gegenüber.

Folgt man den Statistiken der verschiedenen Westberliner Institutionen, dann werden in Westberlin heute Tag für Tag etwa 200 Verbrechen begangen. Westberlin ist heute eine Brutstätte der Kriminalität. Die wachsende Kriminalität – sie liegt übrigens weitaus höher als in Westdeutschland – ist eine unmittelbare Folge der Frontstadtpolitik des Schöneberger Senats.

Bereits 1954 schrieb die „Passauer Neueste Presse": „Die Nachrichten- und Abwehrdienste aller Länder haben ihre ausgekochtesten und geriebensten Spezialisten ... eingesetzt. Es ist ein Krieg im Dunkeln, der hier erbarmungslos geführt wird. So wird die einstige Reichshauptstadt zu einem Spionagedschungel und Nachrichtenumschlagplatz von größerer Bedeutung gestempelt, als es Triest und Tanger sind."

Die Spionage- und Sabotageorganisationen aber sammeln um sich eine Vielzahl Krimineller aller Schattierungen. Verkommene Subjekte, flüchtige Rechtsbrecher – nicht nur aus dem demokratischen Berlin –, dunkle Geschäftemacher, Prostituierte usw. haben von jeher den Hauptteil der Agenten imperialistischer Spionagezentralen gestellt. Die westlichen Besatzungsmächte sorgen mit Unterstützung des Senats dafür, daß solche Elemente in Westberlin unbehelligt ihre verbrecherische Tätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Länder betreiben können. Aber die Verbrechen fördernde Rolle der Westberliner Frontstadtpolitik beschränkt sich nicht auf die Tatsache, daß zahlreiche Agentenzentralen in dieser Frontstadt existieren. Die ständige und intensive psychologische Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des kalten Krieges gegen die Westberlin umgebende Deutsche Demokratische Republik reizt dazu, „Frontallüren" an den Tag zu legen. Die ständig wachsende Zahl der von Jugendlichen verübten Verbrechen, der Sittlichkeitsdelikte, der Eigentumsdelikte und der Körperverletzungen hat letztlich im Verhalten der Westmächte und des Senats bestimmende Ursachen. Besonders die Jugendlichen werden stark durch die Atmosphäre Westberlins zur Verneinung des Lebens und zur Mißachtung von Sittlichkeit und Moral angetrieben.

Hier die Statistik der Jugendkriminalität von 14 Tagen:

450 Jugendliche wurden festgesetzt. Sie begingen 18 Sittlichkeitsverbrechen, 35mal groben Unfug, 6 Autodiebstähle, 117 Diebstähle, 9 Betrügereien und Unterschlagungen, 7mal Hausfriedensbruch, 13 Verkehrsdelikte und 51 Sachbeschädigungen und Körperverletzungen.

Und hier die offizielle Statistik der Jugendkriminalität eines Jahres, des Jahres 1958:

In 1085 von 6033 Diebstahls- und Unterschlagungsfällen waren Jugendliche von 14 bis 18 Jahren die Täter. Unter den 8 gefaßten Mördern und den 8 abgeurteilten Totschlägern war ein jugendlicher Mörder. Von 186 Sittlichkeitsdelikten, die vor die Gerichte Westberlins kamen, wurden 107 von Jugendlichen begangen. Das Ausmaß der Verrohung wird dadurch bestätigt, daß der Westberliner Senat eine eigene Schlägerkartei anlegen mußte, die nicht weniger als 18 000 Namen enthält, doch die Registrierung bleibt ohne Folgen. Der Westberliner Oberstaatsanwalt Feißel erklärte kaltschnäuzig: „Es gab schon immer kriminelle Jugendliche. Wir können auf Grund unseres freiheitlichen Grundgesetzes nicht eingreifen." Eine feine Freiheit – die Freiheit der Schläger von heute, der Ostlandreiter von morgen!

Maßgeblichen Anteil an der in diesen Delikten zum Ausdruck kommenden sittlichen Verrohung der Jugend hat die vom Frontstadtsenat geduldete und zum Teil geförderte Überschwemmung Westberlins mit Schund- und Schmutzliteratur, von deren Ausmaß bereits die Rede war.

Angeregt durch die in Schundheften beschriebenen Ereignisse und aufgereizt durch die Schilderung in Filmen und die Erlebnisse in zweifelhaften Vergnügungsstätten, treibt das Bandenunwesen in Westberlin seine Blüten. Die Jugendsenatorin Westberlins aber erklärt, „sie habe festgestellt, daß Filme solcher Art sich nicht schädlich auf die Jugend auswirken".

Die Verwüstung des Westberliner Sportpalastes durch über 7000 in einer Rock'n-Roll-Veranstaltung mit Bill Haley aufgeputschte Jugendliche ist ein drastisches Beispiel hierfür. Bereits früher war der Sportpalast Schauplatz ähnlicher Szenen. Auch der „Rundbau am Zoo" wurde schon einmal von aufgeputschten Jugendlichen demoliert. Am 5. April 1958 randalierten Jugendliche in Moabit und demolierten ein Polizeirevier, nachdem sie den amerikanischen Film „Außer Rand und Band" gesehen hatten.

Am 9. April 1958 versuchten 150 Jugendliche, die sich zu einer Bande zusammengeschlossen hatten, einen Überfall auf das Rote-Kreuz-Heim in Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße. Im März 1958 überfiel in Steglitz eine Rotte von über 20 Rowdys ein junges Mädchen und vergewaltigte es.

In Friedenau überfiel im Juli 1959 eine Bande Jugendlicher ein 15jähriges Mädchen, zerrten es von seinem Fahrrad, warfen das Rad über einen Gartenzaun, schlugen das Mädchen zu Boden und traten es mit Füßen.

Derartige Beispiele stehen für viele. Selbstverständlich wissen auch die Verantwortlichen im Westberliner Senat um die kriminalitätsfördernde Rolle des Imports und der Verbreitung von Erzeugnissen amerikanischer Unkultur. Die Duldung und Förderung, ja die bewußte Propagierung einer „Lebensweise", die sich in diesen Erzeugnissen widerspiegelt, ist System. Man braucht verrohte Landsknechte für die NATO-Armee, man braucht randalierende Banden gegen den friedlichen Aufbau im demokratischen Berlin und in der DDR.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß dieses Ausmaß der Kriminalität in Westberlin vor allem auch eine ständige unmittelbare Bedrohung für die Westberliner Bevölkerung darstellt.

Die Westberliner Verwaltung beschränkt sich nicht darauf, durch Fortführung ihrer Frontstadtpolitik dem weiteren Anwachsen der

Kriminalität Vorschub zu leisten, sie erschwert oder unterdrückt sogar die Verfolgung in Westberlin begangener Verbrechen. Dies betrifft vor allem solche Verbrechen, an denen sich der verbrecherische, korrupte Charakter der Westberliner Frontstadtpolitiker selbst zeigt.

Zum anderen macht sich die Westberliner Verwaltung seit Jahren der aktiven Förderung solcher Verbrecher schuldig, die Straftaten im demokratischen Teil Berlins oder in der übrigen DDR begangen haben. Diese Förderung ist Ausdruck und Mittel der Frontstadtpolitik.

Die Volkspolizei hat 1958 im ersten Halbjahr 1583 Straftaten registriert, die von Westberlinern begangen wurden. In vielen Fällen entziehen sich Westberliner Bürger nach Begehung von Straftaten der Verfolgung, indem sie die Sektorengrenze wieder überschreiten. In Westberlin sind sie in der Regel vor strafrechtlicher Verfolgung ihrer im demokratischen Berlin begangenen Verbrechen sicher.

Die Frontstadtpolitik des Westberliner Senats hat aus den Westsektoren einen Hort der Kriminalität gemacht. Vor allem die Massen der jugendlichen Kriminellen sind das spezifische Produkt und zugleich das geeignete Instrument dieser Politik. In ihnen vereinen sich die Charakterzüge, die bei dem Fremdenlegionär eines Atomkrieges gegen das eigene Volk vorausgesetzt werden müssen und die ein typisches Produkt der Frontstadtideologie sind.

Theater und Film in der Frontstadt

Zur Erklärung der unleugbaren Tatsache, daß in Westberlin Kriminalität, Prostitution und öffentliche Skandale, revanchistische Hetzschriften, sonstige Schundliteratur und Gangsterfilme eine Verbreitung erreicht haben, die alles Vergleichbare übersteigt, beruft man sich im Westen gern auf die „besondere Lage" der Berliner Westsektoren.

Aber erstens ist diese „besondere Lage" von den Okkupanten und den deutschen Militaristen mit Vorbedacht geschaffen, und zweitens dient der für Westberlin (nicht für die Westberliner!) charakteristische Verfall in moralischer und kultureller Hinsicht gerade dazu, die „besondere Lage" der Westsektoren aufrechtzuerhalten. Die heuchlerischen Klagen über Skandale, Exzesse oder Niveaulosigkeit im öffentlichen und kulturellen Leben der „Frontstadt", die hin und wieder vom Senat oder in der Presse Westberlins erhoben werden, sind ebenso einzuschätzen wie z. B. das pharisäerhafte Bedauern über die kompli-

zierte Lebensmittelversorgung Westberlins von seiten jener, die jedes Angebot von Lieferungen aus dem natürlichen Hinterland Berlins ablehnen. Ebenso, wie man auf ökonomischem Gebiet die „insulare Lage" der Westsektoren mit Gewalt aufrechterhält, um Vorwände und Ausgangspunkte für eine aggressive Politik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik zu haben, ebenso schuf und erhält man in kultureller Hinsicht eine Atmosphäre des Sumpfes, weil nur darin die „geistigen" Reserven der Frontstadtpolitik gedeihen.

Erinnern wir uns an das Kesseltreiben gegen den bedeutenden deutschen Schulpolitiker Prof. Oestreich, erinnern wir uns an die jedem Rechtsempfinden hohnsprechende Aberkennung von Renten zahlreicher Antifaschisten, erinnern wir uns an die Fälle regelrechter Hexenjagd gegen Künstler, die sich nicht zu Statisten des kalten Krieges machen ließen, dann ergibt sich folgendes Bild der geistigen Situation Westberlins:

Ebenso, wie man die zur Staatsraison erhobene geistige Unfreiheit, den Gewissenszwang gegenüber jedem, der wider den Stachel der Frontstadtideologie zu löcken wagt, als Idealbild der Freiheit hinstellt,

ebenso, wie man das zur Norm erhobene Unrecht, die als System betriebene Rechtsbeugung mit der Phrase von der „Rechtsstaatlichkeit" drapiert,

ebenso, wie man einen notorischen Dschungel von Korruption und Ausbeutung als „freies Spiel der Kräfte" und „legitimes Ergebnis freier Initiative" ausgibt,

ebenso wird das antihumanistische „Bekenntnis zur absoluten Beziehungslosigkeit der Kunst", zur angeblichen Sinnlosigkeit des Lebens und seiner künstlerischen Gestaltung als „tiefsten Sinn der Kunst" deklariert.

Der Sinn dieser Kulturpolitik, die den Menschen die „Sinnlosigkeit des Lebens" suggeriert, dient der ideologischen Kriegsvorbereitung und ist eine Waffe im kalten Krieg.

Aus den Erklärungen eines ehemaligen Mitarbeiters der vom USA-Geheimdienst finanzierten sogenannten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", Hanfried Hieckes, der in dieser Sabotageorganisation die „Abteilung II b" (Antisowjethetze sowie Diversions- und Sabotageakte in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des demokratischen Teils von Berlin) leitete, war eine Tatsache zu entnehmen, die erkennen läßt, welche Zubringerrolle die Kultur für die Frontstadtpolitik zu spielen hat. Das wichtigste Büro der „Abteilung II b"

war nämlich nur über die sogenannte „Bibliothek Ost", eine öffentliche Bücherei mit großem Leseraum, zu erreichen, die eigens zum Zweck der Tarnung von der KgU errichtet worden war. Eine Bibliothek als Tarnung für Diversion und Sabotage!

Eine entsprechende Zubringerrolle für die Kriegspolitik spielt der Film. Die Hamburger „Welt" schrieb in Nr. 250 des Jahrgangs 1957: „Bei 22 dicht an der Sektorengrenze gelegenen Kinos genehmigte man ‚Ostvorstellungen' ... Ein Blick auf das Programm zeigte, daß in diesen Vorstellungen überwiegend drittklassige Abenteuer- und Wildwestfilme gezeigt wurden ... Gerade das, was die östliche Propaganda behauptete, daß im ‚kapitalistischen Westen' nur minderwertige, blutrünstige Streifen produziert würden, demonstrierte man hier den Ostbewohnern."

Bezeichnend dafür, wer die antihumanistische „Kultur"-Politik der Frontstadt steuert und wo die entscheidenden Protektoren von Schund und Schmutz zu suchen sind, ist die Tatsache, daß die sogenannten Ostvorstellungen auf Befehl des amerikanischen Presseoffiziers in Westberlin organisiert wurden.

Daher beherrschen den Spielplan der Westberliner Lichtspieltheater auch amerikanische Kriegsfilme, die in primitivster Weise den Militarismus, das Töten und Sterben in seinem Dienst verherrlichen, wie der Streifen „Ohne Rücksicht auf Verluste", oder Machwerke, mit denen man das Publikum an die Vernichtung der Menschheit durch einen Atomkrieg gewöhnen will, wie der Film „Die letzten Sieben" oder der amerikanische „Horrorfilm" „Die Fliege", dessen Inhalt nach einem Artikel des SPD-Organs „Vorwärts" darin besteht, daß ein Wissenschaftler aus Lust am Experimentieren Zellgewebe seines eigenen Körpers mit denen einer Fliege vermischt. Dabei entwickelt sich der Forscher „aus Versehen" zu einer gräßlichen Mißgeburt mit Fliegenkopf und Fliegenarm, überall Angst und Schrecken verbreitend. Das „happy end" besteht darin, daß die attraktive Patricia Owens ihren Mann, den Wissenschaftler, aus purer „Menschenfreundlichkeit" langsam zwischen den Backen einer hydraulischen Laboratoriumspresse zermalmt.

Warum solche Filme? Um die Menschen an alle perversen Scheußlichkeiten zu gewöhnen, an den massenweisen Mord, an die ganze Brutalität des Militarismus im Atomzeitalter.

Darum sollen nach dem Muster dieser Horror- oder Schauderfilme jetzt auch sogenannte Horror-Schallplatten nach Westberlin importiert

werden, deren Inhalt unter der zynischen Bezeichnung „Kinderhumor" z. B. folgender ist:

„Ein blindes Mädchen bittet seine Mutter, ihm eine Arznei zu geben, um wieder sehen zu können. Die Mutter reicht eine Pille mit der Bemerkung, davon kehre das Augenlicht zurück. Als aber das Kind klagt, ‚ich sehe doch immer noch nichts', antwortet die Mutter höhnisch: ‚April, April, mein blinder Liebling'."

Kann man sich etwas Seelenloseres und Gemeineres vorstellen als eine solche „Kulturpolitik"? – Und wie kam es zu einer solchen Politik? Weil es, nach den Worten der amerikanischen Herstellerfirma auf die Proteste besorgter Lehrer, nichts schade, „wenn sich die Kinder frühzeitig auf die illustren Schrecken vorbereiten, die ihnen im Atomzeitalter begegnen"!

Und weil das in einer Frontstadt, deren Politiker ständig mit dem Feuer des Atomkrieges spielen, besonders notwendig erscheint, deshalb gehört auch dieser Schmutz zur Frontstadtatmosphäre.

Nicht anders ist es auf dem Gebiet des Theaters. Das humanistisch orientierte Bemühen einer Reihe von Westberliner Theaterschaffenden ändert nichts daran, daß die offizielle Spielplanpolitik darauf abzielt, durch Dekadenz zersetzend zu wirken, Resignation und Weltuntergangsstimmung zu erzeugen und so die Menschen zu willenlosen Mitläufern einer Politik der Provokationen und des kalten Krieges zu machen. Ein bürgerlicher Kritiker bezeichnete bereits 1957 die „Lust am Absurden" als „geistigen" Inhalt der Westberliner Festwochen. Über ein damals aufgeführtes, durchaus typisches Stück schrieb „Die Welt" am 2. 10. 1957:

„Wieder das gleiche Grauen, die gleiche Leere ... Was bleibt, ist das leere Spiel einer absurd gewordenen Unterhaltung, mit der sich vier Gruselgestalten das Nichts vertreiben ... Der Müllkasten, die Lieblosigkeit, der Unsinn in Permanenz, die Auflösung als Endeffekt der Menschengeschichte werden signalisiert."

Das Stück hieß „Das Endziel" ...

Auch im Jahre 1958 fanden in Westberlin „Festwochen" statt. Auch dabei spielte das Theater eine wesentliche Rolle. Diesmal lobte „Die Welt" vom 4. 10. 1958 die „schwelende Etüde in Haß", die „geradezu wollüstige Menschenverachtung", mit der „das schöne Schlimme so anziehend" hingestellt wurde, „daß man den Blick nicht wenden kann von den vielen Wendungen des Übels".

Westberlin ist kulturell verödet. Selbst „Die Welt" muß in dem zuletzt erwähnten Artikel einräumen: „Als Kongreßstadt hat (West-) Berlin seinen alten Ruf nicht wiedererlangen können. Als Verlags- und Filmstadt ... hat es seine alte Position nicht zurückgewonnen ... Auf dem Gebiet der Kunst ... kann es heute nicht mehr mit den westdeutschen Großstädten mithalten ... Die großen internationalen Kunstausstellungen ... ziehen mit ärgerlicher Regelmäßigkeit vorbei ... (West-)Berlin steht in Gefahr, mangels politischer, wirtschaftlicher und kultureller Durchblutung zur Provinz zu werden."

Für die Westberliner Bevölkerung bedeutet diese Politik den Verzicht nicht nur auf ein normales Leben und auf soziale Sicherheit, sondern auch auf all das, was man gemeinhin unter Kultur versteht. In einem Bericht im „Tag" (Nr. 156/58) über einen Kulturkritiker-Kongreß heißt es: „Hinter der Fassade des offiziellen Kulturbetriebes gibt es den schweigenden, passiven Kulturpessimismus einer nachbürgerlichen Zeit ..." Die Geister, die sich selbst ernst nähmen, würden immer weniger, da der Geist keinen Ort mehr finde. Seine Freiheit werde bedenkenlos materiellen Interessen und Zwecken untergeordnet. Die Funktion der Universität als Kulturträger sei in Frage gestellt, weil das heutige geistige Klima dem Erziehungs- und Bildungswesen nicht zuträglich sei. Der „ungezügelte Gruppenegoismus unserer Gegenwart" verwüste auch die Kultur. Alles werde labil, alles anfechtbar, alles fraglich. Das Menschenblid der Humanitas passe jedenfalls nicht mehr in unsere Welt.

DIE FRONTSTADTIDEOLOGIE WESTBERLINS

Es hat sich gezeigt, daß der auf den Schutz des Besatzungsregimes angewiesene Frontstadtsenat von Westberlin die Politik der Bonner Militaristen nicht durchführen kann ohne die planmäßige Förderung einer bestimmten Bewußtseinsentwicklung in Westberlin, ohne die spezifische Frontstadtideologie.

Die wichtigsten Elemente dieser in Bonn entwickelten, für Westberlin noch verschärften militaristischen Ideologie sind erstens das Geschrei von der bedrohten Freiheit, zweitens die Hetze gegen alles, was kommunistisch ist oder für kommunistisch erklärt wird, und drittens die Verbreitung der Illusion einer angeblich zum Schutz der „westlichen Freiheit" vor der erfundenen Bedrohung durch den Kom-

munismus erforderlichen „Notgemeinschaft" aller Klassen und Schichten, aller Parteien und Organisationen. Dies alles wird verbrämt, getarnt und unterstützt durch den aus Bonn importierten politischen Klerikalismus, den Mißbrauch religiöser Vorstellungen zur Provokation eines Krieges und speziell eines Krieges um Westberlin. Das Besatzungsregime spiegelt sich ideologisch wider in einem hysterischen prinzipiellen Protest der Frontstadtpolitiker auch gegen die entfernteste Möglichkeit eines Kompromisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in bezug auf Westberlin, d. h. in der Ablehnung von Verhandlungen überhaupt[1], besonders aber zwischen den beiden deutschen Staaten und mit dem Magistrat von Groß-Berlin.

Der gemeinsame Nenner aller dieser Bestandteile der Frontstadtideologie ist der Militarismus und besonders die Verherrlichung des deutschen Militarismus.

Bei dieser Gelegenheit sei gesagt, was wir unter Militarismus verstehen. Militarismus – das ist die Ausrichtung der gesamten Politik eines Gemeinwesens und des gesamten Lebens der von ihm beherrschten Gesellschaft auf Krieg, auf Eroberung und „Befreiung" fremder Gebiete. Militarismus – das ist die Unterordnung aller Zweige des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der Bewußtseinsbildung der Menschen, unter die Ideen der Aggression und der Revanche. Militarismus heißt Vorherrschaft des aggressiven militärischen Machtapparates im Gesamtmechanismus des Staates und der Gesellschaft. Militarismus bedeutet ständige Einsatzbereitschaft dieses Militärapparates sowohl zu Aggressionskriegen gegen fremde Völker wie zur Niederhaltung des eigenen Volkes. Das ist die von Lenin entdeckte, für das Wesen des Militarismus entscheidende Doppelrolle nach außen und nach innen.

Darüber, ob ein Staat und seine Armee militaristisch sind oder nicht, entscheidet die durch das Wesen dieses Staates bedingte Politik. Sie findet ihren Ausdruck auch in der sozialen Zusammensetzung der Führung seiner Streitkräfte. Es ist kein Zufall, daß in der Armee eines friedliebenden Staates wie der Deutschen Demokratischen Republik

[1] Der bekannte amerikanische Publizist W. Lippman stellt in der „New York Herald Tribune" vom 21. 4. 1959 dieses Phänomen auch in bezug auf Bonn ausdrücklich fest. Er versucht es als „politische Neurose" einzelner Politiker zu erklären. Es handelt sich um eine politische Neurose – aber eine des Systems, den Ausdruck seiner Schwäche und Aggressivität zugleich, wie bei der ganzen abgelebten „Politik der Stärke".

klassenbewußte Arbeiter und andere an der Erhaltung des Friedens interessierte Angehörige des werktätigen Volkes die Kommandostellen innehaben. Ebensowenig ist es ein Zufall, daß alle 135 Generale und Admirale der Bundeswehr in gleicher oder ähnlicher Stellung bereits Hitler bei seinen Überfällen auf die verschiedensten europäischen Völker gedient haben und entsprechend ausgesucht waren. Sie sind für den Bonner Staat unentbehrlich, nicht nur wegen ihrer praktischen „Osterfahrungen", sondern auch wegen ihrer besonders aggressiven Auffassungen.[1] „Die Bundesrepublik ist ohne Zweifel ein wichtiges Schlachtfeld im kalten Krieg", schrieb Bonns Innenminister Schröder im „Industriekurier" vom 13. 8. 1953. Westberlin aber hat für die NATO-Festung Westdeutschland mit Hilfe der Besatzungsmächte die Rolle des Glacis, des militärischen Vorfeldes, zu spielen. Es ist daher für die Militaristen ein noch wichtigeres „Schlachtfeld im kalten Krieg".

Ein wesentliches Merkmal des Militarismus ist seine hemmungslose Aggressivität. Von ihr wird auch seine Ideologie bestimmt. Eben diese Eigenschaft kennzeichnet aber die westliche Freiheitsideologie insgesamt und erst recht ihre verschärfte Ausprägung in Gestalt der Westberliner Frontstadtideologie. An dem ganzen Freiheitsgeschrei ist – gerade in der „Frontstadt" Westberlin – das für seine Urheber Wichtigste die Lüge von der angeblichen Bedrohung dieser Freiheit.

Was ist das für eine Freiheit, deren angebliche Bedrohung es notwendig macht, für sie zu sterben und zu töten? Die Frontstadtideologen – wie die Prediger der westlichen Freiheit überhaupt – gehen dieser Frage gern aus dem Weg. Sie reden lieber abstrakt von „der" Freiheit schlechthin. So erklärte der ehemalige Chef der amerikanischen Besatzungsmacht Lucius Clay: „Keine Furcht vor Krieg könnte einen freien Mann dazu bringen, seine Freiheit für den Frieden einzu-

[1] Das wird bestätigt durch die im Adenauer-Staat offiziell betriebene „Revision" des Urteils im Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg. Vom ehemaligen Bundespräsidenten Heuß, der gegen Ende seiner Amtszeit vor dem Offiziersnachwuchs der Bundesrepublik das Urteil diffamierte, bis zu dem Adenauer besonders nahestehenden CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Höcherl, der in der Amnestiedebatte des Bonner Parlaments am 26. 2. 1954 von dem „Akt einer nachholenden Gerechtigkeit" gegenüber den abgeurteilten Kriegsverbrechern sprach, reicht diese neofaschistische Front. Die Ansicht eines militaristischen Hetzblattes wie der westdeutschen „Soldatenzeitung" (Februar-Ausgabe 1959), daß man den Kampf gegen die „Fessel von Nürnberg" noch zu matt führe, demonstriert nur den Charakter und das Ziel der Bewegung.

tauschen." Aber was ist das für eine Freiheit, fragen wir noch einmal, und zwar ganz konkret, in Westberlin heute – ein Jahrzehnt nach der Abspaltung? Es ist die Freiheit, auf unabsehbare Zeit unter fremden Bajonetten zu leben. Es ist die Freiheit, auf Gedeih und Verderb an die abenteuerliche Politik der Bonner Militaristen gefesselt zu sein und dem Schwelen der Lunte an der Zündschnur des Krieges tatenlos zuzusehen. Es ist die Freiheit, sich auf den Atomtod vorzubereiten, der den internationalen Rüstungskonzernen die ganz großen Profite bringen soll. Von diesem konkreten Inhalt der „Freiheit" unter dem Besatzungsregime im NATO-Stützpunkt Westberlin können die Frontstadtideologen natürlich in der Öffentlichkeit schlecht sprechen; deswegen bleiben sie lieber abstrakt. Es gibt aber keine Freiheit schlechthin, sondern nur Freiheit für das Volk oder Freiheit gegen das Volk, Freiheit für den Frieden oder Freiheit für den Krieg. Wo es Freiheit für das Volk und den Frieden gibt, kann es keine Freiheit für die Feinde des Volkes und den Krieg geben und umgekehrt.

Die verhältnismäßig konkreteste Aussage über den Inhalt der westlichen Freiheit war vor einiger Zeit in Adenauers „Rheinischem Merkur", und zwar in der anheimelnden „Osterbotschaft" von 1959, zu lesen. Sie besagt, „daß wir nicht um des guten Lebens, sondern um eines guten Sterbens willen in der Welt sind". Das gute Sterben, real gesprochen: das qualvolle Krepieren in der Atomhölle, das ist das eigentliche Lebensideal der „Freien" Welt!

Natürlich bezieht es sich nicht auf die in atomsicheren Bunkern verwahrten Generale, Generaldirektoren und Kriegspolitiker. Für die übrigen Teilhaber dieser ins Nichts mündenden westlichen Freiheit aber eröffnet sich lediglich die mystische Hoffnung auf eine beschleunigte Seelenwanderung aus der irdischen Atomhölle in den Himmel der christlichen Legende und die Chance der Heldenehrung in der kollektiven Traueranzeige einer in Asche versunkenen Landschaft. Wie zur Verdeutlichung der klerikalen Überlagerung dieser nihilistischen Freiheitsperspektive wurde kürzlich eine gemeinsame Wallfahrt von 500 Bundeswehrsoldaten zur „Wundertätigen Mutter Gottes von Lourdes" in Südfrankreich organisiert. Sie sollte ihnen zeigen, wie erstrebenswert es ist, möglichst rasch in die Arme der Wundertäterin zu gelangen. Die nihilistische Freiheitsperspektive – ob abstrakt verschleiert oder klerikal vermummt – droht indessen für die Militaristen ein Bumerang zu werden. Denn sie führt ihre Opfer zwangsläufig zu der Frage: Sterben – wofür eigentlich? Die Fremden-

legionärsantwort „Ganz gleich, wofür", um derentwillen westdeutsche Militärpsychologen von der „hohen Wehrmoral dieses Eliteverbandes" sprechen („Wehrkunde" 1958, Seite 658), ist offenbar nicht nach dem Geschmack der Wehrpflichtigen Westdeutschlands, z. B. des Jahrgangs 1922, und auch nicht nach dem Geschmack der Westberliner Jugend, wie u. a. die Aktionen der Studenten an der „Freien" Universität beweisen, wofür sie allerdings wegen Mißbrauchs der westlichen Freiheit sofort drangsaliert wurden.

Das zynische Wort der Frontstadtpolitiker „Berlin ist einen Krieg wert" drängt geradezu die Frage auf: Für wen? Für was? Die Antwort kann nur lauten: für weitere und noch weitaus größere Profite jener 14 Monopole, die heute die wahren und alleinigen Herren Westdeutschlands sind und von Bonn aus die Frontstadtpolitik der Westberliner Koalition steuern. Diese Politik genießt den Schutz der Besatzungsmächte, ohne den sie längst zusammengebrochen wäre. Das ist die Antwort, die jeder Werktätige und insbesondere jeder Arbeiter versteht und die vor allem die Marxisten-Leninisten auf Grund ihrer aus der Erfahrung geborenen Wissenschaft geben. Das ist die Antwort, deren Richtigkeit die auf diese Wissenschaft gegründete Politik der Arbeiter-und-Bauern-Staaten bestätigt, in denen mit der Entmachtung der Kriegsinteressenten auch die Kriegsideologie ihren Boden für immer verloren hat. Der von Bundesminister Strauß gepriesene amerikanische Kriegshetzer Schlamm schreibt in seinem Buch „Die Grenzen des Wunders": „Die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen . . . ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert." Die Antwort auf die Frage, warum Westberlin eigentlich einen Krieg wert sei, lautet somit nach dem eigenen Zeugnis der Kriegstreiber: weil „die Kommunisten", z. B. die in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Berlin, Frieden wollen, am Frieden gedeihen, im Frieden triumphieren. Und tatsächlich: die Freiheit der Kriegshetzer in Westberlin ist durch die Politik der friedlichen Verständigung wirklich „bedroht". Da kein vernünftiger Mensch bereit ist, für die Rettung dieser Freiheit zum Mörder und zum Selbstmörder zu werden, müssen die Frontstadtideologen den konkreten Inhalt der Freiheit Westberlins verdunkeln oder verschweigen. Auch das am 20. Februar 1959 gegründete Komitee „Rettet die Freiheit", das ideologische Zentrum der militaristischen Reaktion, hütet sich wohlweislich zu sagen, *wessen* Freiheit „gerettet" werden soll.

Die Kunst der offiziellen westdeutschen und Westberliner Propaganda besteht unter diesen Umständen darin, das in erster Linie vorgesehene Opfer der wieder einmal geplanten Aggression heute schon zum Aggressor zu stempeln. Dieser seit den Tagen Friedrichs des Zweiten erprobte Schwindel nach der Haltet-den-Dieb-Methode ist in der Tat die Grundlage der westdeutschen wie erst recht der Westberliner Behauptung von der bedrohten Freiheit. Da verwandelt sich plötzlich zum Zweck des Dummenfanges die berüchtigte „Lanzenspitze der NATO im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik" in eine von der Deutschen Demokratischen Republik „belagerte Festung", und der eigentlich Belagerte in Westberlin ist – so erklärt man – die westliche freiheitliche Lebensordnung. Selbst der Präsident der USA hat sich in seiner Radio- und Fernsehrede vom 17. 3. 1959 zu der These hergegeben, Westberlin sei „von sowjetischen und ostdeutschen Truppen" sowie von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik „eingekreist". Wie soll man diese Logik begreifen? Erst schafft man rechtswidrig mitten in fremdem Land eine Enklave, und dann erklärt man scheinbar naiv, diese Enklave sei von dem fremden Land eingekreist.

Am wenigsten aber steht es jenen Westberliner Politikern, die die Friedensstörung in der Deutschen Demokratischen Republik als ihren geschichtlichen Auftrag bezeichnen, an, die von der Deutschen Demokratischen Republik oder der UdSSR bedrohten Opfer zu spielen. Da es nicht möglich ist, reale Angriffsakte der Sowjetmacht, der Nationalen Volksarmee oder der Volkspolizei nachzuweisen, weil es keine gibt[1], muß der angebliche Angriff auf die Freiheit aus etwas „Geistigem", real Unfaßbarem und daher nicht Beweisbedürftigem hergeleitet werden. Die „Bedrohung", so behauptet man, ergebe sich aus dem Wesen und dem Wachstum des Marxismus-Leninismus. Sagen die Marxisten nicht den unvermeidlichen historischen Endsieg des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt voraus, und haben sie nicht in dieser Überzeugung allein 55 Millionen Menschen in den Reihen der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt vereint? Sie treffen diese Vor-

[1] Vorübergehend hilft natürlich auch die Erfindungsgabe, z. B. des Ministers Lemmer, der am 27. 11. 1958 im RIAS bewußt wahrheitswidrig erklärte, das „Ziel der Sowjets" sei, „Westberlin völlig und bedingungslos in ihren Machtbereich einzugliedern", und dann, aufbauend auf seine eigene Lüge, so wie er es unter Goebbels als dessen Kriegsberichterstatter gelernt hat, am 27. 5. 1959 vor dem „Internationalen Presseinstitut" in Westberlin die „Schlußfolgerung" zog: „Den Realitäten, die uns bedrohen, müssen auch von unserer Seite Realitäten entgegengesetzt werden."

aussage zwar kraft des Wirkens der objektiv in den kapitalistischen Staaten vorhandenen Widersprüche, kraft der ständig wachsenden Durchschlagskraft der marxistischen Argumente bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen der betreffenden Länder und unter der Voraussetzung eines entsprechenden Entschlusses der Arbeiter und ihrer Verbündeten in jedem einzelnen Land. Die Marxisten-Leninisten verneinen zwar ausdrücklich – in Theorie und Praxis –, wie man genau weiß, die Möglichkeit des „Exports" der sozialistischen Revolution in irgendein Land. Das alles verschweigt man oder entstellt man und argumentiert statt dessen folgendermaßen: Allein die bei den Arbeitern der ganzen Welt immer erfolgreichere Argumentation der Kommunisten zur objektiven historischen Aufgabe und Rolle der Arbeiterklasse, allein das verführerische Beispiel des erfolgreichen und friedlichen Aufbaus in allen sozialistischen Ländern, allein der sogar bürgerlichen Politikern immer mehr einleuchtende Vorschlag eines friedlichen Wettstreits zwischen den beiden Weltsystemen ist bereits ein Angriff auf die NATO-Freiheit und ein „indirekter" Angriff auf die NATO-Staaten. Imperialistische Diplomaten haben dafür den völkerrechtswidrigen Begriff der „inneren Aggression" erfunden, der sich im Grunde auf die Formel zurückführen läßt: historische Richtigkeit und daher Durchschlagskraft des Marxismus-Leninismus plus beispielhafte Erfolge des sozialistischen Aufbaus gleich „indirekte Aggression" gegen die kapitalistischen Staaten. Der amerikanische militaristische Ideologe Schlamm folgert daraus sogar die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit eines atomaren Präventivkrieges.[1] Ein deutscher militaristischer Ideologe, Johannes F. Barnick, steht ihm nicht nach. Er schreibt in seinem 1958 in Stuttgart erschienenen Buch „Die deutschen Trümpfe": „Der dritte Weltkrieg, trotz der Unabsehbarkeit seiner Folgen, ist jedenfalls der einzige leidlich wahrscheinliche Weg zur Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage."

[1] Mit dieser „Begründung" „rechtfertigt" der Verteidiger des deutschen Generalstabes und des OKW im Nürnberger Prozeß, Dr. von Laternser, in seinem 1950 in Bonn erschienenen Buch „Verteidigung deutscher Soldaten" sogar Hitlers Überfall auf die Sowjetunion: „... ein Abwarten, bis die sowjetische Bedrohung zum wirklichen Angriff würde, mußte nach militärischer Voraussicht zur Vernichtung des Reiches führen." Das ist die heute wieder ins Spiel gebrachte Methode der erfundenen Bedrohung, gegen die nur eine vorauseilende Abwehr helfen könne — die dürftigste, aber immer wieder verwandte Tarnung der Aggression in der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Die sogenannte Freiheit des Westens – das ist in Wahrheit das Verlangen der in einigen Staaten noch herrschenden Imperialisten, den Gang der Geschichte gewaltsam zu revidieren und aufzuhalten. Sinn und Ziel ihrer Freiheitspropaganda ist es, die Vernichtung der von den Volksmassen in den sozialistischen Staaten, z. B. in der Deutschen Demokratischen Republik, errungenen Freiheit und Selbstbestimmung zu „rechtfertigen", die aller Geistesfreiheit spottende Unterdrückung des wissenschaftlichen Sozialismus durch die reaktionäre Staatsgewalt in ihren eigenen Ländern zu „legitimieren" und die Einigung der Arbeiterklasse, des Motors der Volksfreiheit und des Völkerfriedens, zu verhindern. Den imperialistischen Ideologen, die sich der wissenschaftlichen Unwiderlegbarkeit des Marxismus-Leninismus gegenübersehen, bleibt als „Ausweg" nur die Hoffnung auf die Kobaltbombe, die wenigstens einige Millionen Kommunisten in das unvermeidbare historische Schicksal der überlebten Gesellschaftsordnung mit hineinreißen soll. Mit dieser barbarischen Perspektive ist man allerdings philosophisch bei Friedrich Nietzsche und politisch bei Adolf Hitler angekommen, auch bei seiner Methode der beweislosen „Diffamierung" aller Gegner der Kriegspolitik durch die Behauptung, sie seien samt und sonders Kommunisten.

So erweist sich als die eigentliche Antwort auf die Frage: Sterben – wofür? Sterben, um den Kommunismus zu stoppen, sterben aus Antikommunismus! Auch das gehört zu der von Hitler ererbten Weisheit, die er in der faschistischen Fibel des deutschen Militarismus niederschrieb: „An dem Tage, da in Deutschland der Marxismus zerbrochen wird, brechen in Wahrheit für ewig unsere Fesseln", doch die Folgen seines Entfesselungsaktes sind bekannt. Zur faschistischen Entfesselungsmethode gehörte und gehört das Aufrollen der politischen Front von links her, d. h. die Reaktion bleibt bei der Unterdrückung der Kommunisten niemals stehen. Davor hilft gegenüber den Faschisten keine noch so laute Absage an den Kommunismus. Auch das Abschwören des Marxismus durch die Führung der SPD hat sie zwar einstweilen noch vor dem Schicksal bewahrt, das Adenauer 1956 der KPD mit dem Verbotsurteil seines obersten politischen Gerichtshofes zu bereiten wünschte, aber schon ist auch die SPD der öffentlich ausgesprochenen Drohung Adenauers ausgesetzt, von ihm, wie er es im Sommer 1959 in München formulierte, „mit dem Holzhammer auf den Kopf geschlagen" zu werden. Selbst der Repräsentant einer Fraktion der westdeutschen Bourgeoisie in Adenauers Partei, die an einer

weniger aggressiven Politik interessiert ist, Minister Erhard, bekam während der Bonner Präsidentschaftskrise die Stacheln des Halsbandes so zu spüren, als wäre er ein halber Kommunist. Der Antikommunismus war der ideologische Auftrag der Kriegsinteressenten an Hitler, er richtet sich heute an Adenauer, Strauß und Schröder. Niemand kann deshalb der Nachbarschaft der neofaschistischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin entgehen, der sich in die antikommunistische Front einreiht. Das aber ist die ständige Praxis der Westberliner Frontstadtparteien und die konkrete Verwirklichung des Inhalts ihrer Freiheitsparole. So erschien unmittelbar nach dem Bekanntwerden des sowjetischen Vorschlages, Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu verleihen, ein gemeinsamer Boykottaufruf von Vertretern aller Parteien gegen die SED mit Unterschriften von Jakob Kaiser bis Paul Löbe, von Borner, dem Präsidenten der Westberliner Industrie- und Handelskammer, bis zu Scharnowski, dem Landesbezirksvorsitzenden des DGB. Dieselben Leute, die im Fehlen von Oppositionsparteien – gleichviel, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen – ein untrügliches Kennzeichen „totalitärer", freiheitsfeindlicher Systeme erkennen wollen, bilden unter Mißachtung der Wahlentscheidung der Westberliner Bevölkerung seit Jahren ohne jede Notwendigkeit militaristische Gemeinschaftsregierungen ohne parlamentarische Opposition. Ja, sie finden sich sogar mitten im Wahlkampf, in dem sie sonst Opposition zu spielen lieben, gegen die kommunistische „Drohung" mit der Politik der Entmilitarisierung, der Verständigung, des Friedensschlusses und der Förderung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse in Westberlin sofort zusammen. Der Boykottaufruf gegen die SED erschien am 30. 11. 1958 in der gesamten Westberliner Presse, ebenso wie zwei Tage zuvor der demagogische Aufruf „Macht das Tor auf", den paradoxerweise derselbe Erich Ollenhauer mit unterschrieb, der kurz zuvor durch das ersichtlich offene Tor zu seinem nützlichen Gespräch mit Chruschtschow gefahren war. Ihm dürfte ebensogut wie den anderen Unterzeichnern bekanntgewesen sein, daß in neun Jahren allein in Westberlin an die 15000 Menschen, nur weil sie dort für Frieden und Verständigung warben, von der Frontstadtpolizei auf Grund besatzungsrechtlicher Vorschriften verhaftet wurden. Für diese 15000 stand lediglich das Moabiter Gefängnistor offen. Aus der praktisch nur nach links verwirklichten Zwei-Fronten-Kriegsparole der westdeutschen SPD-Führung ist vor allem in Brandts Bereich die offene Ein-Fronten-Kriegs-Theorie und -Praxis, der eindeutige und ein-

seitige Antikommunismus, das wichtigste ideologische Erbstück Hitlers und Fundament seiner gesetzmäßigen Niederlage, geworden. Der westdeutsche „Spiegel" vom 11. 9. 1957 erklärt sarkastisch: „Faschist ist bei uns kein Schimpfwort mehr." Wenn das auch für die Auffassung der breiten Massen in Westberlin keineswegs zutrifft, so ist doch Tatsache, daß es z. B. in Berlin-Neukölln eine Spezialbuchhandlung für faschistische Literatur gibt, deren Inhaber einen Kreis von SA-, SS- und Strasserleuten um sich versammelt haben und mit diesem regelmäßig faschistische Agitationskurse hauptsächlich mit dem Ziel der Faschisierung der Westberliner Jugend durchführen.

Um dem Odium eines Erben und Spießgesellen des Faschismus bei den Westberliner Arbeitern und anderen fortschrittlichen Kreisen zu entgehen, versteckt man sich ideologisch gern – auch außerhalb der rechten SPD-Führung – hinter der verlogenen, provokatorischen These von der angeblichen Zwillingsbrüderschaft von Faschismus und Kommunismus, einer Lüge, von der in unserer Darstellung schon die Rede war. Einer der geistigen Väter dieser ebenso infamen wie wahrheitswidrigen Gleichsetzung von Mördern und Gemordeten ist der führende Ideologe der Gördelergruppe, der sogenannten Antifaschisten des 20. Juli 1944, der Freiburger Historiker Prof. Gerhard Ritter. Ritter konstruiert die Gleichsetzung durch die Behauptung, jeder Einparteienstaat, jede „Omnipotenz", also „Allmacht", der Staatsgewalt sei „totalitär", und beides treffe gleichermaßen auf das Regime der sozialistischen wie der faschistischen Staaten zu. Das theoretische Niveau dieser vom Wesentlichen, vom Klasseninhalt abstrahierenden Aussage entspricht etwa der Feststellung: eine Unze Gift und eine Unze Gegengift ist jedenfalls eine Unze, und somit ist Gift gleich Gegengift. Ritter verspottet die „totale Einheit des Volkswillens", die nach seiner Auffassung ebenso von faschistischen wie von sozialistischen Staaten behauptet wird. Aber die totale Einheit des Volkswillens, die der faschistische Staat für sich in Anspruch nimmt, ist unter den Bedingungen dieser terroristischen Herrschaft der aggressivsten und reaktionärsten Imperialisten eine offensichtliche Lüge, was Ritter nicht unbekannt sein sollte. Im sozialistischen Staat dagegen wird im Maß der Liquidierung des Klassenantagonismus die moralisch-politische Einheit des Volkswillens fortschreitend zur Realität, dort entwickelt sich in der Tat die totale Einheit des Volkswillens.

Die sogenannte Omnipotenz aber, die Allmacht des Staates, ergibt sich im Faschismus als der extremsten Form der bürgerlichen Diktatur

aus der gewaltsamen Fernhaltung der Massen von jeglicher Mitwirkung an der Staatsgewalt, aus der brutalsten Unterwerfung des Volkes unter das Diktat der Imperialisten und Militaristen. In der sozialistischen Demokratie dagegen beruht die staatliche Macht in ständig zunehmendem Maße auf dem Mitplanen, der Mitarbeit und dem Mitregieren der Massen und jedes einzelnen. Zentralismus ist Zentralismus, meint Ritter in seiner formalistischen Denkweise, aber der Unterschied zwischen dem bürokratischen Zentralismus aller dem Militarismus dienenden Diktaturen und dem demokratischen Zentralismus der friedliebenden Arbeiter-und-Bauern-Staaten ist die Potenzierung des Terrors und der Kriegshetze im ersten, der Demokratie und des Kampfes für den Frieden im zweiten Falle. In Ritters Logik aber ist Potenzierung wieder gleich Potenzierung, und daher sind ihm der sozialistische und der faschistische Staat trotz ihres diametral entgegengesetzten Inhalts gleichermaßen „totalitär".

Dabei spürt Ritter offenbar ganz gut, um was es geht. Denn gleichzeitig erklärt er die Macht „totalitärer" Staaten aus der von ihm verabscheuten Entfaltung der Souveränität des Volkes. Das ist gegenüber bürgerlichen Diktaturen, obendrein in faschistischer Gestalt, ein so grotesker Widerspruch zur Wirklichkeit, daß dafür keine Widerlegung erforderlich ist, für die Klärung der Freiheitssituation in den sozialistischen Staaten aber ist Ritters Feststellung tatsächlich aufschlußreich. Denn in der Tat stehen sich die Freiheitsinteressen des Volkes und die Freiheitsinteressen der imperialistischen „Elite", der Ritter das Wort redet, polar gegenüber. Das Volk ist an der Freiheit zum Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, zur Selbstbestimmung seines nationalen Schicksals, zur Gestaltung seiner politischen Lebensform, zur Achtung des gleichen Rechtes aller anderen Völker, zur Erlangung der Erkenntnis und der Meisterung der Gesetze der Entwicklung interessiert. Die imperialistischen und militaristischen Feinde des Volkes aber sind ganz im Gegenteil an der Freiheit zur Ausbeutung des eigenen Volkes und zur Ausplünderung anderer Völker, zur Ausschaltung des Volkes von der politischen Macht, zur Preisgabe der Rechte der eigenen Nation, wenn es die Sicherung der Profite verlangt, sowie zur Verdummung und moralischen Degradation der Volksmassen interessiert. Denn die Volksmassen begreifen immer mehr, daß wahre Freiheit die Fähigkeit ist, „mit Sachkenntnis entscheiden zu können", daß sie nicht in der „erträumten Unabhängigkeit" von den Entwicklungsgesetzen besteht, sondern in ihrer Erkenntnis „und der damit gegebenen Möglichkeit,

sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen" (Fr. Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", S. 138 f).

Darum verneint die militaristische Reaktion die Souveränität des Volkes und kann unter imperialistischen Bedingungen auf die Dauer nicht mit parlamentarisch-demokratischen Formen der bürgerlichen Herrschaft auskommen. Darum drängt der Militarismus in unserer Epoche zu faschistischen Formen, wie Schröder mit seiner angekündigten „Notstands"gesetzgebung in der Bundesrepublik und Brandt mit seiner Forderung nach Streichung des Grundrechtsteils der Westberliner Verfassung, nach dessen Ersetzung durch die militarisierten Grundrechtsbestimmungen des Bonner Grundgesetzes und Einführung eines eigenen Westberliner „Notstands"-gesetzes. Aus diesem Grund bestärkt der Militarismus den Spießbürger in seinem Wunsch nach Freiheit von der Politik und von der gesellschaftlichen Verantwortung, weil dieser „unpolitische", nur sich selbst lebende Spießbürger ein besonders geeignetes Objekt der Politik des Krieges ist. Denn er läßt sich durch ein Gemisch von Friedensphrasen und großsprecherischen Drohungen besonders leicht dumm machen, stellt am Wahltag alle paar Jahre seinen militaristischen Mördern die „demokratische" Massenkulisse, läßt sich hinterdrein willig ausschalten und erwacht frühestens, wenn es zu spät ist. Er begreift nicht, daß es weder für ihn noch für sonst jemanden eine „Freiheit von der Politik" geben kann, daß es vielmehr um die Mitwirkung jedes einzelnen an der Selbstbefreiung des Volkes von einer so handgreiflich unmenschlichen Politik wie der des deutschen Militarismus geht, der als Initiator von zwei Weltkriegen bisher Tod und Elend von 55 Millionen Menschen auf dem Gewissen hat.

Der größte Schrecken dieses Spießbürgers mit seiner Illusion von „persönlicher Freiheit", die in Wahrheit gesellschaftliche Freiheit stets voraussetzt, ist die marxistisch-leninistische Vorhut der Arbeiterklasse. Denn sie weckt die Volksmassen, zeigt ihnen, wo der Feind des Friedens steht, und was man gegen ihn tun kann und muß, verlangt verantwortungsbewußtes Handeln von jedem friedliebenden Menschen. Sie weiß, daß die Arbeiterklasse der gefährlichste Feind des Militarismus ist, wenn sie geeint oder doch vereint handelnd die Kräfte des friedliebenden Volkes um sich schart und sie den Kräften der Kriegstreiber entgegenstellt. Der Kampf gegen den Kommunismus und die Diskreditierung aller Kämpfer für den Frieden als Kommunisten ist ein Ausdruck der Schwäche des Militarismus und zugleich

eine Lebensnotwendigkeit für ihn, und zwar nicht nur in seiner extremsten faschistischen Gestalt. Natürlich sind nicht alle Friedenskämpfer Kommunisten, wohl aber alle Kommunisten Friedenskämpfer, und sicher die konsequentesten unter ihnen. Darum ist jeder Schlag gegen den Kommunismus ein Erfolg für die Militaristen, ein Erfolg allerdings, dessen historische Perspektive im Todesbunker der Reichskanzlei und am Galgen von Nürnberg manchem sichtbar wurde. Der Militarismus braucht das Geschrei „Freiheit vor den Kommunisten", um möglichst ungehindert die Massen zu Sklaven seiner Kriegsmaschine machen zu können. Er braucht es auch und gerade in Westberlin zu nichts anderem als dazu, die Arbeiterklasse zu spalten und sie sowie ihre Verbündeten der Führung zu berauben, in der Hoffnung, dann die Massen vielleicht doch noch ein drittes Mal und in viel grauenhafterer Weise als bisher in den eigenen Untergang hineinziehen zu können. Ein an der Macht befindlicher Militarismus ist stets der Vorreiter sowohl des Krieges wie des Niedergangs der bürgerlichen Demokratie, wenn ihm nicht das Volk gemeinsam mit allen vom Militarismus bedrohten Völkern in die Zügel fällt und ihn bändigt. Wer mit dem Antikommunismus paktiert, paktiert daher mit dem Krieg. Darum ist die besonders intensive Ausbreitung der antikommunistischen Hetze durch die Westberliner Frontstadtpolitiker der klarste ideologische Ausdruck der Gefährlichkeit dieses Zentrums der Kriegsprovokation in Europa. In Westberlin genießen die Militaristen alle Freiheiten, während die der legalen marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei, der SED, aufs äußerste beschränkt und nach Möglichkeit liquidiert werden. Der Kampf der Militaristen geht um die Ausschaltung ihres Hauptgegners, der Arbeiterklasse, und zuerst und vor allem ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut. Das Ziel ist, dadurch die Auslösung des Atomkrieges Schritt um Schritt zu ermöglichen.

Um diesen Kampf führen zu können, brauchen die Kriegstreiber die Herstellung einer militaristischen Einheitsfront bis tief in die Arbeiterklasse hinein, brauchen sie eine militaristische Agentur in der Arbeiterklasse, die in der Sprache des Arbeiters sich in das Vertrauen des Arbeiters einschleicht und sein Bewußtsein zersetzt, brauchen sie die Lüge vom dritten Weg, von der Klassenharmonie unter den Bedingungen der kapitalistischen Monopolherrschaft. Wie immer, wenn der Militarismus den Überfall auf andere Länder betreibt, braucht er besonders dringend den „Klassenfrieden" im Hinterland. Zur schrittweisen Zersetzung des Klassenbewußtseins der Arbeiter knüpft man

nicht nur an die in Westdeutschland und Westberlin bewußt wiederhergestellten oder wiederbelebten antikommunistischen Vorstellungen vor allem der faschistischen Periode an, sondern bedient sich auch anderer von den Militaristen bereits erprobter Methoden. Die wichtigste von ihnen ist die „Burgfriedens"parole, die der später gestürzte und geflohene Kaiser, der – wie heute Strauß – von „seinen" Soldaten das Schießen auf Vater und Mutter verlangte, am Tage des Kriegsausbruchs 1914 und des offenen Verrats der sozialdemokratischen Opportunisten am Frieden in den bekannten Satz kleidete: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", sprich: Opfer meiner Kriegspolitik. Aus der „Burgfriedens"parole von 1914, aus der „Volksgemeinschafts"-parole von 1933 ist in Westberlin heute die Parole von der „Notgemeinschaft" geworden, mit deren Hilfe sich die in Westdeutschland im wesentlichen passive „Opposition" der SPD auf dem Westberliner Vorpostengelände in eine aktive Zusammenarbeit mit allen Kriegsparteien verwandelt. Bekannt ist Scharnowskis hier bereits zitierte Losung im Neujahrsaufruf des Westberliner DGB-Vorstandes 1958: „Letztlich sitzen wir doch alle zusammen im Berliner Boot und haben keine Lust, im kommunistischen Meer unterzugehen." Wie zur Selbstverhöhnung beruft Scharnowski sich in diesem Appell zur Gleichschaltung der SPD mit den bürgerlichen Kriegsparteien auf „die politische Vielfalt in Freiheit", die Westberlin im Gegensatz zu Ostberlin genieße. Wir erinnern uns auch jenes anderen Scharnowski-Wortes vom 3. 1. 1959: „Wo es ... wie jetzt um die äußere Freiheit und Unabhängigkeit geht, sollte man sich um die weitere Gestaltung der sozialen Inneneinrichtung nicht mehr als unbedingt nötig streiten, geschweige denn die Köpfe einschlagen." Die Parolen Scharnowskis sind klar: Die Freiheit der Militaristen erfordert im NATO-Stützpunkt Westberlin in ganz besonderem Maße die Unfreiheit der Arbeiter, zumal in einer Periode, in der die Freiheit der Militaristen in Westberlin durch die Friedensoffensive der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik und die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses in unmittelbarer Gefahr ist. Im theoretischen Organ des DGB „Freies Wort" (Heft 3/1959, S. 10) formuliert ein gewisser Ernst Müller die Position der Westberliner DGB-Führung exakt militaristisch: „Der Tatbestand der belagerten Festung Westberlin weist uns klar unsere Aufgabe zu und erfordert von uns, die gemeinsamen Interessen aller Belagerten wahrzunehmen, unter zeitbedingtem Verzicht auf Sonderinteressen der einzelnen und der Gruppen." Das heißt: die Arbeiter-

freiheit hat der Freiheit der Militaristen zu weichen, und die Gewerkschaften haben dabei zu helfen.

Diese Vollzugsmeldung der bedingungslosen Kapitulation „sozialistischer" Arbeiterführer vor dem militaristischen Diktat ihrer sogenannten „Sozialpartner" quittierte ein Repräsentant der Westberliner Kapitalisten im „Tagesspiegel" vom 23. 2. 1959 unverzüglich mit der Feststellung, in Westberlin sei „die Plattform zum gemeinsamen Handeln von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefunden" worden. Allerdings antworteten die faschistischen Scharfmacher keineswegs „notgemeinschaftlich". Ein Sprecher der DP forderte vielmehr: „Die Gelder der Gewerkschaften muß man beschlagnahmen, um damit die Schäden gutzumachen, welche die Gewerkschaften angerichtet haben." Die Kapitalisten wissen also sehr wohl ihren Klassenstandpunkt zu wahren, und zwar sowohl durch die Aktivierung wie durch die gleichzeitige Desavouierung der „Notgemeinschafts"politik.

Auf dem 5. Westberliner Landesparteitag der SPD erklärte Otto Stammer den Grundsatzstandpunkt der Brandt-Gruppe in der SPD-Führung. „Philosophisch-abstrakt könnte man sagen: ‚Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus sind zu erkennen in der Erringung der Würde und Freiheit des Menschen.'" Stammer konkretisierte diese erhabene Banalität durch den Hinweis auf die enge Gemeinschaft der SPD Westberlins mit der bürgerlichen Reaktion im Kampf gegen den Kommunismus und die angebliche Unversöhnbarkeit der sozialistischen Kräfte. Er bagatellisierte die Wichtigkeit „von Instituten wie beispielsweise diejenigen der Demokratie oder der Sozialpolitik" für den gesellschaftlichen Fortschritt im Vergleich zu den abstrakten „Werten und Verhaltensnormen", auf die es weit mehr ankomme. Stammer wagte es, Marx dabei den Marxisten entgegenzustellen, weil sie nach seiner Auffassung den „humanistischen Aspekt" unterschätzten, „der Marx' ganzes Gebäude durchdringt." Aber Marx' humanistische Frage war bekanntlich: wie kann man und wer kann und wird die unmenschliche kapitalistische Gesellschaft verwandeln? Seine sehr konkrete revolutionäre Antwort dürfte selbst Stammer bekannt sein. Die Predigt der Klassenharmonie – zumindest bis auf weiteres „zeitbedingt" – ist der ideologische Rechtfertigungsversuch der Gleichschaltung Westberlins trotz seiner absoluten Arbeitermehrheit auch im Parlament mit dem imperialistischen, militaristisch-klerikalen Regime Adenauers. Dafür den sozialistischen Humanismus von Marx auch noch als Bürgen anzuführen, geht über das bisher übliche Maß oppor-

tunistischen Massenbetrugs weit hinaus. Die einzigen Freiheiten, die von der Brandt-Gruppe real noch gefordert werden, außer der schrankenlosen Freiheit für die Kriegstreiber in Westberlin und ihre ausländischen Beschützer, sind „gewisse taktische Freiheiten" gegenüber der eigenen Partei, die der SPD-Senator Hertz angesichts der Abhängigkeit Westberlins „vom freien Westen und der Notwendigkeit eines eisernen Willens zur Verteidigung seiner Positionen" kategorisch verlangte. Sie laufen praktisch auf eine aktive Sabotage des „Deutschlandplans" der SPD durch die Westberliner Parteiorganisation hinaus. Die Bindung an die westliche Freiheit soll also die Westberliner SPD noch enger mit der Freiheit der Atomkriegsplaner verbinden. Folgerichtig erntet Brandt das Lob der „New York Herald Tribune", die Brandts Bemühungen ehrt, „die SPD aus dem doktrinären Sozialismus herauszuheben und sie von Neutralismus (!) und antiwestlicher Einstellung freizumachen." Noch deutlicher schrieb „Die Welt" vom 16. 12. 1958 anläßlich der Teilnahme Brandts an einer Konferenz der Westmächte in Paris: „Brandt hat seine Parteistiefel vor die Hoteltür gestellt und wird sie aus Paris nicht mehr nach Berlin zurückbringen." Tiefer kann die moralische Degradierung des Führers einer Arbeiterpartei eigentlich kaum mehr gehen.

Hitlers Devise von der „Volksgemeinschaft"[1] gegen den rassisch minderwertigen Kommunismus und gegen den sowjetischen Todfeind krönt also die Frontstadtideologie. Das beweist: Ohne die Liquidierung der politischen Machtpositionen des Militarismus in Westberlin, seiner militaristischen Hintermänner in Bonn und ohne die Entfernung des Schutzdaches der Besatzungsmächte wird es auch ideologisch keine Befreiung Westberlins vom Erbe des Faschismus, keine Befreiung der Westberliner SPD von der Bevormundung durch die Kriegspartei Adenauers und keine Freiheit für die wirklich humanistischen Traditionen geben, an denen das liberale Bürgertum hängt. Erst recht wird es keine Freiheit für das Streben der Arbeiterjugend und auch der jungen akademischen Intelligenz Westberlins nach einem fortschrittlicheren humanistischen Leitmotiv ihres Lebens geben.

Wie wir sahen, bilden die drei Hauptelemente der Frontstadtideologie eine innere Einheit. Sowohl das Geschrei von der bedrohten Freiheit wie die Hexenjagd gegen den Kommunismus, wie die Propagierung

[1] Der „Antifaschist" Prof. Ritter wirft bezeichnenderweise Hitler nur den Mißerfolg seines Volksgemeinschaftsschwindels vor, nicht aber diesen Schwindel selbst.

der Klassenharmonie sollen das Bewußtsein der westdeutschen und speziell der Westberliner Arbeiter von ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens lähmen, dadurch alle Friedenskräfte in ihrem Zentrum treffen und den deutschen Militaristen und Revanchisten unter dem Schutz des Besatzungsregimes die Provokation eines dritten Weltkriegs von Westberlin aus ermöglichen.

Auch die neueste Tarnungsideologie des deutschen Militarismus, die klerikale Freiheitsideologie, dient dem gleichen Zweck. Indem der politische Klerikalismus den einzelnen gläubigen, z. B. christlichen Arbeiter aus seinen sozialen Bindungen herauslösen möchte und ihn unmittelbar einem Gott gegenüberstellt, dem er nach den Worten des Probstes Asmussen die Atombombe als „Zuchtrute" in die Hand gibt, verfolgt der politische Klerikalismus trotz aller metaphysischer Verkleidungen kein anderes Ziel als die übrigen Ideologen des kalten Krieges in der Welt und der Frontstadtpolitik in Westberlin.

Da die Vertreter des politischen Klerikalismus eine Schlüsselstellung im Rahmen der Frontstadtpolitik gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder einnehmen, soll von ihrer Wühltätigkeit und der ihr zugrunde liegenden Ideologie im folgenden Kapitel speziell die Rede sein.

Die Wühltätigkeit des politischen Klerikalismus von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder

Im Herrschaftsbereich der NATO werden kirchliche Einrichtungen in vielfältiger Weise vom politischen Klerikalismus für Zwecke der NATO-Politik mißbraucht. Die Rechtfertigung eines atomaren Krieges gegen die sozialistischen Länder und die Faschisierung des gesamten Lebens in Westdeutschland erfolgen unter Mißbrauch von Religion und Kirche. Eine Anzahl von Kirchenführern der katholischen und der evangelischen Kirche und verschiedene Theologen sind bereitwillig in die Dienste der Adenauerpolitik des kalten Krieges getreten und haben, vom Haß gegen den Sozialismus diktiert, die kirchlichen Einrichtungen dem deutschen Militarismus ausgeliefert und den Antikommunismus zu ihrem „Evangelium" gemacht.

Die Wiederherstellung der göttlichen Ordnung (sprich Kapitalismus) sei die Anwendung der Atombombe wert, selbst wenn dabei die ganze Welt unterginge; die Menschen seien nicht um des guten Lebens, sondern um eines guten Sterbens willen auf der Welt – so und ähnlich wird, wie bereits erwähnt, argumentiert.[1] Die Atom-

[1] Prof. Grundlach erklärte im Februar 1959 auf der Tagung der Katholischen Akademie Bayern in Würzburg: „Der Krieg ist eine Strafaktion ... gegen eine sichere und schwere moralische Schuld eines Volkes oder seiner Führung ... Noch mehr ordnet sich die päpstliche Auffassung vom Krieg im allgemeinen eher in die späteren, den westlichen Zeitverhältnissen sich anpassenden Auffassungen der Theologen ein, die den Krieg als letztes Mittel betrachten, die gestörte justicia distributiva, die verteilende Gerechtigkeit, unter den Völkern wiederherzustellen, Streitigkeiten um Gebiete, um Anrechte oder ähnliches zu lösen ... Der Papst sieht all das Schreckliche am heutigen Kriege. Trotzdem kommt er zu dem Ergebnis: Die Anwendung des atomaren Krieges ist nicht absolut unsittlich ... ja sogar der Untergang eines ganzen Volkes in der Manifestation der Treue zu Gott ... kann einen solchen Wert darstellen, daß diese gerechtfertigt wäre" („Stimmen der Zeit", 7. Heft, April 1959).

bischöfe sind zu politischen Funktionären des straußschen Kriegsministeriums geworden. Das charakteristischste Merkmal des politischen Klerikalismus besteht darin, daß er die kirchliche Hierarchie beider Konfessionen, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in den Dienst der reaktionären und aggressiven imperialistischen Politik gestellt hat („Einheit" 11/58, S. 1564).

Bei der Beantwortung von Fragen im Dresdner Forum erklärte Walter Ulbricht am 26. 6. 1959: „Bonn besitzt ein eigenes Patent der Faschisierung. Es handelt sich um ein Gemisch von Militarismus und politischem Klerikalismus. Dieses Bündnis des Militarismus mit dem politischen Klerikalismus wurde für den deutschen Imperialismus notwendig, weil der Nazismus in den Augen der Völker der Welt und des deutschen Volkes durch seine ungeheuerlichen Verbrechen diskreditiert ist und Bankrott gemacht hat. Über den Klerikalismus bestand nach 1945 für den deutschen Imperialismus noch die einzige Möglichkeit, eine bestimmte Massenbasis zu erlangen. Von dieser Stelle her erwarten die Millionen Gläubigen in Westdeutschland am wenigsten den Faschismus. Der politische Klerikalismus setzt aber unter Mißbrauch religiöser Anschauungen die Gläubigen bei der Durchführung der Pläne der Militaristen unter Druck."[1]

Mit dem Ausbau Westberlins als Frontstadt und Provokationsherd des Imperialismus gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und anderen sozialistischen Ländern errichtete auch der politische Klerikalismus als Bestandteil des Imperialismus seinen vorgeschobenen Gefechtsstand in Westberlin. Von Westberlin aus, wo sich sowohl

„Die Menschen sind nicht um des guten Lebens, sondern um eines guten Sterbens willen auf der Welt" („Rheinischer Merkur", Ostern 1959).
Vergleiche auch das Gutachten von 7 katholischen Moraltheologen Westdeutschlands, in dem die Vorbereitung und Anwendung eines Atomkrieges gerechtfertigt wird, vor allem mit dem Hinweis: Zur „Sicherung rechtmäßiger Besitzungen", als Mittel zur Abwendung des „Seelenmordes" durch die „Diktatur religionsfeindlicher Staaten" („Junge Kirche", Dortmund, Heft 11/12, 10. 6. 1958).
Propst Asmussen: „Wer im Namen des Evangeliums über die Atombombe spricht, kann nicht übersehen, daß die Atombombe eine Zuchtrute in der Hand Gottes ist" (epd. 65 v. 18. 3. 1958).
Siehe auch Prof. Künneth und Militärbischof Kunst, die die Anwendung der Atombombe als ein mögliches Mittel im Dienst der christlichen Nächstenliebe bezeichnen.

[1] „Neues Deutschland" vom 27. 6. 1959.

die Zweigstelle des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD)[1] wie auch die Berliner Stelle des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz[2] befinden, versuchen führende Kräfte des politischen Klerikalismus, die Geistlichen und die Laien in der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne der NATO-Politik zu beeinflussen. Diese „Anleitung" ist Bestandteil der psychologischen Kriegführung gegen die Deutsche Demokratische Republik und gehört zu dem Teil der NATO-Politik, der die Unterminierung und Aufweichung der Deutschen Demokratischen Republik, die Aggression gegen sie von innen her, zum Ziel hat. Dabei konzentriert sich der politische Klerikalismus besonders darauf, durch den Kampf gegen die wachsende moralisch-politische Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die sozialistische Erziehung den Aufbau des Sozialismus zu stören.

Die Hauptmethode der Vertreter des politischen Klerikalismus im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik ist also ideologische Diversion. Gleichzeitig dienen ihm seine verlogenen Erklärungen über die Unterdrückung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der

[1] Zur Struktur und zum Charakter der EKD:
Die EKD ist ein Zusammenschluß der evangelischen Gliedkirchen in Deutschland, davon 19 in Westdeutschland und 8 in der Deutschen Demokratischen Republik. Die höchsten Organe der EKD sind die Synode und der Rat der EKD. Die Kirchenkanzlei des Rates hat ihren Sitz in Hannover, ihre Zweigstelle in Berlin-Charlottenburg. Das Außenamt der EKD hat seinen Sitz in Frankfurt a. M. Für den politischen Charakter, den die obersten Organe mit der Entwicklung der EKD zur NATO-Militärkirche angenommen haben, ist kennzeichnend, daß Dr. Dr. Heinemann, der einst Präses der Synode war, aus dieser Funktion ausgebootet wurde und daß auch Kirchenpräsident Niemöller, der einst Präsident des Außenamtes der EKD war, von diesem Amt verdrängt wurde. Vorsitzender des Rates der EKD ist Bischof Dibelius, Westberlin.

[2] Zur Struktur und zum Charakter der Fuldaer Bischofskonferenz (FBK):
Der Fuldaer Bischofskonferenz gehören alle deutschen Bischöfe sowie Vertreter der ehem. Bistümer Breslau und Ermland und der sogenannten „Freien Prälatur Schneidemühl" an. Die Zugehörigkeit von Vertretern dieser ehem. Bistümer beweist bereits den revanchistischen Charakter der FBK. Die FBK tagt in der Regel einmal jährlich. Sie legt die Hauptlinien der Politik des politischen Katholizismus fest und koordiniert die Tätigkeit aller katholischen Laienorganisationen. Die FBK ist heute die Zentrale des politischen Klerikalismus bei der Unterstützung der Bonner NATO-Politik. Der FBK angeschlossen ist die Ordinarienkonferenz der katholischen Bischöfe und der bischöflichen Kommissare in der Deutschen Demokratischen Republik, die

Deutschen Demokratischen Republik, die unter dem Gewand von Hirtenbriefen glaubhaft werden sollen, zur Rechtfertigung der Politik der Bonner Militaristen vor den Gläubigen in Westberlin und in Westdeutschland selbst. Für eine diesem Zweck entsprechende schnelle „Auswertung" der Aktionen des politischen Klerikalismus von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik ist in den Westzeitungen und den westlichen Rundfunksendungen immer gut gesorgt.

Repräsentanten des politischen Klerikalismus

a) Es demonstriert deutlich den politisch-klerikalen Ausbau der Frontstadt, daß 1957 der „Ostexperte" der Fuldaer Bischofskonferenz, Döpfner, als Bischof von Berlin eingesetzt und 1958 zum Kardinal berufen wurde. In seiner Hand liegen zwei der wichtigsten Organisationen zur Zersetzung und zur Wühlarbeit in den sozialistischen Ländern, die „Ostpriester-Hilfe" und die „Flüchtlingsfürsorge" mit einem offiziell ausgewiesenen Aufwand von rund 20 Millionen DM. (Davon zahlt die Bonner Regierung allein 9 Millionen DM.) Die Westpresse selbst kommentierte die Ernennung dieses Kardinals als ein „Politikum ersten Ranges". „Der Tag" vom 18. 11. 1958 schrieb: „Wenn nun der Kölner Sitz (Kardinal Frings) für den Westen Deutschlands gilt, der Münchner (Kardinal Wendel) für den Süden, so wird der Berliner Sitz in erster Linie für den Osten Deutschlands gelten, . . . und damit auch eine ‚Brücke' zu den Katholiken Warschaus schlagen."
Bischof Kardinal Döpfner unterstehen als Vorsitzendem der Ordinarienkonferenz Ost alle Bischöfe und Weihbischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik. Sein Wirken wurde bald spürbar in einer zunehmenden Verschärfung der politisch-klerikalen Aktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik und gipfelte in der Aufforderung an die Katholiken, sich „stark zu machen, wenn es

regelmäßig in Westberlin unter dem Vorsitz von Kardinal Döpfner zusammentritt. Die FBK unterhält als ständige Einrichtung ein Commissariat, das für die Durchführung der Beschlüsse und die Organisation der Tätigkeit aller Einrichtungen des politischen Katholizismus verantwortlich ist und in Westberlin eine Zweigstelle unterhält, die Kardinal Döpfner untersteht. Vorsitzender der FBK ist Kardinal Frings.

sein muß, bis zur Blutvergießung"[1]. Seine gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Äußerungen und Handlungen in Form von Rundfunkreden, von Anweisungen an die Geistlichen, von Hirtenworten an die Gläubigen und von Memoranden an die Regierung verfolgen ein zweifaches Ziel: erstens, die Geistlichen und die Laien unter dem Deckmantel der Ablehnung des Atheismus in einen politischen Gegensatz zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu bringen und auf diese Weise den Aufbau des Sozialismus zu stören. Zweitens dienen diese Aktionen unter mißbräuchlicher Einbeziehung kirchlicher Einrichtungen der politischen Gefügigmachung der Gläubigen in Westberlin und in Westdeutschland für die Politik der Adenauer-Regierung, für die verbrecherische Kriegsvorbereitung. Aus der großen Anzahl derartiger politisch-klerikaler Aktionen sollen hier nur einige Beispiele angeführt werden.

Bereits kurz nach seinem Amtsantritt in Berlin, nämlich am 1. 5. 1957 und am 26. 11. 1957, erließ Bischof Döpfner Anweisungen an alle kirchlichen Amtsträger der katholischen Kirche, denen zufolge Einladungen staatlicher Stellen zu Aussprachen abgelehnt bzw. nur unter ganz bestimmten Bedingungen befolgt werden dürfen. Die Geistlichen wurden angewiesen, über Vertreter staatlicher Organe und anderer Organisationen dem „bischöflichen Ordinariat gewissenhaft zu berichten".

Stellungnahmen zu Zeitfragen, und somit die Mitwirkung am gesellschaftlichen und politischen Leben sind den Geistlichen unter allen Umständen strikt untersagt. Diese der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik absolut zuwiderlaufende Anweisung wurde zudem ausgerechnet am 1. Mai (1957) den Pfarrämtern übergeben.

In vielen Hirtenworten, so u. a. vom 23. 10. 1957, 15. 4. 1958, 4. 5. 1958, Pfingsten 1959 usw., hat Bischof Döpfner den Gläubigen eine angeblich durch den Staat verursachte Gewissensnot suggerieren wollen.

Zu diesem Zweck wird unser sozialistischer Staat, in dem zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Glaubens- und Gewissensfreiheit tatsächlich gewährleistet ist, auf das übelste ver-

Döpfner in der St. Pius-Kirche am 25. Dezember 1958 nach seiner Rückkehr aus Rom.

leumdet. Der Staat, so wird erklärt, lasse „keinen Raum mehr für das Wirken der Kirche und für die Gewissensfreiheit“[1].
Es genügt der Hinweis auf einige Tatsachen, um den heuchlerischen Charakter dieser Behauptung zu entlarven.[2]

[1] Döpfner in seiner Pfingstbotschaft 1959 über Staat und Kirche in der DDR („Petrusblatt“ vom 24. 5. 59).

[2] Allein die Katholische Kirche erhält jährlich vom sozialistischen Staat rd. 1 000 000 DM Staatszuschüsse (die evangelischen Kirchen bekommen rd. 11 Millionen DM). Darin sind nicht einbezogen solche Beträge, wie sie z. B. für die St.-Hedwigskathedrale vom Staat beglichen werden. Alle Eltern, die es wollen, können ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen lassen.
Die Logik der Tatsachen, vor allem das Erleben und Mitwirken an dem großartigen Friedenswerk des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik, hat die überwiegende Mehrheit der katholischen Christen wie auch immer mehr Geistliche immun werden lassen gegen die Versuche des politischen Klerikalismus, sie in einen politischen Gegensatz zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu bringen. Mehr noch: immer mehr Bürger katholischen Glaubens unterstützen nicht nur durch gute Taten in der Produktion, sondern auch im Mitwirken in der Friedensbewegung und der Nationalen Front tatkräftig die Friedenspolitik unserer Regierung, wie das z. B. im Friedensruf von Bautzen am 28. 4. 1959 deutlich zum Ausdruck kommt:
„In einer ernsten Schicksalsstunde unseres deutschen Volkes fanden wir Bürger katholischen Glaubens aus allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik uns heute auf Einladung des Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der ehrwürdigen Bischofsstadt Bautzen zusammen, um miteinander zu beraten, welche Verpflichtungen uns unsere Verantwortung auferlegt, um den Frieden zu erhalten und die Gefahr eines Atomkrieges von unserem Vaterland abzuwenden.
Nur im Frieden ist die Erhaltung einer sittlichen Ordnung möglich, die dem einzelnen und der Gesellschaft Leben und Glück sichert.
Mit Grauen erinnern wir uns des Leides, das die letzten Kriege über die Menschheit gebracht haben; mit Entsetzen stellen wir uns die Auswirkungen eines Atomkrieges auf deutschem Boden vor.
Mit heißem Herzen werden wir unser ganzes Sein einsetzen, um dem deutschen Volk und der Welt den Frieden zu erhalten. Wir sehen darin einen Akt echter Menschlichkeit und sittlicher Verantwortung.
Deshalb unterstützen wir Katholiken gemeinsam mit allen friedliebenden Deutschen die konsequente Friedenspolitik unserer Regierung.
Deshalb fordern wir einen Friedensvertrag für Deutschland.
Deshalb stellen wir uns hinter die Erklärung unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Genfer Außenministerkonferenz.
Unserem Gewissen folgend, rufen wir unseren katholischen Brüdern und Schwestern in ganz Deutschland zu: Laßt es nicht zu, daß die Verderber von gestern das deutsche Volk noch einmal ins Verderben treiben!
Laßt uns gemeinsam den Weg zu Frieden und Verständigung bahnen!
Laßt uns unseren Willen, den Willen des ganzen deutschen Volkes zu

b) In Bischof Dibelius hat Adenauer ein Mitglied seiner Partei an der Spitze der EKD, von dem er – was Dibelius' subjektiven Willen betrifft – nicht zu Unrecht glaubt, daß er von Westberlin aus auch die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik für die NATO-Politik werde einsetzen können. In vielen als Predigten getarnten politischen Reden, Hirtenworten und Kanzelabkündigungen versucht Dibelius, die protestantischen Christen in der DDR in Frontstellung gegen ihren Staat zu bringen. Von ihm stammt die verleumderische Behauptung, die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik seien Bürger zweiter Klasse.

Dibelius und seine Hintermänner sind sich durchaus im klaren, daß ihre Wühltätigkeit keine praktischen Erfolge für sie in der Deutschen Demokratischen Republik hat. Die überwiegende Mehrheit des konfessionell gebundenen Teiles der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik arbeitet, plant und regiert immer bewußter im sozialistischen Staat mit. Das erweist sich täglich aufs neue und kommt in der Produktionsleistung, in der Mitarbeit am Nationalen Aufbauwerk, in der Nationalen Front und in der Friedensbewegung, in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens überzeugend zum Ausdruck.

Auch für das Verhältnis der Kirchenleitung in der Deutschen Demokratischen Republik zum sozialistischen Staat gibt es eine reale Grundlage, die in der Gemeinsamen Erklärung im Anschluß an die Beratungen des Ministerpräsidenten mit Vertretern der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Repubik festgelegt wurde.[1]

Da es Dibelius aber nicht um Religion und Kirche, sondern um die Schürung des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik geht, war es nicht überraschend, daß er sich drei Tage nach

Frieden und Verständigung so leidenschaftlich und klar bekunden, daß er in Genf nicht überhört werden kann!"

[1] Auszüge aus der Gemeinsamen Erklärung v. 21. 7. 1958:
„Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei."

Veröffentlichung dieser Erklärung in einer Ansprache über den RIAS faktisch von den Erklärungen der Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik distanzierte und wörtlich sagte: „Auf dieser Grundlage soll nun versucht werden, dasjenige möglich zu machen, was, logisch gesehen, völlig unmöglich ist."

Die Hirtenworte, Kanzelabkündigungen, sonstigen Reden, offenen Briefe u. a. Maßnahmen eines Dibelius dienen vor allem der Durchsetzung der adenauerschen Kriegsvorbereitungspolitik in Westberlin und in Westdeutschland selbst. Dibelius schloß mit Adenauer und Strauß den Militärseelsorgevertrag ab und ließ ihn in Westberlin von der vor vollendete Tatsachen gestellten Synode bestätigen, just zu dem Zeitpunkt, als die Adenauerpolitik bei der Durchsetzung der Wehrpflicht auf starke Widerstände stieß.

Ein offener Brief von Dibelius an unseren Ministerpräsidenten Grotewohl füllte die Spalten der westlichen Blätter gerade, als sich Bonn für seine Aktion „Kontrapunkt Genf" rüstete. Ministerpräsident Grotewohl hat diesen offenen Brief, der von dem Leiterkreis der Bruderschaften in den evangelischen Landeskirchen ganz Deutschlands in „Inhalt und Formulierungen erheblicher theologischer Kritik unterzogen wurde"[1], eindeutig als einen Versuch charakterisiert, die Atmosphäre in Genf von vornherein zu vergiften.

Ministerpräsident Grotewohl erklärte wörtlich: „Mit seinem letzten offenen Brief an mich verfolgt er (Bischof Dibelius) ausschließlich den Zweck, die Konferenz in Genf zu stören und Schwierigkeiten zu schaffen."[2]

Verfechter der Frontstadtpolitik

Bei der Bedeutung, die Westberlin in seinem jetzigen Brückenkopf-Frontstadt-Zustand für die NATO-Politik und für die Vorbereitung eines neuen Krieges besitzt, wurden alle Kräfte gegen die Vorschläge der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik zur Normalisierung der Lage in Westberlin und zur Schaffung eines Friedensvertrages eingesetzt, darunter auch die Vertreter des politischen Klerikalismus in Westberlin.

[1] „Junge Kirche" 6/59, Dortmund, 10. 6. 1959.
[2] „Neues Deutschland" v. 5. 5. 1959.

Die Vertreter des politischen Klerikalismus gehörten und gehören auch in dieser Frage zu den energischsten Verfechtern der Interessen der westdeutschen Militaristen, der volksfeindlichen Politik Bonns. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Dibelius, wandte sich am 7. 12. 1958 in einer Predigt in der Marienkirche „... nachdrücklich gegen den sowjetischen Berlin-Plan".

Seither hat Dibelius mehrfach seine Interessengleichheit mit den Agentenorganisationen in Westberlin bekundet, daß an dem jetzigen Status Westberlins nichts geändert werden möge. „Hier ist der Punkt, auf den die große Sorge der ‚Kirche' sich gegenwärtig bezieht."[1]

In einem Interview mit der norwegischen Zeitung „Aftenposten" erklärte Bischof Dibelius: „... Falls der sowjetische Vorschlag über die Zukunft Berlins verwirklicht wird, so wird dies eine entsetzliche Verarmung des kirchlichen Lebens in Deutschland zur Folge haben ..., die evangelische Kirche hat bisher dank Berlin ihre Einheit erhalten können."[2]

Auch der hohe katholische Klerus ereiferte sich in der Ablehnung der Vorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik und ließ diese Einstellung in einem Rundfunkkommentar der katholischen Kirche am 16. 1. 1959 über den Westberliner Hetzsender SFB verkünden.

Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen

Warum die Repräsentanten des politischen Klerikalismus in Westberlin mit solcher Verbissenheit um die Aufrechterhaltung des Besatzungs- und Frontstadtstatus kämpfen, wird noch deutlicher, wenn man die ganze Breite der kirchlichen Organisationen, Einrichtungen und Veranstaltungen ins Auge faßt, über die ständig versucht wird, von Westberlin aus die imperialistische Ideologie des politischen Klerikalismus in die Deutsche Demokratische Republik einzuschleusen. Nicht nur seit langem bestehende kirchliche Einrichtungen werden für die psychologische Kriegführung gegen die Deutsche Demokratische Republik mißbraucht: viele neue Einrichtungen, speziell Häuser für „Ost-West-Begegnungen mit der Jugend u. a. wurden in der jüngsten Zeit neu geschaffen. Aus diesem großen Netz, mit dem der politische Kleri-

[1] „Christ und Welt" v. 7. 5. 1959.
[2] „Spandauer Volksblatt" v. 3. 1. 1959.

kalismus die Hirne und Herzen der Menschen einfangen will, sollen einige Knotenpunkte genauer untersucht werden.

a) Kirchentage und Synoden in Westberlin bzw. im gespaltenen Berlin werden benutzt für die Hetze gegen die sozialistische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, ebenso wie für die revanchistische und chauvinistische Hetze gegen andere sozialistische Länder.

Ein sehr charakteristisches Beispiel dafür ist der Katholikentag 1958 in Berlin, vornehmlich in Westberlin. Zur Vorbereitung dieses Katholikentages war eigens der Sekretär der Ostkirchenkongregation des Vatikans, Kardinal Tisserant, zu Besprechungen mit Adenauer, Strauß, Brentano sowie leitenden Kräften des hohen Klerus „über die Lage der Kirche in Mitteldeutschland" gekommen. Zwei Drittel der Katholikentags-Teilnehmer waren Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die entgegen vorher gegebenen Zusagen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, vorwiegend in Westberlin untergebracht wurden. Auf diese Menschen wurde eine wahre Flut von Hetzliteratur und Agentenorganisationen losgelassen.

Allein aus dem Bezirk Magdeburg wurden über 100 Katholikentags-Teilnehmer zur Republikflucht verleitet. Im Weskam-Haus war eine spezielle Abwerbestelle für Jugendliche eingerichtet. Die Veranstaltungen des Katholikentages, meist zugeschnitten auf bestimmte Menschengruppen, standen im Zeichen einer politisch-reaktionären Beeinflussung der Gläubigen gegen die Deutsche Demokratische Republik und einer revanchistischen Stimmungsmache insbesondere gegen die Volksrepublik Polen. Bei den Landsmannschaftstreffen traten der frühere Bischof von Danzig, Splett, und der frühere Bischof von Breslau, Janssen, auf. Bischof Janssen erklärte zum Beispiel:

„Unser Glaube soll uns die Hoffnung geben, in unsere Heimat zurückzukehren. Die Liebe zur Heimat muß besonders bei der Jugend geweckt werden, die ihre Heimat noch nicht kennengelernt hat." Janssen schloß: „Wir beten zu Gott, daß wir unsere Heimat bald wiedersehen werden. Auf Wiedersehen! In Breslau treffen wir uns wieder."

Auf Treffen von 43 katholischen Nebenorganisationen wurde versucht, die Arbeiter, die Frauen, die ländliche Bevölkerung und besonders die Jugend und die studentische Jugend in Gegensatz zu

unserer Republik zu bringen. Auf dem Studententag erklärte der Studenten-Pfarrer Szydzik, Westberlin, besonders an die Teilnehmer aus der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet: „Unschuldig leiden Tausende Katholiken in der Knechtschaft. Es gilt nicht nur zu beten, Gebete müssen in die Tat umgesetzt werden."
Der Katholikentag lieferte auch ein Beispiel für das offene Bündnis des hohen katholischen Klerus mit dem NATO-Flügel in der EKD für die „gemeinsame Frontstellung gegen die bolschewistische Gefahr", wie der Junker Klaus von Bismarck in der Deutschlandhalle erklärte.
Die organisatorische Verflechtung und Einordnung der EKD in die NATO erfolgte mit der Annahme des Militärseelsorgevertrages auf der Tagung der Synode der EKD im März 1957 in Westberlin. Die führenden Vertreter des politischen Klerikalismus lieferten auf dieser Synode zur Begründung des Militärseelsorgevertrages auch zugleich die ideologische Rechtfertigung für die Vorbereitung und Auslösung eines Krieges gegen das sozialistische Lager.
Diese Argumente sollen vor allem dazu dienen, die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins gegen die Kriegsvorbereitung wehrlos zu machen. Bischof Bender erklärte, die physische Vernichtung des Menschen sei etwas Sekundäres, die Hauptsache sei das ewige Leben. Und Bischof Dibelius assistierte ihm dabei, indem er erklärte: „Man könne ja nicht wissen, ob Gottes unerforschlicher Ratschluß nicht in allernächster Zukunft einen Krieg mit uns vorhat."
Der Aufbau der Militärkirche und der damit geleistete Beitrag zur Durchsetzung der Adenauerpolitik gegen den Willen der Bevölkerung waren kaum erfolgt, da planten die Kräfte des politischen Klerikalismus mit Hilfe der Synode der EKD im gespaltenen Berlin ein neues Komplott gegen die Deutsche Demokratische Republik. Der Hintergrund war die inzwischen stark angewachsene Bewegung gegen die atomare Aufrüstung in Westdeutschland, die innerhalb der Kirche ihren Ausdruck in der Bewegung der Bruderschaften und ihren 10 Thesen fand. Zur Beschwichtigung dieser Bewegungen wurde einerseits ein Asmussen mit seinen 10 Gegenthesen vorgeschickt, in denen es u. a. heißt, daß die Atombombe eine Zuchtrute in den Händen Gottes ist, und andererseits wurde eine große Verleumdungskampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik vorbereitet, um damit von der Gefahr der Atombombenpolitik

Adenauers abzulenken. Die Synode der EKD sollte sich im März 1958 mit der Schule und der Erziehung in der Deutschen Demokratischen Republik befassen und versuchen, die Elternschaft, soweit sie sich christlich gebunden fühlt, gegen die Schule, gegen unseren Staat aufzuwiegeln.

Daß diese feindliche Aktion mißlang, zeigt die moralisch-politische Einheit der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, entlarvt aber auch die Machenschaften des politischen Klerikalismus.

b) Die Wühltätigkeit des politischen Klerikalismus gegen die Deutsche Demokratische Republik über Exerzitienhäuser, Akademien, Jugendorganisationen, Innere Mission, Evangelisches Hilfswerk sowie Caritas-Verband in Westberlin.

Im Exerzitienhaus „Marie-Frieden" in Berlin-Steglitz werden regelmäßig Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Beeinflussung durch den politischen Klerikalismus, damit zur staatsfeindlichen Beeinflussung zusammengefaßt. Ja, diese Bürger werden auch unmittelbar zur Spionage mißbraucht, wie das der Spionageprozeß in Rathenow am 9. und 10. 12. 1958 bewies. Der Prozeß enthüllte, daß seit Jahren systematisch katholische Männer zu sogenannten Einkehrtagen in das Heim „Marie-Frieden" geholt werden, die vom „Katholischen Hilfswerk für Männer aus der Zone" organisiert werden. Von der Existenz einer solchen Organisation war vor dem Prozeß nichts bekannt.

Die Leiter dieses „Katholischen Hilfswerks für Männer aus der Zone", Brandweiler und Rochs, ließen von jedem Teilnehmer Karteikarten ausfüllen, in denen neben den Angaben zur eigenen Person Angaben über den Betrieb, den Wohnort usw. gemacht werden mußten. Dann folgten die Vorführung von Hetzfilmen über die Konterrevolution in Ungarn, politische Vorträge und schließlich Aussprachen unter vier Augen, bei denen die einzelnen je nach Eignung konkrete Aufträge erhielten. Welche Aufträge wurden erteilt? Werbung weiterer Teilnehmer zu den „Einkehrtagen", Erlangung bestimmter Funktionen im gesellschaftlichen Leben, Angaben über die in Rathenow stationierten sowjetischen und deutschen Truppen, Aufschreiben sowjetischer Fahrzeugnummern, Angaben über den Außenring um Berlin, Entfachung negativer Diskussionen unter der Bevölkerung usw. Der katholische Pfarrer von Rathenow, Stahl, der dem Prozeß beiwohnte, äußerte offen sein

Mißfallen und seine Entrüstung über den Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen. In heuchlerischer Weise benutzte Kardinal Döpfner diesen Prozeß, um entgegen der objektiven Wahrheit zu erklären, daß die Verurteilung der Angeklagten ihrer religiösen Einstellung wegen erfolgte und den „Kampf der Regierung gegen die Christen" beweise. Es ist dies ein typisches Beispiel dafür, wie der politische Klerikalismus von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik kämpft und ihr einen Kirchenkampf unterstellt, um sie auch damit noch einmal zu bekämpfen.

Von Westberlin aus versuchen die Kräfte des politischen Klerikalismus besonders die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik zu beeinflussen und sie gegen die sozialistische Entwicklung aufzuputschen. Das geschieht ebenfalls unter dem Deckmantel religiöser Betreuung und Seelsorge. Rund 6 Millionen DM läßt sich der Westzonenstaat die Beeinflussung Jugendlicher aus der Deutschen Demokratischen Republik durch den politischen Klerikalismus in Westberlin kosten. In Westberlin gibt es einen Christlichen Verein Junger Männer (CVJM), der mit der Unterstützung durch Lottomittel und amerikanischer Beihilfen am Nollendorfplatz ein Haus kaufte, um besser in die „Zone" ausstrahlen zu können, gleich dem „Weskam-Haus" für die Beeinflussung katholischer Jugendlicher aus der Deutschen Demokratischen Republik.

Zum CVJM gehört der sogenannte „Heimatlosen-Lagerdienst". Das ist eine Organisation, die sich mit jungen Menschen beschäftigt, die unsere Republik illegal verlassen haben. In den Westberliner Flüchtlingslagern reisen die Vertreter dieser Organisationen umher, „erfassen" die Jugendlichen und vermitteln sie nach Westdeutschland.

Das Westberliner Jugendpfarramt hat zu diesem Zweck vom Bonner Spionageminister Lemmer 59 300 DM für die Arbeit unter Jugendlichen aus der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung gestellt bekommen. Auch sogenannte „Ost-West-Freizeiten" werden aus der gleichen Quelle finanziert, um Jugendliche politisch gegen die Deutsche Demokratische Republik zu beeinflussen und sie zur Republikflucht zu bewegen

In katholischen „Auffangheimen" werden den Jugendlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt und sie sofort an Geistliche in Westdeutschland vermittelt. Einen Fragebogen müssen allerdings die Jungen und Mädchen ausfüllen, in dem sie genau

nach den Verhältnissen „zu Hause" befragt werden, u.a. auch danach, ob sie aus den „deutschen Gebieten" stammen, die heute unter polnischer Verwaltung stünden. Hier wird unter diesen jungen Menschen bereits die Ideologie der gewaltsamen Rückeroberung dieser Gebiete verbreitet, wie es bei den Revanchistentreffen in Westberlin und in Westdeutschland, die unter Mitwirkung des politischen Klerikalismus vor sich gehen, üblich ist.

In derselben Richtung liegt auch die Tätigkeit der Evangelischen Akademien, die auf Initiative der amerikanischen Besatzung eingerichtet wurden und große Zuschüsse aus dem Lemmer-Ministerium erhalten.

Der Evangelischen Akademie in Berlin-Wannsee wurden in diesem Rahmen von ihren Auftraggebern bestimmte Aufgaben gestellt.

Eine besondere Rolle in der Tätigkeit des politischen Klerikalismus von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik spielen die Innere Mission und das Hilfswerk der Evangelischen Kirche sowie der Caritas-Verband der katholischen Kirche. Auf der Militärseelsorgevertrags-Synode 1957 wurde die Fusion von Innerer Mission und Hilfswerk und die Schaffung einer starken Zweigstelle in Westberlin mit über 150 Angestellten beschlossen. Dieser Zweigstelle stehen lt. Haushaltsplan 250 000 DM-West für die „Arbeit im Osten" zur Verfügung. Das Hilfswerk hat eigens einen „Leitfaden für Sowjetzonenflüchtlinge" herausgebracht, um die Republikflucht zu unterstützen. Reguläre Spionagenester waren sogenannte evangelische Bahnhofsmissionen, die 1956 der Militärspionage, Abwerbung und Organisierung der Republikflucht von Spezialisten, Durchschleusung illegaler Grenzgänger aus der Volksrepublik Polen nach Westberlin usw. überführt wurden.

Der Prozeß gegen 4 Jesuiten in Frankfurt (Oder) im Dezember 1958 enthüllte, daß auch die dem Caritas-Verband unterstehende Bahnhofsmission am Bahnhof Zoo in Westberlin eine Anlaufstelle für Republikflüchtige ist. Das Evangelische Hilfswerk und der katholische Caritas-Verband waren auch maßgeblich an der vor Jahren durchgeführten Paketaktion beteiligt, die eine Methode des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik war. Über „Innere Mission und Hilfswerk" in Westberlin ließ Dibelius auch hohe Geldbeträge, die aus „Spenden" von Unternehmern stammten und in Wechselstuben unter Ausnutzung des Schwindelkurses um-

getauscht waren, illegal in die Deutsche Demokratische Republik einschleusen.
Die Kräfte des politischen Klerikalismus sind aufs engste mit allen anderen Kräften, die den Frontstadtkurs steuern, verbunden, mit spendablen Unternehmern ebenso wie mit den Agentenorganisationen und besonders mit dem Senat und den Frontstadtsendern der Besatzer. Kardinal Döpfner machte es bei Westberliner Wahlen den Katholiken zur Pflicht, nicht nur an den Wahlen teilzunehmen, sondern legte auch fest, welche Leute die Katholiken wählen sollten. Hier sehen wir die der Deutschen Demokratischen Republik vorgeworfene Unterdrückung der Gewissensfreiheit in Aktion.[1]
Der Charakter der „Freiheitsideologie" des politischen Klerikalismus wird selbst von bürgerlichen Kräften in Westdeutschland erkannt. So stellte Dr. Dehler auf dem Bundesparteitag der FDP im Mai 1959 zum Anspruch der klerikalen Kreise, den Bürgern auch im politischen Bereich das Handeln vorzuschreiben, fest: „Dieser Anspruch macht eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung unmöglich."[2]
Charakteristisch ist die enge Verbindung des politischen Klerikalismus mit den Frontstadtsendern. Den Kräften des politischen Klerikalismus stehen die Sender unbeschränkt zur Verfügung, da sie sich mit ihren Sendungen einreihen in die allgemeine Frontstadthetze gegen die Deutsche Demokratische Republik.
Mehr noch: sie nehmen eine bevorzugte Stellung ein, da offenbar angenommen wird, unter dem Deckmantel der Religion und der Kirche mehr Aussicht auf Hör- und Glaubwürdigkeit zu haben. Große Geldbeträge stehen der sogenannten Rundfunkarbeit der Kirchenleitungen in Westberlin zur Verfügung. Täglich laufen einige Sendungen, die vom politischen Klerikalismus ausgehen. Seit einigen Monaten haben sich Döpfner und Dibelius selbst eingeschaltet und sprechen regelmäßig „zur Bevölkerung der Zone", wollen sie den „Leuchtturm verkörpern, der in die tödliche Nacht scheine", wie es Dibelius bezeichnete.
In jüngster Zeit sind von den Kräften des politischen Klerikalismus in Verbindung mit dem Lemmer-Ministerium weitere Institutionen zum Kampfe gegen die Deutsche Demokratische Republik geschaffen

[1] Hirtenbrief v. 7. 12. 1958.
[2] „Die Welt" v. 7. 5. 1959.

worden, so z. B. die „Arbeitsgemeinschaft Dokumentation der verfolgten Kirche" und die Organisation „Arbeitswerke für christliche Kultur e. V.". Die letztgenannte Organisation, unter Leitung eines gewissen Sieprecht, mit Sitz in Berlin-Charlottenburg, legt ihr Schwergewicht auf Herstellung und Verbreitung übelster Verleumdungsschriften gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Schlußfolgerungen

Westberlin ist bei seinem jetzigen Besatzungs- und Frontstadtstatus ein gefährlicher Störenfried. Das zeigt auch die Wühltätigkeit des politischen Klerikalismus von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder. Diese Machenschaften stehen im krassen Widerspruch zu den elementarsten Lebensinteressen der konfessionell gebundenen Bürger.

Weil es auch im Interesse aller ehrlichen und friedliebenden Christen liegt, daß Westberlin aus einer Frontstadt, aus der Lunte am Pulverfaß eines furchtbaren Krieges in eine Stadt des Friedens und der Verständigung, der wirklich menschlichen Kontakte umgewandelt wird, deshalb fordern auch sie die Beendigung der psychologischen Kriegführung höchster kirchlicher Personen, die Kirche und Christentum mißbrauchen.

Die friedliche und demokratische Lösung des Problems Westberlin

Das Gesamtergebnis unserer Untersuchung der politischen, ökonomischen und kulturellen Lage Westberlins unter historischen, juristischen, militärischen, wirtschaftlichen und moralisch-weltanschaulichen Gesichtspunkten ist: Besatzungsregime und Frontstadtpolitik haben dazu geführt, daß Westberlin gegenwärtig der größte Gefahrenherd für den Weltfrieden ist und daß durch sein Bestehen viele internationale Spannungen vertieft werden. Aufgabe der friedliebenden Menschheit ist es, diesen Gefahrenherd zu beseitigen. Die Lösung der Westberlinfrage ist also nicht bloß ein nationales oder gar lokales, sondern zugleich und vor allem ein internationales Problem. Das schließt die besondere Verantwortung der Deutschen, der Berliner natürlich keineswegs aus.

Während der Genfer Verhandlungen hat sich erneut bestätigt, daß die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik trotz der eindeutigen Rechtslage bereit sind, im Interesse der Entspannung echte Kompromisse zu schließen, – unter der einzigen Voraussetzung, daß diese wirklich geeignet sind, den Kriegsbrandherd im Herzen Europas zu liquidieren.

Klar ist, daß die völlige Normalisierung nach allem, was in den Westzonen und in Westberlin selbst während des letzten Jahrzehnts geschehen ist und sich entwickelt hat, nicht mit einem Sprung, sondern nur in Etappen erreicht werden kann. Ebenso klar ist es, daß man mit der Veränderung der gegenwärtigen gefährlichen, unnatürlichen und widerrechtlichen Situation in Westberlin unverzüglich beginnen muß, daß erforderlichenfalls Zwischenlösungen gefunden werden müssen, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Frontstadtpolitiker in der „Zwischenzeit" Berlin in einen Aschenhaufen verwandeln.

Es kommt also darauf an, Westberlin – wie es in der sowjetischen Note an die USA vom 27. 11. 1958 heißt: ohne „einen schmerzhaften

Bruch der dort eingebürgerten Ordnung im Leben der Bevölkerung" – aus einer Lanzenspitze der NATO im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik und des sozialistischen Lagers, aus einer Frontstadt des kalten Krieges und der „billigsten Atombombe" der aggressiven Kräfte Westdeutschlands und anderer NATO-Länder in ein von derartigen Spannungen freies Zentrum des Friedens, in eine Stadt der Annäherung, der Verständigung und der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten so rasch wie möglich zu verwandeln. Das kann nach allem, was dargelegt wurde, nur dadurch erreicht werden, daß das Besatzungsregime in Westberlin abgebaut, daß Westberlin entmilitarisiert und zu diesem Zweck von der einseitigen Bindung an das militaristische Regime in Bonn gelöst wird. Was Westberlin braucht, um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, ist politische und ökonomische Unabhängigkeit nach allen Seiten. Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist die Beseitigung der 83 Spionage-, Abwerbungs- und Sabotageorganisationen einschließlich des RIAS und seiner an Goebbels erinnernden Hetzpropaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten. Was Westberlin braucht, sind freundschaftliche Beziehungen nach allen Richtungen, ist der wirtschaftliche und kulturelle Austausch mit Ost und West. Gleichzeitig wird Westberlin durch die Ausschaltung seiner militaristischen Kräfte und Bindungen in der Lage sein, zu einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung überzugehen, wozu es lediglich seine eigene Verfassung konsequent zu verwirklichen braucht. Unter diesen Umständen bietet sich ihm eine unter kapitalistischen Verhältnissen einmalige Chance des Wohlstandes und die Aussicht auf eine neue kulturelle Blüte im Zeichen fortschrittlicher humanistischer Traditionen. Es gäbe dabei nur einen Verlierer: den deutschen Militarismus, der daran gehindert würde, seine aggressive Politik von Westberlin aus fortzuführen. Gewinner wäre die Bevölkerung Westberlins quer durch alle Klassen und Schichten, Gewinner wäre der Friede, der Friede in ganz Berlin.

Eine derartige Entwicklung mobilisiert und organisiert der sowjetische Vorschlag vom 27. 11. 1958, der aus Beratungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hervorgegangen ist und die Zustimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hat und bekanntlich auch in den Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion vom 10. 1. 1959 aufgenommen wurde. Ihm konnte bisher kein anderer konstruktiver Entwurf entgegengesetzt

werden. Wir meinen den Vorschlag, Westberlin für die Zeit bis zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands den Charakter einer selbständigen politischen Einheit, und zwar einer entmilitarisierten Freien Stadt mit eigener Regierung, eigenem sozialem und staatlichem System unter Garantie der vier Mächte sowie der Deutschen Demokratischen Republik, evtl. auch unter Beteiligung der Organisation der Vereinten Nationen, zu verleihen.

Im folgenden soll bewiesen werden, daß dieser von den Westmächten bisher nicht akzeptierte Vorschlag der historischen Notwendigkeit entspricht, daß ihm die Eigenschaften und Wirkungen zukommen, von denen hier die Rede war, sowie schließlich, daß er trotz aller Widerstände auch tatsächlich realisierbar ist. Dieser Beweis, der in der internationalen Diskussion vor, in und um Genf auf vielfältige Weise bereits geführt worden ist, soll hier noch einmal zusammenhängend erbracht werden. Dabei darf man sicher nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es auf dem Wege dorthin gewisser befristeter Zwischenlösungen bedarf, um mit der im Interesse der Sicherung des Friedens und der Rettung der Nation notwendigen Beschleunigung die Atombombe Westberlin zu entschärfen und die Spannungen zwischen den Staaten zu mildern, die sich heute in Westberlin konzentrieren und potenzieren wie nirgendwo sonst. Wir wollen deshalb den Vorschlag der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin, aber auch die in Diskussion befindlichen Entwürfe von Interimslösungen unter politischen, ökonomischen und kulturellen Gesichtspunkten darlegen.

Die politische Perspektive der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin

Politisch ist das Entscheidende, daß, wie in Westdeutschland, so erst recht in Westberlin die Militaristen gebändigt werden. Nirgendwo sonst in der Welt lebt man so nah „am Rande des Krieges" wie in Westberlin, wo sich an einer Nahtstelle der beiden Weltsysteme bewaffnete Truppen auf Straßenbreite gegenüberstehen und wo, wie das im Vorwort geschilderte Beispiel Steinstücken zeigt, aus einem Fall von untergeordneter lokaler Bedeutung wie der Festnahme eines flüchtigen Scheckfälschers von imperialistischen Kriegsinteressenten über Nacht der NATO-Kriegsfall geschaffen und die Welt in Brand gesteckt werden kann.

Man muß in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, daß gegenwärtig in dem Westberliner Ortsteil Zehlendorf das amerikanische Pentagon, das zugleich die zentrale Kommandostelle der Streitkräfte der USA und der NATO ist, ein Kernwaffendepot baut, das für amerikanische Atomwaffen bestimmt ist. Die Gefahr eines von Westberlin aus entfachten Atomkrieges – das ist augenblicklich die größte Sorge der Menschheit, eine Sorge, die ständig wächst, solange man die westdeutschen Militaristen gewähren und von dem fried- und rechtlosen Zustand in Westberlin profitieren läßt.

Um die westdeutschen Militaristen und ihre besonders angriffswütigen Gehilfen in Westberlin zu bändigen, muß man ihnen das Schutzdach der ausländischen Militaristen wegziehen, ohne das, wie Brandt am 21. 4. 1958 vor der Westpresse sich ausdrückte, „... wir hier nicht sitzen würden". Wir – das ist der Westberliner Störenfried als Vordermann und als einer seiner prominentesten Hintermänner Heusinger, der Hitlergeneral, jetzt Vorsitzender des Militärischen Führungsrates und Generalinspekteur der Bundeswehr, der bei deren Herbstmanövern 1958 zynisch erklärte, man stünde heute wieder „vor dem gleichen Problem wie 1939". Deswegen würde Entmilitarisierung

Westberlins die Aufhebung der Sorge von Millionen und aber Millionen Menschen vor einem in Westberlin entfachten Weltkrieg um Westberlin bedeuten.

Die Entmilitarisierung Westberlins schließt folgende Maßnahmen in sich ein:

1. die Aufhebung des Besatzungsregimes, also der in der Erklärung der Westkommandantur vom 5. 5. 1955 in Anspruch genommenen Oberhoheit der Westmächte über Westberlin, die – wie wir sahen – von der Herrschaft über die Westberliner Polizei[1] bis zur Möglichkeit der Errichtung einer schrankenlosen Militärdiktatur[2] reicht, der Abzug der Besatzungstruppen – gegebenenfalls bei Stationierung symbolischer Streitkräfte der vier Mächte oder neutraler Staaten – sowie die Auflösung aller militärischen Stützpunkte, das Verbot der direkten oder indirekten Teilnahme an Abkommen oder Bündnissen militärischen oder militärpolitischen Charakters,
2. das Verbot der Errichtung militärischer Anlagen, einschließlich des Verbots der Herstellung, Lagerung oder Erprobung von Atom- und Wasserstoffbomben und anderen Massenvernichtungsmitteln, Verbot der Rüstungsproduktion und der Einfuhr von Rüstungsmaterialien überhaupt, der Aufstellung von Streitkräften, abgesehen von den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen eigenen Polizeikräften Westberlins, sowie das Verbot

[1] Gelegentlich wird von Westberliner Seite auf die angeblichen Erleichterunrungen hingewiesen, die hinsichtlich der Besatzungsherrschaft über die Westberliner Polizei durch die Anordnung der „Alliierten Kommandantur Berlin" vom 14. März 1958 eingetreten seien. Man braucht aber — von der geringen Reichweite dieser „Erleichterungen" ganz abgesehen — nur Punkt 9 dieser Anordnung zu betrachten, um ihre politische Bedeutung richtig einschätzen zu können. Er lautet: „Die Alliierte Kommandantur und die Sektorenkommandanten behalten sich das Recht vor, der Polizei direkte Anweisungen zu erteilen." „Die Alliierte Kommandantur behält sich das Recht vor, die unumschränkte und direkte Kontrolle der Polizei zu übernehmen, wenn sie es im Interesse der Sicherheit von Berlin für notwendig hält."

[2] Wie weit die Einmischung geht, zeigt u. a. die Unterhaltung von Abhörzentralen der Besatzungsmächte zwecks systematischer Überwachung von Telefongesprächen in Westberlin und die dort von ausländischen Zensoren geübte Briefzensur – heute noch, 14 Jahre nach Beendigung des Krieges! Wozu ferner die Besatzungs„rechte" bisweilen herhalten müssen, zeigt z. B. die im Interesse ausländischer Fluggesellschaften durch Besatzungsbefehl verfügte Erhöhung der Preise für Flüge zwischen Westdeutschland und Westberlin.

der Dienstleistung von Westberliner Bürgern in irgendwelchen militärischen Formationen eines der beiden deutschen Staaten,

3. das Verbot aller militaristischen, revanchistischen, faschistischen Organisationen, des Auftretens von Kriegsverbrechern und anderer Kriegstreiber, also jeglicher Kriegshetze und militaristischen Propaganda, sowie die Entfernung aller unverbesserlichen Faschisten und Militaristen aus der Verwaltung, vor allem der Polizei, sowie der Justiz der Freien Stadt,
4. die Auflösung aller in- und ausländischen Spionage- und Agentenorganisationen und die Einstellung jeglicher feindlichen Tätigkeit, wie Wühl-, Diversions- und Propagandatätigkeit gegen andere Staaten.

Die Herstellung der Unabhängigkeit Westberlins brächte die volle Beseitigung der Gleichschaltung mit dem aggressiven Bonner Staat mit sich – angefangen bei der Übernahme der Gesetzgebung Bonns bis zur Überlassung der Vertretung gegenüber dem Ausland.

Manche Leute stellen die Frage: sind diese Maßnahmen wirklich notwendig, und würden sie Westberlin nicht schutzlos machen?

Über die Notwendigkeit ist nach den von uns angeführten zahlreichen, aber keineswegs vollständigen Verlautbarungen der westdeutschen Revanchisten schon jetzt, da Westdeutschland „erst" das zweitstärkste NATO-Kontingent in Europa aufgestellt hat, ein weiterer Beweis kaum mehr erforderlich. Daran können auch solche Tarnungsmanöver nichts ändern wie das gegen Ende der zweiten Phase der Genfer Außenministerkonferenz von Bonn lancierte Gerücht, die Bundesrepublik sei zu einer Gewaltverzichtserklärung gegenüber Polen bereit, mit dem charakteristischen Hinzufügen, das bedeute aber nicht die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die bekanntlich selbst General de Gaulle als rechtmäßige Grenze Polens bezeichnet hat. Nimmt man hinzu, daß der von der Deutschen Demokratischen Republik schon während der ersten Etappe der Genfer Verhandlungen angebotene Nichtangriffspakt zwischen ihr und der Bundesrepublik von dieser brüsk abgelehnt wurde, so zeigt sich, daß man offenbar wieder einmal nach der Methode Hitlers die Opfer nacheinander verschlingen möchte. Erst möchte man die Deutsche Demokratische Republik „befreien", danach hofft man, mit Volkspolen über die nichtanerkannte Grenze, wie Hitler zu sagen pflegte, „so oder so" „einig zu werden".

Der bereits erwähnte, zur McCarthy-Gruppe gehörende Kriegshetzer William S. Schlamm charakterisiert in seinem Buch „Die Grenzen

des Wunders" sehr deutlich die Rolle, die Westdeutschland nach den Konzeptionen der in- und ausländischen Militaristen spielen soll, indem er es (auf S. 254/255) als „die Türe" bezeichnet, „die Europa den Weg weit in den gemarterten Raum des sowjetischen Imperiums öffnen wird". Dabei steht „wird" für soll und „Europa" für Amerika oder, genauer gesagt, für die Rüstungsmonopole der USA, die um den Jahresverdienst von 40 bis 50 Milliarden Dollar besorgt sind, den ihnen bisher die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges gebracht hat, die aber anscheinend das Heft schon nicht mehr so sicher in der Hand haben wie bisher.

Der ehemalige Westberliner Verwaltungschef Reuter aber hat Schlamm das Gleichnis von der Türe schon vor Jahren vorweggenommen. Dabei setzte er die Rolle Bonns als imperialistische „Türe nach dem Osten" bereits voraus, indem er Westberlin als „die Klinke" bezeichnete, „mit der die Tür nach dem Osten aufgestoßen werden kann". Über das „Kann" ist die Sowjetunion auf Grund ihrer Erfahrungen im Umgang mit imperialistischen deutschen Einbrechern allerdings anderer Meinung. Sie erklärte deshalb in ihrer Note an die westdeutsche Regierung vom 27. 11. 58 sehr deutlich: „In unseren Tagen ist der Marsch Deutschlands gen Osten gleichbedeutend mit einem Marsch in den Tod."

Dieser Hinweis sollte den Bonner Bundesminister Oberländer nachdenklich stimmen, der am 14. 7. 57 in der Sprache Hitlers[1] erklärte: „In Rußland wartet der Boden auf uns, dort müssen wir Wurzeln fassen." Das ist das Programm eines unbelehrbaren Faschisten, den nicht einmal heute die Stimmen seiner Opfer in Lwow[2] erreichen.

Das deutsche Volk aber – im Osten wie im Westen – hat nicht vergessen, daß auf Millionen deutscher Männer der russische Boden – auf den von Kaiser Wilhelm wie von Hitler geschaffenen Schlachtfeldern – tatsächlich „wartete", freilich nur in Gestalt riesiger Massengräber. Das hinderte Botschafter Grewe nicht, in seiner Genfer Schlußerklärung vom 5. 8. 59 die These zu verkünden, daß alle Bemühungen um den Weltfrieden sinnlos seien, solange das sozialistische Weltsystem nicht beseitigt wäre. Die Notwendigkeit ist augenscheinlich, daß Westberlin nicht länger das Sprungbrett dieser aggressiven Kräfte bleiben darf.

[1] Sagte doch bereits Hitler in seiner „Imperialistischen Fibel": „Wenn wir ... heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken."

[2] Vergl. den Dokumentenbericht „Der Fall Oberländer" in der Wochenschrift „Neue Zeit" 1959, Heft 35, S. 8 ff.

Der Einwand der angeblichen Schutzlosigkeit Westberlins im Falle des Abzugs der Besatzungsmächte kann sich nur auf die imperialistische Lüge stützen, Westberlin solle von der Deutschen Demokratischen Republik oder der Sowjetunion „kassiert" werden. Demgegenüber ist zunächst festzustellen, daß es zwar Bonner „Befreiungs"- und Eroberungsziele und -pläne in bezug auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und auf Gebiete ihrer östlichen Nachbarn gibt, diesen Staaten selbst aber derartige Erwägungen völlig fremd sind, was z. B. das Angebot eines Nichtangriffspakts seitens der Deutschen Demokratischen Republik an Bonn beweist. Im übrigen hat die Sowjetregierung bereits im Zusammenhang mit der Forderung der Aufhebung des Westberliner Besatzungsregimes erklärt, daß sie beabsichtige, ihre Kommandantur im demokratischen Berlin aufzugeben und die dieser beigegebenen Wachtruppen zurückzuziehen. Wenn von westlicher Seite eingewendet wird, dann blieben dennoch die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen in Reichweite der Stadt, während sich die westlichen hinter die Elbe zurückziehen müßten, so ist das bewußte Demagogie. Denn es ist gerade der sowjetische Friedensvertragsvorschlag, dessen Artikel 30 verlangt, daß alle in Deutschland befindlichen Truppen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages aus Deutschland abgezogen, alle ausländischen Militärstützpunkte gleichzeitig aufgelöst und künftig keinerlei ausländische Truppen oder Militärstützpunkte auf deutschem Boden zugelassen werden. Bekanntlich widerspricht aber gerade der Westen und besonders das Adenauer-Regime dieser Forderung wie dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf überhaupt. Ebensowenig ist zu dem noch weiterreichenden Angebot Chruschtschows vom 13. 12. 1958, alle sowjetischen Truppen in Europa, die zeitweise außerhalb der sowjetischen Grenze stationiert sind, sofort zurückzuziehen, falls der Westen das gleiche tue, jemals von den westlichen Regierungen ein positives Echo bekannt geworden. Man kann sich aber nicht auf eine angebliche Gefahr berufen, die der andere Teil aufzuheben bereit ist, während man selbst gleichzeitig seinen Vorschlag zurückweist.

Prof. Münch von der Westberliner Universität vertritt in einem in der „Friedenswarte" 1959, Nr. 1, S. 26 ff. veröffentlichten Aufsatz die These von der angeblichen Schutzlosigkeit einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin mit der Begründung, die Enklave könne „in dem ihr unfreundlichen Block" „ohne anderweitigen wirksamen und gegenwärtigen Schutz" „kaum ohne Einwirkung auf die

(West-)Berliner Verfassung" bestehen. „Unfreundlich" ist aber die Umgebung Westberlins nur so lange, wie Westberlin feindselig zu ihr ist. Münch stellt die Dinge einfach auf den Kopf. Nicht der „Block" ist „unfreundlich" zu Westberlin, sondern die Frontstadt ist aggressiv gegen die Deutsche Demokratische Republik und das ganze sozialistische Lager. Da diese Haltung Westberlins bei Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt entfiele, würde auch das Verhältnis Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den übrigen sozialistischen Staaten einen völlig anderen Charakter annehmen. Dazu wäre eine „Einwirkung" auf die geltende Verfassung, wie Münch sie sich vorstellt, keineswegs erforderlich, wohl aber deren konsequente Verwirklichung. Schutzbedürftig – gegenüber der eigenen Bevölkerung nämlich – würden allenfalls die kalten Krieger werden, falls sie versuchen sollten, den Status der entmilitarisierten Freien Stadt zu sabotieren. In ihrem Interesse schlägt Münch die Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik vor, „um die formale Rechtslage mit den politischen Fakten in Deckung zu bringen". Es sei zunächst festgehalten, daß Prof. Münch die Rechtswidrigkeit der geschaffenen Fakten also zugibt. Während aber alle Welt heute die Normalisierung der widerrechtlichen und widernatürlichen Verhältnisse in Westberlin diskutiert, schlägt Münch vor, statt dessen das dort geschaffene Unrecht zu legalisieren und die anomale Situation auf die Spitze zu treiben. Dieser Vorschlag ist juristisch und politisch genau so anomal wie die Lage in Westberlin.

Hinzu kommt der Vorschlag einer speziellen Garantie der vier Großmächte und der Deutschen Demokratischen Republik für die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin. Da im übrigen die Praxis am besten beweist, welche Gefahren real und welche zu durchsichtigen Zwecken erfunden sind, tut man gut daran, an die allseitige und gleichzeitige Aufhebung der Besetzung Österreichs[1] zu erinnern, dessen Unabhän-

[1] Die Verteidiger der Frontstadtpolitik ziehen diesen Vergleich natürlich nicht. Dafür kramen sie alles, was es im Lauf der letzten Jahrhunderte unter der Bezeichnung „Freie Stadt" gegeben hat, hervor, um durch die unter ganz anderen und sehr verschiedenen Bedingungen entstandene, inzwischen meist seit langem ausgediente Rolle dieser „Freien Städte" zu „beweisen", daß „Freie Stadt"-Lösungen immer ohne Perspektive seien. Diese vom Wesentlichen abstrahierende Art der Beweisführung ist ein bekannter Trick des bürgerlichen Formalismus und alles andere als wahr und wissenschaftlich. Was hat z. B. die Rolle, die Malta auf Grund des Friedensvertrages von Amiens 1802 erlangte, oder Krakau 1815 anläßlich der Liquidierung der Napoleonischen

gigkeit als neutraler Staat dadurch bekanntlich nicht gelitten hat, sondern überhaupt erst zur Tatsache wurde. Schließlich erweist sich die These von dem des Schutzes der westlichen Besatzungstruppen „beraubten" Westberlin und seiner Schutzlosigkeit im Falle einer Entmilitarisierung selbst dann, wenn man der Sowjetunion in böswilliger Weise Angriffsabsichten unterstellt, noch aus einem anderen Grunde als irreal. Wenn nämlich die Sowjetmacht die Enklave Westberlin hätte

Ära, mit dem sowjetischen Vorschlag für Westberlin von 1958 gemein — außer dem Namen „Freie Stadt"? Die Wahrheit ist bekanntlich stets konkret, und jede „Freie Stadt" ist demgemäß nur aus ihren Bedingungen und den Verhältnissen ihrer Zeit zu begreifen. Wenn übrigens Münch, der diese Methode in seinem bereits erwähnten Aufsatz systematisch anwendet, dabei zu dem Ergebnis kommt, man habe oft versucht, „Freie Städte" politisch zu sterilisieren, so geht es im Fall des NATO-Stützpunktes Westberlin tatsächlich darum, die entmilitarisierte Freie Stadt in einer ganz bestimmten Hinsicht steril zu machen — nämlich gegen den Bazillus des Kalten Krieges. Offenbar ist aber für Frontstadtideologen ein Gemeinwesen ohne Aggressionspolitik „politisch steril". Die Meinungen der friedliebenden Völker wie die demokratischen Prinzipien des heutigen Völkerrechts sind mit einer solchen interventionistischen Auffassung unvereinbar.
Interessant ist auch, daß Münch einen Vergleich sofort zur Seite schiebt, nämlich den mit der Stellung der Vatikanstadt gegenüber dem italienischen Staat auf Grund der Lateran-Verträge vom 11. 2. 1929. Warum? Weil es sich hier um ein Beispiel der — jetzt seit einem Menschenalter nachweisbar gegebenen — Realisierbarkeit einer solchen freien Zone inmitten eines anderen Staates und seiner Hauptstadt auf der Grundlage der beiderseitigen Respektierung des Nichteinmischungsgrundsatzes handelt. Bei allen Besonderheiten auch dieses Falles gegenüber der für Westberlin bis zur friedlichen demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands vorgeschlagenen Lösung paßt dieser Vergleich deswegen nicht in Münchs Konzept, weil er beweist, daß es — selbst nach Jahrzehnten schärfster Auseinandersetzungen — die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung dieser Art gibt.
Völlig absurd ist der in der westlichen Presse nach Abschluß der zweiten Phase der Genfer Konferenz als angebliches „Gerücht" kolportierte Gedanke, einen exterritorialen „Korridor" zu schaffen, der quer durch die DDR nach Westberlin führen und vom Adenauer-Staat kontrolliert werden solle. Das sinnloser Weise der UdSSR unterschobene, von ihr unverzüglich dementierte „Gerücht" stammt in Wahrheit aus dem Gedankenschatz Brandts, der diesen Vorschlag auf der Pariser Beratung der drei Westmächte und der Bundesrepublik unmittelbar vor dem Zusammentritt der Genfer Außenministerkonferenz vortrug. Der aggressive interventionistische Charakter und Zweck dieses Vorschlags wäre auch ohne die Erfahrungen mit Hitlers „Korridorpolitik" bei der Entfesselung der sogenannten Danziger Krise im Zusammenhang mit der Auslösung des II. Weltkrieges offensichtlich. Seine Erörterung ist müßig.

erobern und schließen wollen, so hätte sie dies in den 14 Jahren der Anwesenheit ihrer Truppen in diesem Gebiet binnen wenigen Stunden tun können. Sie tat es nicht, weil es zwar ohne weiteres innerhalb ihrer militärischen Möglichkeiten läge, aber gänzlich außerhalb ihrer moralisch-politischen Auffassungen stand und steht.

Wenn schließlich gesagt wird, die Besatzungstruppen dürften Westberlin nicht verlassen, weil sonst die „Freiheit" Westberlins verkümmere, so erinnern wir an unsere Frage, was das für eine merkwürdige Freiheit ist, die zusammenbricht, wenn ihr die Fremdherrschaft, also die Unfreiheit, genommen wird. In Wahrheit würde in diesem Fall lediglich die Freiheit der Kriegsinteressenten in Westberlin verschwinden, dafür aber die der gesamten übrigen Bevölkerung zu erblühen beginnen. Es bedarf daher auch nicht gewisser amerikanischer „Schutzpläne", die gerade das Gegenteil von Entspannung herbeiführen würden und das vielleicht auch bezwecken.

Realen Schutz vor dem weiteren Mißbrauch Westberlins als Lunte am Pulverfaß in der Hand von Brandstiftern bieten nur das völlige Ende der Besetzung und die vollständige Entmilitarisierung, zu deren Inhalt es auch gehört, daß die entmilitarisierte Stadt einer militärischen Gruppierung weder angehören noch beitreten darf. Die faktische NATO-Bindung Westberlins, wie sie von den Westmächten auf Betreiben Westdeutschlands – allerdings gegen den wachsenden Widerstand einiger besonnenerer Teilnehmerstaaten – gerade in letzter Zeit zunehmend praktiziert wird und wie sie in der von den drei westlichen Großmächten auf der Londoner Neun-Staaten-Konferenz von 1954 abgegebenen Garantieerklärung ihren gefährlichsten Ausdruck gefunden hat, müßte für die entmilitarisierte Freie Stadt beseitigt werden. Unvereinbar mit dem Verbot der Zugehörigkeit eines ständig neutralen Staates zu einseitigen Koalitionen erscheint uns auch die weitere Zugehörigkeit Westberlins zu solchen ökonomischen Zubringerorganisationen der NATO wie dem „Euratom" genannten Supermonopol der internationalen Atomkonzerne. Nur die vollkommene Unabhängigkeit von West und Ost würde dem entmilitarisierten Westberlin die politische Freundschaft mit allen Staaten und den ökonomischen und kulturellen Austausch nach allen Richtungen ermöglichen und garantieren. Deswegen soll nach dem in Übereinstimmung mit der DDR zustande gekommenen Vorschlag der UdSSR Westberlin eine selbständige politische Einheit werden mit eigener sozialer Ordnung, eigener politischer Leitung und Verwaltung, eigener unabhängiger Justiz, eigenem Haus-

halt, eigenem Bankwesen, eigenem Geldumlauf und eigenem Steuersystem, und zwar bis zur Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates. Der Pflicht des freien entmilitarisierten Westberlins zu strikter Neutralität nach allen Seiten entspräche die Pflicht der anderen Staaten, darunter auch der beiden deutschen, sich jeder Einmischung in die Verhältnisse der Freien Stadt zu enthalten.

Der von westlicher Seite auch auf der Genfer Konferenz vertretene Gedanke, den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt auch auf das demokratische Berlin auszudehnen, geht schon deswegen am Problem vorbei, weil es einen Kriegsbrandherd nur in Westberlin gibt.

In der DDR und dem ihr nicht entrissenen Teil ihrer Hauptstadt gibt es – im Gegensatz zu Westberlin – keine in Amt und Würden befindlichen, sondern nur entmachtete und bestrafte Kriegsverbrecher. Hier ist Kriegspropaganda gesetzlich unter schwerste Strafen gestellt und existiert real nicht. Hier gibt es keine Atomwaffen und auch keine Wehrpflicht. Wenn es sich für Westdeutschland und besonders dringend für Westberlin darum handelt, die Grundsätze des Potsdamer Abkommens endlich zu verwirklichen, dann besteht dieses Problem für die DDR einschließlich des demokratischen Berlins überhaupt nicht, weil sie dort längst und mit letzter Konsequenz verwirklicht und zum Ausgangspunkt des weiteren gesellschaftlichen Fortschritts geworden sind.

Die Zügelung des deutschen Militarismus mit der Beseitigung des Besatzungsregimes als wichtigster Voraussetzung und wesentlichem Bestandteil nannten wir das Grundproblem des sowjetischen Vorschlags. Seine Verwirklichung würde Westberlin den bedrückenden Charakter eines potentiellen zweiten Sarajevos nehmen. Mehr noch, damit würde Westberlin beispielhaft werden für Westdeutschland.

Es würde ihm das Beispiel eines bürgerlich-demokratischen Gemeinwesens bieten, jedoch ohne Militaristen und ohne fremde Truppen. Es würde der entmilitarisierten Freien Stadt leicht, mit der konsequent antimilitaristischen, konsequent demokratischen, weil sozialistischen DDR und ihren Organen im demokratischen Berlin selbst schwierige Fragen in einer für beide Seiten annehmbaren Weise zu regeln. Die Freie Stadt wäre so in der Lage, der künftigen Konföderation beider deutschen Staaten wichtige Erfahrungen zu vermitteln. Eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin könnte, wenn sich die beiden deutschen Staaten verständigen, sogar Sitz des Rates ihrer Konföderation und jedenfalls ein Treffpunkt der Verständigung zwischen ihnen

werden. Sie könnte schließlich selbst Mitglied dieser Konföderation werden und mit alledem zur schrittweisen friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands beitragen, zu deren Ergebnissen es gehören würde, daß ganz Berlin Hauptstadt des neuen friedliebenden, demokratischen deutschen Staates wäre.

Mit Recht hat der V. Parteitag der SED festgestellt, daß der heutige Hauptwiderspruch in Deutschland in dem Gegensatz der friedliebenden Kräfte unseres Volkes zu den militaristischen Kräften besteht, die im Interesse ihrer Politik der Revanche und der imperialistischen Eroberung die Atomrüstung betreiben. Dieser Gegensatz würde bei Realisierung des sowjetischen Vorschlags für Westberlin gerade dort gelöst werden, wo er heute in seiner schärfsten, zugespitztesten Form besteht. Eben deswegen ist seine Lösung in Westberlin ein Problem nicht von örtlicher, sondern von nationaler und internationaler Bedeutung. Denn auch der westdeutsche Militarismus könnte nicht bleiben, was er ist, wenn ihm der NATO-Vorort Westberlin, dieses hochexplosive Einsprengsel der imperialistischen Kräfte im sozialistischen Lager und speziell der DDR, genommen würde, wenn sozusagen Lunte und Pulverfaß getrennt würden. Das bedeutet freilich nicht, daß die Interventions- und Aggressionsgefahr in Westdeutschland einfach verschwände, falls die kalten Krieger gezwungen würden, ihren Vorposten Westberlin aufzugeben, gleichzeitig aber im Besitz ihres militaristischen Hinterlandes blieben. Die Bändigung des deutschen Militarismus ist auch in der Bundesrepublik, wo er schließlich seine kompakte ökonomische, politische und ideologische Machtbasis und seinen Generalstab hat, das Kernproblem. Deswegen ist bei aller besonderen Gefährlichkeit der Situation in Westberlin und unbeschadet aller besonderen Dringlichkeit der Lösung gerade des Problems Westberlin, die sich daraus ergibt, die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Aufhebung der fremden Militärstützpunkte auch in der Bundesrepublik, die Beseitigung der NATO-Bindung auch Westdeutschlands selbst eine Aufgabe, mit deren Bewältigung erst das Hauptproblem Westdeutschlands wirklich gelöst und der Friede in Europa gesichert ist. Darum ist es die zweckmäßigste Art der Regelung des Westberlinproblems, den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin – gültig bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – im Friedensvertrag mit Deutschland festzulegen und mit der Entmilitarisierung Westdeutschlands zu verbinden. Es sei darauf hingewiesen, daß dieser Zusammenhang auch im sowjetischen Friedensvertrags-

entwurf betont wird, in dessen Artikel 25 sich die Bestimmungen befinden, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beziehen und den militärischen Bestimmungen vorangestellt sind.

Aus dem internationalen Aspekt des Problems Westberlin ergibt sich auch der nationale. Da die Sicherung des Friedens der soziale Inhalt unserer nationalen Frage ist, hilft eine Lösung, die dem Frieden mit Deutschland und von Deutschland aus dient, auch der staatlichen Wiedervereinigung der Nation voran. Eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin könnte und müßte die beiden so verschiedenartigen deutschen Staaten einander näherbringen – politisch als Zentrum der Kontakte, ökonomisch als gemeinsamer Umschlagplatz und kulturell als ein Sammelbecken humanistischer Werte. Ein gesund funktionierendes, weil entmilitarisiertes Freies Westberlin, real unabhängig von allen Seiten, würde gerade durch seine Lage inmitten der DDR einmal mehr beweisen, daß die Selbständigkeit eines deutschen Gemeinwesens von bürgerlich-demokratischem Typ und somit kapitalistischer Struktur in guter Nachbarschaft mit dem sozialistischen deutschen Staat koexistieren und kooperieren. Daraus würde sich für jeden denkenden Menschen ergeben, daß dies, wenn es schon für eine Enklave wie Westberlin gilt, erst recht für das mit solchen Komplikationen nicht belastete Neben- und Miteinander eines bürgerlich-demokratischen Staates im Westen (nach Ausschaltung der militaristisch-faschistischen Kräfte) und des sozialistischen Staates im Osten Deutschlands und somit für die Konföderation der beiden deutschen Staaten zu gelten hätte. Dies Tatsache würde der historisch notwendigen Annäherung der beiden deutschen Staaten – unbeschadet ihrer sozialökonomischen Verschiedenheit und ideologischen Gegensätzlichkeit – Massen neuer Anhänger zuführen und so den Weg ebnen zur Schaffung erster gesamtdeutscher Organe, später zur Konföderation und am Ende der Entwicklung zur staatlichen Wiedervereinigung.

Gerade aus diesem Grunde können Adenauer und Brandt die konstruktive friedliche Lösung des Westberlinproblems, die von den sozialistischen Staaten vorgeschlagen wird, nicht gebrauchen. Ein solcher Modellfall stört sie in ihrer Eigenschaft als Kriegsprovokateure, er stört sie aber auch in ihrer Eigenschaft als Separatisten, als Gegner der deutschen Wiedervereinigung, für die sie zwar in der Phrase immer wieder eintreten, aber nur, um sie desto wirksamer in der Tat zu hintertreiben. Eben deshalb ist die Bändigung des deutschen Militaris-

mus in seiner Zentrale am Rhein wie in seinem Vorort an der Spree nicht nur eine Frage der Erhaltung des Friedens, sondern auch der Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes und damit eine Realisierung der wichtigsten Grundsätze des Potsdamer Abkommens dort, wo sie mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte von den deutschen Militaristen bisher mit Füßen getreten werden.

Wenn in Westberlin die ausländischen Besatzungstruppen ihre Fahne einholen, wenn der RIAS seine Hetzsendungen einstellt, wenn die ausländischen Diversions-, Spionage- und Abwerbezentralen ihre Tore schließen und die deutschen Militaristen in Westberlin die freiwillige Nachhut bilden, dann werden wir Deutschen in ganz Berlin unter uns sein: mit unseren verschiedenen Anschauungen und Interessen im demokratischen Berlin einerseits und in der Freien Stadt andererseits, aber da wie dort: deutsche Nichtmilitaristen. Das wird Gespräche zwischen den leitenden Stellen beider Teile Berlins, wie sie vom V. Parteitag der SED, dem 4. Plenum ihres Zentralkomitees und dem Magistrat von Groß-Berlin wiederholt vorgeschlagen wurden, sehr erleichtern und die schnelle Lösung mancher im Berliner Alltag so drängender und beschwerlicher, unter den heutigen Bedingungen schwer zu regelnder Fragen, wie etwa der des durchgehenden Verkehrs, des einheitlichen Fernsprechwesens, der Versorgung der Bevölkerung aus dem natürlichen Hinterland Berlins, der Einreise von Westberlinern in die DDR oder der uneingeschränkten Amts- und Rechtshilfe z. B. der Jugendämter, der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und der Gerichte, in kurzer Zeit ermöglichen, weil dann über den Erörterungen nicht mehr der Schatten eines amerikanischen Abhörtunnels in Altglienicke, eines amerikanischen Atombunkers in Zehlendorf oder der Hilferuf eines Brandt nach amerikanischen Panzern zur Rettung eines flüchtigen Scheckfälschers in Steinstücken stehen wird. Es wird dann dem gleichen Brandt auch nicht mehr möglich sein, solch ein unredliches Doppelspiel mit seinen sozialdemokratischen Genossen zu treiben (und noch ist er ja nicht offiziell der Adenauerpartei beigetreten), wie er es gegenüber der Bewegung „Kampf dem Atomtod" trieb, indem er zunächst dem Westberliner Ausschuß dieser Bewegung beitrat, um unmittelbar darauf auf dem Landesparteitag der SPD das Verbot der Teilnahme seiner Partei an der Volksbefragung über die Atomaufrüstung – übrigens mit der knappen Mehrheit von 111 : 103 – durchzusetzen. Denn dieses Problem wird es in einem normalisierten Westberlin und in einem Deutschland

mit einem demokratischen Friedensvertrag nicht mehr geben. Das Beispiel des gesicherten Lebens in der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin inmitten der sozialistischen DDR, also eines Staates völlig anderen Charakters, und das Sichtbarwerden der Vorteile ihres politischen, ökonomischen und kulturellen Zusammenwirkens trotz der notwendigen ideologischen Auseinandersetzung, die Wirkung der bloßen Existenz des Kontaktzentrums Westberlin würde, statt die Spaltung Deutschlands (wie westliche Demagogen behaupten) zu vertiefen, im Gegenteil ihre Überwindung erleichtern und beschleunigen.

Diese Überwindung selbst kann friedlich und demokratisch nur aus gleichberechtigten Verhandlungen der beiden deutschen Staaten hervorgehen. Die von westlicher Seite behauptete Möglichkeit einer unmittelbaren Überwindung durch alsbaldige Durchführung sogenannter „freier" Wahlen in ganz Deutschland – womöglich noch unter spezieller ausländischer Aufsicht und Kontrolle – ist sowohl in Gesamtdeutschland wie in Gesamtberlin aus mindestens zwei Gründen irreal. Der erste Grund ist der, daß die Forderung nach solchen sogenannten freien gesamtdeutschen Wahlen an der vom Leben geschaffenen Tatsache vorbeigeht, daß es in den beiden Teilen Deutschlands und Berlins heute zwei Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen gibt, von denen natürlich keine ohne ihr Einverständnis und keine von außen her zu beseitigen ist, und schon gar nicht, ohne daß daraus auf der Stelle ein dritter Weltkrieg entstünde. Diese Staaten existieren, und man kann sie wegen ihrer Wesensverschiedenheit nicht mechanisch zusammenfügen. Der zweite Grund ist der, daß Wahlen in Westdeutschland oder in Westberlin heute unter dem Druck der Besatzungsmächte, der psychologischen Kriegführung, der atomaren Aufrüstung, des KPD-Verbots bzw. der Boykotthetze gegen die SED in Westberlin, der Verfolgung der Friedensfreunde und des von Schröder und Brandt bereits angedrohten Ausnahmezustandes stattfinden müßten und aus diesen Gründen niemals wirklich freie Wahlen sein können. In bezug auf Westberlin kommt noch hinzu, daß der im sogenannten Paketplan des Westens in Genf gemachte Vorschlag, mit „freien" Wahlen in Berlin zu beginnen, schon deswegen fehlgeht, weil nicht die Bevölkerung einer Stadt oder eines Stadtteils eine Frage entscheiden kann, welche die Nation, ja die Welt angeht, bei der die Zukunft ganz Deutschlands und der internationale Friede auf dem Spiel stehen. Da – abgesehen hiervon – generell freie Wahlen erst nach Ausschaltung aller hindernden und hemmenden Faktoren möglich werden,

muß die Bändigung des westdeutschen Militarismus und Faschismus und die Beseitigung der Interventionsherrschaft der fremden Truppen, d. h. ein demokratischer Friedensvertrag, der Wiedervereinigung vorangehen. Erst nach längerer erfolgreicher Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten innerhalb eines zunächst einigermaßen losen Staatenbundes, einer Konföderation, könnte in dann wirklich freier Wahl eine deutsche Nationalversammlung gewählt werden. Sie ist somit der letzte und nicht der erste Schritt. Wer aber – wie die westlichen Propagandisten – sofort mit gesamtdeutschen „freien" Wahlen, also mit dem letzten statt mit dem ersten Schritt, beginnen will, der will in Wahrheit überhaupt nicht anfangen, dem liegt weder an der Wiedervereinigung noch am Friedensvertrag. Die in der Sache begründete Reihenfolge (erst Friedensvertrag, dann Wiedervereinigung) schließt freilich nicht aus, daß die Vorbereitung des einen mit der Entwicklung des anderen Prozesses organisch verbunden wird, ja notwendigerweise verbunden werden muß. Auf dieser Einheit beruht der in Genf eingebrachte Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik, daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf der einen Seite der Vertragspartner von einem gemeinsamen Ausschuß der vier Großmächte, auf der anderen Seite zwecks Erarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunkts von einem Ausschuß der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorbereitet werden soll, falls sich nicht alle sechs Mächte von vornherein – und natürlich ebenfalls gleichberechtigt – zu gemeinsamer Beratung zusammensetzen wollen. Selbst wenn eine solche Beratung von Vertretern der beiden deutschen Staaten, die historisch unausweichlich kommen muß, zunächst auf die Vorbereitung des deutschen Standpunkts zu einem Friedensvertrag beschränkt bliebe, wäre auch eine solche begrenzte Zusammenarbeit praktisch bereits der Beginn der Arbeit eines gesamtdeutschen Ausschusses. Alles spricht indessen dafür, daß ein solches Organ sehr bald darüber hinausgehen und zunächst vielleicht spontan, einfach aus der praktischen Notwendigkeit heraus, später planmäßig und bewußt auch die Frage engerer Kontakte und die Suche nach konkreten Wegen zur Annäherung der beiden Staaten zum Gegenstand der Verhandlung machen würde. Selbst wenn der Ausschuß aber dies nicht von sich aus täte, würde er vom Leben selbst dazu gebracht werden, wie es das Leben selbst ja auch dahin gebracht hat, daß die Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 das hinnehmen mußten, was sie auf der Londoner Außenministerratstagung 1947 unter Ablehnung von

Forderungen aus dem demokratischen Teil Deutschlands, die damals allein von der Sowjetunion unterstützt wurden, strikt zurückgewiesen haben: nämlich die Teilnahme der Sprecher der beiden Teile und inzwischen der beiden Staaten Deutschlands als praktisch gleichberechtigter Partner[1] bei der Erörterung und Regelung Deutschland betreffender Fragen.

So wird sich unter dem Druck der praktischen Notwendigkeit das historisch Gesetzmäßige auch künftig durchsetzen. Dem konnte zwar der Sprecher Adenauers in Genf, Botschafter Grewe, noch einmal mit dem für unser Volk beleidigenden Gegenvorschlag ausweichen, die vier Großmächte möchten doch unser nationales Problem, die Wiedervereinigung, und die nationale Seite bei der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland, nämlich die Vorbereitung des deutschen Standpunktes hierzu, ohne uns entscheiden, sie könnten sich dabei ja, wie er meinte, beliebiger deutscher Ratgeber bedienen. Grewes Nachfolger aber wird nicht mehr so auftreten. Denn dem Gesetz der historischen Notwendigkeit, der Wirkung und Wandlung des internationalen Kräfteverhältnisses kann sich auf die Dauer niemand entziehen, auch nicht mit Intrigen und diplomatischen Spielereien aus der Zeit Metternichs.

Mit der Wahrung des Anspruchs des deutschen Volkes auf seine nationale Selbstbestimmung in dem sowjetischen Westberlinvorschlag hängt es zusammen, daß dieser Vorschlag zugleich der Souveränität der beiden deutschen Staaten einen aktiven Dienst erweist. Was die Deutsche Demokratische Republik angeht, mag diese Feststellung zunächst dadurch beschränkt erscheinen, daß die Deutsche Demokratische Republik sich ja gerade im Interesse des Friedens und der Entspannung zu dem großen Opfer bereitgefunden hat, im Fall der Entwicklung Westberlins zu einer entmilitarisierten Freien Stadt auf die Ausübung ihrer Souveränität in Westberlin – trotz der objektiven Rechtslage – zu verzichten, um so die Bildung der neuen politischen Einheit auf diesem Teil des Gebiets ihrer Hauptstadt zu ermöglichen. Bei tieferer

[1] In keiner Phase der Genfer Verhandlungen wurden diese durch die Forderung nach formeller „Anerkennung" der Deutschen Demokratischen Republik durch diesen oder jenen der westlichen Verhandlungspartner belastet. Walter Ulbricht wies überzeugend darauf hin, daß — bei aller Wertschätzung diplomatischer Beziehungen — das Entscheidende für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anerkennung durch die eigene Bevölkerung ist, die ihr immer wieder zuteil wird. Diese Feststellung schließt die Genugtuung darüber nicht aus, daß in Genf faktisch nicht nur die Existenz

Betrachtung aber zeigt sich, daß gerade durch die Großzügigkeit dieses Verzichts die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik weiter steigen und damit ihre Rolle als souveräner friedliebender deutscher Staat auch denen bald erkennbar werden wird, die heute noch die Augen davor verschließen möchten. Welche praktischen Erleichterungen brächte z. B. eine Entspannung in Westberlin mit sich! Wie viele heute noch unvermeidliche Abwehrmaßnahmen gegen Westberlin brauchten nicht mehr ergriffen zu werden, wenn die Wühlarbeit, die Diversionstätigkeit und die Einmischungen aller Art, vom Auflassen von Ballons mit Hetzmaterial über die Einführung von Sprengsätzen, die Einschleusung von Agenten bis zum Bau eines Spionagetunnels, künftig unterblieben! Dem westdeutschen Staat würde der Vorschlag der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin bei der Überwindung der Selbstentmündigung helfen, auf die sich die westdeutschen Imperialisten aus purem Klassenegoismus mit den fremden militaristischen Interventen 1954 in Paris geeinigt haben. Wenn der Westberlinvorschlag der UdSSR realisiert wird, dann bleibt von dem sogenannten Berlin-Vorbehalt der Westmächte im Pariser Vertragswerk, genauer gesagt im „Deutschland"-vertrag, nichts mehr übrig. Zum ersten Mal könnte damit Westdeutschland Westberlin wirklich helfen durch strikte Beachtung seiner politischen Unabhängigkeit, durch Unterstützung seiner wirtschaftlichen Entwicklung ohne gleichzeitigen politischen Druck und durch Förderung seines neuen Charakters als ein Zentrum des kulturellen Austausches in Deutschland. Zum ersten Mal auch würde eine legale und effektive Regierung Westberlins nicht unter das Joch eines Besatzungsstatus gebeugt, sondern aufrecht und souverän als Teilnehmer an internationalen Abkommen und Organisationen in Erscheinung treten und wäre in der Lage, alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

Die Wirkung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würde aber noch erheblich weiter reichen. Der Souveränität der Regierung der Stadt nach außen entspräche eine – verglichen mit der gegenwärtigen – weitaus souveränere Stellung der Bevölkerung im

und souveräne Handlungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik auch von den westlichen Großmächten anerkannt wurden, sondern damit zugleich die unwiderrufliche historische Tatsache geschaffen wurde, daß Erörterungen oder Entscheidungen Deutschland betreffender Fragen nur noch unter Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik möglich sind.

Innern. Von westlicher Seite und in besonders kriecherischer Weise vom Brandt-Regime wird die paradoxe These aufgestellt, die Beseitigung des Besatzungsregimes wäre ein Anschlag auf die – Freiheit Westberlins. In Wahrheit würde die Durchführung des Vorschlags der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik in bezug auf Westberlin der Bevölkerung der entmilitarisierten Freien Stadt das volle Recht zur Selbstbestimmung geben. Nur sie und niemand sonst hätte über die soziale Ordnung in Westberlin zu bestimmen. Bei konsequenter Verwirklichung der gegenwärtigen Verfassung würde die Freie Stadt unter dem neuen Status zu parlamentarisch-demokratischen Formen kommen, die erheblich wirkungsvoller wären als z. B. die für das damalige Deutsche Reich in der Weimarer Verfassung von 1919 festgelegten, weil sie in einem Gemeinwesen bestünden, dessen international gesicherte Existenzgrundlage die Ausschaltung der militaristischen Kräfte wäre. Man stelle sich die bürgerliche Weimarer Republik abzüglich der damaligen Machtpositionen der deutschen Militaristen vor – und zwar unter der Garantie eines deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates und bei einem für die Sache des Friedens und der Demokratie wesentlich günstigeren internationalen Kräfteverhältnis. Es ergäbe sich das Bild eines zwar kapitalistischen bürgerlichen Gemeinwesens, in dem jedoch die Errungenschaften der Novemberrevolution eine weitaus größere Realität als in der Weimarer Republik besäßen und zumindest eine legale demokratische Kampfbasis für die Arbeiterklasse und andere fortschrittliche Kräfte darstellten. Das aber ist das Bild Westberlins bei Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt. Das heißt: unter dem Status einer entmilitarisierten Freien Stadt gäbe es in Westberlin kein Doppeljoch mehr, und wenn auch das andere, das Joch der eigenen Kapitalisten, noch auf den arbeitenden Menschen lastete, so doch unter relativ günstigen Bedingungen des Kampfes, der Arbeit und des Lebens.

Was hätte sich auf Grund der Entmilitarisierungsverpflichtungen der Freien Stadt in der inneren Struktur Westberlins zu ändern? Grundsätzlich ist noch einmal zu betonen, daß darüber die Bürger der entmilitarisierten Freien Stadt selbst zu bestimmen hätten. Gewisse Konsequenzen aber ergäben sich aus dem Wesen einer solchen Stadt von selbst. So müßten diejenigen Nazis im Westberliner Verwaltungsapparat, die aktiv für eine Fortsetzung der verbrecherischen Kriegspolitik des deutschen Militarismus eintreten, entlassen werden. Der Augiasstall des Westberliner Polizeipräsidiums, in dem fast ein Drittel

(32 Prozent) der dort Tätigen ehemalige aktive Nazis, SS- und Gestapoleute sind, müßte gesäubert werden. Die Richter und Staatsanwälte, die aus der Hitlerjustiz in gleiche und oft in höhere Funktionen der Westberliner Justiz übernommen wurden und dort ihre früheren Auffassungen weiter vertreten, hätten im Justizapparat der Freien Stadt keinen Platz mehr. Ein Hauptinstrument der militaristischen Gesinnungsjustiz würde mit der Beseitigung der Besatzungsherrschaft verschwinden, nämlich die berüchtigte „Verordnung 501", von der in dieser Schrift ausführlich die Rede war. Auch die aus Bonn übernommenen Gesetze, wie z. B. das Blitzgesetz, würden in dem neutralen unabhängigen Westberlin mit dem Wegfall der Gleichschaltung außer Kraft treten. Das Verbot solcher Organisationen wie des Deutschen Kulturbundes müßte aufgehoben, Hitlers Machwerk „Mein Kampf" dürfte nicht einen Tag länger in Westberliner Schulen als „Lehrmaterial zur eigenen Meinungsbildung" an die Schüler ausgegeben werden. Die nazistischen und militaristischen Treffen, von denen es allein im Januar 1959 nicht weniger als 45 gab, wären ein für allemal in Westberlin zu verbieten. Die antifaschistischen Widerstandskämpfern wegen ihrer konsequenten Haltung gegenüber dem Hitlerstaat, meist auf Grund ihrer früheren Zugehörigkeit zur KPD oder ihrer heutigen Zugehörigkeit zur SED entzogenen Pensionen müßten wiederhergestellt, die an prominente Nazis oder deren Hinterbliebene gezahlten Renten von 3,55 Millionen DM jährlich müßten gestrichen und die zu Unrecht erfolgten Leistungen eingefordert werden. Militaristische Literatur und Kunstwerke unterlägen der Einziehung, humanistische jeder Art wären zu popularisieren. Abwerbung dürfte nicht geduldet werden. Militaristische und faschistische Parteien wären durch Gesetz zu verbieten und könnten daher keine Kandidaten nominieren. Die Pogromhetze gegen die SED, die Vorkämpferin des internationalen Friedens und der friedlichen Koexistenz, wäre einzustellen und zu ahnden.

Ändern würden sich aber nicht nur die Pflichten, sondern vor allem die Rechte Westberlins. Denn der Sinn aller Pflichten, von denen bisher die Rede war, ist ja nur die reale Gewährleistung einer freiheitlich-demokratischen Verfassung Westberlins mit gesicherten Grundrechten und Grundfreiheiten für die Bewohner der Freien Stadt. Das höchste Recht der Westberliner Bevölkerung unter dem neuen Status wäre natürlich das Recht der freien Entscheidung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten mit positiven Konsequenzen für die Teilnahme an internationalen Abkommen und Organisationen, auf die

bereits hingewiesen wurde. Der Sicherung dieses fundamentalen Rechts dienten die Garantierung der Unverletzlichkeit des Status der entmilitarisierten Freien Stadt und der Freiheit ihrer Verbindungen mit der Außenwelt, insbesondere die Einräumung des freien Durchgangsverkehrs durch die Deutsche Demokratische Republik für Personen, Kraftwagen, Eisenbahnwagen, Flußschiffe, für den Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst und die Gewährung des Rechtes zu Flügen über die Deutsche Demokratische Republik, wobei alle offenen Fragen durch zweiseitige Vereinbarungen geregelt werden könnten. Der Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Lebensfähigkeit der Freien Stadt dienten ihr Recht auf freie Entwicklung der Westberliner Wirtschaft, insbesondere des Außenhandels, nach allen Seiten und die reale Ausnutzung dieses Rechts durch Zusage einer die Kapazität der Westberliner Industrie auslastenden Auftragserteilung sowie der Versorgung mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln u. dgl. So verbindet sich mit der politischen die ökonomische Perspektive der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin.

Die wirtschaftliche Perspektive der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin

Ständig gesicherter Absatz – einmalige Chance

Über der gesamten kapitalistischen Welt liegt seit 1957 die akute Drohung und spürbare Auswirkung der Überproduktionskrise. Der Kapitalist erzeugt seine Produkte bekanntlich, indem er die Arbeiter ausbeutet. Folglich kann die größte Klasse der kapitalistischen Gesellschaft nicht kaufen, was sie selbst produziert hat, und früher oder später stößt der Kapitalist daher unweigerlich auf Grenzen für seinen Absatz. Die Krise mit ihren verheerenden Folgen für die werktätige Bevölkerung bricht aus. Seit über einem Jahr demonstriert das westdeutsche Monopolkapital durch die Krise im Kohlenbergbau und in anderen Zweigen der Wirtschaft, daß es außerstande ist, diese Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus zu umgehen. Seit Jahren beweist Westdeutschland, daß es nicht in der Lage ist, die im Vergleich zur Bundesrepublik besonders hohe Arbeitslosigkeit in Westberlin durch eine genügende Höhe der Aufträge zu beseitigen. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre war die Arbeitslosenquote, wie von uns gezeigt wurde, in Westberlin dreimal so hoch wie in Westdeutschland. Die Produktionskapazitäten sind auch gegenwärtig, wie man aus dem Geschrei nach Aufträgen für rund eine Milliarde DM unschwer schließen kann, nur zu etwa 75 bis 80 Prozent ausgelastet. Die krisenhafte Entwicklung in Westdeutschland verstärkt die Unfähigkeit zur Sicherung der Westberliner Entwicklung. Die Berliner Bank bestätigte das indirekt, indem sie in ihrem Wirtschaftsbericht vom November 1958 ausdrücklich erklärte: Es „kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Westberliner Konjunktur etwa von derjenigen Westdeutschlands unabhängig geworden sei“. Und diese „Konjunktur“ ist seit langem in einen krisenhaften Zustand vieler Industriezweige übergegangen. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1959 verzeichneten Industriezweige mit einem

Anteil von 27 Prozent an der gesamten Industrieproduktion Westdeutschlands einen Rückgang von mehr als 1 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum, während 1957 nur 4 Prozent einen derartigen Rückgang aufwiesen. Das heißt: in über einem Viertel der Industrie dokumentierte der Kapitalismus nach wie vor seine völlige Unfähigkeit, ein dauernd stabiles und krisenloses Wachstum zu ermöglichen. In weiteren Zweigen mit einem Anteil an der Industrieproduktion von 9 Prozent stagnierte die Produktion in dieser Zeit. In der Textilindustrie sank die Produktion im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1959 im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahrszeitraum um 5 Prozent und stieg nur im Mai saisonbedingt an. Hier spiegelt sich unmittelbar die Einengung der Kaufkraft der Werktätigen durch die kapitalistische Ausbeutung wider. Aber auch in der Schwerindustrie zeigt die katastrophale Lage in der Ruhrkohlenindustrie, zeigen 18 Millionen Tonnen Kohle auf den Halden, über 50000 Entlassungen und über 125 Millionen Mark Lohneinbuße durch Feierschichten und die fortschreitenden Zechenschließungen: Bindung an die Bundesrepublik heißt Bindung an eine Wirtschaft, zu deren Wesen zyklische Überproduktionskrisen gehören. Das ist auch dann nicht zu leugnen, wenn gegenwärtig die expansive Entwicklung eines anderen Teils der Wirtschaft diese Gesetzmäßigkeit zeitweilig überdeckt. Die Politik der atomaren Aufrüstung mit der damit notwendig verbundenen Verelendung der Werktätigen wird früher oder später – wie die USA 1957/58 bewiesen – in die allgemeine Überproduktionskrise hineinführen.

In dieser Situation und nach all diesen Erfahrungen verkündete nun auf der Tagung des westdeutschen Unternehmerdachverbandes in Westberlin am 23. Juni 1959 dessen Hauptgeschäftsführer Beutler, daß künftig für einen Auftragseingang zur Sicherung der Vollbeschäftigung in Westberlin gesorgt werde. Schon gegen Ende des Jahres 1958 hatte der Bund der Deutschen Industrie unter Leitung seines Präsidenten Fritz Berg mit starkem Propagandageschrei eine sogenannte Hilfsaktion für verstärkte Auftragserteilung nach Westberlin begonnen. Eine gewisse Umsatzsteigerung Westberlins gegenüber Westdeutschland im I. Quartal 1959 wurde als Erfolg dieser „Berg-Aktion" gebucht und daraus die Möglichkeit ständiger Auftragssicherheit Westberlins abgeleitet. Es geschah dabei nur ein Mißgeschick: Es wurden die Tatsachen übersehen, die das Westberliner Institut für Wirtschaftsforschung – laut Wiedergabe im „Tagesspiegel" vom 3. 4. 1959 – gerade zur nämlichen Zeit veröffentlichte, daß nämlich

„eine verstärkte Berücksichtigung der Berliner Wirtschaft bei Auftragsvergaben aus den vorliegenden statistischen Daten nicht hervorgehe. Die starke Produktionssteigerung der letzten Monate bedeute demnach nicht eine erhöhte Nachfrage nach Westberliner Waren. Vielmehr müsse darin eine raschere Ausführung der erteilten Aufträge gesehen werden, die wegen des langsamen Auftragseingangs (!) zwangsläufig mit einem Abbau (!) der Auftragsbestände verbunden gewesen sei", nämlich um einen halben Monatsumsatz gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum.

Das ist das offizielle Eingeständnis der Unmöglichkeit, einem einseitig an die Bundesrepublik geketteten Westberlin einen ausreichenden Auftragsbestand in dem Moment zu sichern, in dem Westdeutschland selbst in einer Reihe der genannten Industriezweige in die Überproduktionskrise hineingerät.

Selbst wenn es gelingen sollte, durch die staatliche Risikoübernahme für die Erteilung von Aufträgen an das Pulverfaß Westberlin und durch die für Aufträge nach Westberlin besonders hohen Auftragsfinanzierungskredite Käufe in Westberlin besonders profitabel zu machen und damit die Arbeitslosigkeit zeitweilig in größerem Umfang zu bekämpfen, würden diese Aufträge für westdeutsche Firmen ausfallen und die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik selbst wieder verlangsamen. Auch für diesen Fall hat die Berliner Bank in ihrem Wirtschaftsbericht vom Juli 1958 (S. 5) richtig erklärt: „Es kann nun einmal für Westberlin trotz noch so günstiger Zwischenergebnisse auf die Dauer kein stabiles Wirtschaftswachstum geben, wenn sich in Westdeutschland mit der Zeit eine labile Konjunkturlage breitmachen sollte." Das heißt, selbst wenn es gelingen würde, die Aufträge auf Kosten der westdeutschen Firmen stärker nach Westberlin zu verlegen, würden dadurch nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westdeutschland vergrößert werden. Aber an Westdeutschland soll doch Westberlin gerade durch die „Hilfsaktion für Westberlin" gekettet werden. Für Westdeutschland selbst gibt es aber keine Garantie vor der Krise, wie die katastrophale Lage an der Ruhr beweist. Und das ist entscheidend für die Beurteilung der „Bergaktion": Bindung an Bonn heißt ständige akute Bedrohung durch eine Wirtschaftskrise. In der Krise aber gibt es keine Auftragssicherheit!

Westdeutschland kann Westberlin keine ökonomische Sicherheit geben

Aber warum wird dann diese Sicherheit gerade jetzt so marktschreierisch versprochen? Weil Westberlin durch die Vorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik zur Schaffung einer Freien Stadt eine einzigartige Chance zur wirklichen Sicherung des Absatzes geboten wird. Wenn eine Freie Stadt Westberlin an die Stelle des kalten Krieges den friedlichen völkerverbindenden Handel mit allen Staaten einschließlich der sozialistischen Länder setzen würde, könnte sie einen garantierten Absatz ihrer Produktion haben.

Die Regierung der Sowjetunion hat mehrfach erklärt, daß sie bereit und in der Lage sei, durch Aufträge die Auslastung der Industriebetriebe Westberlins zu sichern. Das aber bedeutet zugleich Sicherung des Absatzes für Westberlin. „Wir haben erklärt", heißt es in der Note der UdSSR an die USA vom 27. 11. 1958, „daß die Sowjetunion durch ihre Aufträge die völlige Auslastung der Industriebetriebe Westberlins sichern wird." Daß dazu eine bedarfsgerechte Produktion auf der Grundlage langfristiger Handelsabkommen Voraussetzung ist, bedarf keiner besonderen Darlegung.

Es ist klar, daß die Erzeugnisse des kleinen Westberlins einen sicheren Absatz in dem von Krisen nicht bedrohten und in ständigem wirtschaftlichem Aufschwung befindlichen großen sozialistischen Lager finden können. Das wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 1937 65 Prozent aller aus Westberlin kommenden Waren selbst auf dem damals noch kapitalistisch bewirtschafteten heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihren Absatz fanden, 17 Prozent in den östlichen Ländern und nur 18 Prozent in Westdeutschland. 1958 aber gingen 84 Prozent aller Warenlieferungen nach Westdeutschland und nur je ein Prozent in die Deutsche Demokratische Republik und in die sozialistischen Länder.[1] Das ist die Folge des kalten Krieges gegen das sozialistische Lager, der sich nicht mit friedlichem Handel verträgt.

Eine Freie Stadt Westberlin würde sich dagegen durch die unter kapitalistischen Wirtschaftsorganismen einmalige Besonderheit einer ständig gesicherten Auftragslage und Auslastung der Produktionskapazität auszeichnen. Die Schaffung friedlicher Verhältnisse in West-

[1] Vgl. Bericht des Deutschen Wirtschaftsinstituts 9/1959, S. 6.

berlin böte die Voraussetzung eines entfalteten friedlichen Handels auch mit dem Osten.

Frieden und wirtschaftliche Sicherheit erweisen sich als untrennbar miteinander verbunden. Die Vorschläge der Sowjetunion bringen also nicht Gefahr, sondern allseitige Sicherheit für Westberlin. Was würde die ständige Sicherung des Absatzes in einer Freien Stadt Westberlin für das Wachstum der Westberliner Industrieproduktion bedeuten?

Nach über hundertjähriger krisenhafter Entwicklung neue Perspektiven!

Ständiger Absatz der Westberliner Produktion bedeutet, daß Westberlin nach über hundertjähriger fieberhafter Auf- und Abwärtsbewegung noch unter kapitalistischen Bedingungen vor neuen Perspektiven stünde. Die ständige Stimulierung des Produktionswachstums durch den sicheren Absatz der Freien Stadt würde ohne Zweifel ein höheres Wachstumstempo der Westberliner Industrieproduktion als das der bisherigen Frontstadt und sogar als das der übrigen kapitalistischen Länder hervorbringen. Und das in einer Zeit, in der unter dem Eindruck der rasch anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Westdeutschlands selbst „Der Volkswirt", das Blatt der westdeutschen Finanzoligarchie, resigniert eingestehen muß:

„Nichts deutet darauf hin, daß die (west)deutsche Volkswirtschaft nach Abklingen der Flaute mit einem ähnlich steilen, weiteren Aufstieg rechnen kann wie in den Jahren bisher."

Diese große Chance bietet den Westberliner Unternehmern steigende Gewinne. Die Arbeiter und Angestellten aber würden von der mit dem kapitalistischen System stets verbundenen Krisengefahr so weit wie überhaupt möglich befreit werden. Daran wären auch Handwerker und Einzelhändler außerordentlich interessiert, weil ihr Umsatz durch die Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten steigen würde. Der Schlüssel zur Nutzung dieser Chance ist die breiteste Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern. Die Voraussetzung dazu ist Frieden in Westberlin.

Wieder erweisen sich friedliche Verhältnisse und weitgehende ökonomische Stabilität als voneinander untrennbar. Diese Einheit wird durch die Schaffung einer Freien Stadt gesichert. Daß die Lage der Arbeiter und aller Werktätigen unter den sozialistischen Bedingungen

im demokratischen Berlin dennoch unvergleichbar besser und völlig anders bliebe, ist leicht einzusehen.

Die Fortsetzung der Frontstadtpolitik durch die Bindung an Bonn dagegen bedeutet weitere Verlangsamung des ohnehin schon extrem niedrigen Entwicklungstempos der Westberliner Industrie. Denn noch riskanter würden Investitionen in Westberlin werden, noch geringer die Kaufkraft der Westberliner Bevölkerung durch die wachsenden Rüstungslasten und noch akuter dadurch die Kriegsgefahr auch für Westberlin. „Tatsächlich hat das langsamere Wirtschaftswachstum Westdeutschlands ja auch schon im letzten Jahr seine Schatten auf das hiesige (Westberliner) Wirtschaftsgeschehen geworfen", heißt es im Wirtschaftsbericht der „Berliner Bank" vom Juli 1958.

Politik des kalten Krieges als Vorbereitung zum Atomkrieg ist also andererseits untrennbar mit wirtschaftlicher Zerrüttung in Westberlin verbunden.

Es kann nur eine Wahl zwischen diesen beiden Wegen geben: die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin!

Kriegsproduktion verschärft nur die Lage.

Weil das immer offensichtlicher wird, versprechen die westdeutschen Monopole durch ihre Zeitungen einen „dritten" Ausweg, der in Wirklichkeit nur die Konsequenz des Frontstadtweges in den Atomkrieg ist. Herr Berg erklärte z. B. in der bereits erwähnten Jahresversammlung des BDI in Westberlin, daß die Sicherung eines ständigen wirtschaftlichen Aufschwungs in der zunehmenden Rüstungsproduktion bestehe.

Durch die Bindung Westberlins an Bonn werden dann auch die Westberliner Betriebe in ständig wachsendem Maße mit Rüstungsaufträgen der NATO und des Ministeriums Strauß versehen. Das demonstrieren die folgenden Beispiele:

Die Fritz-Werner-AG Marienfelde lieferte Patronenhülsenziehmaschinen, die zugleich die Patronen füllen und aufgurten, an die Türkei und Maschinen für 13-mm-Flak nach Holland.

Die Westberliner Betriebsteile der Robert-Bosch-AG produzieren für die NATO „Masked Headlamps", Tarnscheinwerfer unter der Bezeichnung LE/TA 1/1.

Die Askania-Werke Friedenau fertigen im Auftrag des Bundeskriegsministeriums elektrische Entfernungsmesser.

Die Firma Tecor Paul Höhler & Co. stellt Zielfernrohre her. Ebenso die Firma A. Jachenkroll in Berlin SO 36.

Die Standard Electric Lorenz AG produziert Trägerfrequenzgeräte für Raketensteuerung und Kommandogeräte für Luftschutz. Unter Aufsicht amerikanischer Offiziere werden ferner TAGAN-Anlagen für Bombenflugzeuge hergestellt.

Siemens steht gleichfalls seit 1956 wieder im Rüstungsgeschäft. So wurden z. B. 1957 Beleuchtungs-, Befehls- und Funkanlagen für Schnellboote produziert. In Zusammenarbeit mit der Standard Electric, Lorenz AG und Telefunken werden Funkgeräte für die NATO-Armeen hergestellt – z. B. für das US-Signal-Corps in Pirmasens 1460 Geräte Typ 16yV, für das Bonner Kriegsministerium 1990 Geräte der gleichen Art. 1100 Geräte vom Typ PRC9GY und 450 Geräte vom Typ PRC8GY wurden an andere NATO-Staaten geliefert. Ferner gehören Flugsicherungsgeräte und Signaleinrichtungen für Kriegsschiffe zum Produktionsprogramm von Siemens.

Das Ausmaß, in dem Westberlin in die Rüstungsproduktion einbezogen wird und werden soll, zeigt sich sehr deutlich am Beispiel der Telefunken-Werke, einer Tochtergesellschaft der AEG. Hier wurden, vorwiegend im Auftrage des Bonner Kriegsministeriums, im abgelaufenen Geschäftsjahr 1957/58 für 67,4 Millionen Rüstungsmaterialien produziert. Bis 1960/61 ist geplant, den Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtproduktion von Telefunken auf 143 Millionen Mark, d. h. auf 72 Prozent des Gesamtumsatzes zu steigern. 1957/58 hatte Telefunken beispielsweise einen Entwicklungsauftrag für Schiffsradargeräte im Werte von 1,5 Millionen Mark und für Vielkanalgeräte im Werte von 500 000 Westmark. Jetzt wurde dem Konzern sogar im Rahmen einer Gemeinschaftsproduktion ein Auftrag für ferngelenkte Geschosse in Aussicht gestellt. Am 26. Juni 1959 meldete „Die Welt", daß vermutlich die Firma Telefunken den Lizenzbau der Elektronik für die „Starfighter" der Bonner Luftwaffe übernehmen werde.

Wir wollen, davon ausgehend, demonstrieren, welche Perspektive die Rüstungsproduktion für Westberlin in Wirklichkeit besitzt.

Elementare Tatsache ist, daß durch die Rüstungsproduktion direkt der Krieg vorbereitet wird und die Krise also durch den Krieg ersetzt werden soll. Ihren Arbeitsplatz von heute sollen die Werktätigen Westberlins morgen mit ihrem und dem Leben von aber Millionen bezahlen. Um die Notwendigkeit dieser Rüstung begründen zu können, müssen ständig Spannungen durch Aktionen des kalten Krieges geschürt werden. Das heißt aber, daß die Ausgaben für die Frontstadtfunktionen Westberlins, die die Werktätigen zu tragen haben, daß

die Militarisierung des Lebens in Westberlin mit all ihren schon dargestellten Folgen für die Westberliner die Kehrseite dieser „sozialen Sicherung" durch die Rüstungsproduktion ist. Der Bau der 200 Starfighter wird z. B. nach westdeutschen Angaben (vgl. „Die Welt" vom 26. 6. 1959) rd. 1,187 Milliarden kosten. Das sind jedoch nur die Kosten eines winzigen Teils der Bonner Aufrüstung. Woher werden die Milliarden für diese Rüstung kommen? Sie sollen aus Steuererhöhungen, Verschlechterung der Sozialleistungen und inflationistischer Geldentwicklung fließen. Und Westberlin wird getreu seiner bisherigen Praxis durch die Bindung an die Bundesrepublik alle entsprechenden Gesetze zur Abwälzung der Rüstungskosten auf die Bevölkerung übernehmen. Das heißt, ihren Tod im Kriege von morgen sollen die Westberliner heute mit Mark und Pfennig schon im voraus bezahlen. Dazu erklärte die großbürgerliche „Süddeutsche Zeitung" vom 8. 2. 1959 ganz offen und zynisch: „Jede Rüstung fordert Opfer, irgendwie muß sie mit Konsumverzicht bezahlt werden." Das hat auch der Bonner Wirtschaftsminister Erhard inzwischen mit aller Brutalität zu verstehen gegeben. Und was bedeutet das? Daß letzten Endes der Absatz weiter erschwert und die Krise todsicher herbeigeführt wird. Schließlich wird jeder vernünftige Mensch verstehen, daß in Westberlin auf diese Weise die Anomalie des gegenwärtigen Zustands auf die Spitze getrieben wird.

Kein Staat kann auf die Dauer ohne ernsthafte Schlußfolgerungen dabei zusehen, daß auf seinem eigenen Territorium Rüstungsmaterial zum Überfall auf eben diesen Staat hergestellt wird, und auch noch seine Verkehrswege für den Transport zur Verfügung stellen. Es ist klar, daß eine solche Zumutung die Spannungen in Deutschland verschärft und eine Verständigung hintertreibt. Objektiv wurde durch dieses Verhalten das Recht auf die gegenwärtigen Transportregelungen verwirkt. Das sind die verhängnisvollen Ergebnisse des Rezepts des westdeutschen Militarismus zur „Sanierung" der Westberliner Wirtschaft durch Rüstungsproduktion.

Wie man die Dinge auch betrachtet: Die neue Perspektive der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung kann allein durch den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin gewährleistet werden, der es durch ausgedehnte Beziehungen auch zum sozialistischen Lager ermöglicht, aus der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über den Kapitalismus entscheidende Vorteile für ein selbst kapitalistisches Westberlin zu ziehen.

Natürlich heißt das nicht, daß die ökonomischen Gesetze und Widersprüche, die im Kapitalismus notwendig zu Krisen führen, in einer Freien Stadt Westberlin aufgehoben werden, denn der Status einer Freien Stadt setzt, wie gesagt, keine Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung voraus. Aber diese Widersprüche würden nicht bis zur offenen zyklischen Krise führen, weil die Überproduktion, die unter den kapitalistischen Westberliner Verhältnissen und bei der ihnen entsprechenden Beschränktheit der Kaufkraft der Werktätigen vorhanden ist, Absatz im sozialistischen Lager fände. Würde aber nicht der im Äquivalenthandel sich ergebende Import die gleiche Krisenwirkung wie die „eigene" Überproduktion haben? Nein, das wäre unter Einhaltung einer bestimmten Bedingung nicht der Fall. Diese Bedingung besteht darin, daß der Wertteil der Produktion, der infolge der kapitalistischen Begrenztheit der Westberliner Kaufkraft und im Verhältnis zu ihr Überproduktion bildet, zur Erweiterung der Produktion verwendet wird. Der dadurch vergrößerte Ausstoß würde wiederum einen sicheren Markt im sozialistischen Lager finden. Das ist wegen des im Verhältnis zum Wirtschaftspotential des sozialistischen Lagers geringen Produktionsvolumens völlig real. Natürlich besteht diese Möglichkeit zur Verhinderung des offenen Ausbruchs zyklischer Krisen nicht für das ganze kapitalistische Lager, sondern es handelt sich hier um eine besondere Chance Westberlins. Außerdem würden die bisher arbeitslosen Westberliner in den Produktionsprozeß einbezogen werden und so auch den inneren Markt erweitern. Der Magistrat des demokratischen Berlins hat ferner bereits vor einem Jahr das Angebot gemacht, den Westberlinern 20 000 Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, und ist jederzeit zu Verhandlungen mit dem Westberliner Senat über diese Frage bereit. Verallgemeinert man das bisher Festgestellte, so ergibt sich, daß wir auf eine Eigenart der ökonomischen Situation einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin gestoßen sind, der wir auch noch bei der weiteren Untersuchung der Perspektive der Lage der Bevölkerung begegnen werden: Obwohl das Entstehen einer Freien Stadt nicht Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeutet, würden deren Gesetzmäßigkeiten doch auf der Grundlage einiger spezifischer Besonderheiten in der ökonomischen Situation im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern wirken. Diese Besonderheiten werden in der Existenz von Faktoren bestehen,

die der vollen Auswirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus entgegenwirken, ohne ihre Existenz und ihr Wirken selbst zu berühren, z. B. Beseitigung der Rüstungsproduktion als ständiger Bestandteil der Reproduktion, gesicherter Absatz, Befreiung von der industriellen Reservearmee. Diese Besonderheiten werden in erster Linie durch die friedliche Hilfe der sozialistischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik bedingt sein. Daraus würden sich gewisse, vor allem für die werktätige Bevölkerung günstige Veränderungen der Auswirkungen der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus ergeben, natürlich ohne daß damit solche Wesenszüge wie Ausbeutung, Klassenkampf usw. verschwänden.

Untersuchen wir nun diese Veränderungen in der Lage der werktätigen Bevölkerung Westberlins, die der Status einer entmilitarisierten Freien Stadt mit sich bringen würde.

Freie Stadt heißt Befreiung von Arbeitslosigkeit

In ausnahmslos allen kapitalistischen Ländern wird die Lage der Werktätigen durch die chronische Arbeitslosigkeit entscheidend beeinflußt. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Kapitalismus im krassen Gegensatz zum Sozialismus die schöpferische Entfaltung der Hauptproduktivkraft, der Arbeitskraft des Menschen, schon im Keim erstickt. Sie verschlechtert die Lage der Betroffenen absolut, und sie schmiedet die Arbeitenden nach dem berühmten Gleichnis von Karl Marx („Das Kapital", Bd. I, S. 680) „fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephaestos an den Felsen". Vermittels der Arbeitslosenarmee kann der Kapitalist seine ökonomische Macht, die auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln und auf der Eigentumslosigkeit des Proletariats beruht, erst mit ganzer Brutalität realisieren. Wir haben gesehen, daß infolge der Frontstadtpolitik die Arbeitslosigkeit in Westberlin im Vergleich zu Westdeutschland besonders hoch ist und eine besonders drückende Fessel für die Werktätigen bildet, von der es unter Frontstadtbedingungen keine dauerhafte Befreiung geben kann. Eine Verschärfung der politischen Lage durch weitere Fortsetzung der Frontstadtpolitik würde ohne Zweifel das ohnehin schon außerordentlich geringe Wachstumstempo der Industrie noch weiter vermindern und, verbunden mit der weiteren Rationalisierung, die Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Frontstadtpolitik ist Arbeitslosen-

politik. Demgegenüber bietet die Freie Stadt zusammen mit dem Angebot des Magistrats des demokratischen Berlins zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen durch Befreiung von Absatzschwierigkeiten die einmalige Chance, die Produktionskapazität voll auszulasten, noch unter kapitalistischen Verhältnissen die industrielle Reservearmee zu beseitigen und damit die Lage von vielen Zehntausenden immer wieder arbeitslosen Westberlinern und ihrer Familien entscheidend zu verbessern.

Die Bedeutung der Beseitigung der Arbeitslosigkeit würde jedoch weit über die absolute Verbesserung der Lage der in der Frontstadt Arbeitslosen hinausgehen. Mit der industriellen Reservearmee wird natürlich auch ihr Druck auf die Lage der Werktätigen verschwinden. Das wäre die ökonomische Basis für einen erfolgreichen Kampf der Werktätigen in Westberlin um die Wiederherstellung, d. h. die Verteidigung und Verwirklichung der demokratischen Grundrechte und die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und der Angestellten. Das würde günstigere Kampfbedingungen für die Werktätigen Westberlins auch in ihrem Ringen um die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage schaffen. Dadurch könnte der Verelendung der Arbeiter in Westberlin wirksamer entgegengewirkt werden. Die bewußte und organisierte Ausnutzung dieser Situation könnte zu einem Ansteigen der Reallöhne, zu besseren Bedingungen am Arbeitsplatz, zu erhöhten Sozialleistungen und kulturellen Aufwendungen durch die Freie Stadt führen und würde der Zunahme der Arbeitsunfälle durch Arbeitshetze, der Frühinvalidität usw. stärker entgegenwirken. Gerade das aber sind entscheidende Seiten der ökonomischen Lage der Werktätigen.

Auch in diesem Zusammenhang leuchtet ein, daß der Mittelstand, die Handwerker und die Einzelhändler, an einer solchen Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Angestellten zutiefst interessiert sind, weil diese Entwicklung eine Erhöhung ihres Umsatzes und die Verbesserung ihrer eigenen Lage ermöglichen würde. Wir hatten gesehen, daß die Bedingung einer solchen Entwicklung die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum demokratischen Berlin, zur gesamten Deutschen Demokratischen Republik und zu den anderen sozialistischen Ländern, als Folge der politischen Entspannung ist. Gerade die Randgebiete Westberlins und das demokratische Berlin sind aber traditionelle Absatzgebiete der kleinen Warenproduzenten und Händler. Diese sind auch daran interessiert, ihre Rohstoffe nach Möglichkeit

aus der Umgebung Westberlins billiger als auf dem langen Weg aus Westdeutschland zu bekommen. Auch diese Seite der Entwicklung entspricht also dem besonderen Interesse des Mittelstandes. Friedliche Verhältnisse in der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würden demnach auf verschiedenste Weise dem Ruin des Mittelstandes, wie er sich unter Frontstadtverhältnissen vollzieht, entgegenwirken und seine Lage erheblich verbessern.

Natürlich heißt die Betonung der besonderen Bedingungen, von denen die Rede war, auch in diesem Falle nicht, daß die ökonomischen Gesetze der Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in einer Freien Stadt Westberlin beseitigt würden. Gestützt auf das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, würde ein Konzern, wie z. B. Siemens, nach wie vor alle nur möglichen Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung einsetzen, während z. B. im EAW „J. W. Stalin" weiterhin alles nur Denkbare getan werden wird, um bei der sozialistischen Rekonstruktion die schöpferische Mitarbeit der Werktätigen in ihrem ureigensten Interesse ständig zu erhöhen. Natürlich wird das Tempo des Wachstums der Produktion in einem vom Kapitalismus befreiten Lande, in dem die Werktätigen bewußt ihre eigene Zukunft gestalten, höher sein als in einem kapitalistischen Gemeinwesen auch unter günstigsten Bedingungen. Natürlich würde die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik der Westberliner Bevölkerung demonstrieren, daß es auch auf ökonomischem Gebiet richtig ist, wenn in den Erklärungen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik gesagt wird, die glücklichste Lösung des Westberlinproblems wäre die der Rechtslage entsprechende Einbeziehung Westberlins in den Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik. Aber daraus Schlußfolgerungen zu ziehen, wäre ausschließlich Sache der Westberliner selbst. Wichtig ist, daß sie bereits in einer Freien Stadt die Möglichkeiten für ein erfolgreiches Ringen um Verbesserung ihrer Lebenslage hätten. In diesem Ringen würden die linken, für die sozialen Interessen der Werktätigen eintretenden Kräfte in der SPD unzweifelhaft an Einfluß gewinnen können.

Freie Stadt befreit von ungeheuren Lasten

Dieser Kampf hätte in einer Freien Stadt Westberlin jedoch nicht nur günstigere Ausgangsbedingungen durch die Beseitigung der Ar-

beitslosenarmee, sondern auch dadurch eine realere Erfolgschance, daß mit der Frontstadtpolitik viele ökonomische Belastungen entfielen, die sich aus der Einbeziehung Westberlins in die Bonner Militarisierungspolitik ergeben.

Westberlin würde nicht weiter an die Bundesrepublik und deren gefährlichen aggressiven Weg gebunden sein, sondern in Frieden leben. Ökonomisch ist das mit dem Fortfall von jährlich rd. 1,161 Milliarden Mark Steuerabführungen an die Bundesrepublik verbunden. Das wäre eine außerordentliche Entlastung für Westberlin, während die weitere Bindung an Bonn durch die Aufblähung des Rüstungshaushalts unweigerlich zu einer Steigerung der Abgaben führen müßte.

Die großbürgerliche „Süddeutsche Zeitung" erklärte dazu zynisch: „Der ehrlichste Weg (der Finanzierung einer Rüstung großen Stils – d. Verf.) ist immer noch die zusätzliche steuerliche Belastung." Die Westberliner stehen vor der Wahl, ob sie diesen „ehrlichen" oder den friedlichen Weg gehen wollen, der die Kriegsvorbereitung und damit auch das Problem ihrer Finanzierung ausschließt.

Ferner würde das Ende der Provokationspolitik ökonomisch mit dem Fortfall der speziellen Ausgaben für die Frontstadtfunktionen verbunden sein. Ausgaben für Vorratslager für den Fall einer hysterischen Selbstblockade, zur Unterhaltung von Republikflüchtigen im Rahmen des kalten Krieges, für die Bürgerkriegsbereitschaftspolizei, für Frachthilfen, die aus der anomalen Abkapselung vom natürlichen Hinterland entspringen – das alles könnte fortfallen und brauchte von den Steuerzahlern nicht aufgebracht zu werden. Nach den Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts macht das eine Summe von jährlich 353,9 Millionen Mark aus. Darin sind eine Reihe indirekter Belastungen der Bevölkerung noch nicht einmal enthalten. So ist z. B. in dem neuen § 14 des sogenannten Berlinhilfsgesetzes vorgesehen, daß 75 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern, die nach dem 1. Januar 1959 in Betrieb genommen werden, von 1959 bis 1961 abgeschrieben werden können (vgl. „Die Welt" vom 2. 7. 1959). Das heißt, die Kapitalisten machen einen zusätzlichen Gewinn durch völlig ungerechtfertigte Erhöhung der Warenpreise, verbuchen diesen Gewinn auch noch als Kosten und hinterziehen so, gesetzlich sanktioniert, die Steuern, die Preissteigerungen aber und die Steuerlasten tragen die Werktätigen. Der Sinn dieses Gesetzes ist, daß trotz der Frontstadtpolitik Investitionen in Westberlin stattfinden. Auch das ist ein Beispiel dafür, daß die Werktätigen in der Frontstadt die staats-

monopolistische Sicherung des „Wachstums" der Wirtschaft bezahlen müssen. Solche Art von Frontstadtlasten, die zahlenmäßig gar nicht genau erfaßt werden können, gibt es in großer Zahl. Sie alle würden in einer Freien Stadt verschwinden.

In besonderem Maße hängen diese Lasten mit der Ausdehnung des Militarismus in Westberlin zusammen. Das erkennt man deutlich an den 3,55 Millionen Mark Steuergeldern, die nach einer Mitteilung des Innensenators Lipschitz im Westberliner Abgeordnetenhaus vom 1. 12. 1955 der Senat jährlich an das Konzentrat von 122 führenden Hitlerfunktionären und an 166 Hinterbliebene von Erzfaschisten in der Frontstadt zahlt. Inzwischen hat die Zahl derartiger Geldempfänger noch zugenommen. Die Westberliner werden dafür zu sorgen wissen, daß unter den demokratischen Verhältnissen einer Freien Stadt eine solche Verwendung ihrer Steuergelder nicht zugelassen wird.

Die Fortsetzung der Bindung an die atomare Aufrüstungspolitik Adenauers würde verhängnisvolle Auswirkungen auch auf die so gepriesene Westberliner Währung haben. Bonn geht gegenwärtig zur defizitären Rüstungsfinanzierung über, plant, bis 1965 160 Milliarden DM aus der Bevölkerung, einschließlich der Westberlins, für die Atomrüstung herauszupressen, und begibt sich damit auf den Weg der Inflation, die die Währung zerrütten wird. Die Bildung einer Freien Stadt Westberlin bedeutet natürlich nicht Übernahme der Währung der Deutschen Demokratischen Republik, über ihre Währung werden die Westberliner selbst entscheiden. Aber statt der sicheren Zerrüttung und des Kaufkraftabbaus durch Bindung an die Bundesrepublik würde die Westberliner Währung durch die gesicherte, friedliche wirtschaftliche Entwicklung einer entmilitarisierten Freien Stadt eine für kapitalistische Verhältnisse ungewöhnlich stabile Währung sein. Das würde der Fortsetzung der schleichenden Reallohnsenkung durch Preiserhöhungen entgegenwirken. Die Beendigung der ausländischen Besatzung in Westberlin würde Ausgaben von rd. 218 Millionen Mark Besatzungskosten jährlich ersparen und eine Vielzahl von Gebäuden für Krankenhäuser, Schulen, soziale Einrichtungen sowie Wohnungen frei machen, die dringend gebraucht werden und für die es in der Frontstadt keine Mittel gibt.

Befreiung vom Diktat des deutschen Militarismus bedeutet ferner, daß der Zustand aufhört, in dem durch die Übertragung von Bonner Gesetzen auf Westberlin die soziale Lage der Bevölkerung Westberlins systematisch zugunsten der Bonner Aufrüstungsfinanzierung

verschlechtert wird. Meldungen wie die Ankündigung der „Bildzeitung" vom 21. 4. 1959 über die Herabsetzung der Renten für 100 000 Rentner würden dann nicht mehr zu befürchten sein. Der Unterschied zwischen der Lage der Bevölkerung der Frontstadt und einer Freien Stadt Westberlin ist in dieser Hinsicht gar nicht voll abzuschätzen.

Die Politik des kalten Krieges in der Frontstadt Westberlin ist mit der Notwendigkeit verbunden, die Jugend auf die Schrecken des heißen Krieges, an Mord und Bestialität eines erträumten konterrevolutionären Putsches in der Deutschen Demokratischen Republik von Westberlin aus vorzubereiten. Deshalb wird in Westberlin, wie wir sahen, die gesamte „Kulturpolitik" konzentriert zur moralischen Degradation und Brutalisierung besonders der Jugend eingesetzt. Die ungeheuerlichen Kriminalitätsziffern sind der Ausdruck dessen. Das aber ist ein wichtiger Bestandteil der absoluten Verschlechterung der Lage der Bevölkerung. Die Friedenspolitik einer entmilitarisierten Freien Stadt bedeutet dagegen weitgehende Aufhebung auch dieser Seiten der Verelendung und Freisetzung von Mitteln zur Verbesserung der zum Teil unhaltbaren Zustände im Schul- und Bildungswesen.

Natürlich würde auch der freie Reiseverkehr in die Deutsche Demokratische Republik durch Beseitigung des Agentenunwesens in Westberlin die Lage der Westberliner erleichtern.

Nicht Defizit, sondern Haushaltsausgleich in der Freien Stadt Westberlin

Aus allen diesen Überlegungen ergibt sich der Schluß, daß Westberlin im Gegensatz zu der westlichen Zweckpropaganda als Freie Stadt selbständig lebensfähig ist und einen ausgeglichenen Haushalt und Warenüberschüsse statt des bisherigen Haushalts- und Warendefizits haben könnte. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut hat in seiner Haushaltsberechnung für eine Freie Stadt Westberlin diesen Schluß untermauert (Bericht Nr. 9/1959). Wir haben gesehen, daß über eine Milliarde Steuerabführungen an Bonn und zahlreiche andere Belastungen für eine Freie Stadt fortfallen würden. Wir haben noch nicht erwähnt, daß auch die mit der Frontstadtpolitik zusammenhängenden sogenannten „Entschädigungen an Auswärtige" in Höhe von 440 Millionen Mark wegfallen würden, daß die Vereinfachung des Verwaltungsapparats Ersparnisse von rd. 175 Millionen ermöglichen würde,

daß das Steueraufkommen sich durch die Vollbeschäftigung bedeutend erhöhen müßte, daß damit zugleich die gegenwärtig bestehende Notwendigkeit des Zuschusses von 77 Millionen durch den Bund für die Arbeitslosenunterstützung fortfiele. Das heißt, daß einerseits die Ausgaben in einer Freien Stadt bedeutend geringer würden, während andererseits die Einnahmen stiegen. Das würde einen Ausgleich des Haushalts bei Verzicht auf die Bonner Subvention ermöglichen.

Im übrigen gilt das Argument von der Notwendigkeit der Bindung Westberlins an die Bundesrepublik sowieso nur für die Öffentlichkeit, während in den internen Dokumenten der NATO die Zuschüsse für Westberlin unumwunden als „Verteidigungs-", d. h. als Kriegsausgaben deklariert werden.

So verfaßte z. B. bereits 1953 ein gewisser Dr. Heinrich Strathus im Auftrage der Spitzenorganisation des westdeutschen Monopolkapitals, des „Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft", ein Gutachten über „Grundlagen für die Bemessung der Europäischen Verteidigungsbeiträge". In diesem Gutachten heißt es ganz offen: Es „besteht auch eine innere Berechtigung dafür, den finanziellen Aufwand der Öffentlichen Hand der Bundesrepublik für Westberlin in seiner Gesamtheit (!) in den deutschen Verteidigungsbeitrag einzurechnen" (1. Teil des Gutachtens, S. 36).

Das ist auch völlig klar. Die Ausgaben an der Front sind nun einmal nicht normal, sondern stehen und fallen mit dem Kriegszustand. Deshalb muß man für Westberlin eine freie wirtschaftliche Entwicklung ohne Abhängigkeit von Bonn und von anderen Staaten fordern. Ein Teil der genannten Haushaltsausgaben ist nun verbunden mit einem Warenverbrauch, der nicht dem friedlichen Konsum der Bevölkerung entspringt, sondern den Naturalaufwand für die Frontstadtfunktionen repräsentiert. Das trifft für den Verbrauch der Besatzungstruppen, für die Frontstadtvorratspolitik usw. zu. Dadurch werden Waren im Werte von 500 Millionen Mark verbraucht. Würden diese dem normalen Konsum zur Verfügung stehen, so verringerte sich das bestehende Warendefizit bereits auf 700 Millionen. Nun könnte aber durch die Einbeziehung der bisher Arbeitslosen und die volle Auslastung der Produktionskapazitäten das Bruttosozialprodukt um rd. 1,8 Milliarden Mark anwachsen. Zieht man von diesem Zuwachs den zusätzlichen Konsum der jetzt Arbeitslosen ab (rd. 300 Millionen), so ergibt sich nicht nur ein Ausgleich des verbleibenden Warenbilanzdefizits von 700 Millionen Mark, sondern ein Überschuß von Waren, der eine Erhöhung

der Lohn- und Gehaltssumme um 800 Millionen Mark, also um rd. 20 Prozent, ermöglichen würde (Berechnung des DWI). Es ist klar, daß dadurch auch die Lage des Mittelstandes prinzipiell verbessert werden würde.

Die volle Auslastung der Produktionskapazitäten würde trotz dieser Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen auch die Profite der Kapitalisten sichern. Wir sind natürlich nicht der Ansicht, daß die Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts über die Verwandlung des Warendefizits in einen Warenüberschuß in einer immerhin kapitalistischen Freien Stadt den Anspruch auf die Genauigkeit eines Planes erheben wie etwa die Kennziffern für die Entwicklung der Planwirtschaft des demokratischen Berlins, sie zeigen aber die Richtung, in der sich die Entwicklung vollziehen wird. Aus dem gleichen Grunde verzichten wir auch darauf, an dieser Stelle einen Haushalt für die Freie Stadt bilanzieren zu wollen. Uns genügt der exakte Nachweis, daß durch die Aufhebung der Frontstadtpolitik eine Reihe der genannten ökonomischen Belastungen entfallen würde. Gemeinsam mit einer Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens um rd. 15 Prozent im Gefolge des wirtschaftlichen Aufschwungs einer Freien Stadt würde diese Entlastung der Höhe des gegenwärtigen Bundeszuschusses für Westberlin entsprechen, ihn also entbehrlich machen und trotzdem einen Haushaltsausgleich ermöglichen.

Wir sind nicht der Ansicht, daß dieser Haushaltsausgleich automatisch am Tage der juristischen Festlegung des Status einer Freien Stadt Westberlin eintreten wird. Die Eingliederung Zehntausender Arbeitsloser oder bisher in dem durch die Frontstadtfunktionen übermäßig aufgeblähten Verwaltungsapparat tätiger Verwaltungsangestellter in den Arbeitsprozeß wird natürlich nicht reibungslos vonstatten gehen. Sicherlich werden sich auch die an politischer Entspannung nicht interessierten Kreise in Bemühungen um die Desorganisation der Wirtschaft der Freien Stadt zusammenfinden und erst der geeinten Kraft der Westberliner Werktätigen weichen, die jeder möglichen wirtschaftlichen Hilfe des demokratischen Berlins, der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Länder im Rahmen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten einer Freien Stadt gewiß sein können. Das heißt, es wird natürlich eine Übergangsperiode von der Frontstadt zur Freien Stadt erforderlich sein, an deren Ende erst die Vorteile einer Freien Stadt voll sichtbar sein werden. Das gilt um so mehr, als sich auf der Genfer Konferenz

zeigte, daß der Weg zu einer Freien Stadt sicherlich über bestimmte Interimsabkommen führen wird, von denen wir bereits gesprochen haben. Schon diese Abkommen würden durch die Einschränkung der Besatzungstruppen und die Beseitigung der Agentenorganisationen auch ökonomische Erleichterungen für Westberlin bringen. Vor allem würden sie Westberlin aber dem Status einer Freien Stadt näherbringen.

Faßt man jetzt alle Überlegungen über die ökonomische Perspektive einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin zusammen, so ergibt sich aus den genannten Fakten:

Frontstadtpolitik in Westberlin – das heißt konzentrierte Auswirkung der Militarisierung auf die Lage der Bevölkerung. Die Perspektive ist der Tod im Falle einer Kriegsprovokation von Westberlin aus. Freie Stadt Westberlin bedeutet, sich noch unter kapitalistischen Verhältnissen von dem Weg des Militarismus in den Abgrund zu lösen und damit wichtige Verbesserungen der Lage der Westberliner Bevölkerung zu ermöglichen. Entscheidend aber ist, daß diese Entwicklung auf der Erhaltung des Friedens basiert.

Mit Ausnahme der desperatesten militaristisch-imperialistischen Kreise in Westberlin sind alle Klassen und Schichten der Westberliner Bevölkerung bis hinein in das Bürgertum am Sieg des Lebens über den Tod interessiert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses beim Eintreten für eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin.

Allen Klassen und Schichten würden in einer Freien Stadt ökonomische Vorteile statt der Belastungen der Frontstadt erwachsen – wenn man absieht vom Fortfallen der Extraprofite für Rüstungsaufträge. Das heißt, daß die Vorschläge zur Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin realistisch und für alle Seiten annehmbar sind. Das bedeutet aber auch, daß die ökonomische Perspektive einer entmilitarisierten Freien Stadt eine reale Grundlage und die Möglichkeit für das Bündnis aller Friedenskräfte Westberlins zur Zurückdrängung des Militarismus durch die Bildung der Freien Stadt Westberlin bietet.

Die kulturelle Perspektive der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin

Welche Perspektiven eröffnen sich in einer freien – von fremden Besatzungstruppen, politischen Abenteurern und notorischen Friedens-

störern freien – entmilitarisierten Stadt Westberlin für das kulturelle Leben? Auf der Grundlage einer bürgerlich-demokratischen Ordnung hätte die friedliebende Bevölkerung Westberlins die Möglichkeit, alle positiven Kräfte gegen Dekadenz, Schund und Kitsch wirksam werden zu lassen. Es ergäbe sich ein vielgestaltiges kulturelles Leben, dessen Reize nicht im Morbiden und Absurden lägen, sondern in der schöpferischen Auseinandersetzung. Dabei könnte alles produktiv werden, was sich aus humanistischen Quellen herleitet; ausgeschlossen wären nur Pseudokultur im Dienst antinationaler oder antidemokratischer Interessen, Chauvinismus, Verherrlichung des Krieges und Schund jeder Art.

Welche Fülle von Möglichkeiten, den Schatz der Klassik und der Moderne in Literatur und Musik, darstellender und bildender Kunst zu einem lebendigen Kraftquell werden zu lassen! Wieviel schöpferische Auseinandersetzungen könnten sich aus einer auf die echten Werte deutscher Kultur in Vergangenheit und Gegenwart orientierten Verlags-, Inszenierungs- und Ausstellungstätigkeit ergeben!

Welche Chancen für ein reiches kulturelles Leben, wenn Westberlin – nicht mehr Lanzenspitze der Feinde jeder Verständigung – frei wäre vom Druck der Pogromhetze gegen die Deutsche Demokratische Republik! „Die Vorstellung, in der ‚Frontstadt' von vornherein zu einer Kampfposition gegen alles Östliche verpflichtet zu sein, wirkt auf viele Intellektuelle hemmend", bestätigte sogar die „Welt am Sonntag". Über den Westberliner Kultursenator Tiburtius hatte eine westdeutsche Zeitung bereits im April 1955 geschrieben: „Am liebsten möchte er jeden Künstler, der es wagt, im Osten aufzutreten, mit Feuer und Schwert ausrotten." Allerdings: Tiburtius ist nur ein Symptom. Wenn er dagegen eiferte, daß Professor Konwitschny in Westberlin dirigierte, wenn er das Engagement bedeutender Künstler an der Deutschen Staatsoper zu verbieten suchte, das Auftreten des großen sowjetischen Geigers David Oistrach in Westberlin verhinderte, wenn Kammersänger Michael Bohnen ebenso wie die greise Künstlerin Helene Riechers diffamiert und dem Schauspieler Hans Söhnker gedroht wurde, weil er sich an einer Konferenz Berliner Kulturschaffender aus Ost und West beteiligen wollte, wenn der verstorbene Komponist Eduard Künneke aus dem gleichen Grunde beschimpft und der Westberliner Künstlerin Maria Corelli wegen ihrer Zugehörigkeit zum Ensemble der Deutschen Staatsoper verboten wurde, im Steglitzer Titania-Palast aufzutreten, dann ist das alles folgerichtiger Ausdruck

der Politik, die unter dem Schutz fremder Truppen Westberlin den verbissensten Feinden jeder Entspannung und jeder Verständigung ausgeliefert hat. Das alles würde in der entmilitarisierten Freien Stadt nicht mehr möglich sein.

Erinnern wir uns noch eines besonders eklatanten Beispiels. „Die Welt" schrieb im Jahre 1956 (Nr. 155) im Zusammenhang mit einem Westberliner Filmfestival:

„Der (West-)Berliner Kultursenator hat Walter Felsensteins ‚Fidelio'-Film, der von Österreich als einziger abendfüllender Beitrag nominiert worden ist, ohne Begründung zurückgewiesen. Den Kommentar zu dieser Affäre gab unwissentlich die UNESCO. Diese Organisation, die über jeden Verdacht erhaben ist, kommunistische Tendenzen zu propagieren, hat Walter Felsenstein eingeladen, während der Salzburger Festspiele das Hauptreferat der Tagung ‚Oper in Film, Rundfunk und Television' zu halten. Es ist gar nicht auszudenken, was geschähe, wenn der Kultursenator konsequent wäre. Müßte er dann nicht auch die UNESCO in Westberlin verbieten?"

Als freie, von faschistischen und militaristischen Organisationen freie, vom doppelten Joch in- und ausländischer Militaristen, von Revanchehetze, Spionage- und Sabotagebanden freie, entmilitarisierte Stadt böte Westberlin allen Künstlern die Voraussetzungen, in einer Atmosphäre der Weltoffenheit ihren humanistischen Auftrag zu erfüllen. Dann würde auch Westberlin auf seine Art die Funktion erfüllen, die die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik heute schon erfüllt: ein Mittelpunkt des wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens zu sein!

Wer realisiert, wer garantiert den Status der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin?

Die Aufhebung des Besatzungsregimes und der Bindung an das Bonner NATO-Regime, d. h. die Entmilitarisierung von Westberlin und die Herstellung seiner Unabhängigkeit, wird notwendigerweise zu Veränderungen im Verhältnis der politischen Kräfte in Westberlin führen. Behaupten werden sich in der entmilitarisierten Freien Stadt nur die Kräfte, die – nicht nur in der Phrase – für den Frieden eintreten. Eine militaristische Partei z. B. wie die Adenauer-CDU mit dem Nazi-Journalisten Lemmer als ihrem Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden hätte gegenüber dem Block der Friedenskräfte und angesichts des offenen Bankrotts ihrer bisherigen Politik ohne einen radikalen Kurswechsel schlechte Zeiten bei ihren Wählern zu erwarten. Sie würde trotz der Unterstützung durch die Brandt-Gruppe jedenfalls nicht mehr die politische Kraft besitzen, so wie bisher die Westberliner SPD-Organisation ins Schlepptau zu nehmen und sie im Dienst des kalten Krieges und der Atomkriegsvorbereitungen zu einer offenen Einfrontenpolitik gegen die SED, gegen den Marxismus, gegen die Sowjetunion zu zwingen. Die Parole des Adenauerstaates, die in einem Leitartikel der Hamburger „Welt" vom 7. 8. 1959 in die Formel gebracht wurde: „Wir sollen ein Volk von Antikommunisten werden", diese billige Wiederholung der schon von Goebbels erprobten Verführung des Volkes zum Krieg unter dem Schlagwort des Antikommunismus würde im entmilitarisierten Westberlin kaum noch Widerhall finden. Es ist nicht schwer vorauszusehen, daß sich in der Westberliner SPD die heutige Politik der „Notgemeinschaft" mit den militaristisch-klerikalen Imperialisten Bonns angesichts des jetzt schon um sich greifenden Protestes in der Mitgliedschaft, besonders des Arbeiterflügels[1] und der Jugend, in der neuen Situation einer entmilitarisierten

[1] Gegenwärtig sind übrigens nur 28 Prozent der Mitglieder der Westberliner SPD Arbeiter, von der Masse der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mitglieder gehören viele zu den Nutznießern der Spaltung Berlins.

Freien Stadt nicht halten könnte. Daraus würden sich mit der Zeit Grundlagen für eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien gerade auch in Berlin ergeben. Dadurch wiederum entstünde allmählich ein Zentrum, das antifaschistische, ehrlich demokratische Kräfte der fortschrittlichen Intelligenz und des liberalen Bürgertums Westberlins anzöge. Ein Prozeß erschiene nicht unwahrscheinlich, in dessen Verlauf sich der Weg zu einem Zusammengehen aller friedliebenden demokratischen Kräfte in Westberlin eröffnen könnte. Es ist klar, daß ein solches bürgerlich-demokratisches Regime, über dessen Entwicklung ausschließlich die Westberliner zu entscheiden hätten, gute nachbarliche Beziehungen der entmilitarisierten Freien Stadt mit dem demokratischen Berlin, der Hauptstadt der DDR – unbeschadet aller prinzipiellen Unterschiede ihrer Struktur gegenüber der in der DDR erreichten Entwicklung–ermöglichen würde. Sobald jenseits des Brandenburger Tors die hysterische Frontstadtstimmung durch eine Atmosphäre des friedlichen Wettstreits mit dem demokratischen Berlin abgelöst sein wird, werden die Bürger der entmilitarisierten Freien Stadt die Entwicklung in der Hauptstadt der DDR unvoreingenommen einschätzen können. Auch das wird dazu beitragen, daß sich in der Freien Stadt Westberlin ein Programm des Friedens, der Demokratie, der nationalen Würde, der Sorge um den wachsenden Wohlstand und die höchstmögliche Sicherheit des schaffenden Volkes entwickeln wird, ein Programm, dessen Verwirklichung – das sei noch einmal gesagt – allein Sache der Organe und der Bürger der Freien Stadt wäre.

Das positive Ziel, das sich notwendigerweise aus der Normalisierung der Lage in Westberlin ergeben muß, nämlich die Verwandlung ganz Berlins in eine Stadt des Friedens, hätte so – ohne die Voraussetzung einer revolutionären Veränderung der Lebensordnung und der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse in Westberlin – echte Aussichten, realisiert zu werden. Denn gleichzeitig bliebe das konsequent demokratische, das sozialistische Berlin selbstverständlich nicht auf der Stelle stehen. Das Tempo seiner Entwicklung würde sich bei der Entlastung von der ständigen Sorge um die Auslösung von Provokationen in Westberlin natürlich noch mehr beschleunigen. Dieser immer raschere Aufstieg des demokratischen Berlins wird zum Vergleich herausfordern, und das wird für die demokratische Urteilsbildung in der Freien Stadt nicht ohne Bedeutung sein.

Die Alternative, die Lemmer und Brandt den Westberlinern anbieten, lautet bekanntlich, die demokratischen Grundrechte der Westberliner

Verfassung zu streichen und statt ihrer den mit den Kriegsartikeln des Bonner NATO-Staates durchsetzten Grundrechtsteil des westdeutschen Grundgesetzes zu übernehmen. Das bedeutet in Verbindung mit den von Schröder in Bonn und von Brandt in Westberlin angekündigten Notstandsgesetzen das Wetterleuchten eines neuen Faschismus. Es sei daran erinnert, daß sich die Zahl der faschistischen Organisationen in Westberlin von 30 im Jahre 1951 auf 115 im Jahre 1958 erhöht hat. Für die Werktätigen Westberlins eröffnet sich die Perspektive einer schärfstens gegen die Rechte des schaffenden Volkes gerichteten Verfassungsentwicklung, die, falls die militaristisch-klerikale Partei des westdeutschen Finanzkapitals weiter das Heft in der Hand behält und einer willfährigen SPD-Führung ihre Befehle erteilen kann, Westberlin auf den Weg des Faschismus führen würde.

Es ist zu verstehen, daß Bonn – unterstützt, ja angetrieben von Brandt – in der zweiten Phase der Genfer Sechsmächte-Konferenz, in der es gerade in der Westberlinfrage trotz nicht unerheblicher prinzipieller Differenzen zu gewissen Annäherungen zwischen den Großmächten kam, seinen schwindenden Einfluß aufbot, um nicht nur die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verhindern, sondern sogar – noch in Genf – eine Einigung über die in Diskussion befindlichen, natürlich wesentlich bescheideneren Interimslösungen zu hintertreiben. Aufgabe derartiger befristeter Zwischenlösungen kann es nur sein, der umfassenderen Lösung in einer für alle Seiten annehmbaren Weise den Weg zu ebnen. Gerade diese Interimsvorschläge der sozialistischen Staaten zum Problem Westberlin werden in Verbindung mit den anderen Hauptfragen der Konferenz, vor allem der Frage eines Friedensvertrages für Deutschland, auch bei den künftigen internationalen Verhandlungen auf den verschiedensten Ebenen weiter diskutiert werden.

Grundsätzlich sind auch die Westmächte zu der Erkenntnis gelangt, daß die Lage in Westberlin geändert werden muß, und prinzipiell scheint es ihren Vertretern auch klargeworden zu sein, daß nicht auch noch Westberlin ein Platz für die Lagerung von Atomwaffen und für die Errichtung von Raketen-Abschußrampen werden darf. Die Kompromißbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, die nur dort ihre Grenze finden mußte und auch weiterhin finden wird, wo – wie Walter Ulbricht sagte – die Konzessionen auf Kosten des Friedens oder der Werktätigen gehen würden, äußerte sich z. B. in dem Vorschlag, für eine Übergangszeit von 18 Monaten die

westlichen Streitkräfte in Westberlin von 11 000 auf 3000 bis 4000 Mann, d. h. auf eine nur noch symbolische Stärke, herabzusetzen. Schon am 5. 3. 1959 hatte Chruschtschow in Leipzig erklärt, erforderlichenfalls könne ein „Minimum von Truppen", ein Viermächte-Detachement z. B., sogar in der Freien Stadt bleiben, aber freilich ohne das Recht, sich in ihr inneres Leben einzumischen. Die Westmächte fanden sich allerdings in Genf zu konkreten Abmachungen über eine Reduzierung ihrer Streitkräfte noch nicht bereit und verlangten schließlich eine Dauer des Interims von 5 Jahren. Sie wünschten zwar, daß nach Ablauf dieser Frist die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen, aber wiederum auf der Grundlage einer weiteren Duldung des Besatzungsregimes. Obwohl die Frage der Frist als solche für die DDR und für die UdSSR keine prinzipielle Bedeutung hat (die Delegationen setzten die ursprünglich von ihnen vorgeschlagene Frist von 6 Monaten von sich aus auf 18 Monate herauf), konnten sie natürlich nicht einer Frist zustimmen, die den aggressiven Kräften Westdeutschlands die Vollendung der Remilitarisierung auf atomarer Grundlage gestatten würde, die ihnen die nötige Zeit zur Vollendung der Vorbereitung für die Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne ließe. Schließlich gibt es die Ankündigung von Strauß vom Sommer 1959, daß man bereits in 1½ Jahren mit der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands fertig sein werde, und die parallele Äußerung des NATO-Oberbefehlshabers, des amerikanischen Generals Norstad, daß in der gleichen Frist, also bis Ende 1960, die europäische NATO-Armee mit ihren 30 Divisionen komplett sein würde und dann auch durchweg atomar ausgerüstet wäre. Dabei erklärte Norstad, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt, daß die zu den Atomwaffen gehörenden „Gefechtsköpfe" natürlich auch in der Bundesrepublik gelagert werden. Die sozialistischen Staaten begegnen sich, wie gesagt, mit den Westmächten in der Absicht, nach Ablauf der Interimsfrist neue Verhandlungen über Westberlin aufzunehmen. Unmöglich jedoch konnten sie, wie der sowjetische Außenminister in seiner Abschlußerklärung betonte, ihre Unterschrift unter ein Dokument setzen, das praktisch das Besatzungsregime in Westberlin verewigen würde. Völliges Einverständnis wiederum bestand zwischen beiden Seiten darüber, daß – entsprechend der Grundlage des sowjetischen Entwurfs – die von den Westberlinern gewählte Lebensform nicht verletzt werden soll.

Im Verlauf der Beratungen wurde auch von westlicher Seite die Notwendigkeit einer Einstellung der Wühlarbeit und der systematisch

gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten gerichteten feindlichen Propaganda prinzipiell anerkannt. Es dürfte auch für die künftigen Verhandlungen sowohl der sechs Außenminister wie auch für die Besprechungen auf anderer und höherer Ebene klar geworden sein, daß es für unseren Staat und das gesamte sozialistische Lager unmöglich ist, auf Berliner Boden – mitten im Gebiet der DDR – Zustände zu dulden, die der Münchener „Ostkurier", Organ eines jener aggressiven „Arbeitskreise für Ostfragen", kürzlich in aller Offenheit „ein günstiges Terrain für die Spionage gegen den Ostblock" nannte. Klar geworden dürfte ferner unser Standpunkt sein, daß die weitere Existenz von Westberliner Zentralstellen zur Vorbereitung von Unruhen in der Deutschen Demokratischen Republik trotz der erwiesenen Aussichtslosigkeit dieser subversiven Bemühungen nicht länger hingenommen werden kann. Offenbar ist dergleichen allerdings nicht nur eine Spezialität innerhalb des NATO-Stützpunktes Westberlin, sondern gehört zur regulären Ausbildungsmethode bestimmter NATO-Streitkräfte überhaupt. Wir verdanken diese Feststellung der Offenherzigkeit des kanadischen Captains Goodsped, der im Oktober 1957 in einem in Paris erscheinenden, von der NATO geförderten Militärblatt eine ganze Methodenlehre des „Coups", des Staatsstreiches also, entwickelte. Darin heißt es z. B.: „Während der Coup dauert, sollte er ein wahres ‚crescendo of fury' (eine ständig sich steigernde Raserei) sein." Man sieht, wo die faschistischen Anführer des konterrevolutionären „Coups", den man 1956 in Ungarn versuchte, ihre Lehrmeister hatten. Aber mag die Anzettelung von „Coups" und die Entfachung politischer Raserei auch allgemeine NATO-Manier sein, der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat – wie jeder andere sozialistische Staat – kann ein solches Spiel mit seiner Souveränität, das – zumal in Westberlin – stets zugleich ein Spiel mit dem Feuer eines Weltkrieges ist, auf die Dauer nicht dulden und schon gar nicht inmitten seines eigenen Gebietes. Trotzdem wurde dessen Einstellung von den Westmächten in Genf noch abgelehnt.

Die Sowjetunion fand sich im Interesse der Entspannung mit Zustimmung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, die faktisch zur Zeit bestehende Ordnung in der Frage des Zugangs nach Westberlin im gegenwärtigen Zeitpunkt aufrechtzuerhalten, und willigte ein, daß diese Ordnung bei dem Abschluß eines Interimsabkommens für dessen Dauer weiter so fortbestehen solle, wie sie jetzt tatsächlich ist. Auf der anderen Seite steht fest, daß im Falle eines Scheiterns aller

Verständigungsbemühungen, das niemand erwartet und niemand wünscht (außer in Bonn), die Sowjetunion entschlossen ist, gemeinsam mit allen dazu bereiten Staaten der einstigen Antihitlerkoalition einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik abzuschließen, durch den allen Besatzungsüberresten auf dem gesamten Gebiet unseres Staates, auch in ganz Berlin, der Boden – auch formell – entzogen würde.

Bestimmend für die sozialistischen Delegationen mußte vor allem sein, ob die natürliche Wechselwirkung zwischen der vorläufigen Lösung des Westberlinproblems und der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland gewahrt wurde, d. h. praktisch, ob mit unmittelbaren Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Rahmen eines gesamtdeutschen Ausschusses oder in anderer Form – vor allem zwecks Vorbereitung einer Friedensregelung – zu rechnen sei, was die Bonner Vertreter in Genf hartnäckig ablehnten. Die Westmächte kapitulierten dort noch einmal vor der starren Haltung Bonns und waren nicht bereit, ihrerseits die Frage von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten aufzuwerfen, sondern zeigten sich lediglich an einer Lösung der sie unmittelbar berührenden Westberlinfrage interessiert. Damit war in dieser Frage der Zugang zu dem Kardinalproblem, der Bändigung des deutschen Militarismus, versperrt. Das mußte nach allem, was hier dargelegt wurde, eine konkrete Einigung noch im Laufe der bisherigen Verhandlungen der Genfer Konferenz verhindern. Andererseits ist festzustellen, daß die Konferenz das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag grundsätzlich anerkannt hat, und das ist für den Fortgang der Verhandlungen über diese Frage natürlich von prinzipieller Bedeutung.

In der Westberlinfrage ist man bereits einen Schritt weiter. Hier sind nützliche Voraussetzungen für konkrete Abmachungen geschaffen worden. Das deutsche Volk vertraut darauf, daß bei den historischen Begegnungen zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow und dem USA-Präsidenten Eisenhower eine grundsätzliche Wende eingeleitet wird, die natürlich erleichternd und beschleunigend auf die zukünftigen Verhandlungen der sechs Mächte einwirken würde. Diese Beschleunigung ist in den beiden eng verbundenen Hauptfragen, der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Frage der Normalisierung der Lage in Westberlin, aus den dargelegten Gründen dringend geboten. Denn Brandt und Adenauer spielen in Westberlin ständig mit dem Feuer eines dritten Weltkrieges.

Man darf annehmen, daß der im Verlauf der Genfer Tagung erreichte Sieg des Prinzips der Verhandlungen, die gewachsene Einsicht in die Existenz und Autorität der Deutschen Demokratischen Republik einerseits, in Adenauers perspektivlose und störrische Politik des kalten Krieges und der Aggressionsvorbereitung andererseits nunmehr Voraussetzungen geschaffen haben, um mit der gebotenen Eile Zwischenlösungen in der Westberlinfrage wie in der sachlich damit unmittelbar verbundenen Frage der Vorbereitung eines Friedensvertrages zu erreichen. Noch steht vor der Welt die Aufgabe, die Atomzeitbombe Westberlin zu entschärfen. Das Neue ist, daß sich auch die Westmächte dessen weitgehend bewußt geworden sind.

Wir haben gezeigt, welche Bedeutung einer friedlichen und demokratischen Lösung des Problems Westberlin im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages zukommt, insbesondere, welchen Schlag die Verwandlung des Kriegsbrandherdes Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt für die gefährlichsten, aggressivsten Räuber in Europa, die westdeutschen Militaristen, bedeuten würde und andererseits welche einmalige Chance für die Bevölkerung Westberlins in einer solchen Lösung politisch, ökonomisch und kulturell beschlossen läge. Wir haben gezeigt, daß diese Lösung und alle ihr dienenden oder jedenfalls nicht im Wege stehenden Interimslösungen der geschichtlichen Notwendigkeit entsprechen und daß sie sich daher durchsetzen werden, so wie sich in der Geschichte noch immer letztlich die historischen Gesetzmäßigkeiten Bahn gebrochen haben, wenn auch nicht im Selbstlauf.

Entscheidend ist, daß zum objektiven Faktor, der auf unserer Seite, auf der Seite des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Souveränität der Staaten, der Demokratie und des Sozialismus ist, der subjektive hinzutritt. Ausschlaggebend für die aktive Durchsetzung der objektiven Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Menschheit sind die Volksmassen, ist in unserer Periode – an der Spitze aller Volkskräfte – die Arbeiterklasse. Die gewaltigen Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten beim ökonomischen, politischen und ideologischen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik tragen unserem Staat immer mehr die internationale Anerkennung seiner geschichtlichen Bedeutung für ganz Deutschland, daher auch für ganz Berlin und für die Erhaltung des Friedens in Europa ein. Die weiteren Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf allen Gebieten des Kampfes um den Sieg

des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem bei der Erfüllung unserer gegenwärtigen Hauptaufgabe, werden dafür sorgen, daß das geschichtliche Gesetz sich auch in der deutschen Frage so rasch und reibungslos wie möglich verwirklicht.

Angesichts des sich im Zeitalter der Sputniks und Luniks und der sozialistischen Siebenjahrpläne ständig zugunsten des sozialistischen Lagers und damit aller Friedenskräfte in der Welt verschiebenden Kräfteverhältnisses in politischer, ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und auch militärischer Hinsicht wird immer mehr Menschen auch im westlichen Lager, einschließlich Westdeutschlands und Westberlins, klar:

Der Krieg um Westberlin wird nicht stattfinden. Der westdeutsche Militarismus wird immer tiefer in die Isolierung – auch in Westdeutschland – geraten. Seine Westberliner Trabanten werden sein politisches Schicksal teilen, wenn sie das ihre weiter mit dem seinigen verbinden. Das nationale und das internationale Kräfteverhältnis wird sich immer mehr zum Nachteil der Militaristen entwickeln. Ganz Berlin wird eine Stadt des Friedens werden und noch zu Lebzeiten der gegenwärtigen Generation die Hauptstadt eines Deutschlands sein, das die Lehren aus der Geschichte gezogen hat, deren Erkenntnis und Nutzanwendung uns in der Deutschen Demokratischen Republik vorangebracht haben und deren wichtigste lautet, den Militarismus für immer mit den Wurzeln auszurotten. Der Schlüssel zu diesem Erfolg war und ist die Einheit der Arbeiterschaft unter Führung ihrer klassenbewußten Partei und das feste Bündnis mit den werktätigen Bauern, ist die Einheit aller Kräfte, die entschlossen sind, den Militarismus unter dieser Führung zu schlagen. Auch für die Lösung des Problems Westberlin gibt es keinen anderen Schlüssel.

Ein Hauptgarant dieser gesetzmäßigen Entwicklung ist das ständige Wachstum der politischen, ökonomischen und kulturellen Kraft der Deutschen Demokratischen Republik im Innern und ihrer Geltung in der Welt. Fragt man sich, wie es ein Jahrzehnt lang verhindert werden konnte, daß von dem Provokationszentrum Westberlin aus Deutschland in einen Bruderkrieg und die Welt in einen Atomkrieg gestürzt wurde, so ergibt sich die Antwort aus einer Reihe von Faktoren. Zu ihnen gehören insbesondere das – wie dargelegt – mit historischer Notwendigkeit sich ständig zugunsten des Friedens, des Sozialismus und der nationalen Emanzipation der von den Imperialisten unterdrückten Völker entwickelnde internationale Kräfteverhältnis und als Voraus-

setzung hierfür die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, die ebenso prinzipienfeste wie bewegliche Friedenspolitik der UdSSR. Zu ihnen gehört aber damit auch – und zwar als Hauptgarant der friedlichen demokratischen Entwicklung in Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik als die unerschütterliche Barriere gegen alle Kriegstreiberei, als die uneinnehmbare Bastion des Friedens und der Demokratie. Diese Aussage umschließt zugleich die Antwort auf die Frage, wer den Sieg der gesetzmäßigen Entwicklung auch in der Frage Westberlin historisch garantiert. Zur praktischen Verwirklichung der friedlichen demokratischen Lösung dieses großen nationalen und internationalen Problems bedarf es des gemeinsamen Kampfes aller zur Erhaltung und Sicherung des Friedens entschlossenen Kräfte in der ganzen Welt und vor allem in ganz Deutschland und damit speziell in ganz Berlin.

Unser Ergebnis

1. Um verstehen zu können, daß und warum die gegenwärtige Lage Westberlins unnormal ist, muß man die Entwicklung und die Ziele der Abspaltung Westberlins (und der Abspaltung der Westzonen) vor Augen haben.
   Initiatoren und Schutzherren der Abspaltung waren in beiden Fällen die Westmächte im Verein mit den deutschen Militaristen. Ihr Anliegen war – angesichts der Gefahr einer wirklichen Demokratisierung nicht nur der damaligen sowjetischen Besatzungszone, sondern auch der Westzonen –, für ihre imperialistischen Ziele zu retten, was von Deutschland dafür noch zu „retten" war. Ihr imperialistisches Hauptziel war seit dem Ende der Ära Roosevelt die Restaurierung der militaristischen Kräfte Deutschlands als Sturmbock gegen die Sowjetunion und später gegen das gesamte sozialistische Lager. Dieses Hauptziel der westlichen Imperialisten stimmte mit dem Hauptanliegen der deutschen Militaristen und Revanchisten völlig überein. Bei diesem Komplott gewann Westberlin als vorgeschobenster Stützpunkt der aggressiven Kräfte – mitten in der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, d. h. im sozialistischen Lager – für sie ein doppeltes Interesse:
   a) als internationales Störzentrum gegen die sozialistischen Staaten, vor allem die Deutsche Demokratische Republik selbst,
   b) als Provokationszentrum eines dritten Weltkrieges, eines Atomweltkrieges.
2. Diese Abspaltung, vorgenommen unter mißbräuchlicher Ausnutzung der Okkupationsgewalt, ist ein flagranter Bruch des Völkerrechts. Das ganze, allein durch die Sowjettruppen vom Naziterror befreite Berlin war und blieb stets Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, auch nachdem die Sowjetunion den Westmächten vereinbarungsgemäß in Berlin als der alten und der künftigen Hauptstadt Deutschlands (und daher Sitz des Kontrollrats) ein be-

dingtes und befristetes Mitbesetzungs- und Mitverwaltungsrecht eingeräumt hatte. Die Bedingungen waren:

a) Förderung einer antifaschistischen, antimilitaristischen, demokratischen Entwicklung ganz Berlins (so wie ganz Deutschlands),
b) Vorbereitung Berlins auf seine Rolle als Hauptstadt eines friedlich und demokratisch wiedervereinigten Deutschlands.

Die Befristung ergab sich aus der zur Erreichung dieser Ziele für die demokratischen Kräfte erforderlichen Zeit, die nach den Erfahrungen in der sowjetischen Besatzungszone einschließlich des demokratischen Berlins etwa 3 bis 4 Jahre ausgemacht hätte.
Diese in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts im Potsdamer Abkommen fixierten Voraussetzungen der Besetzung Deutschlands und damit auch des Mitbesetzungs- und -verwaltungsrechts der Westmächte in Berlin wurden von ihnen systematisch untergraben. Mit der Sprengung des Kontrollrats, des Leitorgans der Berliner Interalliierten Kommandantur, durch die Westmächte wurden auch die organisatorischen Voraussetzungen der gemeinsamen Verwaltung und Besetzung Berlins zerstört. Damit entstand für die sowjetische Besatzungsmacht das nach Vollendung der Spaltung Berlins (Währungsspaltung, Separatverwaltung, Separatkommandantur) sofort angemeldete Recht, den Vertragsbruch samt allen völkerrechtlich daraus sich ergebenden Folgen geltend zu machen (vgl. Note an die USA am 3. 10. 1948 und die entsprechenden Noten an Frankreich und Großbritannien).

3. An dieser Rechtslage änderte sich nichts zugunsten der Westmächte und ihrer Beauftragten in Westberlin durch die – nach Abspaltung der Westzonen Deutschlands – erfolgte Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Freilich konnte dieser Akt der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes, der von der Sowjetunion unverzüglich (10. 10. 1948) bestätigt und anerkannt wurde, auf Grund der Abspaltung der Westzonen nur im Bereich der vormaligen sowjetischen Besatzungszone, damit aber auch in ganz Berlin Rechtswirkung erlangen. Als ein – effektiv auf dieses Gebiet beschränkter – souveräner Nachfolgestaat des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches wurde die Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Gründung Trägerin der Gebietshoheit auch in ganz Berlin, ihrer Hauptstadt. Nachdem die Deutsche Demokratische Republik 1954 – bekräftigt durch den Vertrag DDR–UdSSR von

1955 – auch der Ausübung nach in die Lage versetzt war, ihre Souveränitätsrechte selbst uneingeschränkt wahrzunehmen, galt und gilt das um so mehr. Rechtlich ist ganz Berlin seit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Bestandteil ihres Hoheitsgebietes. So, wie in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik die letzten Besatzungsrechte erloschen, als sie (1954) die Verfügung über ihre souveränen Rechte in vollem Umfang erlangte, ist seit dieser Zeit auch ganz Berlin, ihre Hauptstadt, de jure frei von jeglichen Besatzungsrechten. Tatsächlich sind der Deutschen Demokratischen Republik die sogenannten Westsektoren Berlins auf Grund des dort widerrechtlich aufrechterhaltenen Besatzungsregimes, das auch nach der sogenannten Aufhebung des Besatzungsstatuts auf Grund der „Kommandantur"-Erklärung vom 5. 5. 1955 fortgesetzt wird, entrissen und den Westberliner Beauftragten des militaristischen Westzonenstaates als Exekutive der westlichen Besatzungsorgane ausgeliefert. Weder dieser Fakt noch die nicht einmal von den Westmächten gebilligte Inanspruchnahme Westberlins als Land der Bundesrepublik (nach Bonner Grundgesetz und Westberliner Verfassung) ändern etwas an der Rechtslage. Die formalrechtlich selbst den Westmächten unmögliche und ihnen zur Ausschaltung der übrigen NATO-Partner sogar erwünschte formelle „Ausklammerung" Westberlins aus den Pariser Verträgen und der NATO-Mitgliedschaft verschleiert die tatsächliche Einbeziehung Westberlins in das westliche Aggressionssystem. Die sogenannte Berlin-Garantie der drei westlichen Großmächte gestattet ihnen nach ihren Rechtsvorstellungen das automatische Hineinziehen aller NATO-Staaten in irgendwelche Berlin-Abenteuer der Westmächte, zu denen sie von den Militaristen in Bonn und in deren Auftrag besonders von den Frontstadtpolitikern in Westberlin ständig gedrängt werden. Angesichts des Strebens der deutschen Militaristen, die NATO zu ihrem Instrument zu machen, bedeutet das praktisch, daß alle NATO-Länder, besonders aber die schwächeren NATO-Staaten, ständig fürchten müssen, von den deutschen Militaristen und ihren aggressiven Spitzenreitern in Westberlin in das tödliche Abenteuer eines Atomkrieges hineingerissen zu werden.

Der rechtswidrige Ausbau Westberlins zum Militärstützpunkt der aggressiven Kräfte, zum Provokationszentrum eines Weltatomkrieges sowie zur Basis von Spionage, Sabotage und subversiver

Tätigkeit jeder Art gegen die Deutsche Demokratische Republik und das gesamte sozialistische Lager ist nicht nur politisches Ziel der aggressiven Kräfte geblieben, sondern auch praktisch auf vielfältige Weise realisiert worden.

Damit verbunden ist der Abbau der parlamentarisch-demokratischen Formen und der Grundrechte und -freiheiten der Bürger, vor allem der Arbeiter und der anderen Werktätigen. Das entspricht dem Wesen des Militarismus, dessen Unterdrückungspolitik sich stets sowohl nach außen wie nach innen richtet. Auch diese innenpolitische Entwicklung konnte nur eingeleitet und kann nur aufrechterhalten werden durch das interventionistische Wirken der Besatzungsmächte. Diese Entwicklung wird getragen von der Partei der militaristischen Großkapitalisten, der CDU. Sie wäre unmöglich ohne die volks- und friedensfeindliche, klassenverräterische Koalitionspolitik der rechten SPD-Führung, die sich trotz ihrer Mehrheit im Parlament ganz in das Schlepptau der CDU begeben hat.

5. Der Unterdrückung des wachsenden Widerstandes der Bevölkerung mit den Mitteln der Strafjustiz dient ein ganzes System des Terrors – auch in Gesetzesform –, wobei die sogenannte Besatzungsverordnung 501 das Hauptinstrument darstellt.

   Der staatsrechtliche Ausdruck der reaktionären Entwicklung in Westberlin ist die Aushöhlung insbesondere der Arbeiterrechte, der Grundrechte der Bürger überhaupt, die beabsichtigte Liquidierung der Grundrechtsbestimmungen der Westberliner Verfassung und die angekündigte Einführung eines sogenannten Notstandsgesetzes.

6. Die wirtschaftlichen Nutznießer der Frontstadtpolitik sind die Monopole, vor allem, soweit sie Zubringer der Rüstungsindustrie sind. An die Wand gedrückt sind die Mittelschichten. Die materielle Lage der Arbeiter Westberlins ist gekennzeichnet durch das Bestehen eines chronischen Arbeitslosenheeres, durch verschärfte Ausbeutung und ständig steigende Lebenshaltungskosten – durch die Auferlegung auch eines ökonomischen Doppeljoches (des ausländischen und des deutschen Monopolkapitals), durch eine noch größere Verelendung der Arbeiterklasse als in den Westzonen, durch eine spezifische moralische Degradation mittels der verschiedensten Formen der Korrumpierung. Auch diese ökonomische Erniedrigung der Westberliner Arbeiter wäre unmöglich ohne die Zerstörung der Klassensolidarität, ohne den Klassenverrat der

rechten SPD- und DGB-Führung gerade in Westberlin. Ein besonderes ökonomisches Korrumpierungsmittel ist der Westberliner Wechselstubenkurs und die damit verbundene Spekulation mit Geld und Waren im Raum von Groß-Berlin. Der im Gefolge der von den Westmächten durchgeführten Währungsspaltung entstandene Kurs der Westmark widerspricht der wirklichen Wertrelation und ist ein wesentlicher Bestandteil der Frontstadtpolitik, ein Stück der zur Diskreditierung der Deutschen Demokratischen Republik von den Westmächten in Westberlin betriebenen betrügerischen Schaufensterpolitik.

7. Dem politischen und ökonomischen Niedergang Westberlins entspricht der moralische und kulturelle Verfall als Ergebnis und Instrument der Frontstadtpolitik. Das zeigt sich insbesondere im gesamten Westberliner Schulwesen (in seiner ideellen wie materiellen Lage), in der Entwicklung der Jugendkriminalität (samt ihrem „kulturellen" Nährboden), in der Verwandlung des Kunstbetriebes in ein Mittel der Korrumpierung, Militarisierung, nationalen Entwürdigung, Verdummung, der Lebens- und Menschenverachtung. Ziel dieses kulturfeindlichen Treibens ist, die Bereitschaft, insbesondere bei der Jugend, zu wecken, für die fremden Imperialisten und die deutschen Militaristen zu sterben und zu töten. Gerade dagegen richtet sich der wachsende Widerstand der Jugend und der Werktätigen Westberlins.

8. Ideologisch sind die wichtigsten Elemente der von Bonn entwickelten und in Westberlin weiter verschärften Elemente der Frontstadtgesinnung:
   a) das Geschrei von der bedrohten „Freiheit";
   b) der Antikommunismus;
   c) die Erfindung einer demgegenüber erforderlichen und angeblich möglichen „Notgemeinschaft" aller Klassen und Schichten, Parteien und Organisationen gegen den „Osten".

   Das Ziel ist die Unterwerfung der Massen unter den in- und ausländischen Militarismus und dessen Kriegspolitik, die Abschirmung der Massen vor den Wirkungen der für sie vorbildlichen Entwicklung im demokratischen Berlin wie in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik.

   Eine besondere Rolle spielt dabei die ideologische und organisatorische Wühltätigkeit des politischen Klerikalismus, die gerade von

Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder betrieben wird.

Politisch, militärisch, wirtschaftlich, kulturell und moralisch haben Besatzungsregime und Fronstadtpolitik dazu geführt, daß man gegenwärtig nirgendwo in der Welt so nah am Abgrund des Atomkrieges lebt wie in Westberlin, daß nirgendwo jeder einzelne Bürger einer so unmittelbaren Gefährdung seiner gesamten Existenz gegenübersteht wie in diesem Knotenpunkt der nationalen und internationalen Widersprüche.

Wenn ein Jahrzehnt lang verhindert werden konnte, daß von dem Provokationszentrum Westberlin aus die Welt tatsächlich in einen Atomkrieg gestürzt wurde, so ist ein wesentlicher Grund hierfür die Existenz und Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik als Barriere gegen den Krieg, als Bastion für den Frieden. Die Deutsche Demokratische Republik aber wurde, was sie ist, durch die mobilisierende Kraft des Vortrupps ihrer Arbeiterschaft, der SED, und durch die Vereinigung aller ihrer demokratischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

9. Die Normalisierung des Status von Westberlin setzt den Abbau des Besatzungsregimes und die Entmilitarisierung der Stadt, d. h. vor allem ihre Befreiung von der einseitigen Bindung an das militaristisch-klerikale aggressive System von Bonn voraus. Die historisch sinnvollste, rechtlich konsequenteste und ökonomisch günstigste Lösung, die Vereinigung Westberlins mit dem demokratischen Berlin, ist angesichts der Haltung der Westmächte und der von ihnen in Westberlin geschaffenen Lebensordnung nicht real. Der unter Mitwirkung und Billigung der Deutschen Demokratischen Republik von der Sowjetunion als Kompromiß vorgeschlagene Status einer entmilitarisierten Freien Stadt (sowie alle damit vereinbaren befristeten Zwischenlösungen) ist – bis zur friedlichen demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands – der einzig reale Weg zur Normalisierung der Lage in Westberlin und zum Abbau des gegenwärtigen widerrechtlichen Status. Der neue Status eines politisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständigen, allseitig – insbesondere auch gegenüber den beiden deutschen Staaten – unabhängigen Gemeinwesens wäre von einer Garantie der Deutschen Demokratischen Republik und der vier Großmächte, gegebenenfalls unter Einschaltung auch der Vereinten Nationen, begleitet. Die Garantie bezöge sich insbesondere auch auf die Freiheit der Ver-

bindungswege Westberlins nach allen Seiten. Die eigentliche Lebensgarantie Westberlins aber liegt in der Entmilitarisierung selbst. Das entmilitarisierte Westberlin könnte und müßte der Verständigung der beiden deutschen Staaten dienen und ihre Annäherung in Richtung auf eine Konföderation beschleunigen.

10. Die politische Perspektive der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin wäre die Herstellung einer von militaristischen Kräften befreiten parlamentarisch-demokratischen Ordnung, und zwar ohne die Notwendigkeit einer Veränderung ihrer Gesellschaftsordnung, über die zu bestimmen ausschließlich Sache der Westberliner ist. Sobald ein solcher Weg beschritten wird, werden Magistrat und Senat gleichberechtigt verhandeln können. Dabei werden sich viele sonst unlösbare Fragen des Berliner Alltags ohne weiteres regeln lassen.

Die wirtschaftliche Perspektive wird gekennzeichnet durch die für kapitalistische Verhältnisse einmalige Chance eines ständig gesicherten Absatzes bei voller Auslastung der Produktionskapazität Westberlins unter der Voraussetzung eines voll entfalteten friedlichen Handels auch mit dem Osten, durch die Befreiung von der Arbeitslosigkeit, die Sicherung einer stabilen Entwicklung, die Befreiung von den Lasten des kalten und der Vorbereitung des heißen Krieges und damit die Beseitigung des ständigen Haushaltsdefizits und der Schuldenwirtschaft.

Die kulturelle Perspektive wäre die der Entwicklung Westberlins zu einem Zentrum des humanistischen Kulturaustausches auf der Grundlage einer gesunden fortschrittlichen Moral, auf der Grundlage der Ächtung des Krieges und der Achtung der schaffenden Menschen als der Schöpfer aller Werte.

11. Eine solche politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung Westberlins würde ganz Berlin zu einer Stadt des Friedens machen. Zwischen der Lösung des Westberlinproblems und der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland besteht eine Wechselwirkung. Deshalb würde die „Freie Stadt"-Lösung am besten im Rahmen des Friedensvertrags erfolgen – entsprechend dem sowjetischen Vorschlag (Art. 25) –, und deshalb verlangten die sozialistischen Delegationen auf der Genfer Sechs-Mächte-Konferenz mit Recht die Verbindung von Zwischenlösungen für Westberlin mit der Vorbereitung einer Friedensregelung – was die deutsche Seite angeht, durch Bildung eines paritätischen gesamtdeutschen Aus-

schusses. Das größte Hemmnis eines produktiven Abschlusses dieser nützlichen Erörterungen war der gegen jede Entspannung und Verständigung gerichtete Widerstand Bonns und insbesondere Brandts.

12. Die unausweichliche Niederlage der Hetzer zum „Krieg um Westberlin", der unausbleibliche Sieg der einzigen konstruktiven Konzeption einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin wird gewährleistet durch das internationale Kräfteverhältnis und die sich darin ausdrückenden historischen Gesetzmäßigkeiten.

    Voraussetzung ist das aktive solidarische Handeln aller antimilitaristischen Kräfte des Volkes in ganz Deutschland und dafür wiederum die Einheit der Aktionen der Arbeiterklasse Deutschlands. Hauptgarant dieser gesetzmäßigen Entwicklung ist das Wachstum der inneren Kraft und der internationalen Geltung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als dem leitenden Kern aller ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und der Nationalen Front als der Vereinigung aller in ihr wirkenden demokratischen Kräfte.

NACHWORT

Als die Arbeit an diesem Buch begonnen wurde, war die Genfer Außenministerkonferenz noch nicht zusammengetreten, waren noch viele Kräfte am Werk, die alles taten, um die Entspannung zu verhindern und den kalten Krieg weiter zu schüren. Dabei stand Westberlin im Zentrum der Gefährdung des Friedens.

Als unsere Arbeit abgeschlossen wurde, hatte im Ergebnis der zweiten Phase der Sechsmächtekonferenz das Prinzip der Verhandlungen gesiegt, und gerade in der Westberlinfrage war zum Kummer der Frontstadtpolitiker und der Bonner Militaristen eine Annäherung erzielt worden. Sichtbarster Ausdruck der neuen internationalen Situation war die Abrede des Besuchsaustausches zwischen dem Ministerpräsidenten der UdSSR und dem Präsidenten der USA. Alle friedliebenden Menschen hofften, daß schon der Beginn der großen Aussprache zwischen den führenden Staatsmännern der beiden Weltlager zu einem tiefen Einbruch in die Front des kalten Krieges führen und damit der Boden auch für eine Normalisierung der Lage in Westberlin bereitet werden würde. Die Hoffnung hat nicht getrogen. Im Abschlußkommuniqué vom 27. 9. 1959 steht der bedeutungsvolle Satz: „Hinsichtlich der Berlinfrage wurde Einverständnis erzielt, daß – unter der Voraussetzung, daß die anderen unmittelbar interessierten Staaten dem zustimmen – Verhandlungen zur Herbeiführung einer Lösung wiederaufgenommen werden, die den Interessen aller Beteiligten und der Aufrechterhaltung des Friedens Rechnung tragen sollte."

Ministerpräsident Chruschtschow bestätigte bei seiner Rückkehr nach Moskau, daß sich gerade auch in diesem Punkte bei seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten viele Gemeinsamkeiten ergeben hätten. Präsident Eisenhower erklärte entsprechend auf einer Pressekonferenz in Washington, man könne sich der sowjetischen Ansicht nicht verschließen, daß die Lage in Berlin anomal sei. Es müsse durch Verhandlungen eine Lösung gefunden werden, die für beide Seiten

annehmbar ist. Auf die Frage, ob diese Lösung die „Rechte der Westmächte sichern und die Freiheit der Westberliner schützen" würde, antwortete Eisenhower, er könne im Augenblick überhaupt nichts garantieren, weil er noch nicht wisse, auf welche Lösungen man sich einigen werde.

So bedeutungsvoll es ist, daß sich in einer der brennensten und umstrittensten Fragen der Geist der Verhandlungsbereitschaft durchsetzte, noch verheißungsvoller ist das in der gemeinsamen Erklärung enthaltene Einverständnis darüber, daß „alle ungeregelten internationalen Fragen nicht durch Gewaltanwendung, sondern auf dem Verhandlungsweg entschieden werden müssen". Dabei einigte man sich in Übereinstimmung mit der Auffassung aller friedliebenden Menschen auch darüber, daß die allgemeine Abrüstung „die wichtigste der Fragen ist, die heute vor der ganzen Welt stehen", und dies, nachdem N. S. Chruschtschow in seiner Ansprache vom 18. 9. 1959 die Deklaration der Sowjetregierung über die allgemeine und vollständige Abrüstung aller Staaten (mit genau vorgezeichneten Etappen und einem umfassenden Kontrollsystem) der Vollversammlung der Vereinten Nationen übergeben hatte. – Jener anonyme Sprecher des State Department, der nach „Associated Press" erklärte: „Das Schrecklichste ist, daß man nicht gegen diesen Plan sein kann", brachte auf seine Weise zum Ausdruck, daß der kalte Krieg überlebt ist, oder – um es mit den Worten der Sozialistischen Partei Japans positiv zu sagen – daß „der Weltfriede sehr bald errichtet sein könnte, wenn die anderen Mächte, vor allem die USA, in diesen Plan einwilligten".

Jetzt, da dieses Buch zum Druck gegeben wird, eröffnet sich also der Menschheit die großartige Perspektive einer Ära der Verständigung und Entspannung. In ihr wird ein so brennendes Problem, wie das der Entschärfung der Atomzeitbombe Westberlin, eine solche Kardinalfrage wie die des Abschlusses eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten erheblich leichter lösbar sein als je zuvor, und die Einigung über einen deutschen Beitrag zu dieser Entwicklung durch Vereinbarung eines Rüstungsstopps in Deutschland erscheint jedem vernünftigen Menschen als das Gebot der Stunde. Die Aussicht auf immer umfassendere Lösungen im Ergebnis kommender Gipfelkonferenzen und anderer Verhandlungen steigert natürlich die Möglichkeit, für alle Seiten annehmbare Lösungen in unaufschiebbaren, weil nach wie vor mit Zündstoff geladenen Teilfragen wie dem Problem Westberlin zu finden.

Es kann freilich nicht verschwiegen werden, daß der berechtigte Optimismus, der uns angesichts dieser Entwicklung der internationalen Lage erfüllen kann, mit größter Wachsamkeit gepaart sein muß. Denn die Feinde der Entspannung, die Interessenten des kalten und des heißen Krieges, reagieren auf die ständig zunehmende Isolierung, in die sie geraten sind, mit dem Versuch, durch massive Provokationen doch noch den Triumph des Friedens über den Krieg, des friedlichen Wettbewerbs über die Vernichtung, der ideologischen statt der blutigen Auseinandersetzung zu verhindern. Das Bemühen des Frontstadtsenats um den 7. Oktober 1959 herum, auf Bonner Geheiß der Deutschen Demokratischen Republik vorzuschreiben, wie ihre Staatsflagge auszusehen hat, und deren Dienststellen am Hissen dieser Flagge auf den ausschließlich der Deutschen Demokratischen Republik unterstehenden Eisenbahndienststellen in Westberlin mit Polizeigewalt zu hindern, ist ein typischer Verzweiflungsakt der Aggressionspolitiker in ihrem Stützpunkt Westberlin. Seine Gefährlichkeit darf man bei aller dabei zutage tretenden Schwäche nicht unterschätzen. Daß die militaristischen Politiker in Westberlin alles taten, um das Besatzungsregime für ihre Provokation auszunutzen, bestätigt nur die Richtigkeit des Vorschlags einer besatzungsfreien entmilitarisierten Stadt Westberlin.

Mehr denn je erleuchtet heute das Licht des Friedens den Weg der Völker. Die Barrieren und Hinterhalte, mit denen die militaristischen Dunkelmänner in Bonn und Westberlin diesen Weg zu versperren suchen, müssen und werden durch die vereinte Kraft aller friedliebenden Menschen hinweggeräumt werden.

P. A. St.

Berlin, 15. Oktober 1959

Hinweise auf Literatur zur Westberlin-Frage

I. Dokumente und Materialien

Vorschlag der UdSSR über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, „Dokumentation der Zeit" 1959, Heft 183.

„Die Sowjetunion und die Berliner Frage" (Dokumente, herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Moskau 1958.

Kommuniqué über den Besuch der Regierungs- und Partei-Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion, „Neues Deutschland" vom 21. 6. 1959.

„Verschwörung gegen Deutschland" (herausgegeben vom Ausschuß für deutsche Einheit), Berlin 1954.

„Die Wahrheit über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage — historischer Abriß" (herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Berlin 1958.

„Macht ganz Berlin zur Stadt des Friedens!" (Dokumentation, herausgegeben von der Parteihochschule Karl Marx), Berlin 1959.

„Berlin im Blickpunkt der Welt" Eine Dokumentation über Recht und Unrecht um und in Berlin 1949—1959, Berlin 1959.

„Westberlin — Hort der Reaktion, Herd der Kriegsgefahr" (Eine Dokumentation zur Frontstadtpolitik des Westberliner Senats, herausgegeben vom Ausschuß für deutsche Einheit), Berlin 1958.

„Tatsachen über die Refaschisierung in Westberlin", „Demokratie und Recht", 1959, Heft 1.

„Spionagedschungel Westberlin" (Materialien des Ausschusses für deutsche Einheit — Dokumentation Nr. 18).

„450 Jugendliche in Westberlin innerhalb von 14 Tagen wegen Verbrechen verhaftet" (Materialien des Ausschusses für deutsche Einheit, herausgegeben am 2. 7. 1959).

„Die wirtschaftliche Misere Westberlins und die Möglichkeiten ihrer Änderung" (Bericht Nr. 9 des Deutschen Wirtschaftsinstituts).

Gutachten des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR über den Entwurf der Regierung der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland, „Deutsche Außenpolitik", 1959, Sonderheft 1.

„Freie Stadt begünstigt Friedensvertrag" Erklärung des Magistrats von Groß-Berlin zur Berlin-Frage, „Neues Deutschland" vom 11. 1. 1959

Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR, „Neues Deutschland" vom 1. 4. 1959

Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder, „Neues Deutschland" vom 5. 4. 1959

Direktiven für die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Außenministerkonferenz in Genf 1959, „Neues Deutschland" vom 17. 4. 1959

Protestnote der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik, „Neues Deutschland" vom 23. 4. 1959

„Für parlamentarisch-demokratische Verhältnisse in einer Freien Stadt Westberlin" Kommuniqué der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der SED der Westberliner Kreise, „Neues Deutschland" vom 27. 4. 1959

Kommuniqué über die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China, „Neues Deutschland" vom 29. 4. 1959

„Für eine neue Politik — für Entspannung und Frieden" Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Neues Deutschland" vom 3. 5. 1959

„Deutschland braucht einen Friedensvertrag" Appell des Nationalrats der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland an Genf, „Neues Deutschland" vom 4. 5. 1959

Erklärungen des Außenministers der Deutschen Demokratischen Republik auf der Genfer Außenministerkonferenz, „Neues Deutschland" vom 19. 5., 22. 5., 27. 5., 6. 6., 11. 6., 14. 7., 17. 7., 19. 7., 22. 7., 24. 7., 6. 8. 1959

Erklärungen des Außenministers der UdSSR auf der Genfer Außenministerkonferenz, „Neues Deutschland" vom 14. 5., 19. 5., 21. 5., 28. 5., 2. 6., 14. 7., 16. 7., 20. 7., 29. 7., 6. 8. 1959

Das Kommuniqué von Genf, „Neues Deutschland" vom 6. 8. 1959

Erklärung der Regierung der DDR zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz, „Neues Deutschland" vom 9. 8. 1959

„Atompakt USA—Bonn gefährdet Völker Europas" Noten der Regierung der DDR an die amerikanische und die westdeutsche Regierung, „Neues Deutschland" vom 22. 8. 1959

„Gefährliche Überreste des Krieges beseitigen" Botschaft N. S. Chruschtschows an Adenauer, „Neues Deutschland" vom 28. 8. 1959

„Warum sie Deutschland spalteten", „Neues Deutschland" vom 18. 9. 1959

Kommuniqué über die Gespräche Chruschtschow — Eisenhower, „Neues Deutschland" vom 28. 9. 1959

„SPD soll Abrüstung vor Bundestag bringen" Brief des ZK der KPD an Parteivorstand der SPD, „Neues Deutschland" vom 9. 10. 1959

„Die DDR ist zuständig" Sowjetische Kommandanten zum Flaggenzwischenfall vom 7. 10. 1959 auf den Westberliner S-Bahnhöfen an die westlichen Besatzungsbehörden, „Neues Deutschland" vom 15. 10. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Alles für die Festigung des Friedens tun" (Rede vor der XIV. Vollversammlung der Vereinten Nationen), Neues Deutschland" vom 20. 9. 1959

Ulbricht, Walter
„Neue Entspannungsvorschläge für Genf" (Rede auf dem 5. Plenum des ZK der SED), „Neues Deutschland" vom 24. 5. 1959

Ulbricht, Walter
„DDR schlägt Bonn Nichtangriffspakt vor" (Schreiben an Dr. Adenauer), „Neues Deutschland" vom 31. 5. 1959

Ulbricht, Walter
„Berlin — Hauptstadt der DDR" (Rede zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR bei der Kundgebung auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin), „Neues Deutschland" vom 8. 10. 1959

Grotewohl, Otto
Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR an Bundeskanzler Adenauer, „Neues Deutschland" vom 10. 4. 1959

Grotewohl, Otto
„Alle Kraft für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland" (5. Sitzung der Volkskammer der DDR), „Neues Deutschland" vom 17. 4. 1959

Ebert, Friedrich
„Wir wünschen normale Beziehungen zwischen Magistrat und Senat", „Neues Deutschland" vom 3. 6. 1959

Schmidt, Waldemar
„Der Ständige Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin antwortet Brandt", „Neues Deutschland" vom 11. 6. 1959

II. Zu Grundfragen

Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, „Neues Deutschland" vom 25. 8. 1959, Sonderbeilage

Chruschtschow, N. S.
„Westmächte zerstörten Rechtsbasis ihres Aufenthalts in Berlin", „Neues Deutschland" vom 11. 10. 1958

Chruschtschow, N. S.
„Berlinfrage muß im Interesse des Friedens in Europa gelöst werden", „Neues Deutschland" vom 29. 11. 1958

Chruschtschow, N. S.
„Lösung der Westberliner Frage — Ausgangspunkt für Entspannung in Europa", „Neues Deutschland" vom 13. 12. 1958

Chruschtschow, N. S.
„Appell an die Deutschen: Helft die Kriegsherde beseitigen" (Aus dem Schlußwort auf dem XXI. Parteitag der KPdSU), „Neues Deutschland" vom 6. und 7. 2. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Friedenswille des Volkes muß Ordnung in Berlin bestimmen", „Neues Deutschland" vom 8. 3. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Die Hauptsache ist der Friedensvertrag" (Interview mit Redakteuren sozialdemokratischer westdeutscher Zeitungen), „Neues Deutschland" vom 11. 5. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Für den Frieden gehen wir bis ans Ende der Welt", „Neues Deutschland" vom 28. 5. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Den Politikern der Stärke geht der Atem aus", „Neues Deutschland" vom 12. 6. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Über friedliche Koexistenz" (Ein Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs"), „Neues Deutschland" vom 8. 9. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Der Friedensvertrag entzieht einem neuen Krieg den Boden"; „Das Barometer steht auf klar", „Neues Deutschland" vom 17. 9. 1959

Chruschtschow, N. S.
„Westberlinfrage ohne Verzug lösen", „Neues Deutschland" vom 30. 9. 1959

Koslow, Frol
„Ostwind vertreibt kalten Krieg" (Ansprache zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR bei der Kundgebung auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin), „Neues Deutschland" vom 8. 10. 1959

Pieck, Wilhelm
„Das deutsche Volk hat das Recht auf einen Friedensvertrag", „Neues Deutschland" vom 8. 5. 1959

Ulbricht, Walter
„Zur Geschichte der neuesten Zeit", Bd. I, 1. Halbband, Berlin 1955.

Ulbricht, Walter
„Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (Referat auf der 30. Tagung des ZK der SED am 30. 1. 1957), Berlin 1957

Ulbricht, Walter
„Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945—1958", Berlin 1958

Ulbricht, Walter
„Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat" (Referat und Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED, 10. bis 16. Juli 1958), Berlin 1958

Ulbricht, Walter
„Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes" (Aus dem Referat auf der 4. Tagung des ZK der SED am 15. 1. 1959), Berlin 1959

Ulbricht, Walter
„Freiheit, Wissenschaft und Sozialismus", Berlin 1959

Ulbricht, Walter
„Besatzungsfreies Westberlin fördert Verständigung und Frieden" (Interview für „The New York Times"), „Dokumentation der Zeit", 1959, Heft 182

Ulbricht, Walter
„Des deutschen Volkes Weg und Ziel", „Einheit" 1959, Heft 9

Ulbricht, Walter
„An die Arbeiterschaft und alle friedliebenden Bürger Westberlins!" (Rede vor Westberliner Wählern), „Neues Deutschland" vom 28. 10. 1958

Ulbricht, Walter
„Konföderation — die große Chance für die Wiedervereinigung" (Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI), „Neues Deutschland" vom 24. 1. 1959

Ulbricht, Walter
Rede auf dem XXI. Parteitag der KPdSU, „Neues Deutschland" vom 31. 1. 1959

Ulbricht, Walter
Interview und Gespräch mit Redakteuren der „Neuen Ruhr-Zeitung", „Neues Deutschland" vom 28. 2. und 1. 3. 1959

Ulbricht, Walter
„Wir lösen deutsche Frage friedlich", „Neues Deutschland" vom 9. 6. 1959

Ulbricht, Walter
„Das deutsche Volk soll frei atmen können", „Neues Deutschland" vom 14. 6. 1959

Ulbricht, Walter
„Vertreter beider deutschen Staaten müssen beginnen, direkt zu verhandeln", „Neues Deutschland" vom 26. 7. 1959

Grotewohl, Otto
„Adenauer kann den Weg zum Friedensvertrag nicht verbauen", „Neues Deutschland" vom 7. 3. 1959

Grotewohl, Otto
„Die Perspektive des Friedens" (5. Tagung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland), „Neues Deutschland" vom 5. 5. 1959

Grotewohl, Otto
„Friedensvertrag wird kommen", „Neues Deutschland" vom 21. 6. 1959

Reimann, Max
„Die Aufgaben der KPD im Kampf um eine neue Politik, für Entspannung und Frieden", „Neues Deutschland" vom 6. 5. 1959, Sonderbeilage

Bolz, Lothar
„Die Zunkunft Deutschlands und die Lösung der Berliner Frage", „Die Nation", 1958, Heft 12

Ebert, Friedrich
„Wir werden Berlin zur Stadt des Friedens und des Fortschritts machen", „Neues Deutschland" vom 30. 11. 1958

Verner, Paul
„Der Abschluß des Friedensvertrages steht auf der Tagesordnung", „Die Wahrheit" vom 15. 3. 1959, Sonderbeilage

Verner, Paul
„Wie geht es in Berlin weiter?", „Die Wahrheit" vom 18. 8. 1958 und „Neues Deutschland" vom 19. 8. 1959

Winzer, Otto
„Die internationale Bedeutung des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs", „Neues Deutschland" vom 10. 2. 1959

Winzer, Otto
„Der Frieden ist das Meisterstück der Vernunft", „Neues Deutschland" vom 10. 7. 1959

Florin, Peter
„Das Potsdamer Abkommen und das Problem Westberlin", „Geschichte in der Schule", 1959/2

Danelius, Gerhard
„Gebot der Stunde: Friedensvertrag" (Interview mit dem Sekretär der Westberliner Parteiorganisationen der SED im Bezirk Groß-Berlin), „Neues Deutschland" vom 6. 5. 1959

Kegel, Gerhard
„Diskussion um ‚Vatikan-Lösung'", „Neues Deutschland" vom 10. 10. 1959

III. Zu Einzelfragen

Ulbricht, Walter
Interview und Gespräch mit Sefton Delmer, „Daily Expreß", „Neues Deutschland" vom 17. 3. 1959

Arzinger, Rudolf
„Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrags und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation", „Einheit", 1959, Heft 2

Baumgarten, Arthur
„Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland", „Staat und Recht", 1959, Heft 2

Bergner, Dieter
„Die Ideologie des politischen Klerikalismus — ein Instrument des deutschen Militarismus", „Einheit", 1959, Heft 8

Bock, Siegfried
„Der sowjetische Friedensvertragsentwurf und das Völkerrecht", „Neue Justiz", 1959, Heft 3

Brocke, Kuno
„Frontstadtpolitik brachte nur Monopolen Nutzen", „Die Wirtschaft", Berlin, 8. 10. 1958

Brocke, Kuno
„Westberliner Arbeiter tragen die Lasten", „Die Wirtschaft", Berlin, 12. 11. 1958

Brocke, Kuno
„Frontstadtpolitik auch mittelstandsfeindlich", „Die Wirtschaft", Berlin, 3. 12. 1958

Hochbaum, Hans-Ulrich
„Westberlin — eine entmilitarisierte Freie Stadt", „Beihefte zur Zeitgeschichte" (Wissenschaftliche Beilage zur „Dokumentation der Zeit"), 1959, Heft 1

Hoffmann, Karl-Heinz
„Volksarmee-General erteilt Strauß eine Abfuhr", „Neues Deutschland" vom 30. 5. 1959

Kaufhold, Bernhard
„Zur Ideologie des Militarismus und Faschismus in Westdeutschland", „Forum", 1959 (Wissenschaftliche Beilagen zu Nr. 25, 26 und 27)

Kiefert, Hans
„Warum ist das Wahlergebnis in Westberlin nicht als Ablehnung der Berlin-Note der UdSSR zu betrachten?", „Deutsche Volkspolizei", 1959, Heft 1

Kröger, Herbert
„Zu einigen Fragen des staatsrechtlichen Status von Berlin", „Deutsche Außenpolitik", 1958, Heft 1

Kröger, Herbert
„Die Entmilitarisierung und Neutralisierung Westberlins — ein Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Friedens", „Einheit", 1958, Heft 12

Kröger, Herbert
„Die rechtlichen Grundlagen der sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Berliner Frage", „Deutsche Außenpolitik", 1959, Heft 1

Lindner, Gerhard
„Die widerrechtliche Besetzung Westberlins", „Deutsche Außenpolitik", 1959, Heft 3

Meißner, Wilhelm
„Warum sabotiert Adenauer den Friedensvertrag", „Deutsche Außenpolitik", 1959, Heft 3

Norden, Albert
Schlußrede auf der 6. Nationalratstagung, „Neues Deutschland" vom 3. 7. 1959

Oeser, Edith
„Zur Völkerrechtswidrigkeit der Okkupation Westberlins durch die Westmächte", „Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei", 1959, Heft 2

Peck, Joachim
„Zur Geschichte der Spaltung Deutschlands", „Deutsche Außenpolitik", Sonderheft 2, 1959

Riemann, Tord
„Frontstadt-Wahlen", „Demokratischer Aufbau", 1958, Heft 21

Riemann, Tord
„Der Friedensvertrag löst die Westberlin-Frage", „Staat und Recht", 1959, Heft 4

Steiniger, Peter Alfons
„Zu dem sogenannten Herter-Plan und den neun Prinzipien der Westmächte für einen Friedensvertrag", Materialien der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Juni 1959

Stulz, Percy
„Wie Berlin gespalten wurde", „Neues Deutschland" vom 30. 11. 1958

Tunkin, E.
„Die Berlin-Frage und das Völkerrecht", „Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 1959, Heft 4

Wemmer, Hans
„Die freie Stadt Westberlin — die Wechselstubenspekulation und das Grenzgängerproblem", „Geld und Kredit", 1959, Heft 1

Winzer, Otto
„Volksbetrug mit ‚Völkerrecht'", „Neues Deutschland" vom 22. 11. 1958

Winzer, Otto
„Zweite Unterbrechung der Genfer Außenministerkonferenz", „Neues Deutschland" vom 7. 8. 1959

Brief britischer Labour-Abgeordneter an Willi Brandt, „Neues Deutschland" vom 25. 4. 1959

•

Als Nachschlagewerk für den gesamten Problemkreis:

Martin, Alexander
„Brennpunkt Berlin" — 70 Fragen und 70 Antworten zum Berlin-Problem, Berlin 1959

Quellenhinweise „Neues Deutschland" beziehen sich auf die Berliner Ausgabe

SACHREGISTER

INHALT